

Neue Soziale

F O R S C H U N G S J O U R N A L

Bewegungen



ENDE DER VOLKSPARTEIEN?

Analysen & Auswege

Heft 1 – Februar 2010 € 15,-

LUCIUS
" LUCIUS



EDITORIAL

- 3** Das Ende der Volksparteien?
Analysen & Auswege

AKTUELLE ANALYSE

- 6** Tissy Bruns
Alles nur Wahlkampf!

THEMENSCHWERPUNKT

STRATEGIEN OHNE LAGER – LAGER MIT STRATEGIE?

- 11** Joachim Raschke/Ralf Tils
Die Qual der Wahl: Das Debakel der SPD
und strategische Optionen in der Lagerstruktur
des deutschen Parteiensystems
- 17** Herbert Hönigsberger/Andreas Kolbe/Sven
Osterberg
Lager denken. Nicht links, nicht rechts –
sondern demokratisch
- 21** Peter Lösche
Sozialmoralische Milieus und politische
Lager
- 24** Richard Meng
Machttechnik reicht nicht. Koalitionsoptionen
der Zukunft und der Anspruch der
Politik
- 27** Karl-Rudolf Korte
Wie bilden sich zukünftig Koalitionen?
Antworten aus der politikwissenschaftlichen
Theorie

UNTER DER LUPE:

PARTEIENPRAXIS AUF DEM PRÜFSTAND

- 31** Richard Hilmer
Warum die SPD das Wahldebakel nicht ab-
wenden konnte
Sechs Thesen zur Bundestagswahl 2009

- 39** Matthias Machnig
Der endgültige Abschied von der Macht
oder
Der Wahlkampf der Illusionen

- 47** Thomas Steg
Das Wahljahr als Rutschbahn

- 49** Olaf Scholz
Politik statt Schach

- 52** Michael H. Spreng
Der Wahlkampfvermeidungswahlkampf
Eine Analyse der CDU-Wahlstrategie 2009

- 55** Dietmar Bartsch
DIE LINKE im Fünfparteiensystem

DAS ENDE DER VOLKSPARTEIEN?

- 59** Hubert Kleinert
Bundestagswahl 2009 –
Volksparteien im Abstieg?

- 64** Warnfried Dettling
Wachstumsperspektiven für eine
Volkspartei

- 67** Herfried Münkler
Ist die SPD politisch überflüssig
geworden?

- 71** Wolfgang Schröder
Mitte vs. Mitte
Die SPD zwischen Gemeinwohl und Par-
teiwohl auf der Suche nach sich selbst

- 75** Albrecht von Lucke
Volkspartei neuen Typs: Die Merkel-Union

- 78** Gerd Langguth
Erreicht Angela Merkel Kohls Amtszeit von
16 Jahren?

PULSSCHLAG

- 81** *Christoph Schwarz*
Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan im
Bundestagswahlkampf 2009: Ein Nachwort
- 86** *Albrecht Lüter*
Rückkehr der Gesellschaftstheorie
- 91** *Stellungnahme*
Folgenreiche Realitätsverleugnung: Das
neue Extremismusbekämpfungsprogramm
der Bundesregierung
- 96** *Tagungsankündigung*
Schafft die demokratische Öffentlichkeit!

TREIBGUT

- 98** Materialien, Notizen, Hinweise

LITERATUR

- 104** Und der Zukunft abgewandt...
Neue Literatur über politische Parteien
(*Thymian Bussemer*)
- 107** Die Regierung des Sozialen: Kontrolle durch
Aktivierung
(*Albrecht Lüter*)
- 111** Neue Perspektiven auf Jürgen Habermas
(*Mundo Yang*)

113 ANNOTATIONEN**114 ABSTRACTS****123 IMPRESSUM**

Das Ende der Volksparteien? Analysen & Auswege

„Unsere Ziele sind nachhaltiges Wirtschaften für Wohlstand, neue Chancen für Aufstieg durch Bildung und sozialer Zusammenhalt für ein starkes Deutschland (...)“ lautet es vollmundig in der Präambel des offenbar übereilt zusammengeschusterten Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und FDP. Allein es fehlt der Glaube, wenn man die ersten Monate der Regierungskoalition in Berlin Revue passieren lässt. Wie wollen die zentralen Akteure ernsthaft für Zusammenhalt in Deutschland arbeiten, wenn sie sich nicht einmal innerhalb der Koalition auf einen stabilen Grundkonsens und verlässlichen Fahrplan einigen können? Kaum ein Thema, das nicht mit kontroversen Diskussionen oder fundamentalem Streit begleitet wird – ob in der Steuerpolitik, Änderungen im Gesundheitswesen oder an der Sozialgesetzgebung. Eine Parallele zum Amtsbeginn der rot-grünen Koalition 1998/1999 drängt sich auf: Die damaligen Protagonisten um Gerhard Schröder und Joschka Fischer, beseelt vom Wahlsieg und Machtgewinn, fassten nur sehr schwer Fuß in den Mühlen der Regierungsebenen. ‚Die können es nicht‘, so die damalige Resonanz in Medien und Bürgerschaft. Gleiches ließe sich auch heute sagen. In jedem Falle fehlt der Bundesregierung eine gemeinsame Idee des Regierens. Das Retro-Vorhaben einer „geistig-politischen Wende“, zu dem sich Guido Westerwelle in Reden verstieg, erinnert an bodenlose Übertreibungen.

Ein „Durchregieren“ (Angela Merkel) in Bundestag und Bundesrat wäre auf der Basis der Länder-Mehrheiten ohne weiteres möglich. Doch noch geschieht – unabhängig von Uneinigkeiten etc. – dies vor allem deshalb nicht, weil mit der Wahl im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen im Mai diesen Jahres ein heikler und richtungsweisender Umengang ansteht, der auch über die Stimmenverhältnisse im Bundesrat entscheidet: scheitert

Schwarz-Gelb, ist die Mehrheit im Bundesrat nicht mehr gesichert.

Die ‚Berliner Erklärung‘ der CDU vom Januar 2010, wonach künftig die Wählersegmente der SPD, aber auch der Grünen und der FDP programmatisch ins Visier genommen werden sollen, kann ein erster Hinweis sein, dass es Angela Merkel gelingt, ihre „asymmetrische Demobilisierung“ entschlossen zu verfolgen. Eine Marginalisierung der SPD auf dem derzeitigen Niveau würde der Union auf Dauer eine stabile Machtbasis garantieren.

Es ist also angebracht, die Bundestagswahl 2009 und deren Auswirkungen auf die Rolle von politischen Parteien in den Blick zu nehmen und dabei die Substanz von ‚politischen Lagern‘ zu überprüfen. Hier setzt das vorliegende Themenheft des Forschungsjournals an. Der Zustand und die Entwicklung der beiden Volksparteien CDU und SPD stehen dabei, auch angesichts des Ergebnisses der SPD und der Richtungsdebatten innerhalb der Union, im Mittelpunkt der plural angelegten Analysen.

Die Diskussion, ob es in Deutschland noch ein linkes und ein bürgerliches Lager gibt, wird durchaus kontrovers geführt. Die überwiegende empirische Forschung findet nach wie vor ein schwarz-gelbes und ein rot-grünes Lager vor. Schwarz-Gelb ist es gelungen, eine Mehrheit des so genannten ‚linken Lagers‘, das bei den vorangegangenen Bundestagswahlen seit 1998 immer eine Mehrheit hatte, zu verhindern. Die konsequente Strategie von Angela Merkel, sich von den neoliberalen Positionen des Leipziger Parteitages 2005 zu distanzieren und Kontroversen mit der SPD um jeden Preis zu vermeiden, brachte der FDP zugleich einen großen Raum der inhaltlichen Entfaltung.

Das Vorhaben der CDU, weiter um von der SPD enttäuschte oder irritierte WählerInnen zu werben, passt in diese Linie. Dieser Weg war und ist ein riskantes Vorhaben, da nur Erfolge diesen Kurs innerhalb der Unionsparteien langfristig etablieren können. In einem Papier kriti-

sierten jüngst vier Fraktionsführer aus den Landesparlamenten¹ die Linie der ‚Arbeitsteilung‘ im bürgerlichen Lager scharf und öffentlich. Zwar wird die gewonnene Mehrheit des bürgerlichen Lagers bei der Bundestagswahl 2009 honoriert, aber das eigene Abschneiden mit 33,8 Prozent als enttäuschend bewertet. Mehr noch: das Ergebnis wird als glücklicher Zufall beschrieben: „Die Regierungsmehrheit für CDU/CSU und FDP war nicht das Ergebnis einer überzeugenden Wahlkampfstrategie. Vielmehr hatte die Union schlichtweg Glück. Die Wahlkampfaktik der weichen Botschaften und der gewollten Profillosigkeit führte in den Hochburgen zu massiven Verlusten.“ Und an anderer Stelle wird der Merkel-Kurs noch deutlicher kritisiert: „Eine strategische Positionierung der CDU als neuer SPD würde dauerhaft zu einer Stärkung der FDP und zum Entstehen konservativer Parteien rechts von der CDU führen.“ Konservative und wirtschaftsliberale Stammwähler müssten zurück gewonnen werden heißt es an anderer Stelle.

Erstmals scheinen sich Merkel-Gegner zu positionieren, um die bis dato erfolgreiche Bundeskanzlerin und in weiten Teilen ungeliebte Parteivorsitzende gegebenenfalls unter Druck setzen zu wollen. Der Inhalt des Papiers könnte spätestens dann eine Steilvorlage für parteiinterne Gegner und Kritiker der Bundeskanzlerin werden, wenn etwa die Wahlen in NRW für die Union verloren gehen sollten. Ihre oft kritisierte schwache Verankerung in der Partei würde Merkel unter Druck setzen.

Wichtige Kriterien, die ein Lager ausmachen, sind unter anderem die gesellschaftspolitische Verankerung von Parteien. Das bürgerliche Lager konnte diese Verankerung in der beschriebenen ‚Arbeitsteilung‘ von Union und FDP für sich optimal nutzen. Anders die SPD. Rot-Rot-Grün hätte eine Mehrheit anstreben können. Doch schloss die SPD im Vorfeld der Bundestagswahlen vehement eine Regierungskoalition mit der Partei Die Linke aus. Die Strategie der

Linken, sich als soziale Protest- und Anti-Kriegsstimme zu etablieren, konnte aufgehen, weil die SPD eine Koalition mit ihnen kategorisch ausschloss: die innerparteilichen Kämpfe angesichts einer möglichen Übernahme von Regierungsverantwortung blieben Lafontaine, Gysi & Co. noch erspart. Mittelfristig muss die Partei im Süden und Westen der Bundesrepublik weiter Fuß fassen, bevor ein Mitte-Links-Bündnis auch auf Bundesebene realistisch wird. Der viel beschriebene Linksruck der SPD ist dafür vielleicht gar nicht nötig, wohl aber ihre Profilierung als Vertreterin einer Politik der sozialen Gerechtigkeit. Dies zu erreichen wird jedoch eine Generation beschäftigen, da die Erosion der Kompetenzen im Themenfeld der sozialen Gerechtigkeit über die vergangenen Jahre in der Regierungsverantwortung zu groß war.

In diesem Zusammenhang bleibt es bis heute ein Rätsel, warum die SPD die Finanzkrise nicht als zugespitzte Gerechtigkeitsfrage zur Mobilisierung im Wahlkampf genutzt hat. Ein Wahlkampf-Alpha-Tier wie Gerhard Schröder hätte sich das wohl nicht entgehen lassen - unabhängig davon, wie seine Politik in den Jahren zuvor ausgesehen haben mag. Ohne klaren Kurs, ohne inhaltlichen Kompass und ohne konsistentes Personal konnten die WählerInnen bei der Bundestagswahl 2009 kaum eine Alternative zu Schwarz-Gelb erkennen. Der Wunsch der SPD-Spitze, eine Ampel-Koalition anzustreben, wurde durch den eigenen Wahlkampf unterminiert: Mit der FDP koalieren zu wollen, diese aber zugleich im Wahlkampf zu attackieren, wirkte unbeholfen. Offenkundig gab es kein linkes Lager, das ähnlich ‚arbeitsteilig‘ hätte agieren können wie es Union und FDP taten. Ebenso unklar war und ist das Verhältnis zwischen Linkspartei und Grüne. Beide weisen fundamentale Differenzen auf, so etwa in der Orientierung der Grünen auf angestrebte Bündnisse mit der CDU.

Möglich, dass sich langfristig die Lager verändern und regionale Spezifika zunehmen. In

diesem Zusammenhang bleibt abzuwarten, wie die Arbeit der Koalitionen in Hamburg (Schwarz-Grün) und im Saarland („Jamaika“) von den WählerInnen bei den nächsten Landtagswahlen bewertet werden. Oft können Lager übergreifende Politikentwürfe auch abgestraft werden, weil sie das eigene Wählerklientel überfordern.

In dieser spannenden Gemengelage bewegen sich die Texte des vorliegenden Themenheftes. Im ersten Teil des Heftes wird die Diskussion um ‚politische Lager‘ aufgegriffen; der zweite Teil umfasst Analysen aus den und über die Parteien, vor allem der Union und der SPD. Dabei stellt sich angesichts eines Fünf-Parteien-Systems generell die Frage, wie sich zukünftige Koalitionen innerhalb der Lager oder lagerübergreifend bilden werden. Die Erosion sozialmoralischer Milieus oder die sinkende Bereitschaft zu längerfristigen Parteibindungen etwa machen sich insbesondere für die Volksparteien CDU, CSU und SPD im Wählerverhalten wie in der Mitgliederstruktur negativ bemerkbar. Das Ende der Volksparteien auszurufen, wäre jedoch verfrüht. Volksparteien bemühen sich gemeinhin um WählerInnen aller gesellschaftlicher Gruppen und Schichten und nicht nur um WählerInnen einer Klasse oder einer bestimmten Klientel. Dies gilt weiterhin für CDU/CSU und SPD. Fraglich bleibt, ob sie ihre einstige Größe mit gemeinsamen Stimmenanteilen von bis zu 80 Prozent wieder erreichen. Sprich: Das Argument der quantitativen Ausdehnung kann künftig hinter dem der inhaltlichen Positionierung zurücktreten – und dennoch kann es weiter möglich sein, von Volksparteien zu sprechen. Ein Pulsschlagbeitrag und ein Literaturressay runden den Themenschwerpunkt ab.

Die Texte gehen zurück auf einen Workshop, den Prof. Dr. Thomas Leif, Prof. Dr. Joachim Raschke und Dr. Ralf Tils gemeinsam mit der IG Metall und der Hans-Böckler-Stiftung am 23. Oktober 2009 in der Berlin-Brandenburgischen Akademie zu Berlin veranstaltet haben.

Die Redaktion des Forschungsjournal bedankt sich auch an dieser Stelle sehr herzlich bei den Partnern, die den bereits traditionellen Workshop ermöglichten.

Vera Faust (Aachen), *Peter Kuleßa* (Berlin),
Thomas Leif (Wiesbaden)

Mitteilung in eigener Sache

Das Forschungsjournal freut sich mitzuteilen, dass Jan Rohwerder, seit 2005 Mitglied der Redaktion, das Team der Herausgeber verstärkt wird. Jan Rohwerder war bis Januar 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen und ist zur Zeit Leiter der Geschäftsstelle des Europäischen Wissenschaftsparlaments, einem Gemeinschaftsprojekt von Stadt Aachen und RWTH Aachen. Mit Beginn dieses Jahrgangs wird er die bisherigen Herausgeber in ihrer Tätigkeit unterstützen; zugleich hat sich auch die Redaktionsanschrift geändert (s. Impressum).

Die Herausgeber

Anmerkung

¹Verfasser des in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 10. Januar 2010 erschienenen Textes sind die drei CDU-Fraktionsvorsitzenden aus Hessen, Sachsen und Thüringen, Christean Wagner, Steffen Flath und Mike Mohring sowie die stv. Fraktionsvorsitzende Saskia Ludwig aus Brandenburg.

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch hat sich zwar umgehend von dem Papier distanziert. Gemeinhin ist das Verhältnis zwischen einem Regierungschef und dem Fraktionsvorsitzenden seiner ihn tragenden Partei ein vertrauensvolles. So ist es schwer zu glauben, dass weder Roland Koch noch seine Amtskollegen Wolfgang Böhmer und Stanislaw Tillich nichts von dem Papier gewusst haben.

Tissy Bruns

Alles nur Wahlkampf!

Als die Finanzkrise noch ziemlich frisch und die Bundesregierung mit Rettungsschirmen, Konjunkturpaketen und Kurzarbeitergeld beschäftigt war, also schon im letzten Quartal des Jahres 2008, durchzog der Hinweis auf das kommende Wahljahr die Krisenberichterstattung wie ein roter Faden. „Der Wahlkampf hat bereits begonnen“, das war ein fester Topos, der keineswegs nur Kommentare, sondern auch Nachrichtentexte geradezu durchdrungen hat. Die Krisenberichterstattung stand unter dem ausgesprochenen oder subkutanen Dauerverdacht, dass die politischen Akteure, ob es um Abwrackprämie oder Opelrettung ging, vor allem anderen vom Motiv des Stimmenfangs geleitet wurden.

Was für ein langweiliger Wahlkampf! Das war dann die finale Zusammenfassung der letzten Wahlkampfwochen. Irgendwann in einem unaufhörlichen Dauerrauschen des Polit-Talks konnte man einen Frank Plasberg in seiner Sendung sehen, der sich indigniert einer Front seiner Gäste gegenüber sah, die darauf pochte, dass Politiker nicht nur die Macht, sondern auch politische Ziele im Auge haben. Sigmar Gabriel und Oskar Lafontaine ließen sich nicht von einem Moderator ins Bockshorn jagen, der sie unbedingt in ein rot-rotes Bündnis packen wollte. Da ist der Fernsehmoderator einmal auf wirkliche Politiker getroffen, hart, aber fair.

Die allerdings waren Mangelware im Angebot der alten und neuen Formate, der Wahlarenen, Duelle, Dreier- und sonstiger Runden, die das Fernsehen uns überreichlich präsentierte: Wirkliche Politiker, die im Wahlkampf eine Chance sehen, Menschen von ihrem „Dennoch“ zu überzeugen, von dem Max Weber spricht, von ihrer Sache, an die sie glauben, für die sie

Mehrheiten gewinnen wollen. Nach diesem Wahlkampf muss man sich fast überwinden, an solche Maßstäbe noch zu erinnern, weil sie so weltfremd erscheinen. Denn der politische Zynismus hat sich tief festgesetzt, demzufolge Politik sich nur um Macht und Taktik dreht, das Denken der Politiker beherrscht und Wahlkampf nur darum geht, wer beim Wählerfang die raffinierteste Kampagne anbietet. Mit der Folge, dass die Bürger sich nicht mehr als politisches Subjekt beteiligt sehen, sondern nur noch als Wähler, als Objekt des Stimmenfangs, gefragt fühlen.

Gerade dieser Bundestagswahlkampf hat den faulen Wahlversprechen und der Hochglanzinszenierung der Politik in gewisser Weise den Garaus gemacht. Nicht wegen, sondern trotz angekündigter Steuergeschenke und anheimelnder Plakate, wird über das Kreuz auf dem Stimmzettel entschieden. Das aber hat einen bedenklichen Preis. Zwischen Bürgern und Politikern ist eine gefährliche Spirale entstanden: Die normalen Leute haben das Gefühl, von Politikern und Parteien um die großen Richtungsfragen betrogen zu werden und winken ab; sie erwarten nichts mehr von der Politik. Aber gerade diese Abwendung und Passivität erleichtert den politischen Profis einen Wahlkampf der Politikvermeidung. Das Ergebnis ist eine genügsame, eine ermattete Demokratie.

Es wäre wohlfeil, wenn sich die professionellen politischen Akteure aus ihrer Verantwortung für den langweiligen Wahlkampf nach dem Motto herausreden würden: Das Volk, es will betrogen sein. Es weiß und erlebt nur, dass es angeschwindelt wird. In Wahlkämpfen liegt die Verantwortung für politische Konzepte, Ideen und Vorschläge bei denen, die Politik als Beruf

betreiben. Sie müssen dem Volk, das seine Staatsgewalt ja – laut Grundgesetz – „in Wahlen und Abstimmungen“ ausübt, etwas zur Entscheidung vorlegen. Die verfassungsrechtliche Legitimation der Parteien (und ihrer Führungen) wiederum liegt in ihrer Mitwirkung an der „politischen Willensbildung des Volkes“. Artikel 20 und 21 GG beschreiben natürlich idealtypische Zustände der Demokratie, die auch in zurückliegenden Wahlkämpfen selten ganz eingelöst worden sind.

Dieser Wahlkampf aber lässt das Grundgesetz aussehen wie einen hoffnungslos vertrottelten Don Quijote. Und an der großen Koalition liegt das nicht – auch wenn die tatsächlich dazu beigetragen hat, die Unterschiede der beiden Hauptkontrahenten noch einmal zu verkleinern. Sicher ist die Rauflust von Spitzenkandidaten, die vier Jahre an einem Kabinetttisch zusammengearbeitet haben, begrenzt. Es stimmt, dass Angela Merkel seit ihrem schlechten Wahlergebnis von September 2005 an ihrem Machterhalt arbeitet. Und wahr ist auch, dass in Gestalt von Frank-Walter Steinmeier ein Sozialdemokrat in die Arena geschickt wurde, der als Kanzlerkandidat zum ersten Mal um einen Wahlkreis kämpfen musste.

Was ganz und gar nicht stimmt ist jedoch, dass unserer Zeit die großen Fragen ausgegangen wären, die den Wahlkämpfen von Konrad Adenauer und Willy Brandt ihre Spannung gegeben haben. Die Finanzkrise hat, im Gegenteil, die Widersprüche unserer Zeit dramatisch zugespitzt – und das eigentliche Debakel dieses Wahlkampfs war, dass Parteien und Spitzenkandidaten sich der Überprüfung des politischen Paradigmas entziehen konnten, dass diese Krise erst ermöglicht hat. Denn die wichtigste Frage wurde nicht gestellt: Muss sich die Politik nicht grundlegend überprüfen und neu besinnen, wenn das Deutungsmuster, dem sie anderthalb Jahrzehnte gefolgt ist, derart katastrophale Folgen hatte? Deregulierung, die Freiheit der Märkte, das war das Paradigma, dem die

Politik von Thatcher, Blair, Schröder, Merkel, Bush gefolgt ist. Doch neue Chancen in einer globalisierten Welt hat das den Wirtschafts- und vor allem den Finanzeliten gebracht. Längst vor dem großen Crash hat die Bevölkerung gespürt, dass der Politik etwas entgleitet. Der Durchschnittsbürger erlebte die neue Freiheit als Verlust von Sicherheiten, als neue Arbeitskonkurrenz, Wegzug von Unternehmen, als Erpressungspotential der Unternehmerverbände auf die Politik.

Und damit sind wir unweigerlich bei den Medien. Sie waren beteiligt: Das neoliberale Denkmuster war zugleich der mediale Mainstream. Professionelle Akteure der Politik sind, zumal in Wahljahren, keineswegs nur die Politiker, sondern auch die Journalisten, Intendanten, Zeitungen, Fernsehsender, Onlinemedien, deren öffentliche Verantwortung darin besteht, Politik zu vermitteln, im Wortsinn eben als ‚Medien‘ zu fungieren. Sie sind zudem nach dem ersten Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts ein „eminent Faktor“ der öffentlichen Meinungsbildung.

Die traurige Wahrheit ist: Das war einmal. Das TV-Duell als Höhepunkt des Wahlkampfs im Fernsehen und vor allem seine medialen Vor- und Nachbereitungen sprechen eine deutliche Sprache. Der Strukturwandel der Öffentlichkeit, eingeleitet durch das Privatfernsehen, hat sich zu einer Krise der demokratischen Öffentlichkeit ausgeweitet. Mit der Einführung des privaten Fernsehens, im großen Rauschen der dualen Fernsehwelt, ist das Politische in den Medien in eine Randrolle geraten. Beschleunigung war das erste spürbare Kennzeichen der technologischen Revolution des Internets. Ihr demokratisches Potential hat in diesem Wahlkampf zum ersten Mal eine Rolle gespielt. Die Bilanz ist ambivalent. Soziale Netzwerke der verschiedensten Art haben tatsächlich zu einer Aktivierung von Menschen beigetragen, die weder über ‚die Märkte und Plätze‘ noch über Parteien oder die Zeitungen zu erreichen sind.

Für die traditionellen Medien, vor allem aber für das Fernsehen, waren die neuen technologischen Möglichkeiten aber eine zusätzliche Ausrede, nicht selbst zu denken.

Der Bedeutungsverlust der professionellen politischen Akteure war das Subthema dieses Wahlkampfes. Die Politiker wollten und konnten ihre Verantwortung für ihre verlorenen Gestaltungskraft in der globalisierten Welt nicht thematisieren – obwohl jeder und jede weiß, dass über den Einzelthemen Managerboni, Eigenkapitaldecke oder Finanzaufsicht das Metathema vom Primat der Politik steht. Der professionelle Journalismus wiederum steht ohne Antwort vor einer digitalisierten Medienwelt, die den traditionellen Geschäftsmodellen für Nachricht und Information die Grundlage entzieht. Wichtiger noch: Welche Wirkung die öffentlichen Meinungsbildner auf die Köpfe und Herzen der Bürger wirklich haben, wird angesichts einer Öffentlichkeit, in der potentiell jeder sein eigener Meinungsmacher sein kann, immer rätselhafter. Und weil die Medien ihren Anteil an der Finanzkrise nicht reflektieren, können sie den der Politik nicht ernsthaft thematisieren.

1 Immer auf der richtigen Seite – mit Politzynismus

Im Wahlkampf haben Medien jeden nur erdenklichen Tribut gezahlt, um an solchen Wahrheiten nicht zu rühren. Ob Print, privates, öffentlich-rechtliches Fernsehen oder Online – den sichersten Halt bietet allen die weit verbreitete nihilistische Haltung zur Politik. Politikwissenschaftler, Journalisten, Experten aller Art verkünden, dass es in der Politik nun einmal und nur um Macht geht. Wie der Chor der griechischen Tragödie begleitet ein durchdringend negativer Grundton das Geschehen in der öffentlichen Arena. Ein Chor, der Politik als Macht- und Taktikmaschine anklagt. Dass diese Haltung selbst machtzynisch ist, zeigen zum

Beispiel die gängigen Bilder und Urteile über die Bundeskanzlerin. Der (zutreffende) Vorwurf, dass niemand weiß, wofür sie eigentlich eintritt, wurde höchst konform in allen Texten oder Fernsehporträts über sie erhoben, wie ebenso konform diese Meisterschaft des Ungefährten als taktische Raffinesse der Machtsicherung bewundert wurde: Der schlaue Machiavellist im Journalisten, der mit dem tiefen Einblick in die Innereien der Macht, schlägt im Regelfall den Aufklärer, der er einmal sein wollte.

2 Umfragewahlkampf

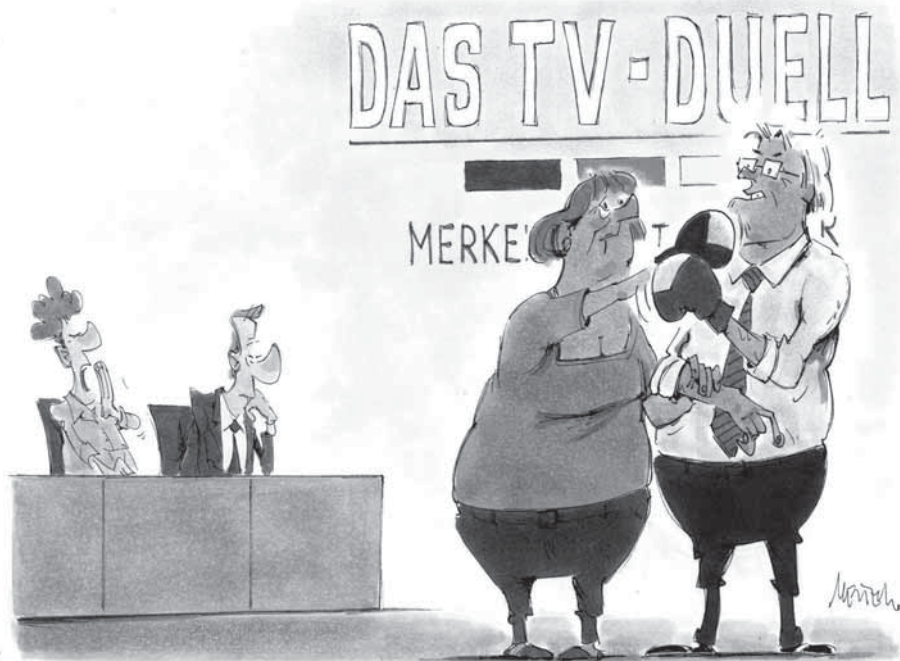
Zum dritten Mal in Folge haben die Medien der Logik der Umfragen freie Bahn gelassen. Nach den Irrtümern von 2002 und 2005 kann man nur noch sagen: wider besseres Wissen. Umso interessanter die Frage: warum? Tatsächlich exerziert die professionelle Öffentlichkeit selbst vor, was sie den Politikern später vorgeworfen hat: den inhaltsarmen Wahlkampf. Denn Umfragen und Popularitätsrankings liefern einen taktischen Ersatz für die kritischen Fragen nach politischen Inhalten und Konzepten. Wenn eine Partei so im Umfrage-Hintertreffen liegt wie die SPD, reduziert sich der Umgang mit ihr auf die Frage, die keine ist: „Woher nehmen Sie bei diesen Umfragewerten die Zuversicht, dass sie es noch schaffen können?“ Die suggestive Kraft der Umfrage macht die SPD und ihre Spitzenpolitiker zur Verliererpartei, die Wahlentscheidungen der Bürger werden latent zur Wette auf den Sieger. Es waren Journalisten, die unisono und in gleichem Atemzug Münzferings Attacken auf die Kanzlerin kritisiert haben, weil die wegen ihrer Popularitätswerte kontraproduktiv seien – und Steinmeier vorgehalten haben, dass er zum politischen Angriff überhaupt nicht fähig sei. Die Umfragen waren in diesem Wahlkampf das erste Surrogat für politischen Inhalt. Die Frage nach dem Unterschied zwischen Merkmals hoher persönlicher Beliebtheit und den Werten ihrer Partei war der Running Gag dieses

Wahlkampfs. Die demoskopischen Werte wurden zum bestaunten Fetisch, der die simple kritische Frage erledigt hat, welchen Wert Popularität für eine Kanzlerin (oder einen neuen Wirtschaftsminister) in einem Parteienwahlsystem überhaupt hat.

3 Bloß nicht langweilen! Das macht nur die Politik

Das TV-Duell zwischen Merkel und Steinmeier hat den Wahlausgang beeinflusst, wahrscheinlich allein deshalb, weil Millionen Menschen sich erstmals ihr eigenes Bild über den SPD-Kanzlerkandidaten machen konnten. Die mediale Vorbereitung in den Vorwochen kann in einem Wort zusammengefasst werden: „Gähn“. Es bleibt unerfindlich, warum ein vorher so eingestimmtes Publikum auf dieses Duell gespannt sein sollte, so dass es eher erstaunlich ist, dass

fast 15 Millionen zugeschaut haben. Der mediale Grundtenor danach war ebenso einhellig, wieder hieß es „Gähn“, zusätzlich einigte man sich auf die Formel ‚Duett statt Duell‘. Zwei Tage immerhin wurden die Fernsehsender selbst zum Gegenstand der Kritik. Vier Moderatoren, deren Geltungsbedürfnis ein enges Gesprächskorsett verlangte, haben in anderthalb Stunden ein Drittel der Gesprächszeit für sich selbst beansprucht, keine Frage zum Bildungsthema gestellt, und sich gegenseitig durchkreuzt, wann immer es hätte interessanter werden können. Ob es hier vielleicht mehr um den Bundesmoderator als den Bundeskanzler gegangen sei, fragte die Süddeutsche Zeitung spöttisch. Die Energieleistung war eindrucksvoll, mit der die Verantwortlichen in den Medien die Schwächen des Duells von sich selbst auf die Politiker abgeschoben haben. Im Fünf-Parteien-System, da war man sich schnell einig, sei ein Duell zwi-



schen Kanzlerin und Herausforderer nicht mehr zeitgemäß. Dabei war das Duell das einzige Fernsehformat, das in diesem Wahlkampf spürbare Wirkung auf den Wahlausgang hatte.

4 Fernsehen als ständige Unterbrechung

Das neue Format, mit dem Sabine Christiansen flankiert von Stefan Aust in die Talkarena zurückkehrte, ließ keinen Zweifel mehr zu: Zuviel Flitter und Twitter. Doch auch in vielen anderen Runden des Talks erreichte das Fernsehen im Wahljahr eine neue Qualität in der Kunst, Gedanken und Argumente möglichst rasch zu unterbrechen. Besonders fatal gerieten dabei die Versuche, sich mit Hilfe von Einspielern aller Art als volksnah und durch Indienstnahme von Onlineformaten auf der Höhe der Zeit auszuweisen. Nichts gegen Wahlarenen, in denen das Publikum die Fragen stellt. Aber alles gegen die gerade im öffentlich-rechtlichen Fernsehen verbreiteten Einspieler, die Politiker mit jenen Vox Pops konfrontieren, von deren Manipulierbarkeit jeder Medienstudent im ersten Semester weiß. Was eigentlich sollen Heiko Maas oder Peter Müller antworten, wenn Volkes Stimme auf die Frage „Was halten Sie von...“ verkündet: „Kenn ich nicht.“ oder „Weiß man ja nicht, was der vorhat.“ Nach dem Auftritt von Steinmeier bei ‚Anne Will‘ charakterisierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung diesen Journalismus treffend als eine Form des altbekannten Tortenwerfens. Das Fernsehen teste eigentlich nur die Reflexe der Politiker: Kann er sich rechtzeitig

wegducken, wenn mit Einspielern auf ihn geworfen wird?

Zu den beliebtesten Unterbrechungsformaten gehören mittlerweile Frager aus dem Internet, die wie schwarz-weiße Gespenster auf dem Bildschirm erscheinen. Oder parallel zur laufenden Sendung an Laptops ermittelte Statistiken, bei denen durchaus herauskommen kann, dass nach einer mehrstündigen Befragung von Spitzenpolitikern alle die Begriffe Kinder und Familie besonders häufig genutzt haben. Erkenntniswert: null.

Die krampfhaften Versuche, das Fernsehen technologisch auf Hochniveau zu präsentieren, erweisen sich als Blendwerk. Das sind nur Mätzchen, die sich an die partizipativen Möglichkeiten des Internets anhängen wollen, tatsächlich aber das Fernsehen geradezu zu einer Politikvernichtungs-Maschine degradieren.

Eine Dienstwagenaffäre in den Sommerwochen hat nur den bedenklichen Vorgeschmack geliefert auf das mediale Wahljahr 2009. Skandale, Umfragen, Rankings, Vox Pops und Moderatorenrenduelle zeigen eine professionelle Öffentlichkeit, die nicht mehr daran glaubt, der Wirklichkeit mit ihren Mitteln zu Leibe zu rücken. Man begnügt sich mit Ersatzhandlungen aller Art. Im Vergleich zu den Politikern, die den Herausforderungen nicht besser gewachsen sind, gibt es einen strategischen Vorteil: Die haben die Wähler über sich, die Medien nicht.

Tissy Bruns ist Politische Chefkorrespondentin und leitende Redakteurin des Tagesspiegels.

Joachim Raschke/Ralf Tils

Die Qual der Wahl: Das Debakel der SPD und strategische Optionen in der Lagerstruktur des deutschen Parteiensystems

1 Das Wahldebakel der SPD: Strategiegründe

In ein Lehrbuch für politische Strategie können nach dieser Wahl zwei Beispiele aufgenommen werden: Das Positiv-Beispiel der Merkel-Strategie, bei der fast alles richtig war. Und das Negativ-Beispiel der SPD-Strategie, bei der fast alles falsch war.

Für beide Seiten ging es um Machterwerb durch Wahlkampf. Für Merkel hieß das strategische Ziel, als Kanzlerin einer schwarz-gelben Regierung gewählt zu werden. Dabei war unerheblich, dass sie persönlich bei freier Entscheidung eine Große Koalition vorgezogen hätte – sie *musste* sich den Wunsch ihrer Partei und Wählerschaft nach einer bürgerlichen Regierung zu Eigen machen.

Die SPD hatte *drei* strategische Ziele (schon das konnte nicht gut gehen). Das offizielle hieß: Ampelkoalition mit Kanzler Steinmeier. Das inoffizielle hieß: Große Koalition mit Vizekanzler Steinmeier. Am Schluss war es das Ziel, einen katastrophalen Stimmenanteil unter 25 Prozent zu vermeiden. Zielsicherheit (bei Merkel) stand gegen Zielunsicherheit (bei der SPD).

In drei Punkten lässt sich sagen, warum Merkel diesmal so vieles richtig gemacht hat: Sie hatte eine Lager-Strategie, eine Gegner-Strategie und eine Personalisierungs-Strategie.

Der Leitgedanke der *Lager-Strategie* hieß Machtgewinn durch Mitte-Verschiebung. Die Lagermehrheit war nicht nur ihr Ziel, sondern auch ihr Bezugsrahmen. Merkel musste in die Mitte rücken und darauf setzen, dass die forcierten Markt- und Steuerinteressen von der

FDP eingesammelt werden und so dem bürgerlichen Lager erhalten bleiben (dabei war ein erheblicher Teil von Wählern, die sonst CDU wählen). Merkel vertraute auch darauf, dass die Wertkonservativen mangels alternativen Parteiangebots zum größeren Teil dann doch CDU wählen – was geschah. Da im bürgerlichen Lager die Wahlbeteiligung klassischerweise hoch liegt, die Wahlnorm noch etwas gilt, die Parteiidentifikation stärker ist, kann sie (im Unterschied zur SPD) ihrer Wählerschaft auch mehr zumuten. Merkels Konzept seit der Wahlniederlage 2005 lautet: Alles Sozialdemokratische aufsaugen, um in der Mitte wählbar zu sein. Die CDU hat von der SPD-Wählerschaft einen erheblichen Teil dessen gewonnen, was sie an die FDP verloren hat. Dieses Ergebnis ist Ausdruck einer fast perfekten Lager-Strategie.

Bei der *Gegner-Strategie* ging es um die Demobilisierung der SPD. Über den Staubsauger-Effekt hinaus bedeutete das, der SPD jedes Thema zur Mobilisierung von enttäuschten Anhängern abzuschneiden. Entsprechend dem Drei-Mehrheiten-Theorem kommt es darauf an, seine charakteristischen Stärken bei den divergierenden ökonomischen, sozialen und kulturellen Bevölkerungsmehrheiten auszuspielen. Da das bürgerliche Lager stark war bei der ökonomischen Mehrheit, durften SPD und linkes Spektrum – aus der Sicht von Merkel – ihre soziale und kulturelle Mehrheit nicht ausspielen. Als kulturelles Thema war nur Atomenergie auf dem Markt – das half den Grünen. Das sozialdemokratische Großthema soziale Gerechtigkeit neutralisierte Merkel konsequent. Gleichzeitig zeigte sie persönlich beim Wirtschaftsliberalen und beim Wertkonservativen nur ein

schwaches Profil, um nicht schlafende Hunde zu wecken.

Gegen viele Ratschläge aus der eigenen Partei oder den Medien und als andere nervös wurden (z.B. nach den Landtagswahlen Ende August) hat Merkel ihre Strategie durchgezogen: kein Feldzug gegen mögliche Links-Bündnisse in Thüringen und im Saarland, keine Rote Socken-Kampagne, kein neues Thema für Wirtschaftsliberale oder Wertkonservative. Die Stärke des eigenen Lagers sorgte gleichzeitig für die Schwäche des Hauptkonkurrenten SPD – allerdings nur unter der Bedingung, dass diese Merkels Aufsaug-Strategie in der Mitte nicht aktiv durchkreuzte. An sich war die Strategie riskant. Noch nie ist es im letzten Jahrzehnt einem Lager gelungen, mit der Mobilisierung nur *einer* Themenmehrheit (hier der ökonomischen) die Mehrheit der Stimmen zu erringen. 2002 und 2005 ist die Union genau daran gescheitert. Eigene Mehrheit plus Schwächung der Anderen – so brachte Merkel anderthalb Mehrheiten auf ihre Seite und war erfolgreich. Volksparteien sind heute nicht mehr danach zu bewerten, ob sie 40 Prozent erreichen, sondern danach, ob sie ein Lager erfolgreich organisieren und mobilisieren. Das hat Merkel geschafft. Und deshalb war sie klüger als viele in ihrer Partei.

Die Selbstinszenierung im Rahmen ihrer *Personalisierungs-Strategie* dementierte ihr Lager nicht, passte aber gleichzeitig zur lagerübergreifenden Positionierung. Merkel gerierte sich als Kanzlerin für alle Deutschen. Das bestehende inhaltliche Vakuum wurde durch ihre Person aufgefüllt. Dieses Vorhaben gelang ihr nicht zuletzt durch das gekonnt-kontrollierte Spiel mit den Medien.

Ebenfalls in drei Stichworten lässt sich zeigen, warum die SPD wahlstrategisch fast alles falsch gemacht hat: durch koalitionspolitische Selbstblockade, ausbleibende Gerechtigkeitsmobilisierung und fehlenden Richtungskandidaten.

Selbstblockade durch die Koalitionsfrage.

Man kann nicht vehement zugleich für und ge-

gen die FDP sein. Das Fehlen einer begründbaren Machtoption war unvermeidbar. Es gehörte diesmal zur nicht behebbaren Schwäche der SPD. Man machte aber aus *einer* Schwäche gleich *zwei*: keine Machtoption plus das Verschenken eines Angriffsthemas. Es fehlte die Zuspitzung gegen Schwarz-Gelb über kontinuierliche, argumentative, harte Angriffe auf die FDP.

Fehlen eines zuspitzenden Themas für soziale Gerechtigkeit. Ohne ein solches Mobilisierungsthema, und das war das Schlimmste, konnte die SPD ihre Kernkompetenz nicht hinreichend demonstrieren. Mindestlohn war ein gutes Thema, aber es wurde verschenkt. Es wurde nicht eingebaut in eine neue Politik der Solidarität, bei der auch Teile der alten, eigenen Politik auf den Prüfstand gemusst hätten. Die Finanzkrise als Gerechtigkeitsthema fiel einer weiteren Selbstblockade der SPD zum Opfer: Sie hatte selbst Deregulierung betrieben, sich selbst an fragwürdigen Geschäften beteiligt (Landesbanken) und durch Minister Steinbrück selbst bei der administrativen Neuregulierung in Mini-Schritten mitgewirkt. Es fehlten Mut und Phantasie zu Selbstkritik plus Offensive. Die SPD hatte keine Kraft für eine Doppel-Strategie: im Amt und im Wahlkampf. Im November 2008 erarbeitete sie einen breiten Forderungskatalog, versteckte diesen dann aber. Eine Forderung nach Zerschlagung der Großbanken, der Herauslösung des Investmentbanking, hätte beispielsweise breite Zustimmung gefunden und die Polarisierung in der Sache geschaffen, die der SPD so sehr fehlte.

Personalisierungs-Strategie. Hier musste man der starken Merkel-Strategie etwas entgensetzen, hätte einen Richtungskandidaten gebraucht, nicht eine Kopie der Kanzlerin. Steinmeier hatte zum Schluss hin gute Kompetenz- und Persönlichkeitswerte, aber die Figur und Position des Kanzlers war schon besetzt. Da Steinmeier zu keiner Zeit Kanzler werden konnte (und die Leute das wussten), war nur über ein

ausgewiesenes Richtungsprofil etwas zu holen. Dafür hätte der Kandidat einen für die SPD wichtigen inhaltlichen Konflikt durchstehen müssen (irgendwann in seinem Kandidatenjahr). Willy Brandt, der sozialdemokratische Vizekanzler der ersten Großen Koalition, war 1969, am Ende der schwarz-roten Regierung, nicht als ein sympathischer Politiker erfolgreich, sondern als einer, der mit den Konfliktfeldern Ostpolitik und Demokratisierung Profil gewonnen hatte.

Das waren drei strategische Schwächen der SPD, die ‚nicht hätten sein müssen‘. Die Misere der SPD war natürlich größer. Die SPD war nicht mehrheitsfähig: Führung und Richtung waren nicht geklärt, es fehlte eine plausible Machtperspektive. Aber sie hätte auch unter diesen ungünstigen Rahmenbedingungen mehr holen können als 23 Prozent (etwas zwischen 25 und 27 Prozent).

Angela Merkel verfolgte eine erfolgreiche Machterwerbs-Strategie, die hohen Kosten bei der Machtausübung wurden dabei ausgeblendet und sind erst in der anschließenden Lager-

regierung zu zahlen. Angesichts der bestehenden Lagerkonstellation ist kurz etwas zur Kategorie und den Bedingungen politischer Lager zu sagen. Lager sind etwas, über dessen Existenz man nicht streiten kann. Sie stellen eine empirische Tatsache dar, wenn man sie (vernünftigerweise) als eine verbindende und abgrenzende Orientierung definiert. Mehr als Koalition, weniger als Milieu (die Leute müssen nicht alle in derselben Kneipe sitzen und im selben Quartier wohnen). Lager spiegeln aber auch grundlegende Wertorientierungen. Dennoch kann man sie über Parteipräferenz, Zweitpräferenz, Koalitionspräferenz und Stimmensplitting hinreichend operationalisieren.

Das Schwierigste im Lager ist die Arbeitsteilung. Beide größere Parteien, Union und SPD, müssen ihr Lager in der Mitte verbreitern. Eine riesige Herausforderung unter der Bedingung schrumpfender Volksparteien (mit gefährdeter Kernkompetenz), die eigentlich nichts mehr zu verschenken haben. Das wird meist nicht verstanden, auch nicht akzeptiert und führt zu Kon-



flikten. Merkel wird das in ihrer eigenen, größeren Lagerpartei erfahren. Sie hat das Profil ihrer Partei verändert. Dort dachte man aber, das sei nur die Große Koalition. Wenn sie in der Mitte bleibt, verletzt sie ideologische Interessen in CDU und CSU. Und sie wird Konflikte mit der kleineren Lagerpartei FDP erleben, die sich zum eigentlichen Interessenvertreter des Lagers stilisiert und vom Dauerkonflikt mit der größeren Lagerpartei zu profitieren sucht. Die Freien Demokraten spezialisieren sich darauf, Erwartungen hoch zu fahren und hoch zu halten – egal, was die Realität zulässt. Die FDP als Antreiber, die Union als Blockierer und Realitätskontrollleur, das ist eine konflikthaltige Konstellation.

Fährt Merkel wie im Wahlkampf und der Großen Koalition fort, wird es also die Lagerlogik sein, die sie in der Mitte hält. Möglich ist aber auch, dass Angela Merkel – wie so oft – nur auf die unmittelbar gegebenen Kräfteverhältnisse reagiert, auf die Anwesenheit der FDP in der Regierung und die derzeitige Schwäche der SPD in der Opposition. Dass sie also die Sozialdemokratisierung ihrer Politik durch eine FDPisierung ablöst. Wenn sich ihr augenblicksorientiertes Lavieren gegen das Festhalten an strategischen Grundüberlegungen durchsetzt, gibt sie die Arbeitsteilung auf, zu der sie die Lagerlogik zwingt. Dann kann die Regierung des bürgerlichen Lagers als Episode enden.

Im Wahlkampf hat Merkel von der Lagerrealität profitiert, Nebenfolgen und Kosten ihres Wahlerfolgs muss sie in den nächsten vier Jahren aufarbeiten. Der politische Kampf geht auch innerhalb des Lagers weiter. Das Lager bleibt aber eine Bezugsgröße für die Akteure. Das muss sich auch in Analysen der Wahl und der neuen Parteienkonstellation widerspiegeln.

Bislang haben wir es mit einer *asymmetrischen Lagerstruktur* zu tun. Das schwarz-gelbe, bürgerliche, heute regierende Lager ist ein Faktum, das linke Lager ein Problem. Das linke Spektrum ist ein potentielles, unfertiges Lager.

Heiner Geißlers Lagertheorie von Mitte der 1980er Jahre bezog sich auf den Gegensatz von Schwarz-Gelb und Rot-Grün. Diese Lagerkonstellation galt von 1983 bis 2005. 2005 bis 2009 gab es eine um die Linkspartei erweiterte Mehrheit des rot-grünen linken Spektrums, die wegen Unvereinbarkeit politischer Positionen nicht genutzt wurde – Folge war die Große Koalition. 2009 verlor Rot-Rot-Grün seine rechnerische Mehrheit. Es ist offen, ob das linke Spektrum zu einem funktionierenden Lager zusammenwächst. Noch sind die Distanzen und Differenzen zwischen Wählern der SPD, Grünen und Linkspartei groß. Noch gibt es kein übergreifendes und wie im bürgerlichen Lager messbares Lagerbewusstsein. Auch die Repräsentanten der drei Parteien haben unterschiedliche Auffassungen darüber, wie sie – unter dem Druck des regierenden bürgerlichen Lagers – mit dem Potential eines linken Lagers umgehen sollen.

2 Strategieoptionen im deutschen Parteiensystem

Bisher war es eine Schwäche des linken Parteienspektrums, dass es angesichts seiner Selbstblockierung über keine eigene Machtperspektive verfügte. Fragt man vor dem Hintergrund der Lagerstruktur des deutschen Parteiensystems nach den bundespolitischen Perspektiven im Anschluss an die Wahl 2009, ergeben sich drei grundlegende strategische Optionen. Die erste Option ist eine *Links-Strategie*, bei der der Wille zur Bildung einer Regierung der drei Parteien des linken Spektrums ausdrücklich erklärt und offensiv vertreten wird. Die zweite Option kann als *lagerübergreifende Strategie* bezeichnet werden, bei der die Parteien versuchen, ihr Lager zu verlassen, indem sie Bündnisse jenseits der Lagergrenzen anstreben (Ampel, Jamaika, Große Koalition). Die dritte Variante ist schließlich eine *Strategie des Offenlassens*, bei der die Eigenständigkeit der eigenen Partei und

Position betont wird, ohne dass man sich auf verbindliche Bündnisaussagen einlässt.

Ein objektives Interesse an einer *Links-Strategie* als ausdrücklicher Lager-Strategie hat nur die Linkspartei. Das gilt schon deshalb, weil es auf Sicht ihre einzige Chance auf Machtteilhabe im Bund ist. Sowohl die SPD als auch die Grünen haben mit Ampel oder Großer Koalition sowie Jamaika oder Schwarz-Grün alternative Machtoptionen. Eine explizite Lager-Strategie ist risikobehaftet – zumindest für SPD und Grüne. Sie kann innerhalb des Lagers Sanktionen derjenigen Wähler heraufbeschwören, die ein Bündnis mit der Linkspartei grundsätzlich ablehnen (zurzeit befürwortet nur eine Minderheit sozialdemokratischer und grüner Wähler Rot-Rot-Grün). Sie stellt aber zugleich Macht-Prämien in Aussicht, da der Abstand des linken Lagers gegenüber Schwarz-Gelb bei der Bundestagswahl 2009 nur 2,7 Prozent betrug und damit relativ ‚leicht‘ einholbar erscheint. Das Schwierigste einer Lager-Strategie wäre für die einerseits unabhängigen und konkurrierenden, andererseits im Lager gebundenen Akteure eine richtig verstandene Arbeitsteilung. Die Sozialdemokratie müsste versuchen, ins bürgerliche Lager abgewanderte Wähler zurück zu gewinnen, um dem eigenen Gesamtlager eine Mehrheitsperspektive zu verschaffen. Das bringt sie zum einen in Schwierigkeiten, weil dann das Pathos des Lagers zugleich artikuliert und dementiert werden muss. Es schafft darüber hinaus besondere Probleme, wenn eine Mitte-Orientierung von den sozialdemokratischen Strömungen als interne Machtverschiebung interpretiert und durch die anderen Lagerparteien mit dem Verratsvorwurf sozialdemokratischer Ideale gebrandmarkt wird. Eine notwendige, aber nicht verstandene Arbeitsteilung führte dann auch im linken Lager zu Konflikten innerhalb des Lagers und in der größeren Lagerpartei.

Eine *lagerübergreifende Strategie* erscheint für SPD und Grüne wenig attraktiv, weil sie angesichts des Faktums eines regierenden bür-

gerlichen Lagers die Oppositionsarbeit und den Wahlkampf erheblich erschwert. Für den Wahlkampf 2013 kann eine lagerübergreifende Strategie nicht explizit gemacht werden, solange das bürgerliche Lager für eine Fortführung des schwarz-gelben Regierungsbündnisses wirbt (und das wird sie). Die Oppositionsarbeit verkompliziert eine lagerübergreifende Strategie ebenso: Wie sollen eine unsoziale und klientelorientierte FDP-Politik glaubwürdig angegriffen und Angela Merkel als Kanzlerin der bloßen ‚Ankündigung‘ (Klimapolitik, Finanzmarktregulierung etc.) oder als ‚soziales Feigenblatt‘ der Regierung etikettiert werden, wenn man zugleich den Wunsch nach einem Ampel- oder Jamaika-Bündnis bzw. einer Großen Koalition hegt? Derartige Selbstblockierungen durch den Widerspruch von Machtperspektive und (oppositionellem) Rollenspiel erlitt die SPD schon in diesem Jahr. Insgesamt wird das mangelnde Interesse des linken Spektrums an dieser Option auch den in den Medien beliebten Diskurs über lagerübergreifende Strategien bremsen. Vorerst bleibt eine lagerübergreifende Koalition allenfalls eine mögliche Konstellation für einzelne Bundesländer.

Die letzte Alternative ist die *Strategie des Offenlassens* und der Ambivalenz, die zumindest Attraktivität für die Parteien des linken Spektrums mit mehr als einer Option entfaltet (SPD und Grüne). Propagiert wird mit ihr die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber den Lagerkollegen, die zu einer Profilschärfung der eigenen Partei führen soll. Die fehlende Machtperspektive macht diese Variante jedoch gleichzeitig zu einer Strategie der Schwäche, weil kaum realistisch plausibel erklärt werden kann, wie ein Regierungswechsel konkret herbeizuführen ist – und vor allem wie er dann aussieht. Allerdings gibt es auch Prämien der Lagervermeidung. Kassieren kann sie eher eine kleinere Partei mit Mitte-Orientierung, heute also die Grünen (nicht aber die Linkspartei). Für die größere Mitte-Partei des linken Spektrums, die

SPD, greift hingegen das Problem der fehlenden Machtoption.

Strategien der Offenheit verlagern Bündnisfragen – weg vom Bund – stärker zu den Ländern. Tendenziell wird die Landespolitik dann zur Kommunalebene, auf der man das Verschiedenste ausprobieren kann (wenngleich der Einfluss auf den Bundesrat weiter zu berücksichtigen ist). Was hier bündnispolitisch geht (und was nicht), wird nicht primär ideologisch, sondern pragmatisch entschieden. Die Autonomie der Landespolitik nimmt zu. Bundespolitische Optionen ergeben sich dann auch im Lichte landespolitischer Erfahrungen. Was sich im Land bewährt, hat größere Chancen, im Bund übernommen zu werden.

3 Trotz Lager: Mitte wird nicht obsolet

Im Links-Rechts-Spektrum, in dem sich die Wähler unverändert einordnen und orientieren, gibt es auch Werte in der *Mitte* der Skala, sogar besonders viele. Das ist aber nicht ‚die Mitte‘, über die in der Politik geredet wird. Dort ist ‚Mitte‘ ein Kampf- und Diskursbegriff, mit dem man Vorteile erzielen will.

Die bürgerlichen Parteien in Deutschland identifizieren sich mit der ‚Mitte‘, egal wie rechts ihre Politik im Einzelnen einzustufen ist. Die ‚Rechte‘ ist nach dem NS-Regime kein legitimer Ort mehr. Für eine gemäßigte, Mehrheit suchende ‚Linke‘ entsteht daraus das Problem, dass sie Überschneidungen mit Wählern im mittleren Meinungsfeld aufrechterhalten, ihre Selbstdefinition aber über Links finden muss. *Orientierung an Links, Öffnung zur Mitte* – diese dialektische Bewegung heißt ‚linke Mitte‘. Eine Linke, die nicht auch um die Mitte kämpft, in den Diskurs darüber nicht eintritt, hat keine Mehrheitschance. Eine Partei der Linken, die sich über die Mitte definiert, hat schon verloren.

Eine Koalition der Parteien des linken Spektrums, aber auch deren Verdichtung zu einem

linken Lager, müsste sich der *Mitte-Frage* stellen. Hier greift erneut das Gesetz der Arbeitsteilung. Die radikale Linke kann sich mit einer Selbstverortung als ‚Linke‘ begnügen, die gemäßigte Linke (SPD und Grüne) muss von linken Positionen aus den Diskurs um die politische Mitte führen. Für ein erfolgreiches linkes Bündnis wäre beides notwendig.

4 Arme Wähler

Wer soll das alles verstehen? Und die Wirklichkeit ist noch komplizierter. Alle drei Parteien des linken Spektrums sind in sich gespalten über die Koalitions- und Lagerfrage. Bei der SPD zum Beispiel gibt es prinzipielle Anhänger einer Großen Koalition oder Ampelkoalition ebenso wie prinzipielle Verfechter eines Linksbündnisses. Wähler müssen also auch noch abschätzen, wie stark der jeweilige Einfluss der parteiinternen Strömungen, wie verbindlich eine Koalitionsansage der Parteiführung vor der Wahl ist.

Das überschreitet Grenzen rationaler Kalkulierbarkeit aller Akteure. Und dennoch wollen die meisten Wähler keine Lotterie. Heuchelei, Wählertäuschung, Wortverdrehung werden den Übergang zu neuer Übersichtlichkeit ebenso begleiten wie versuchte Ehrlichkeit, Offenheit und Selbstbegrenzung. Auch die Wähler müssen andere Formen von Flexibilität und Verbindlichkeit lernen. Am Ende werden vorweggenommene programmatische Klarheit und aufrechterhaltene Glaubwürdigkeit einen größeren Stellenwert gewinnen. Anders lässt sich mit den unvermeidbaren Tatsachen von Fünfparteien-system und Lagern nicht leben.

Prof. Dr. Joachim Raschke ist Parteien- und Strategieforscher und lehrte Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg.

Dr. Ralf Tils ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Demokratieforschung der Leuphana Universität Lüneburg.

Herbert Hönigsberger/Andreas Kolbe/Sven Osterberg

Lager denken

Nicht links, nicht rechts – sondern demokratisch

Die Bundestagswahl 2009 haben nicht die Probleme und die besseren Vorschläge zu ihrer Bewältigung, sondern die Bindung großer Wählergruppen an ein politisches Lager und dessen höhere Attraktivität für die Wähler mit schwächerer Parteibindung entschieden. Das ‚bürgerliche‘ Lager hat gewonnen, weil es ein politisches Lager ist. Seine politischen Zentren haben mit der Steuerfrage das integrierende Signal-, Schlüssel- und Symbolthema platziert, das sich als geeigneter Nukleus für die politische Lagerbildung erwies. Die ‚linken‘ Parteien dagegen hatten im Wahlkampf allenfalls mäßigen Erfolg, dem bürgerlichen Lager das Recht zur ausschließenden Nutzung des Labels ‚bürgerlich‘ abzuspochen. Und überhaupt nicht gelungen ist ihnen zu dementieren, dass es sich um ein Lager handelt. Gewonnen hat ein gefestigtes politisches Lager, das weiß, dass es regieren will, gegen disparate politische Strömungen ohne Regierungsprojekt. Gewonnen hat eine Union, die zur Lagerbildung fähig und gewillt war, gegen eine SPD, die das nicht war. Gewonnen haben diejenigen, die einen Begriff von Macht- und Herrschaftssicherung haben.

1 Mechanismen der Lagerbildung

Anhand der Karriere des Steuerthemas lassen sich die Mechanismen der politischen Lagerbildung entschlüsseln. Das Leitmotiv *Steuern senken* muss weder vernünftig sein, noch muss die Wahrscheinlichkeit hoch sein, dass es überhaupt realisiert werden kann. Seine Urheber müssen nur glaubhaft versichern können, dass sie die Parteien der Steuersenkung sind. Das Publikum muss nur die Überzeugung gewinnen, dass sie ihr Versprechen halten werden, wenn sie es

halten können. Von diesem Symbolthema geht zudem noch etwas ganz anderes und weitaus mehr aus als nur die Andeutung, die Wähler könnten mit einigen 100 Euro mehr in der Tasche rechnen. Große Wirkung erzielt die glaubhafte Versicherung, im Zweifelsfalle rangierten die Interessen Steuern zahlender Wirtschaftssubjekte höher als die der Gesellschaft, gehe Individuum vor Staat. Mit dem Steuersenkungsthema wird ein ganzer ideologischer Kosmos gesellschaftlicher Zusammenhänge und Beziehungen aufgespannt. Dass wirtschaftliche Erträge Resultat individueller Anstrengungen und individuelle Einkünfte Ergebnis persönlicher Leistungsfähigkeit sind, ist Teil der notorischen Selbstüberschätzung und Fehldeutung sich individualisiert wahnender Individuen. Sie populistisch zu bedienen ist die ‚große‘ Leistung von Union und FDP. Das Steuersenkungsthema appelliert an die niederen Instinkte, die die kapitalistische Erwerbsgesellschaft produziert. Es ist Populismus für die besseren Kreise. Dieser Steuerpopulismus dockt an die verbreitete pseudo-anarchoide Staatsaversion der gehobenen Gesellschaftsschichten an und forciert dort allerlei asoziale und klassenkämpferische Attitüden.

Eine Entgegensetzung von Individuum und Staat, wie sie im Steuerthema mitschwingt, mobilisiert in Deutschland allerdings nicht nur das nackte ökonomische Interesse, sondern auch eine wohlbegründete Staatsskepsis. Deutschland hat im 20. Jahrhundert zwei Staatsgebilde hervorgebracht, die – wenn auch mit substantiellen Unterschieden – sich das Recht auf die absolute Unterwerfung des Individuums unter Staatszwecke angemäht haben, weswegen liberale Impulse geradezu zwingend zur Grundausstattung eines post-faschistischen und post-re-

alsozialistischen, genuin bundesdeutschen Nationalcharakters gehören. Doch schwingt im antibürokratischen *Cantus firmus* der zeitgenössischen liberalen Steuersenker jede Menge Demokratieaversion und Marktutopie mit. Zuletzt kippt der Unwille zur Steuerleistung für die demokratische Republik ins Antidemokratische. Gegen all das helfen keine Rechnungen, wie sie die SPD im Wahlkampf aufzumachen versucht hat.

Sinn des Steuerthemas war, die Bande zwischen Wählern, die sich primär ökonomisch definieren – dem gebeutelten Mittelstand, Selbständigen und Global Playern, den Profiteuren der Krise und ihren unbelehrbaren Opfern, nebst dem ganzen wissenschaftlichen und medialen Tross – und den Parteien des ‚bürgerlichen‘ Lagers zu festigen. In diesen Milieus grassiert

nicht nur die unerschütterliche Vorstellung, Union und FDP seien unter allen Umständen ihre verlässlichen Interessenvertreter. Das konservativ-liberale Parteienbündnis gilt auch als die berufene Regierung der Bundesrepublik. Das strukturelle Gewinnerpotential der Konservativen und der Liberalen resultiert daraus, dass sie sich der Zähigkeit ökonomischer Interessen, des massiven Willens bestimmter sozialer Milieus zur Exklusivität und des Selbstbehauptungswillens der Inhaber gesellschaftlicher Schlüsselpositionen sicher sein können. Dieses Lager will, dass Union und FDP regieren – egal was ist. Es gewährt diesen Parteien einen fast grenzenlosen Vertrauensvorschuss und attestiert ihnen blanko höhere sachlich-fachliche Kompetenz. Ihre Politik gilt von vornherein als richtig, weil



sie von diesen Parteien kommt. Es muss schon viel passieren, dass diese festen Bande gelockert werden. Nach 16 Jahren Kohl war dieser Punkt erreicht. Wenn aber die Probleme so unüberschaubar werden wie in der Finanz- und Wirtschaftskrise, wenn ökonomische Interessen und sozialer Status gefährdet sind, dann zählt die Geschlossenheit des Lagers wieder umso mehr.

2 Dafür oder dagegen

Müssen die drei Oppositionsparteien im Bundestag nun den Ball aufnehmen, den ihnen das ‚bürgerliche‘ Lager ins Feld gedroschen hat? Müssen sie sich also als ‚linkes Lager‘ finden? Ja und nein! Lagerbildung, die Formierung eines Gegenpols zum ‚bürgerlichen‘ Lager ist das Gebot der Stunde. Letztlich organisieren sich alle politischen und anderen Kontroversen bipolar: Mehrheit oder Minderheit, Regierung oder Opposition, für oder gegen Atomkraft, für oder gegen Mindestlohn, für Steuerfinanzierung öffentlicher Güter oder dagegen, Raucher oder Nichtraucher, Schalke oder Dortmund. Je fragmentierter und individualisierter Gesellschaften sind, desto mehr verlangen sie nach der Reintegration durch sozio-politische Lagerbildung. Minderheiteninteressen haben nur Aussicht auf Erfolg als Teil einer überwölbenden Programmatik. Die Fragmentierung der Gegenkräfte hat den Sieg des ‚bürgerlichen‘ Lagers begünstigt.

Die Leitpartei einer Gegenformation zum ‚bürgerlichen‘ Lager steht vor einer Herkulesarbeit. Sie muss nicht nur zahlreiche bipolare Kontroversen zu einem Programm bündeln. Sie muss auch das integrierende Signal-, Symbol- und Schlüsselthema identifizieren, hinter dem sich ein mehrheitsfähiges politisches Lager versammeln kann. Sie muss nach den Usancen jener sozialen Milieus, die die Gegenformation zum ‚bürgerlichen‘ Lager tragen, erheblich höheren konzeptionellen Aufwand treiben als die

Konkurrenz. Und sie muss – das Schwierigste überhaupt – Diskurse zwischen den Oppositionsparteien in Gang setzen.

3 Progressives Lager – demokratisches Lager

Jetzt streiten drei Oppositionsparteien um die Führung im Lager *diesseits der Union*. An sich käme diese Rolle der SPD zu, doch muss sie ihren Führungsanspruch erst wieder neu legitimieren. Das Fünf- respektive Sechs-Parteien-System erfordert zur Lagerbildung ein *Parteienbündnis*. Und für eine Lagerbildung, die auf nachhaltige Veränderungen mittels Regieren abzielt, ist ein *dauerhaftes Parteienbündnis* als Zentrum nötig, das mehr ist als eine bloße Ablösungskoalition. Ob die drei Oppositionsparteien dazu in der Lage sind, ist völlig offen. Die grundlegenden normativen Orientierungen und politischen Mentalitäten der drei Oppositionsparteien weisen allerdings untereinander mehr Gemeinsamkeit auf als mit der Union. Ihre jeweiligen Deutungen der fundamentalen bürgerlichen Wertetriade von *Freiheit*, *Gleichheit* und *Brüderlichkeit* verbinden sie untereinander mehr als mit den Konservativen. Und sie sind allesamt kapitalismusskeptischer als die kapitalismuseuphorische Konkurrenz. In Sache und Substanz reicht es – politischen Willen vorausgesetzt – jederzeit zur Lagerbildung und zum Parteienbündnis.

Doch fällt auf die Regierungsperspektive ein Schatten. Ein Bündnis der drei Oppositionsparteien schließt die ökonomischen Eliten im Wesentlichen vom Regieren aus. Das schafft in Gesellschaftsformationen, die von der Ökonomie so abhängen wie die bürgerliche Gesellschaft von der kapitalistischen Produktionsweise, Probleme. Die alten Volksfronten sind eine Warnung. Als *Bündnis von Kapital und Arbeit* – so die Selbststilisierung – hatte die sozialliberale Koalition von SPD und FDP eine spezifische Stärke gegenüber Rot-Grün. Eine grüne

sozial-liberale Koalition – also von SPD, FDP und Grünen – hätte diese Stärke erst recht, zumindest in der Theorie. Sie könnte das reformatorische Erbe der sozial-liberalen Koalition und von Rot-Grün in einer Reformkoalition bündeln, die sich wirklich ‚groß‘ nennen dürfte. Dieses Bündnis könnte seine Bindekräfte zudem aus den gemeinsamen Bezügen zur französischen Wertetriade ziehen. Doch fühlt sich die reale existierende liberale Partei einstweilen an der Seite der Konservativen besser aufgehoben. Das muss aber nicht so bleiben. Denn die Grenzen zwischen den politischen Lagern sind verschiebbar. Wo sie verlaufen, hängt von den Fähigkeiten der jeweiligen Leitparteien zur Hegemonie in zentralen Diskursen ab.

Nach Lage der Dinge entscheidet über die Perspektiven der politischen Lager in den nächsten Jahren, wer die Definitionshoheit über die Grundwerte der Freiheit und Gerechtigkeit und den Diskurs darüber gewinnt, was ‚soziale Marktwirtschaft‘ im Gegensatz zum Kapitalismus ist. An der Fähigkeit der oppositionellen Leitpartei zu einem neuen Freiheits- und Marktwirtschaftsdiskurs hängt, ob das ‚bürgerliche‘ Lager zusammenbleibt. Vorab ist nicht ohne Bedeutung, ob die Oppositionsparteien die Lagerkonkurrenz mit einem adäquaten Etikett antreten. Selbst wenn *rechts* und *links* noch schlüssige Kategorien für die Unterscheidung politischer Intentionen wären, liefern sie nur noch die Label für Negativ-Kampagnen, aber keine

Bezugspunkte mehr für Identifikation. Das *progressive* Lager immerhin fasst die Erben der französischen Revolution zusammen und stellt sie den *konservativen* Nachfahren des *ancien regime* gegenüber. Es zieht die Lagergrenzen anders als ‚bürgerlich‘ und ‚links‘ und erlaubt auch einer Partei wie der FDP, sich einzuordnen. Wer die Unterscheidung *progressiv* und *konservativ* für zu substanzlos hält, mag es mit dem *Lager der Demokratie* oder dem *demokratischen Lager* versuchen. Die Formel greift eine wesentliche Differenz zwischen *konservativ* und *progressiv* auf, nämlich die zwischen einer formalistisch entleerten und einer partizipatorisch aufgewerteten Demokratie. Und dem ‚bürgerlichen‘ Lager das *demokratische Lager* gegenüberzustellen, hat einen gewissen Reiz. Denn diese Konfrontation macht dem ‚bürgerlichen‘ Lager die demokratische Dimension auf dieselbe Weise streitig, wie Union und FDP den Oppositionsparteien das Bürgerliche. Allerdings – und darin besteht der für Diskurse wesentliche Unterschied – mit weitaus mehr Recht und Berechtigung.

Herbert Hönigsberger ist Sozialwissenschaftler, Politikberater und Autor zahlreicher Artikel zu Politik und Politikberatung.

Andreas Kolbe und *Sven Osterberg* sind Diplom-Sozialwissenschaftler und zusammen mit Herbert Hönigsberger in der Geschäftsführung der Nautilus Politikberatung Berlin tätig.

Peter Lösche

Sozialmoralische Milieus und politische Lager

Parteienforschern und generell politischen Soziologen ist der 1965 veröffentlichte Aufsatz von Otto Kirchheimer „Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems“ bestens bekannt, in dem damals aktuelle Entwicklungen der Parteien und des Parteiensystems insbesondere in der Bundesrepublik skizziert wurden. Dort heißt es u.a.: Die bürgerliche Partei alten Stils werde jetzt zur Ausnahme, sie bestimme nicht mehr den Charakter des Parteiensystems. „Zugleich formt sich die Massenintegrationspartei, die in einer Zeit schärferer Klassenunterschiede und deutlich erkennbarer Konfessionsstrukturen entstanden war, zu einer Allerweltpartei (catch-all party), zu einer echten Volkspartei, um. Sie gibt die Versuche auf, sich die Massen geistig und moralisch einzugliedern, und lenkt ihr Augenmerk in stärkerem Maße auf die Wählerschaft; sie opfert also eine tiefere ideologische Durchdringung für eine weitere Ausstrahlung und einen rascheren Wahlerfolg.“ (Kirchheimer 1965: 352).

Ich will im Folgenden nach fast einem halben Jahrhundert und nach den Wandlungen, die wir inzwischen am bundesrepublikanischen Parteiensystem beobachten konnten, Otto Kirchheimer in einem Punkt widersprechen, der wiederum für unsere Fragestellung nach der möglichen Formierung von Lagern und Bündnissen relevant ist. Jenem Diktum nämlich, die Volksparteien würden die Massen nicht mehr versuchen, geistig und ideologisch einzubinden. Im historischen Rückblick auf die deutschen Volksparteien CDU/CSU und SPD in den 1960er und 1970er Jahren, also auf deren Blütezeit, trifft, so meine ich, die These Kirchheimers nicht zu. Vielmehr sind Volksparteien in dieser Zeit nach wie vor u.a. Milieu-Parteien

gewesen, also politische Organisationen, die zum Teil, wenn auch nicht vollständig, aus sozialmoralischen Milieus hervorgegangen sind und in diesen noch verankert waren. Entgegen der Annahme Kirchheimers sind Teile der Mitglieder, vor allem der Parteiaktivisten und Funktionäre, aber auch der Wähler geistig und wertemäßig in die Partei eingebunden gewesen. Woher sonst wäre die Bindekraft gekommen, deren Nachlassen in den 1980er Jahren und erst Recht heutzutage so beklagt wird? Da ist aktuell von fast anarchischer Volatilität die Rede. Wie sonst wäre die Unterscheidung zwischen Stammwählern und aktuell in einer Wahl gewonnenen Wählern sinnvoll gewesen? Gehörte es nicht gerade zum Spezifischen einer Volkspartei, die historisch aus der Massenintegrationspartei hervorgegangen war, dass sie über ein Fundament an Stammwählern verfügte, das bei etwa 20 Prozent der Wähler lag und das durch das sozialmoralische Milieu in die Partei eingebunden war? Erst von dieser Milieu-Basis aus vermochte der Spagat in die (neue) Mitte gewagt zu werden, um insgesamt 35 Prozent oder mehr der Stimmen zu erreichen.

Dieser Sockel an Stammwählern gab nicht nur Selbstvertrauen, sondern ermöglichte es auch, Bündnisse, profaner ausgedrückt: Koalitionen auf längere Zeit zu schließen – etwa im Preußen der Weimarer Republik zwischen Zentrum und Sozialdemokratie oder 1969 bis 1982 zwischen SPD und FDP. Volksparteien waren also (noch) keine Allerweltparteien, keine catch-all parties, denn sie sind – wenigstens partiell – tief in der Gesellschaft verankert gewesen und sie banden ein Segment der Wähler geistig, ideologisch und intellektuell an sich. Beide sozialmoralischen Milieus in der Bundesrepublik, das

katholische wie das sozialdemokratisch-solidar-gemeinschaftliche, sind durch eine feste soziale Basis gekennzeichnet gewesen, nämlich Konfession bzw. gewerkschaftlich organisierte Facharbeiter. Ein damals noch in Relikten vorhandenes Organisationsnetzwerk verband die Partei mit Freizeitorganisationen, Berufsverbänden, Konsumgenossenschaften und anderen Einrichtungen im Vorfeld bzw. Umfeld. Und geistig existierte so etwas wie eine Vorstellung davon, wie der gesellschaftliche Status quo abgelöst werden könne durch eine künftige Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit, Fairness und Solidarität an Bedeutung gewann. Verkoppelung mit einem Milieu hieß für die Volksparteien Verwurzelung in (einem Segment) der Gesellschaft.

Die sozialmoralischen Milieus, die die Volksparteien einst mitgetragen haben, sind bekanntlich aus unterschiedlichen Gründen erodiert. Das katholisch-christliche Fundament, auf dem CDU und CSU einst selbstsicher standen und Bündnisse zu schließen vermochten, ist durch die Säkularisation zerbröckelt. Und das alte solidar-gemeinschaftliche Milieu wurde gleichsam wegmodernisiert. Veränderungen in der Arbeitswelt,

wissensbasierte Produktion, Expansion des Dienstleistungsbereichs, Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und erhöhte Mobilität der Arbeitnehmer sind wesentliche Gründe. Der Niedergang der Volksparteien, nicht zuletzt bedingt durch Erosion der Milieus, hat also gesellschaftliche und wirtschaftliche, mithin strukturelle Ursachen, und ist nicht einfach auf Parteiversagen zurückzuführen. Und die Niedergangsgründe können nicht dadurch aufgehoben werden, dass Werbekampagnen vom Zaum gebrochen, Schnuppermitgliedschaften eingeführt oder Netzwerkparteien ausgerufen werden. Mit dem Wegbrechen der sozialmoralischen Milieus hat die Volatilität unter den Wählern überhaupt erst richtig begonnen, ein ganz entscheidender Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte der Parteien. Die Parteien sind sich heute ihrer Wähler nicht mehr sicher, schon gar nicht im aktuellen Fünf-Parteien-System.

Neue sozialmoralische Milieus haben sich um die kleinen Parteien herum nicht entfaltet, auch wenn man das Gegenteil zuweilen den politischen Feuilletons entnehmen kann. Bei den Grünen sind die Traditionen der drei sozialen Bewe-



gungen, aus denen sie ursprünglich kommen (Friedensbewegung, Frauenbewegung, Umweltbewegung) kulturell, organisatorisch und an einem gewissen Grad der Vernetzung in bestimmten Nachbarschaften durchaus zu spüren. Und bei der Linkspartei sind die Milieuansätze in den neuen Bundesländern am ehesten entwickelt, nicht zuletzt aufgrund ihrer Verankerung durch ehemalige DDR-Massenorganisationen wie Volkssolidarität, Kulturbund und Frauenbund in den Nachbarschaften. Allerdings: Ein Milieu, das mit dem katholischen oder solidariegemeinschaftlich-sozialdemokratischem vergleichbar wäre und entsprechend Bindekraft, geistige und moralische Einbindung einer Partei gegenüber einem festen Wählersegment hergestellt hätte, hat sich weder bei den Grünen noch den Linken eingestellt.

Warum die Betonung und Diskussion sozialmoralischer Milieus in diesem Beitrag? Wenn von ‚Lagern‘ die Rede ist, knüpfen wir dann nicht mehr oder minder bewusst an den Begriff der alten sozialmoralischen Milieus an, trauern ihnen gleichsam nach, wollen nicht wahrhaben, dass sie und die Volksparteien an ihr Ende gekommen sind? Die beiden Begriffe ‚Bündnis‘ und ‚Lager‘, die mit im Mittelpunkt des Strategie-Workshops standen, signalisieren Kontinuität und Stabilität, das Gegenteil von Volatilität. Meine These ist nun, dass Lager sich – wenigstens in der deutschen Geschichte – nicht zuletzt durch gesellschaftlich verwurzelte sozialmoralische Milieu und deren Verbindung zu politischen Parteien konstituiert haben. Durch den Wegbruch der Milieus sind auch die Lagergrenzen porös geworden, schließlich verschwinden diese ganz. Und ‚Bündnis‘ meint offenkundig keine zufällig einmalige Kooperation, sondern Zusammenarbeit aufgrund gemeinsamer Interessen und Ziele über einen längeren Zeitraum. Das nötige Selbstvertrauen für eine derartige Kooperation konnte, so meine These, aus der Sicherheit geschöpft werden, die sozialmoralische Milieus versprachen, nicht zuletzt aus dem Vertrauen, das aus der Stammwählerschaft ge-

wonnen wurde. Für mich stellt sich mithin die Frage, ob es im Zeitalter des Fünf-Parteien-Systems und der allgemeinen Volatilität und Unübersichtlichkeit überhaupt noch sinnvoll ist, mit solchen Begriffen wie ‚Bündnis‘ und ‚Lager‘ zu operieren. Zu fragen wäre, ob es reicht, ‚Lager‘ irgendwo zwischen Milieu und Koalition zu verorten und ansonsten mit Hilfe von Indikatoren zu arbeiten, die nur das Wahlverhalten beschreiben. Drängen sich nicht weitere Kriterien auf, die – noch in Anlehnung an den Milieubegriff – kulturelle Faktoren, vor allem aber soziale und ökonomische Interessenlagen in den Blick nehmen? Genau dies scheint mir die – wenn man so will: umgangssprachliche – Gefahr des Lagerbegriffs zu sein. Eine weitere Gefahr ist, Kategorien wie ‚Lager‘ und ‚Bündnis‘ normativ so aufzuladen, dass sie politische Illusionen transportieren und zu politischen Kampfbegriffen werden. Anders formuliert: Der Lagerbegriff ist – im Zusammenhang mit dem des ‚Bündnis‘ – noch zu dicht an den des Milieus gekoppelt, negiert den Zerfall der Milieus, schafft eine Art Ersatzbegriff und verkennt damit den eigentlich prekären Zustand des deutschen Parteiensystems. Oder um eine der Fragestellungen des Strategie-Workshops explizit aufzunehmen: Künftige Bündnisse werden nicht durch die Logik der Lager bestimmt, da diese gesellschaftlich und parteipolitisch überhaupt nicht mehr markant sind.

Peter Lösche ist Politikwissenschaftler und Experte für Parteienforschung und hatte bis zu seiner Emeritierung eine Professur am Seminar für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen inne.

Literatur

Kirchheimer, Otto (1969): Der Wandel des westdeutschen Parteiensystems. In: Zieburg, Gilbert (Hg.): Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, 341-374.

Richard Meng

Machttechnik reicht nicht Koalitionsoptionen der Zukunft und der Anspruch der Politik

Auf den ersten Blick sieht es schön trennscharf aus. Schwarz-Gelb hier – Rot-Rot-Grün da. Eine ‚bürgerliche‘ Mehrheit und eine ‚linke‘ Opposition, beide fast gleichauf: Das suggeriert, Politik ließe sich endlich wieder in zwei klaren Alternativen denken. Und als würde die Logik der Macht schon dafür sorgen, dass die politischen Debatten damit wieder spannend werden. Weil knappe Regierungsmehrheiten sich selten lange auf die Sympathie ursprünglicher knapper Bevölkerungsmehrheiten verlassen können. Aber Vorsicht: Das ist eine viel zu einfache Sichtweise. Schon der Oberflächenblick zeigt das.

Auf der Regierungsseite erweist sich wie schon 1998, dass eine demoskopisch lange vorhergesagte neue Mehrheit gleichwohl konzeptionell unvorbereitet ans Ruder kommt, und sie es zunächst eher mit Konfliktvermeidung versucht, durch Vertagen und viele Prüfaufträge. Jedenfalls nicht mit Gestaltung in einer Radikalität, die den eigenen Parteitagprogrammen nahe käme. Auf der Oppositionsseite ist, von der Kritik an der Regierung abgesehen, nicht nur die gemeinsame Strategie ungeklärt, auch in jeder der drei Oppositionsparteien selbst gibt es ungeklärte Strategiefragen.

Die Linkspartei ist noch lange nicht stabil realpolitisch ausgerichtet. Die Versuchung bleibt groß, den gewachsenen kommunalen Einfluss im Osten und die neue parlamentarische Existenz im Westen durch wahltaktischen Verbalradikalismus auf Bundesebene zu sichern. Die Grünen öffnen sich emotional und konzeptionell rapide in Richtung bürgerliche Mitte und ihre nach wie vor tragende Generation der jetzt 50- bis 60-Jährigen will noch mal regieren. Also werden sie sich nicht eindeutig festlegen. Und

die SPD muss ihre Bereitschaft und Fähigkeit erst noch beweisen, neu die Führungsrolle links von Schwarz-Gelb zu übernehmen. Im Osten macht ihr das die Linkspartei streitig, in den westdeutschen Großstadtmilieus sind es die Grünen. Nach all den Wahniederlagen kann sie sich jetzt nur gegen Schwarz-Gelb aufstellen, muss dann aber neu definieren, was das positiv gewendet heißen kann.

Schon auf dieser herkömmlichen Ebene parteipolitischer Bündnis- und Strategiefragen reicht also Machttechnik nicht, um die Konsequenzen aus der Bundestagswahl 2009 zu ziehen. Wer mit wem bis 2013 welche Bündnisse wie erfolgreich eingehen kann, ist erst die dritte Frage. Vor ihr stellt sich als Problem die innere programmatische Entwicklung der Parteien, speziell derer in der Opposition. Indes: Auch dies lässt sich nachhaltig erst beantworten, wenn vorneweg einer drängenden Grundfrage der Politik nicht länger ausgewichen wird: Was ist überhaupt noch zu bewegen? Genauer: Was ist der eigene Anspruch angesichts der in Wahlkämpfen gerne verdrängten Ohnmacht des Politischen?

1 Ohnmachtsverwaltung und Wirtschaftskrise

Die schrittweise Erweiterung des deutschen Parteiensystems – immer in Zeiten von Mitte-Links-Regierungen und zu deren Lasten – hat stets mit enttäuschten Emotionen zu tun gehabt. Mit als zu klein empfundenen Fortschritten und mangelnder Offenheit für neue Ängste. Mit Ohnmachtserlebnissen letztlich. Sowohl auf Regierungsseite als auch in der ehemaligen Wählerklientel. Seit Beginn des Abstiegs von Rot-Grün

dominiert Mitte-Links allemal dieses Ohnmachtserlebnis. Nicht nur in Deutschland, diesmal in globaler Ausprägung, weshalb insbesondere die Lage der SPD auch nicht nur ihr selbst zuzuschreiben ist.

Der Klimawandel, die weltweite Wirtschaftskrise, die international erkennbare verstärkte soziale Spaltung der Gesellschaften auch in den Industrieländern: Was konnte und was kann Politik dagegen bewegen, jenseits gut gemeinter Rhetorik und feierlich inszenierter Absichtserklärungen? Linke Parteien, die aus Protest heraus aufsteigen wie einst die Grünen und später die Linkspartei, neigen da zur offensiven Verdrängung dieser Grenzen der Handlungsfähigkeit – siehe: die internationale und speziell europapolitische Programmatik der Linkspartei.

Heruntergebrochen auf die nationalen Ebenen bedeutet das seit 2009 zudem: Der Versuch einer Abdämpfung der Wirtschaftskrise hat noch einmal derart viel Staatsgeld gekostet, dass die öffentlichen Haushalte weitgehend bewegungsunfähig gemacht sind. So viele Steuererhöhungen – und so viel Wachstum – sind gar nicht denkbar, als dass damit die Schuldenberge abgetragen und zugleich mit sozialem Anspruch gestaltet werden könnte. Politik als Verwaltung in gefühlter bzw. tatsächlicher Handlungsohnmacht: Dafür will eigentlich niemand gewählt werden. Gleichwohl ist Schwarz-Gelb, das mehr nach dem Ausschlussprinzip zustande kam, jetzt für diese Ohnmachtsverwaltung zuständig – schnelle mediale Wuttsunamis jederzeit möglich.

Die öffentliche Debatte weicht diesem Grundproblem weiter aus, das längst zur größten Herausforderung der parlamentarischen Demokratie geworden ist. Es wird publizistisch-populistisch so getan, als ginge es in der Politik immer nur um die optimale Idee im Interesse des jeweiligen Publikums – und ihre Durchsetzung, sofort, jetzt und heute. Stattdessen geht es de facto immer öfter nur noch darum, aus

einem angesichts internationaler Verflechtung, national-föderaler Regulierung und finanzieller Überdehnung bewegungsstarr gewordenen politischen Apparat wenigstens noch die Illusion normativer Kraft herauszukitzeln. Aber politische Projekte, die den Namen verdienen? Große politische Erzählungen, die positive Emotionen wecken könnten? Reale Veränderung über Nuancen hinaus?

2 Der Anspruch der Politik

Es wäre schon wichtig, vor den machttechnischen Fragen nach einer Zäsur wie der vom 27. September 2009 zunächst über den Anspruch zu reden. Denn unabhängig davon, ob in Zukunft nun zu Recht von einem ‚Lager‘ der rot-rot-grünen Opposition gesprochen werden kann: Die Alternative zur Regierungspolitik wird sie schon verkörpern müssen. Hoffentlich eine realistische Alternative. Eine, in der neue Ambitionen deutlich werden und die dennoch nicht sofort wieder zu Frust und Verweigerung animiert, falls die Opposition von heute eines Tages selbst regieren kann. Denkt man also zunächst an die Inhalte, dann gibt es drei Anknüpfungspunkte.

Erstens: Interessen. Schon der schwarz-gelbe Start im Herbst 2009 ließ erkennen, dass Union und FDP nicht gerade vorbereitet waren auf die Interessenkonflikte, die Regierungspolitik in Zeiten der Überschuldung nach sich zieht. Die moderierende Machtstrategie der Kanzlerin wird darüber an ihr Ende kommen, eher früher als später. Nach der großkoalitionären Übergangszeit, in der keiner der Regierungspartner an einer Offenlegung großer gesellschaftlicher Bruchlinien interessiert war, kann damit wieder deutlicher über die realen Gegensätze gestritten werden. Über Einkommensverteilung, Migrations- und Integrationsproblematik, Aufstiegs- und Abstiegsfragen.

Zweitens: Individualismus. In der Welt der politischen Institutionen wird noch weit stärker

in großen Systemen und kollektiven Lösungen gedacht als in der realen Gesellschaft. In den jüngeren Generationen ist das klassische Gemeinwohldenken, verbunden mit einem hohen Maß an Staatsvertrauen, eher wenig verbreitet. Der Aufschwung von FDP und Grünen, die dazu weder neue Programmatik noch neue Personen brauchten, ist zu einem großen Teil darüber zu erklären. Der gestärkte Individualismus im Zentrum der Gesellschaft geht inzwischen oft sogar einher mit Abschätzigkeit gegenüber den alten, kollektiven Systemen. Aber er ist zugleich bürgerschaftliche Stärke, bildet eine stabile Basis für eine freiheitliche und dabei nicht zwingend unsolidarische Gesellschaft.

Drittens: Lebensgefühl. Was wird das nächste progressive Generationenprojekt sein – nach der schwarz-gelben Zeit? Modernität wird neu zu definieren sein, wie nach jeder Epoche. Die Zeiten, in denen Rot-Grün im Westen und im Bund stets die mehrheitsfähige Alternative zum Konservatismus war, sind wegen der Erosionsprozesse der SPD zunächst vorbei. Und der Weg der Grünen geht in der nächsten Generation inzwischen so eindeutig – insbesondere: politisch-kulturell – in Richtung Etabliertheit, dass in Zukunft ihre emotionale Distanz gegenüber den Jüngeren bei Union und FDP allemal nicht automatisch größer ist als gegenüber den Kadern der Linkspartei oder den abgehängten Milieus.

3 Koalitionsoptionen der Zukunft

In solchen Fragen ist Strategiefähigkeit noch weit entfernt, bei der Regierung wie bei der Opposition. Deshalb spricht vieles dafür, auf die Umbrüche der Bundestagswahl 2009 nicht allein mit alten analytischen Reflexen zu reagieren, zu denen auch die Lagertheorien aller Art gehören. Wenn Wahlen näher rücken, ergeben

sich normalerweise Lager ohnehin – weil die Logik der Macht schon dafür sorgt. Das schließt aber nicht aus, dass es den Grünen als verträglicher erscheint, eine inhaltlich immer undefinierbarer werdende Union an der Macht zu halten, als ohne klares inhaltliches Fundament das Abenteuer eines polarisierenden Linksbündnisses zu suchen. Kein Zweifel: Der Kampf um die Sympathie der Grünen hat schon begonnen. Und es muss für deren Selbstklärung nicht unbedingt anregend sein, derart heftig umworben zu werden.

Bei den Landtagswahlen in der ersten Hälfte der bundespolitischen Legislaturperiode wird es zunächst darum gehen, welche Projektionen das Wahlvolk zulässt. Hinsichtlich der Stärke der Linkspartei im Westen, wenn die SPD nicht mehr in der Bundesregierung sitzt. Hinsichtlich der Stabilität des Grünen-Potenzials unter regional schwarz-grünen Verhältnissen. Und hinsichtlich der konzeptionellen und personellen Führungsfähigkeit der SPD – was in einem kulturellen Sinn die Mehrheits- und Vertrauensfähigkeit einer von ihr geführten politischen Konstellation erfordert. Wie wenig belastbar numerische rot-rot-grüne Zufallsmehrheiten sind, hat sich in einigen Ländern erwiesen.

Das alles braucht Zeit. Zeit für politische Prozesse innerhalb der Parteien ist zwar etwas, das in der demoskopiefixierten Mediengesellschaft öffentlich nirgendwo eingeräumt wird. Aber letztlich finden diese Prozesse unterhalb der Ebene tagesaktueller Aufgeregtheit dann ja doch statt – oder sie werden verweigert, auch das ist dann aber eine Entwicklung. Beides kann und wird weit reichende Folgen haben. Für das Parteiensystem, aber auch für das Zutrauen in die Politik schlechthin.

Dr. Richard Meng ist Staatssekretär und Sprecher des Berliner Senats.

Karl-Rudolf Korte

Wie bilden sich zukünftig Koalitionen? Antworten aus der politikwissenschaftlichen Theorie

Der zurückliegende Bundestagswahlkampf hatte als zentrales übergreifendes Thema die Koalitionsfrage (vgl. Korte 2009; Korte 2010). Seit 2005 existiert bereits ein asymmetrisches, changierendes Fünfparteiensystem mit neuer Qualität und mit weitreichenden Konsequenzen sowohl für die Regierungsbildung im Bund, als auch in den westdeutschen Ländern (vgl. Niedermayer 2007). Jenseits der Großen Koalition sind entlang der tradierten parteipolitischen Lager keine Bündnisse mehr kalkulierbar mehrheitsfähig. Vielparteien-Parlamente können zwar noch zu Zweierkoalitionen führen, aber weniger verlässlich als zu früheren Zeiten. Sogenannte Lager- oder Traditionskoalitionen werden durch neue Varianten zur Regierungsbildung ersetzt: neue lagerübergreifende Zusammensetzungen (z.B. schwarz-grün), neue Regierungs- bzw. Koalitionstypen (z.B. Große Koalitionen, Dreier-Bündnisse), neue Regierungsformate (z.B. Minderheitsregierungen) (vgl. Decker 2009).

Wer nicht nur rechnerische, sondern belastbare politische Mehrheiten sucht, muss sich zukünftig auf dem Koalitionsmarkt tummeln. Der Parteienwettbewerb hat somit hinsichtlich der Fragmentierung, Segmentierung und Polarisierung vergleichbare europäische Dimensionen angenommen (vgl. Mielke/Eith 2008). Die Parteiendemokratie ist seit 2005 in Deutschland im Hinblick auf Koalitionsformate bunter, vielgestaltiger, entlagerter, mobiler und koalitionsöffener geworden. Die Sprache der Spitzenakteure spiegelt das allerdings bislang nur rudimentär wider. In alter Rhetorik werden immer noch Lagerpolarisierungen beschworen. Wähler haben eine erkennbare Sehnsucht nach Unter-

scheidbarkeit der Angebote. Auch für Wahlkämpfer ist es einfacher, entlang eines Lagers polarisierend zu mobilisieren. Doch die erwartbare machttaktische Koalitions-Lotterie, bei der alles nach Schließung der Wahllokale politisch möglich sein wird, was arithmetisch zwingend ist, verflüssigt die Lager-Sehnsucht.

Die Auszehrung und Selbstverzerrung der Volksparteien durch ein Regieren in Großen Koalitionen und einem wachsenden Koalitionsmarkt (vgl. Korte 2008) machen für die Bürger die Entscheidung an der Wahlurne zum Vabanquespiel. Der Stimmzettel wird zum Lotterieschein. Die Wähler wählten im September 2009 erstmals im Bewusstsein dieses Koalitionsmarktes – und im Bewusstsein der bundesweit vermittelten Erfahrungen um Mehrheiten in Hessen. Insofern ringen die Parteien – wesentlich differenzierter als bisher – um Koalitionsaussagen, die ihnen wiederum Spielraum für Regierungsbildungen lassen. Wenn allerdings für den Wähler nicht klar ist, was aus der abgegebenen Stimme folgt, sinkt die Motivation, wählen zu gehen. Insofern sind vor allem die kleineren und mittleren Parteien gut beraten, wenn sie zumindest signalisieren, was sie an multiplen Koalitionsvarianten ausschließen.

Die strukturierte Vielfalt am Wählermarkt, den wiederum ein komplexer Wählermarkt mit neuen Formeln zur Macht ergänzt, lässt bereits lange vor der kommenden Bundestagswahl von 2013 Spekulationen über potenzielle Regierungsbildungsprozesse zu. Aus den sozialwissenschaftlichen Theorien lassen sich drei Stränge herausarbeiten, die Kategorien und Kriterien einer möglichen Strategiebildung erlauben.

1 Machtwechsel-Strategien

In der Regierungsforschung sind Mechanismen herausgearbeitet, welche die Bedingungen für Machterhalt und Machterosion, für Aufstieg und Fall von Regierungen offen legen (vgl. Korte/Fröhlich 2009). Sieht man sich die Zyklen des Regierens und die Typen des Machtwechsels der Bundesregierung in den letzten 60 Jahren an, dann fällt auf, dass es sich in der Regel um dosierte Machtwechsel handelte. Nur 1998 kam es einmalig zu einem kompletten Machtwechsel: dem Wechsel von zwei Oppositionsparteien (rot-grün) in die Bundesregierung. Ansonsten blieb in der Regel ein Koalitionspartner kontinuierlich verbürgend in der neuen Regierung erhalten. Das gilt sowohl für Große Koalitionen als auch für klassische Traditionskoalitionen. Regierungswechsel kamen in Deutschland häufiger wählerunabhängig durch selbsterneuende Machtwechsel als durch Bundestagswahlen zustande. Insofern besteht angesichts dieser auf Sicherheit, Stabilität und ‚no change‘ angelegten politischen Kultur eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass auch nach 2013 die Union oder die FDP weiterhin mit zur Folge-Regierung gehören wird. Strategisch besteht insofern die Möglichkeit, wenn man die interessenorientierten Machtszenarien betrachtet, mehrheitsfähig zu werden durch Koalitionsbildung mit den Parteien der bestehenden Regierungsformation. Nach der Bundestagswahl 2009 sind einmal mehr die sogenannten großen Volksparteien geschwächt worden. Sie existieren derzeit nur noch als Volkspartei-Ruinen. Mehrere mittelgroße Parteien konkurrieren heute auf dem Wähler- und Koalitionsmarkt. Kleinere Parteien können in der Regel die politischen Preise für die Koalition bestimmen. Sie können sogar starken Einfluss darauf nehmen, wer Regierungschef wird. Es ist grundsätzlich auch nicht ausgeschlossen, dass zukünftig der kleinste Koalitionspartner den Kanzler stellt. Machtstrategisch – und das ist bei diesem Theorieansatz

die Quintessenz – gilt für die Opposition das Kalkül, durch eigene Attraktivität Mehrheitsfähigkeit so herzustellen. Dies kann in der Regel nur gelingen, wenn man sich auf einen Koalitionskurs mit einer Partei des bestehenden Regierungslagers vorbereitet.

2 Lern-Strategien

Die lerntheoretischen Ansätze stellen nicht Macht und Interesse ins Zentrum, sondern Deutungen und Ideen (vgl. Bandelow 2009; Nullmeier 2003). Lernerfolge waren auch bei der zurückliegenden Bundestagswahl zu beobachten. Vielfältige Paradoxien begleiteten die Wahl, scheinbare oder tatsächliche unauf lösbare Widersprüche, die mit dem Format der Großen Koalition zusammenhingen (vgl. Korte 2009; 2010). Wenn zum Beispiel das Hauptmotiv von Wählern häufig darin besteht, eine Regierung abzuwählen oder zumindest politische Macht neu zu verteilen, dann war dies in 2009 schwer realisierbar. Denn die Große Koalition wollte gar nicht mehr antreten und führte auch keinen Koalitionswahlkampf. Zahlreiche solcher Paradoxien hatten durchaus den Lerneffekt, dass viele Wähler diesmal zuhause blieben. Auch die Parteien haben durch den Koalitionsmarkt gelernt, sich angesichts von Koalitions-Lotterien vager auszudrücken. Eine Regierung, die nur durch Wortbruch der Koalitionsaussage zustande gekommen wäre, galt als unwahrscheinlich. Die Wähler lernten mithin, dass ihr Einfluss auf die konkrete Regierungsbildung immer geringer wird. Das gilt vor allem für die fast zeitgleich stattfindenden Landtagswahlen, die nach wochenlangen Verhandlungen zu überraschend bunten Koalitionen führten. Lerntheoretisch besteht die Möglichkeit, dass politische Präferenzen sich ändern und somit Handlungsoptionen für aktive Veränderungen entstehen. Die Bedingung dafür lautet, dass auch neue Deutungen und Ideen zur Verfü-

gung stehen. Komplexes Lernen setzt voraus, dass entweder externe Ereignisse schockartig die Veränderungen beschleunigen oder aber, dass Policy Broker die neuen Deutungen und Ideen kraftvoll strategisch einsetzen. Solche Policy Broker können Grenzstellen-Akteure zwischen verschiedenen Arenen oder Machtmakler sein (vgl. Grunden 2009). Sie sind die Begleiter des Wandels, sie kreieren neue Zielbilder, sie entwickeln übergeordnete neue Narrative. Ein ideenpolitischer Perspektivwechsel kann unter diesen Bedingungen strategisch – und langfristig – zu einer neuen Koalition führen. Welche übergeordneten Ziele in welcher neuen Wortpolitik könnten das sein? Meines Erachtens würde sich das Beispiel von generationengerechtem, ressourcenschonendem Wachstum dazu eignen.

3 Verhandlungs-Strategien

Die Verhandlungstheorien enthalten ein Set von Indikatoren, die für das Gelingen von Verhandlungen verantwortlich sind (vgl. Benz 2007; Grasselt/Korte 2007). Unter verhandlungsstrategischen Aspekten können die Instrumente und Techniken, Machtarrangements und Präferenzsysteme zum Erfolg führen. Ebenso wichtig ist jedoch der personale Faktor. Personen machen auch unter verhandlungsstrategischen Gesichtspunkten einen Unterschied. Es ist dann weniger die Logik von Lagern oder Problemen, die zu einer potenziellen Koalition führt, sondern das personale Arrangement der Spitzenakteure. Dabei dreht es sich nicht um Grade von Sympathiewogen. Vielmehr stehen die zentralen politischen Ressourcen im Zentrum: Vertrauen, Ver-



lässlichkeit, Wertschätzung, Integrität, Respekt. Viele der Koalitionsbildungen der letzten Monate, vor allem auf Länderebene, sind ohne diesen so zugespitzten verhandlungsstrategischen Hintergrund nicht erklärbar. Die Namen Hubert Ulrich (Grüne), Oskar Lafontaine (Die Linke), Christoph Matschie (SPD) stehen dabei stellvertretend für Verhandlungsspielräume, die sich erweiterten bzw. verengten, weil sie mit diesen Personen existenziell und individuell verknüpft waren. Insofern gründet dieser strategische Koalitions-Kontext nicht primär auf gemeinsamen Interessen oder Ideen, sondern auf Personen, die sich trauen und deshalb eine gemeinsame politische Zukunft anstreben.

Die Konturen des Neuen sind im Ergebnis der Bundestagswahl von 2009 bereits angelegt. Neue zukünftige Koalitionen auf dem Koalitionsmarkt könnten sich entlang von Machtwechsel-, Lern- und Verhandlungsstrategien entfalten. Macht und Interesse, Deutungen und Ideen sowie Personen und Vertrauen bleiben dabei die wichtigsten Kategorien.

Karl-Rudolf Korte ist Professor für Politikwissenschaft und Direktor der NRW School of Governance an der Universität Duisburg-Essen.

Literatur

Bandelow, Niels C. 2009: Politisches Lernen. In: Schubert, Klaus/Bandelow, Niels C. (Hg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0. München, 313-346.

Benz, Arthur 2007: Verhandlungen. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simons, Georg (Hg.): Handbuch Governance. Wiesbaden, 106-118.

Decker, Frank 2009: Koalitionsaussagen der Parteien vor Wahlen. Eine Forschungsskizze im Kontext des deutschen Regierungssystems. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Jg. 49, Heft 2/2009, 431-453.

Grasselt, Nico/Korte, Karl-Rudolf 2007: Führung in Politik und Wirtschaft. Wiesbaden.

Grunden, Timo 2009: Politikberatung im Innenhof der Macht. Zu Einfluss und Funktion der persönlichen Berater deutscher Ministerpräsidenten. Wiesbaden.

Korte, Karl-Rudolf 2010 (Hg.): Die Bundestagswahl 2009. Wiesbaden (i.E.).

Korte, Karl-Rudolf 2009: Neue Qualität des Parteienwettbewerbs im Superwahljahr. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 38/2009, 3-8.

Korte, Karl-Rudolf 2008: Die Konsensmaschine stottert, in: Die Zeit, Nr.43/2008.

Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel 2009: Politik und Regieren in Deutschland. 3. Auflage. Paderborn.

Mielke, Gerd/Eith, Ulrich 2008: Im Versuchslabor. Der Strukturwandel des deutschen Parteiensystems. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4/2008, 94-103.

Niedermayer, Oskar 2007: Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems. In: Decker, Frank/Neu, Viola (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden, 114-135.

Nullmeier, Frank 2003: Mikro-Policy-Analyse. Frankfurt/Main.

Richard Hilmer

Warum die SPD das Wahldebakel nicht abwenden konnte Sechs Thesen zur Bundestagswahl 2009

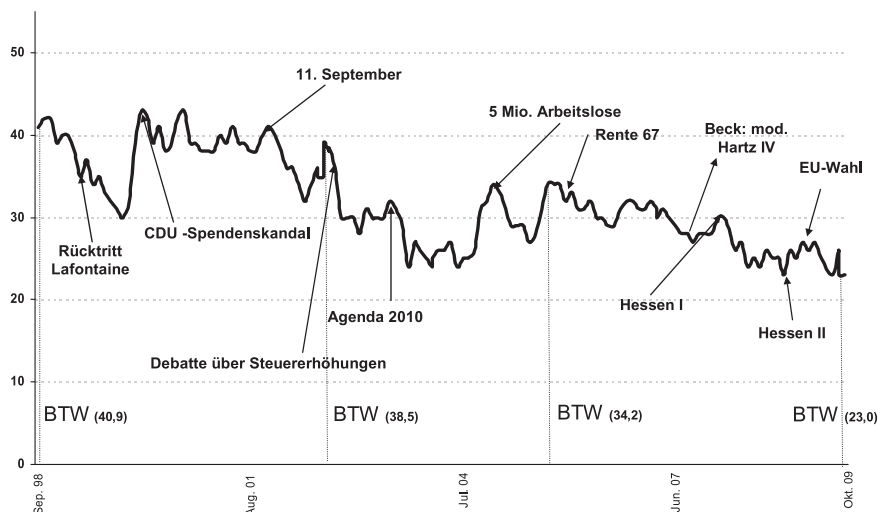
These 1

Der Verlauf und das Ausmaß der SPD-Verluste deuten daraufhin, dass die Gründe für die Niederlage der SPD bis weit in die erste Regierungsperiode von Rot-Grün zurückreichen. Die Zustimmungsverluste der SPD erfolgten nicht kontinuierlich, sondern sprunghaft und lassen sich an konkreten politischen Ereignissen bzw. an bestimmten Regierungsentscheidungen festmachen.

Die SPD verlor seit ihrem fulminanten Wahlsieg 1998 kontinuierlich an Zustimmung, was auch bei den Vorgängerregierungen zu beob-

achten war. Ungewöhnlich ist allerdings die dramatische Beschleunigung der Verluste: 2002 beliefen sie sich auf knapp 1,7 Millionen Stimmen. 2005 kamen weitere knapp 2,3 Millionen hinzu. Weitere vier Jahre später betrugen die Verluste über 6 Millionen – der höchste Stimmenverlust, den eine Partei jemals bei einer Wahl in der Bundesrepublik zu verzeichnen hatte. Der Verlauf der Zustimmungswerte für die SPD seit 1998 zeigt immer wieder deutliche Einbrüche innerhalb kurzer Zeit. Zeitlich gehen diese Einbrüche in der Regel einher mit SPD-internen politischen Ereignissen (Lafontaine-Rücktritt 1999 / Wahlen in Hessen 2008 und 2009) oder

Grafik 1: Sonntagsfrage/Wahlergebnisse 1998 bis 2009 und Ereignisse



mit grundlegenden politischen Entscheidungen mit hoher sozialer Tragweite (Agenda 2010 bzw. Hartz IV in 2003 bzw. 2004 sowie die Rente mit 67 in 2006). Anders als 2002 und 2005 gelang es aber 2009 nicht, diese Einbrüche vor der Wahl wettzumachen (vgl. Grafik 1).

These 2

Die häufigen Wechsel an der Parteispitze schwächten bei der SPD-Wählerschaft die Bindung an die Partei und verstärkten die Abwanderungsbereitschaft.

Für den Erfolg der SPD, die von allen Parteien die heterogenste Wählerschaft aufweist, sind das politische Spitzenpersonal und vor allem der Parteichef wichtiger als für andere Parteien. Das bedeutet nicht, dass jeder Wechsel an der Parteispitze eine Schwächung der Partei zur Folge hat. Der Wechsel von Scharping zu Lafontaine führte sogar im Gegenteil zu einer Stärkung spätestens zu dem Zeitpunkt, als Lafontaine mit dem eher der Mitte zugeneigten Schröder ein starkes Spitzenduo bildete, in dem der eine für den programmatischen Anspruch nach mehr sozialer Gerechtigkeit und der andere für pragmatisches, den wirtschaftlichen Zwängen gegenüber aufgeschlossenem Regierungshandeln stand. Nach dem Ausscheiden Lafontaines wurde diese Balance durch die Doppelspitze Schröder/Müntefering wieder weitgehend hergestellt. Mit dem Ausfall der beiden Führungspersonen innerhalb kürzester Zeit und den folgenden raschen Wechseln an der Parteispitze wurde dieses Gleichgewicht und damit letztlich auch die Erkennbarkeit der SPD in der Regierung zu einem Zeitpunkt in Frage gestellt, als sie es als Juniorpartner in der Großen Koalition nötiger denn je hatte. Ohne klares personelles Zentrum war sie im großkoalitionären Wettbewerb gegenüber der sich hinter der Kanzlerin scharenden Union deutlich unterlegen. Die Art, wie diese Wechsel erfolgten, förderte zudem den Eindruck von tiefer Zerstrittenheit und untergrub

die Bindung wichtiger Wählergruppen an die SPD.

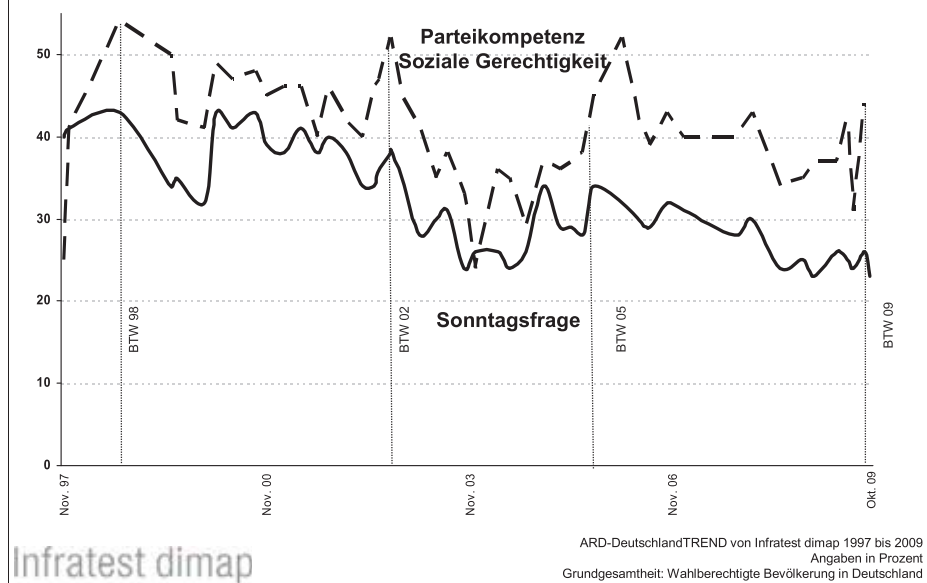
These 3

Eine wesentliche Ursache für den massiven Verlust an Zustimmung war eine kontinuierliche Erosion des Markenkerns ‚soziale Gerechtigkeit‘.

Eine Reihe von Befunden belegen, dass einige der von der SPD initiierten zentralen Maßnahmen auch und gerade in der eigenen Anhängerschaft keine Unterstützung fanden und dass sie vielfach sogar als Widerspruch zu einem der Kernanliegen der Sozialdemokratie angesehen wurden: für eine sozial gerechte Gesellschaft einzutreten. Weder bei Hartz IV als auch bei der Rente mit 67 gelang es zu vermitteln, dass damit ein gerechterer und angesichts veränderter ökonomischer Bedingungen bzw. generativer Strukturen tragfähiger Interessenausgleich zwischen Leistungsträgern und Leistungsempfängern gewährleistet werden sollte. In beiden Fällen scheiterte dies auch an einem Mangel an sozialem Gespür bei der konkreten Umsetzung der Maßnahmen: bei Hartz IV etwa an der Vernachlässigung der Lebensarbeitsleistung, bei der Rente mit 67 an der als unzureichend erachteten Berücksichtigung von Lebensarbeitszeit und Arbeitsbelastungen. Die Zweifel an der sozialen Austarierung der beschlossenen Maßnahmen fanden ihren Ausdruck in einem deutlichen Verlust an Kompetenzzuschreibung in ‚sozialer Gerechtigkeit‘. Im Zuge der Einführung von Hartz IV fiel die SPD in ihrer Kernkompetenz sogar kurzzeitig hinter die Union zurück. Webfehler in der Hartz-IV-Gesetzgebung eröffnete der Union und zuletzt sogar der FDP die Chance, die SPD partiell ‚links zu überholen‘ (Berücksichtigung der Lebensarbeitszeit / Verdreifachung des Schonvermögens) (vgl. Grafik 2).

Sowohl 2005 als auch 2009 gelang es der SPD zwar jeweils vor der Wahl die Kompe-

Grafik 2: Verlauf Sonntagsfrage/Kompetenz Soziale Gerechtigkeit



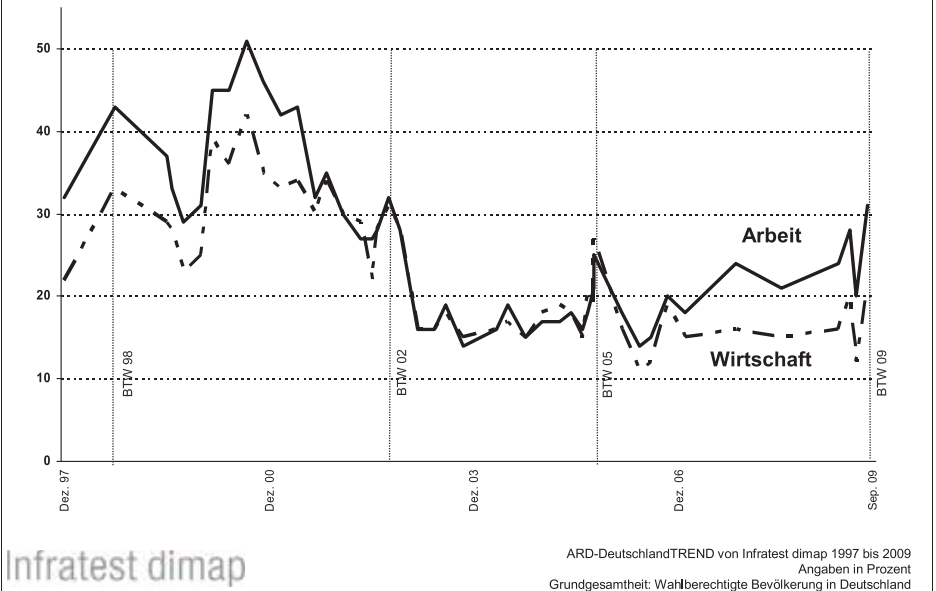
tenzführerschaft in diesem für sie so wichtigen Feld zurückzuerobern, aber Zweifel blieben bis weit in die eigene Anhängerschaft, ob die SPD nicht das Gespür für die Belange der ‚kleinen Leute‘ verloren habe. Es verstärkte sich zudem der Eindruck, dass die Arbeitnehmer an dem sich 2006 abzeichnenden Aufschwung nicht partizipierten und dass unter der SPD-geführten bzw. mitgeführten Regierung die Schere von Arm und Reich immer weiter auseinander ginge¹. Dies eröffnete vor allem der Linkspartei die Chance, sich als die linke Alternative zur SPD darzustellen. Und dies ließ auch die Warnungen vor einem drohenden Sozialabbau im Falle einer schwarz-gelben Regierungsübernahme ins Leere laufen, da sich die SPD von der Linken und von Union und FDP selbst diesem Vorwurf ausgesetzt sah.

These 4

Zu den dramatischen SPD-Verlusten trug aber auch der kontinuierliche Kompetenzverlust bei, der sich zuletzt auf (fast) alle Politikbereiche erstreckte, wobei vor allem die deutlichen Verluste in den Bereichen Wirtschaft und Arbeit zu Abwanderung enttäuschter Wähler führte.

1998 gewann die SPD die Wahl nicht nur deshalb, weil man von ihr mehr soziale Gerechtigkeit erwartete, sondern auch deshalb, weil man ihr eher als der Union zutraute, neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Steuerbelastung zu reduzieren und eine bessere Altersversorgung zu gewährleisten. Dies wog die traditionell den Unionsparteien zugeschriebene größere Wirtschaftskompetenz mehr als auf. Auch 2002 blieben diese unterschiedlichen Kompetenzprofile der beiden Volksparteien im Wesentlichen er-

Grafik 3: Verlauf Parteikompetenzen SPD in Sachen Wirtschaft und Arbeit 1997-2009

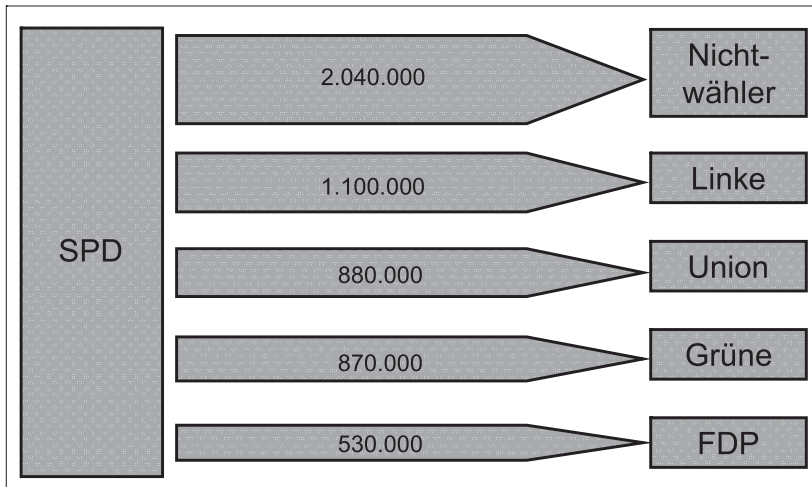


halten, einzig im Bereich Arbeitsmarktkompetenz vermochte die Union unter Stoiber die SPD knapp zu überflügeln. Erst bei der Wahl 2005 erfolgte ein fast durchgängiger Einbruch für die SPD, die nur noch im Bereich sozialer Gerechtigkeit ihren Kompetenzvorsprung behaupten konnte. Diesen flächendeckenden Kompetenzverlust vermochte die SPD über die gesamte Dauer der Großen Koalition nicht mehr zu korrigieren. In dem für die Bundestagswahl 2009 entscheidenden Bereich, der Wirtschaftspolitik, fiel sie sogar noch einmal deutlich zurück: Schrieben 1998 der SPD noch 33 Prozent und 2002 sogar 37 Prozent die höchste Kompetenz auf diesem Feld zu, so sank dieser Anteil 2005 auf 29 Prozent² und 2009 sogar auf nur noch 21 Prozent, während Union und FDP zusammen auf 61 Prozent kamen (vgl. Grafik 3).

Der Kompetenzverlust auf verschiedenen politischen Feldern schwächte die an eine Volkspartei gerichtete Erwartung an politischer Gestaltungskompetenz³ und führte zu Abwanderungen enttäuschter SPD-Wähler in unterschiedlichste politische Richtungen: 2 Millionen gaben diesmal der Linken oder den Grünen ihre Stimme, 1,4 Millionen wechselten zur Union bzw. zur FDP und 2 Millionen ehemaliger SPD Wähler blieben der Wahlurne gänzlich fern (vgl. Grafik 4).

Die Motive für den Wechsel waren sehr unterschiedlicher Natur und spiegelten die verschiedenen Ausgangssituationen und Interessen der Betroffenen wider. Wer von der SPD in sozialer Hinsicht enttäuscht war, entschied sich für die Linke (vor allem ältere Männer, Arbeiter und Arbeitslose) oder blieb der Wahl fern (vor allem Frauen und Perso-

Grafik 4: Wählerwanderung SPD – Bundestagswahl 2009



Infratest dimap

Infratest dimap/ARD-Wahltagsbefragungen BTW 1998-2009

nen mit formal niedriger Ausbildung), und wer von den SPD-Anhängern an ihrer Fähigkeit zweifelte, die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt wieder in Schwung zu bringen, entschied sich 2009 für die Unionsparteien (vor allem jüngere berufstätige Frauen) oder für die FDP (vor allem jüngere berufstätige Männer und besser Verdienende). Bei der Entscheidung für die FDP spielte auch die Hoffnung auf eine geringere steuerliche Belastung eine Rolle – für die 1998 noch vor allen anderen Parteien die SPD stand (vgl. Grafik 5).

These 5

Die Art der Politikvermittlung seitens der SPD war nicht mehr zeitgemäß und erschwerte die Einbeziehung ihrer Mitglieder in den Wahlkampf.

Die vor allem im Kontext der Agenda 2010 sich nicht nur innerparteilich bzw. innerkoalitionär, sondern auch in der öffentlichen Kommunikation von Schröder/Müntefering praktizierte ‚Basista‘-Politik mag in ihren Anfängen hilfreich gewesen sein, konnte Schröder sich damit gegenüber der klassischen SPD-Klientel, den einfachen Arbeitern und Angestellten, als durchsetzungsstarker Regierungschef in schwierigen Zeiten präsentieren. Bei den besser Gebildeten kam dieser Politikstil wohl zu keinem Zeitpunkt gut an, wurde aber während der rot-grünen Koalition durch den diskussionsfreudigeren Politikstil des Koalitionspartners kompensiert. Speziell bei der Vermittlung der Agendapolitik erwiesen sich der Mangel an öffentlicher Kommunikation und die weitgehende Verweigerung, die eigene Wählerschaft von harten aber als notwendig erachteten Maßnahmen zu überzeugen,

Grafik 5: Wahlmotive der SPD-Abwanderer

SPD → Grüne	Umwelt	55
	Gerechtigkeit	39
	Bildung	32
SPD → Linke	Gerechtigkeit	63
SPD → Union	Wirtschaft	46
SPD → FDP	Wirtschaft	48
	Steuern	30
SPD → Nichtwähler	Gerechtigkeit*	

Infratest dimap

Infratest dimap/ARD-Wahltagsbefragung BTW 2009
* Infratest-Studie 2009

als fatal. Dadurch wurde noch der Eindruck verstärkt, die SPD verstehe ihre Klientel nicht mehr und kümmere sich nicht länger um die Sorgen der ‚kleinen Leute‘. Das Problem der Agenda dürfte weniger deren Inhalt gewesen sein, sondern der Mangel an überzeugender Begründung⁴. Eine gute Begründung für die Einschnitte wurden schon deshalb von der Schröder-Regierung erwartet, weil sie 2002 unter anderen Prämissen wieder gewählt worden war.

In der Diskussion um die Agendapolitik und die Rente mit 67 trat zudem ein gestörtes Verhältnis zwischen Parteispitze und Mitgliedern offen zutage. In dem Maße als die Partei als ‚Störfaktor‘ in der Interaktion zwischen Regierung und Wählerschaft angesehen wurde, konnte sie ihre wichtige Funktion als Binde-

glied und politisches Korrektiv immer weniger ausfüllen. In der Folge standen die Mitglieder im Wahlkampf 2009 als Ressource für eine erfolgreiche Politikvermittlung in die Wählerschaft hinein nicht mehr wie früher zur Verfügung.

These 6

Neben den langfristigen Faktoren trugen zwei Aspekte zur Niederlage bei, die unmittelbar den Wahlkampf betrafen: die fehlende bzw. widersprüchliche Machtperspektive sowie die Sprachlosigkeit gegenüber der großen Zahl unentschiedener Wähler.

Spätestens mit der auch vom Parteitag abgesegneten Absage der FDP an eine Ampelkoalition hatte die SPD keine glaubhafte Option mehr auf

eine von ihr geführte Regierung. Das Festhalten an der Ampelkoalition war aber auch schon vorher wenig überzeugend, weil die FDP-Wähler diese Variante dezidiert ablehnten und SPD-Wähler dafür nicht recht zu begeistern waren.





Blieben aus Sicht der SPD nur zwei Alternativen: Rot-Rot-Grün – von der Parteiführung und von der Mehrheit der SPD-Wähler abgelehnt – sowie die große Koalition, die von der Anhängerschaft den meisten Zuspruch erfuhr. Sich dafür aber offensiv einzusetzen hätte bedeutet, auf den eigenen Führungsanspruch zu verzichten, da die Union noch zu überflügeln eher unwahrscheinlich erschien. Die SPD-Wähler mussten deshalb, anders als die Wähler anderer Parteien, ihre Wahlentscheidung ohne klare Machtperspektive treffen, und verbanden damit höchst widersprüchliche Koalitionspräferenzen. Für die Unsicheren unter

ihnen war dies eher Grund, gar nicht wählen zu gehen (vgl. Grafik 6).

Die Hoffnung, wie 2002 und 2005, durch einen überzeugenden Wahlkampf das Blatt zugunsten der SPD noch wenden zu können, trog. Dafür fehlten 2009 die seinerzeit günstigen Voraussetzungen. Auch mit dem besten Wahlkampf wäre die SPD bei dieser Ausgangslage wohl kaum stärkste Partei geworden. Aufgrund der erwartbar hohen Zahl von Überhangmandaten für die Union wäre auch eine schwarz-gelbe Mandatsmehrheit kaum zu vermeiden gewesen, allenfalls die Verhinderung einer schwarz-gelben Stimmenmehrheit. Dazu hätten allerdings die vielen bis zuletzt zögernden SPD-Wähler mobilisiert werden müssen. Dies wurde verhindert durch

- a) das Ausbleiben eines pointierteren Wahlkampfes nach Muster der Parteitagsrede – viele Wähler dürsteten geradezu nach Auskunft

Grafik 6: Koalitionspräferenz nach Parteiwählern

	Alle					
Schwarz-Gelb	38	70	87	(2)	(3)	(3)
Rot-Rot-Grün	21	(1)	(1)	26	83	39
Ampel	14	(3)	8	32	(3)	32
Große Koalition	14	15	(1)	33	(3)	(5)
Schwarz-Grün	3	3	(1)	(0)	(1)	15

- darüber, für welche Ziele Partei und Kanzlerkandidat stehen;
- b) missverständliche Wahlversprechen (Rettung von Opel *und* Arcandor - Deutschlandplan: 4 Mio. Arbeitsplätze);
 - c) mangelnde Thematisierung von kulturellen Zielen im Bereich Familie und vor allem in der Bildung, die den vielen jungen und weiblichen Wählern besonders wichtig waren;
 - d) eine mangelnde Profilierung des Kandidaten in diesen Bereichen, da er hier für viele unscharf blieb – ganz im Gegensatz zu Merkel⁵.

Der Abschreckungswahlkampf gegen Schwarz-Gelb in der Schlussphase war eher kontraproduktiv. Er vermochte die unentschlossenen SPD-Wähler nicht zu mobilisieren, hat aber bei etlichen zweifelnden SPD-Wählern die Neigung wohl noch verstärkt, ihre Stimme zugunsten von Union oder FDP abzugeben⁶.

Richard Hilmer ist Geschäftsführer von Infratest dimap.

Anmerkungen

¹Dieser in vielen Umfragen bestätigte subjektive Eindruck erhielt später durch Daten zur realen Einkommens- und Vermögensverteilung eine objektive Bestätigung.

²Den größten Einbruch in Sachen Wirtschafts- und Arbeitsmarktkompetenz erlitt die SPD im Übrigen Anfang 2003, als Wolfgang Clement das Ressort übernahm. Die Zusammenlegung von Wirtschafts- und Arbeitsministerium dürfte einer der Kardinalfehler der

Schröder-Regierung gewesen sein, da dadurch das Austarieren von ökonomischen und sozialen Belangen eher gestört als gefördert wurde.

³Bezeichnenderweise behauptete sich die SPD zuletzt in den Bundesländern, in denen ihr auch in Sachen Wirtschaftspolitik eine größere Kompetenz zugeschrieben wird als anderen Parteien: in Rheinland-Pfalz und in Brandenburg. Umgekehrt wurde die Union im Bund erst wieder mehrheitsfähig, als sie neben ihrem Markenkern Wirtschaftskompetenz die soziale Komponente stärkte. 2005 verfehlte sie die Mehrheit nicht zuletzt deshalb, weil sie ihren sozialen Flügel marginalisiert hatte und ihr die Absicht zu einem Sozialabbau im großen Stil unterstellt wurde.

⁴Dafür spricht etwa der Ausgang der Landtagswahl in Brandenburg, die zeitlich mit dem Höhepunkt der Hartz-IV-Proteste zusammenfiel. Anders als in den meisten vorausgegangenen und folgenden Landtagswahlen konnte sich dort die SPD unter Führung von Matthias Platzeck behaupten. Dies gelang, obwohl Platzeck politisch keinerlei Abstriche an der Agendapolitik machte, und sich stattdessen mit seiner ganzen Autorität, aber auch mit seiner ganzen Überzeugungskraft dafür einsetzte.

⁵Dies dürfte nicht zuletzt dazu beigetragen haben, dass die SPD auch in der Gruppe, die sich in den letzten Jahren als eine der treuesten Wählergruppen erwies, in Richtung CDU verlor: bei jungen berufstätigen Frauen.

⁶Laut Wahltagsbefragung von Infratest dimap war der Anteil der Kurzentschlossenen bei den von SPD zu Union und FDP abgewanderten Wählern am höchsten.

Matthias Machnig

Der endgültige Abschied von der Macht oder Der Wahlkampf der Illusionen

Um es am Anfang gleich zu sagen: Diese Wahlauseinandersetzung des Jahres 2009 war für die SPD zu keinem Zeitpunkt gewinnbar. Die einzige Frage, um die es im Wahlkampf ging, war, wie tief der Fall der deutschen Sozialdemokratie sein, wie hoch die Verluste im Vergleich zum Wahljahr 2005 und den erfolgreichen Wahlkämpfen 1998 und 2002 ausfallen würden. Denn ein erfolgreicher Wahlkampf hat Voraussetzungen, er braucht Ressourcen, er braucht Richtungsauseinandersetzung, er braucht eine Dramaturgie und er braucht ein Momentum, an dem sich die politische Debatte und der Diskurs einer Partei orientieren können. All dies gab es nicht. Und genau deswegen ist diese Wahlauseinandersetzung verloren gegangen. Das war nicht die eigentliche Überraschung. Die eigentliche Überraschung war, wie tief der Fall der Sozialdemokratie am 27. September 2009 dann doch war. Dennoch bleibt eine Gewissheit: Ein besseres Wahlergebnis und eine Fortsetzung der großen Koalition hätte für die Sozialdemokratie noch größere Probleme mit sich gebracht, der Erosionsprozess der Partei wäre unaufhaltsam gewesen. Denn der Spagat, den die Partei über einige Jahre auszuhalten hatte, hätte fortgesetzt werden müssen, und ein Spagat kann zur Konsequenz haben, dass die Beine brechen.

Eine Wahlanalyse darf nicht selbstgerecht sein, insbesondere dann, wenn es sich um eine Ex-post-Analyse handelt. Denn Ex-post-Analysen kennen das Ergebnis, sie kennen die Empirie von Wählerwanderungen, Wahlverhalten unterschiedlicher Wählermilieus und die Themenrankings, die für das Wahlverhalten verantwortlich sind. Ex-post-Analysen müssen zudem nicht selber handeln oder in einer konkreten

Wahlsituation agieren. Sie sind nicht abhängig von Stimmungen und strategischen Kalkulationen oder Prämissen. Sie müssen nicht unmittelbar agieren oder Themen generieren oder gar auf die politische Konkurrenz reagieren. Deswegen bergen Ex-post-Betrachtungen immer ein Risiko, sie können selbstgerecht wirken, sie können als Abrechnung verstanden werden, sie können instrumentalisiert werden für den politischen innerparteilichen Positionskampf in der Nachwahlzeit und sie werden häufig als tendenziös eingeordnet, weil ihnen keine Analyse, sondern eine politische Intention unterstellt wird. Diese Vorbemerkungen sind deshalb wichtig, weil es dem Beitrag nicht um Recht haben oder Recht bekommen geht oder um die Nutzung eines Wahlergebnisses für innerparteiliche Ländergewinne. Sondern es geht darum, den Wahlkampf nüchtern zu analysieren und daraus Konsequenzen für die Neupositionierung der Sozialdemokratie zu ziehen.

1 Die halbierte SPD

Das Wahlergebnis war eine tiefe Zensur für die SPD und für das Parteiensystem in Deutschland. Erstmals seit 1998 haben die so genannten bürgerlichen Parteien wieder eine Mehrheit sowohl bei den Erststimmen als auch bei der Anzahl der direkt gewonnenen Mandate erzielt. Dabei zeigt sich im Übrigen ein interessantes Phänomen. Diejenige Partei, die eine Mehrheit der Erststimmen auf sich vereinigen kann, erhält auch die Mehrheit der Zweitstimmen. Dies war 1998 und 2002 so, als die SPD den Bundeskanzler stellte. 2005 gab es ein Patt sowohl bei den Erst- wie bei den Zweitstimmen, und 2009 hat sich das Verhältnis umgekehrt,

Schwarz-Gelb hat sowohl eine Mehrheit bei den Zweitstimmen wie bei den Erststimmen.

Für die SPD sind die Zahlen alarmierend. Sie verliert im Vergleich zu 1998 zehn Millionen Stimmen und hat sich damit faktisch halbiert, im Vergleich zu 2002 sind es immerhin noch acht Millionen, im Vergleich zu 2005 sechs Millionen Wählerinnen und Wähler weniger. Und die SPD verliert in alle Richtungen: an die LINKE vor allen Dingen Männer zwischen 45 und 59 Jahren, bei den Arbeitslosen vor allem in den neuen Bundesländern; an die GRÜNEN, denn berufstätige Frauen mit hoher Bildung wandern von der SPD ab; an die CDU insbesondere bei jüngeren Frauen und an die FDP jüngere berufstätige Männer mit guter Bildung und, dies ist der größte Block, an Nichtwähler, darunter zumeist aus den unteren Bildungsschichten, Frauen und Politikferne. Die SPD verliert in allen Wählersegmenten und dabei überproportional, vor allen Dingen bei den 18- bis 24-Jährigen und bei den 25- bis 34-Jährigen, aber auch bei den Arbeitern und Angestell-

ten. Im Vergleich zu 1998 halbieren sich die Stimmanteile bei Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen und auch bei den gewerkschaftlichen Mitgliedern verliert die SPD über ein Drittel der Wählerinnen und Wähler. Dies gilt in gleicher Weise für Ost wie West.

Eine Partei, die wie die SPD in alle Richtungen verliert, hat Identitäts-, Profil- und Glaubwürdigkeitsprobleme. Das wird deutlich, wenn man in der Wahlstatistik nach den Gründen für die Abwanderung früherer SPD-Wähler zu anderen Parteien fragt. Die von der SPD Richtung Links-Partei Abgewanderten (1,1 Mio. Stimmen) geben als Grund für die Abwanderung vor allen Dingen das Thema soziale Gerechtigkeit an, gleiches gilt für die Abwanderung Richtung GRÜNE (900.000 Stimmen). Bei den Wählern der so genannten bürgerlichen Parteien, also CDU und FDP (in diese Richtung verliert die SPD 1,5 Mio. Stimmen), geben 46 bzw. 48 Prozent der Wählerinnen und Wähler an, dass dies aus wirtschaftlichen Gründen, also aus Sorge um die weitere ökonomische Ent-

wicklung in Deutschland geschieht. Und zum Schluss wird dieses Identitäts-, Richtungs- und Glaubwürdigkeitsproblem insbesondere daran deutlich, dass es innerhalb der sozialdemokratischen Wählerschaft und des sozialdemokratischen Milieus sehr unterschiedliche machtpolitische Optionen gab. 26 Prozent der Wählerschaft der SPD waren für eine rot-rot-grüne Koalition, 32 Prozent für eine Ampel und 33 Prozent für eine Große Koalition.



Gerade diese Zahlen belegen: Richtungsfragen in der SPD und orientiert an der SPD waren in diesem Wahlkampf völlig unklar. Die einzige machtpolitische Option, die die SPD real besaß, war die Große Koalition. Aber ein Großteil der eigenen Wähler und der Wähler insgesamt wollte politische Klarheit. Sie wollte heraus aus dem strukturellen Unentschieden der Großen Koalition, der zentralen Machtmechanik einer Großen Koalition, und hin zu einer Mehrheit, die das politische Schisma der Großen Koalition auflöste mit der Hoffnung, dass es endlich wieder zu klaren politischen Entscheidungen jenseits des kleinsten gemeinsamen Nenners kommt.

Der Wahlkampf folgte jedoch der Funktionslogik der Großen Koalition. Denn es war ein Wahlkampf der Depolitisierung. Ein Ergebnis war die historisch niedrigste Wahlbeteiligung der Nachkriegszeit von nur noch 70 Prozent. Diese Depolitisierung war von Seiten der Union und insbesondere von Angela Merkel strategiegetrieben. Die Depolitisierungsstrategie war eine gezielte Lagerstrategie, eine Gegenstrategie und eine Personalisierungsstrategie (vgl. Joachim Raschke und Ralf Tils in diesem Heft). Dieser Strategie der De- und Entpolitisierung, das Ausklammern von Richtungsfragen und -entwürfen für die Politik in der Krise, hatte die SPD nichts entgegenzusetzen. Sie war strategielos, sie war hilflos, sie war manövrierunfähig, ähnlich wie die Kohl-CDU im Wahlkampf 1998.

Der Wahlkampf der SPD war insofern ein Wahlkampf der Illusionen, ein Wahlkampf der Fehler und ein Wahlkampf des Strategiedefizits.

2 Der Wahlkampf der Illusionen

Frühzeitig, lange vor Beginn des eigentlichen Wahlkampfs, war erkennbar, wie Angela Merkel, gegen nicht unerheblichem Widerstand aus den eigenen Reihen, eine klare in sich konsistente, aber durchaus Risiko beladene Strategie

für das Wahljahr 2009 einging. Dennoch hielt die SPD an Prämissen für die Wahlkampfführung im Jahre 2009 fest, die es so eigentlich gar nicht gab. Dieses antifaktische Verhalten und Agieren der Parteiführung stellte ein zusätzliches Problem in der ohnehin schwierigen strategischen Ausgangskonstellation dar. Der Wahlkampf der SPD basierte auf falschen Prämissen, auf Illusionen. Er war der Versuch, die Wahlkampflinie des Jahres 2005 zu wiederholen, obwohl die strategischen Ausgangsprämissen, die personellen Ressourcen, die machtpolitischen Optionen und die thematischen Bedingungen nicht wiederholbar waren. Und er versuchte in der Kanzlerkandidatenfrage eine Positionierung vorzunehmen, als gäbe es noch einen großen Kommunikator, wie es Gerhard Schröder in den Wahlkämpfen 1998, 2002 und 2005 ohne Zweifel war.

Die Illusionen dieses Wahlkampfes hatten folgende Facetten:

2.1 Die Kanzler-Illusion

Die Prämisse der Parteiführung lautete, man sei ohne die Aufrechterhaltung des Anspruchs, den Kanzler stellen zu können, in der politischen Auseinandersetzung weder konkurrenz- noch kommunikationsfähig. So wurde vom Kandidaten der Parteispitze der Anspruch auf die Kanzlerschaft wie ein Mantra im Wahlkampf vor sich her getragen. Diese Kanzler-Illusion war empirie- und stimmungsresistent und dies war eine Belastung, je länger der Wahlkampf dauerte. Und sie war strategieresistent, denn sie wurde aufrechterhalten, obwohl weder Öffentlichkeit noch die Partei oder die eigenen Wähler daran glaubten. Damit wurde die Kanzleroption ein Beleg dafür, dass die SPD die Zeichen der Zeit, die eigentliche Situation der Partei und die Stimmung innerhalb der Wählerschaft nicht erkannt hatte. Somit führte die Kanzler-Illusion nicht zu einer Mobilisierung durch personelle Zuspitzung, sondern zur Demobilisierung und

Desillusionierung der eigenen Anhängerschaft. Viele haben darauf gewartet, dass sich wie 1987, als die SPD trotz eindeutiger Meinungsumfragen an der Fiktion einer absoluten Mehrheit festhielt, führende Sozialdemokraten zum politischen Realismus bekennen würden – wie seinerzeit Willy Brandt, als er sagte, dass auch „42 Prozent ein schönes Ergebnis“ seien.

2.2 Die Koalitions- oder Macht-Illusion

Mit der Kanzler-Illusion korrespondierte die Koalitions-Illusion. Sie basierte auf wagen Kontakten und Gesprächen und symbolischen Gemeinsamkeiten, wie z.B. einer Buchvorstellung der Biographie von Guido Westerwelle durch Frank-Walter Steinmeier. Dabei war erkennbar, dass sich die FDP mit der sehr frühzeitigen Festlegung, eine Woche vor der Bundestagswahl auf einem Bundesparteitag eine klare Koalitionsaussage zu treffen, sehr eindeutig für eine ‚Bürgerliche Koalition‘ aussprechen würde. Denn für die FDP war klar, dass sie – aus den Erfolgen in den Ländern, der Vielzahl von schwarz-gelben Koalitionen, die Mehrheiten und Machterwerb organisierten, und aus der Weigerung von 2005, Alternativen zu einer Großen Koalition überhaupt zu erörtern – einen Glaubwürdigkeitsvorteil ableitete, den aufzugeben sie nicht bereit sein würde. Das von der SPD immer wieder bemühte Argument, Westerwelle müsse nach 11 Jahren Opposition seine Partei in eine Regierung führen, verkannte die Situation einer selbstbewussten, durch die Wahlen in den Ländern gestärkten FDP und die unangefochtene Position Guido Westerwelles als Parteivorsitzendem vollständig.

Die Ampel war daher nie eine echte Option. Sie führte vielmehr, da sie bis in die letzten Wochen und Tage des Wahlkampfes von Seiten der SPD aufrechterhalten wurde, zu einer Desorientierung der eigenen Anhänger und zur eigenen strategischen Desorientierung, denn eine Richtungsauseinandersetzung mit Schwarz-Gelb

konnte weder glaubwürdig noch in der Sache klar und deutlich geführt werden, wenn gleichzeitig an der Option einer Koalition mit der FDP festgehalten wurde. Die Ampel-Option war damit gerade ein Katalysator für die Abwanderung zu LINKEN, GRÜNEN und Nichtwählern. Denn gerade diese wollten eines im keinen Falle: die Fortsetzung einer Großen Koalition. Die Kanzleroption und die damit verbundene Koalitions-Illusion waren die strategischen Grundfehler dieser Wahlkampfauseinandersetzung. Sie führten in letzter Konsequenz zu den Strategie-, Profil- und Richtungsproblemen, durch die die Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf eigentlich nicht mehr handlungsfähig war.

2.3 Die Mitte-Illusion

Angela Merkel hatte aus dem Wahlergebnis 2005 im Unterschied zur SPD klare Konsequenzen gezogen. Die Vorstellung des Wahlkampfes 2005, über einen politisch-ideologischen Gegenentwurf zur rot-grünen Politik mehrheitsfähig zu werden, hatte sich als falsch erwiesen. Daraus zog die Bundeskanzlerin die Konsequenz, in der Großen Koalition Richtungsfragen auszuklammern und war bereit zu akzeptieren, dass es in vielen Politikfeldern zu einer zumindest formalen Sozialdemokratisierung der Politik der Großen Koalition kommen würde. Dies korrespondierte mit einem präsidentiellen Führungsstil. Denn sie war nicht Kanzlerin, sie war Moderatorin, Präsidentin der Großen Koalition und knüpfte damit stilistisch an die Kohljahre an. Kohl ließ streiten, Kohl ließ diskutieren und am Ende war immer eines klar, es entscheidet der Kanzler. Diese Machttechnik in modifizierter Form übernahm Angela Merkel. Sie konnte zwar nicht entscheiden in der Großen Koalition, aber sie konnte Themen so lange moderieren, bis sie politisch-ideologisch entschärft waren und somit unschädlich für ihre Rolle und unschädlich im Hinblick auf politisch-ideologische Auseinandersetzungen inner-

halb von CDU und CSU. Damit wurden Richtungsfragen verschoben, die Mitte verrückt. Die politische Mitte, die zu Beginn der Großen Koalition noch eher auf Seiten der Sozialdemokratie lag, wurde nun eine personalisierte Mitte, die Mitte der Angela Merkel. Nicht die CDU war Mitte, nicht die CDU-FDP war Mitte. Angela Merkel war Mitte. Sie war die Gewähr dafür, dass in schwierigen Zeiten eine Politik ‚des Maßes und der Mitte‘ und nicht der politischen-ideologischen Exzesse dominierte.

Die SPD hatte nicht verstanden, dass sie die Mitte eigentlich verloren hatte. Sie beschwor eine Mitte, die sie 1998, 2002 und 2005 noch besaß, die sie aber im Verlauf der Großen Koalition immer mehr an die Kanzlerin verlor. So kämpfte die SPD auf einem Terrain, das die Kanzlerin schließlich für sich besetzt hatte. Es war das Spiel von Hase und Igel. Der Igel war immer schon da, so sehr sich der Hase auch mühte.

2.4 Die Bilanz- oder Dankbarkeits-Illusion

Wahlkämpfe werden nie über Bilanz, über das Geleistete oder die Dankbarkeit dafür Schlimmeres verhindert zu haben, gewonnen. Entscheidend ist vielmehr Zukunfts- und Erneuerungskompetenz. Dies wurde aber der SPD nicht mehr zugetraut, denn beim Thema Zukunfts- und Erneuerungskompetenz führte die CDU eindeutig mit 42 Prozent gegenüber der SPD mit 21 Prozent. Die Vorstellung also, über Konjunkturprogramme, Kurzarbeitergeld, Deutschlandplan und ähnliche Instrumente eine positive Bilanz oder Dankbarkeit beim Wähler auszulösen, verkennt die grundsätzliche Mechanik von Wahlauseinandersetzungen. Sie werden eben gerade daran nicht entschieden. Aber daran klammerten sich sowohl die Partei wie die Regierungsspitze und der Kandidat. Und gerade dieses Festhalten daran führte dazu, dass der SPD immer weniger Zukunfts- und Erneuerungskompetenz zugetraut wurde.

2.5 Die Angst-Illusion

Die SPD hatte gehofft, ähnliche Reflexe mobilisieren zu können wie im Wahljahr 2002 und 2005. Dort war es gelungen, nicht über das eigene Programm, über die eigene Zukunftsvorstellung zu debattieren, sondern einen Wählerblock gegen Schwarz-Gelb zu formieren. Die neoliberalen Übertreibungen, die Mobilisierung des Stoiber- oder Kirchhoff-Faktor waren für die Wahlergebnisse 2002 und 2005 erheblich. Es gab tief sitzende Vorbehalte gegenüber einer schwarz-gelben Konstellation. Edmund Stoiber war außerhalb Bayerns eigentlich nicht vermittelbar, Angela Merkel galt 2005 als Novizin, und die FDP hatte immer noch das Stigma des Neoliberalismus, das Stigma der Partei der Besserverdienenden und der Partei der sozialen Kälte. All dies konnte als Ressource für den Bundestagswahlkampf 2009 nicht mehr mobilisiert werden. Inzwischen war Merkel zur souveränen Kanzlerin geworden, die FDP wirkte neu und nicht mehr kalt, die Große Koalition hingegen als Konstellation des Stillstandes. Vor diesem Hintergrund waren schwarz-gelbe Ängste kaum mobilisierbar. Hinzu kam, dass eine solche Strategie vorausgesetzt hätte, sich eindeutig von der FDP zu distanzieren. Das FDP-Programm hätte zum Programm der Angela Merkel umgedeutet werden müssen. Aber gerade davor scheute die SPD-Wahlkampfführung zurück, denn eine Anti-Schwarz-Gelb-Kampagne, die glaubwürdig gewesen wäre, hätte bedeutet, sich von der Kanzler- und der Koalitions-Illusion, also der Ampel-Option, zu verabschieden.

3 Strategiedefizite führen zu Fehlern

Ein Jahr vor der Bundestagswahl, im August 2008, entschloss sich die SPD, die lange subkutan schwelende Kanzlerkandidatenfrage zu entscheiden. Kandidatenfestlegungen sind bedeutsam, denn sie verändern die politische Kar-

tographie erheblich. Das Timing der Politik wird ein anderes. Personen stehen für Richtungen und die Mechanik verändert sich – gerade wenn man Regierungspartner in der Großen Koalition ist. Die Entscheidung vom August 2008 war allerdings keine strategische Entscheidung, die im Hinblick auf die Kampagnenstrategie, einer möglichen Dramaturgie für das Wahljahr entsprang, sondern erzwungenes Ergebnis der damaligen innerparteilichen Situation.

Mit der Ausrufung des Kanzlerkandidaten wurde de facto die Wahlauseinandersetzung eröffnet, ohne allerdings eine Wahlkampfstrategie dafür zu besitzen. Wer in der Großen Koalition frühzeitig einen Kandidaten ausruft, muss zwei strategische Fragen beantworten können:

1. Welche Konsequenzen hat dies auf das Agieren in der Großen Koalition – weiterhin Konsens oder eine Strategie des begrenzten Konfliktes?
2. Wann wird aus der Nominierung ein wirklicher Wahlkampf?

Beide Fragen blieben lange offen. Die SPD unterwarf sich der Setzung, dass angesichts der größten Wirtschafts- und Finanzkrise Wahlkampf, also zumindest eine Politik der kontrollierten Offensive in der Koalition, eigentlich nicht möglich war. Daher wurde der Wahlkampfauftakt der SPD auch immer wieder verschoben. Hinzu kam, dass die frühzeitige Nominierung des Kanzlerkandidaten weniger wahlkampfstrategisch induziert, als vielmehr der innerparteilichen Entwicklung geschuldet war. Der massive Autoritätsverfall des Parteivorsitzenden sollte durch die Nominierung eines Kanzlerkandidaten überhaupt eine Autorität in der Partei ermöglichen. Das Ergebnis war jedoch ein anderes. Der innerparteiliche Integrationskurs, den Kurt Beck begonnen hatte, endete mit dem Abtreten von Kurt Beck. Und mit der Wiederberufung von Franz Müntefering kam zudem die Frage hinzu, wer denn die eigentliche Führungs-

person in der SPD sei, der neugewählte Kanzlerkandidat oder der reaktivierte alte neue Parteivorsitzende.

Dieser Dualismus konnte während der gesamten 13-monatigen Phase der Doppelspitze Müntefering und Steinmeier nie aufgelöst werden. Damit entwickelte sich das Problem, dass die SPD zwar ein formales Zentrum – die Doppelspitze – besaß, aber kein reales. Zwar galt das Paar Müntefering–Steinmeier als Idealbesetzung für das Wahlkampfsjahr – der Kandidat und der Stratege. Aber daraus ergab sich eben kein reales Zentrum: Weder war die Führungsrolle, noch die Rollenteilung, noch die strategische Synchronisation zwischen Willy-Brandt-Haus und Auswärtigem Amt jemals geklärt. Die Kommunikation, die Themensetzung, die Attitüde der Kommunikation oder die Tonalität waren nicht aufeinander abgestimmt, sondern eher gegenläufig. Während Müntefering zum Teil kontrafaktisch versuchte, offensiv zu agieren („die Kanzlerin soll schon mal ihre Koffer packen“), versuchte der Kandidat den Spagat zwischen konsensuellem Regierungshandeln auf Grundlage der Vorschläge, die die SPD in die Entscheidungsprozesse der Regierung einbrachte, und eigenen Profilierungsgewinnen, ohne allerdings Konflikte dafür zu suchen.

Dies alles wirkte nicht konsistent, weder nach innen noch nach außen. Nach außen stellte sich die Frage, welche Strategie die SPD eigentlich verfolge, nach innen wurde immer unklarer, wo denn eigentlich das Zentrum der sozialdemokratischen Wahlkampfführung liege, im Auswärtigen Amt oder im Willy-Brandt-Haus und wie beide miteinander synchronisiert werden könnten. Dies führte zu einer wahlkampfstrategischen Indifferenz im Regierungshandeln. Der Topos hieß: Kein früher Wahlkampf, Handeln in der Regierung mit der Regierung, also Fortsetzung der antagonistischen Kooperation. Das hieß, in der Praxis trotz vieler sozialdemokratischer Vorstöße beim Thema Bankenrettungsschirm, beim Thema Konjunkturprogramme letztlich doch

immer eine Politik und eine Strategie der Konfliktvermeidung und der Konfliktreduktion. Das hieß auch als Konsequenz, keine Thematisierungsstrategie sozialdemokratischer Kernvorhaben jenseits des Regierungshandelns.

Besonders deutlich wurde dies bei der Wirtschafts- und Finanzkrise. Diese Krise wurde zunächst als Chance für die SPD gesehen, denn mit der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Jahrzehnten stellten sich natürlich fundamentale Fragen an eine liberale Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Antworten, die im Kontext der Krise diskutiert wurden, waren alle potentiellen Antworten, die im sozialdemokratischen Portfolio lagen. Die Krise wurde jedoch nicht jenseits des Regierungshandelns, also jenseits von Konjunkturprogrammen und anderen Instrumenten zu einer gesellschaftspolitischen Diskussion gemacht. Vielmehr begnügte sich die SPD mit einer auf Regierungshandeln ausgerichteten Instrumenten-debatte, in der Angela Merkel nachvollzog, was die SPD vorschlug. Damit wurde eine wichtige Ressource für den Wahlkampf aufgegeben. Denn die grundsätzliche Thematisierung der Wirtschafts- und Finanzkrise, das ‚Systemversagen des Kapitalismus‘, wurde nicht als eigene strategische Linie aufgerufen. Vielmehr wurde im Sinne der Bilanz- und Dankbarkeits-Illusion daran festgehalten, instrumentelle Regierungsprogramme als sozialdemokratische Erfolge zu thematisieren. Dies waren aber niemals Erfolge der SPD allein, sie waren Erfolge der Koalition und am Ende der Kanzlerin.

Die Europawahl bedeutete zudem einen tiefen Einschnitt und eine tiefe Verunsicherung in der Wahlkampf- und Phasenplanung der SPD. Ein Wahlerfolg der SPD war bei den Wahlkampfstrategen gesetzt, und die Erwartungssteuerung setzte auf eine offensive Verkündung des Wahlerfolgs. Man glaubte, das desaströse Wahlergebnis der SPD bei der zurückliegenden Europawahl könne sich nur verbessern. Doch das Ergebnis zeigte: selbst dieses Wahlergebnis konnte noch unterschritten werden. Die Erwar-

tungssteuerung Münteferings hingegen (die Negativbalken der CDU werden die Vasen unterhalb des Fernsehschirms treffen) zeigte, dass die SPD von falschen Prämissen und von falschen Erwartungen im Hinblick auf die Europawahl ausging. Das Ergebnis führte zu einer tiefen Schockstarre, zur Ungläubigkeit und zur Unfähigkeit, sich aus dem Ergebnis strategisch zu lösen und anzuerkennen, dass nur eine Richtungskampagne mit Richtungsthemen und Richtungskontroversen ein Ausweg hätte bedeuten können. Aber genau dieses fand nicht statt. Es folgte vielmehr eine Kampagne der Indifferenz zwischen Hoffnung, Bangen und Handeln aufgrund der Tagesaktualität. Dieser Eklektizismus in der Wahlkampfführung führte dazu, dass notwendige Symbole, eine notwendige Semantik, notwendige thematische Akzentuierungen nicht stattfanden.

Wahlkämpfe müssen zwei Fragen beantworten:

1. *Wofür* – also für welche Werte, Themen, Machtperspektiven – wird ein Wahlkampf geführt?
2. *Wogegen* – also gegen Angela Merkel CDU, FDP, gegen Steuersenkungen etc. – wird ein Wahlkampf geführt?

Die SPD, so lautet die nüchterne Einschätzung, konnte auf beide Fragen keine wirkliche Antwort gegen. Damit fehlten der Wahlkampfführung zentrale Elemente: ein Momentum, eine Dramaturgie und eine Richtung. Eine Partei, die aber weder ein Momentum noch eine Dramaturgie oder eine Richtung verkörpert, ist schlicht hilflos und nicht mehr bewegungsfähig.

4 Die Strategie der Nicht-Strategie

Die Strategieskepsis in der Sozialdemokratie ist tief ausgeprägt. Entscheidende Akteure glauben nicht an die Strategiefähigkeit politischen Handelns. Sie erleben in ihrem tagtäglichen Tun,

der Vielzahl von Einzelterminen, von Einzelthemen eigentlich nur eines: diese Addition unterschiedlichen Handelns ist eigentlich nicht strategiezugänglich. Das führte und führt in der SPD zu der Strategie der Nicht-Strategie. Franz Müntefering hat dies wie folgt definiert: Strategie sei ‚Bewegungsfähigkeit in der Bewegung‘. Übersetzt könnte man sagen, ‚wir fahren auf Sicht‘, ‚wir handeln tagesaktuell, aber wir haben keine strategische Grundausrichtung‘. Diese Strategie der Nichtstrategie war nicht konkurrenzfähig mit einer klaren Gegner-, Personalisierungs- und Lagerstrategie der Union. Insofern war der 27. September 2009 ein ehrliches Ergebnis.

Dafür war nicht nur die Strategie der Nichtstrategie im Wahljahr 2009 verantwortlich. Übergeordnete Aspekte spielten eine ebenso gewichtige Rolle. Elf Jahre Regierungsverantwortung produzieren Auflösungserscheinungen, Glaubwürdigkeitsdefizite, Selbstzweifel. Und vor allen Dingen hatte sich das Verhältnis von innen und außen verkehrt. Die innerparteilichen und in der Regierung getroffen Absprachen und Machtarchitekturen wurden wichtiger als das Außen, also die Wahrnehmung von Veränderungsprozessen, Stimmungen und Glaubwürdigkeitsproblemen. Die SPD stand nach elf Jahren vor einem Wertedilemma, es wurde schlicht nicht mehr geglaubt, dass sozialdemokratische Werte über Regierungshandeln von ihr umgesetzt würden und vor einem Gestaltungsdilemma, weil die Wahrnehmung vieler Wählerinnen und Wähler auch angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise schlicht und ergreifend davon geprägt waren, dass Politik an solchen Fragen ohnehin nichts ändern könne. Und dass diejenigen, die elf Jahre Zeit zum Regieren hatten, auch in vier weiteren Jahren nichts schaffen werden.

Die SPD, das haben viele nicht verstanden, war eigentlich bereits 2005 abgelöst worden. Insofern war der Wahlkampf 2009 der zweite Schritt zum Machtverlust. 2005 wurde die Führung, also die Kanzlermehrheit, verloren. 2009

wurde die SPD von der Wählerschaft schließlich in die Opposition geschickt.

Rudolf Korte hat recht, wenn er schreibt: Erst verliert man die Sprache, dann die Macht. Die SPD hatte ihre Sprache, ihre Wertorientierung in der Regierung verloren und am Ende einer solchen Entwicklung stand geradezu konsequenterweise der Machtverlust. Die französischen Sozialisten haben in einem Dokument nach einer Wahlniederlage in den achtziger Jahren Folgendes formuliert: „Wir sind angetreten, um die Gesellschaft zu verändern. Heute müssen wir feststellen, die Gesellschaft hat uns verändert.“ Dies gilt auch für die SPD.

Nun muss ein Prozess der Neuorientierung beginnen. Darauf gibt es keine schnellen Antworten. Dieser Prozess darf nicht taktisch, also an aktuellen und zukünftig möglichen Koalitionen, orientiert sein, sondern muss inhaltlich und substantiell sein. Die SPD muss wieder ein Labor für Politik, Träger von Richtungsdebatten werden, sie muss darüber Deutungshoheit aufbauen, um von links die politische Mitte zu verändern. Dazu ist eine Neuaufgabe der Mehrheitsformel von Innovation und Gerechtigkeit die entscheidende Voraussetzung. Das Alleinstellungsmerkmal der Sozialdemokratie – nämlich Ökonomie, Ökologie und sozialen Ausgleich als Grundorientierung moderner Gesellschaften zu begreifen – bleibt richtig. Daraus wieder ein mehrheitsfähiges Projekt zu machen, ist nun die Aufgabe. Die SPD muss zudem bereit sein, wieder Träger des Blochschen ‚Noch Nicht‘ zu werden. Eine politische Linke, die dies aufgibt, hat sich aufgegeben. Deutschland braucht jedoch eine starke Sozialdemokratie, und eine starke Sozialdemokratie muss wieder in der Lage sein, das ‚Noch Nicht‘ mit sich zu verbinden.

Matthias Machnig ist Thüringer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie. Die SPD-Wahlkämpfe 1998 und 2002 hat er u.a. als Bundesgeschäftsführer der Partei maßgeblich mitgestaltet.

Thomas Steg

Das Wahljahr als Rutschbahn

Die Kampagne der SPD zur Bundestagswahl 2009 war offensichtlich als Etappen- oder Treppenwahlkampf angelegt. Nach den Ereignissen am Schwielowsee sollte es stufenweise vorangehen. Die Führungsfrage war geklärt, die Aufgaben verteilt, die Europawahl würde die Wende bringen, die Landtagswahlen am 30. August erschienen als Präludium für den Endspurt zur Bundestagswahl.

Es ist anders gekommen. Es ging weder bergauf noch voran. Seit dem Schwielowsee befand sich die SPD auf einer Rutschbahn. Und die Talfahrt beschleunigte sich nachgerade unkontrolliert über das Ypsilanti-Desaster bei der Hessen-Wahl im Januar, die dramatisch gescheiterte Kandidatur von Gesine Schwan bei der Bundespräsidentenwahl im Mai, das Fanal der Europawahl im Juni bis hin zu den Sieg-Niederlagen im Saarland und in Thüringen im August.

Für die SPD hat sich mit der Bundestagswahl die Krise der politischen Repräsentation noch einmal erheblich verschärft. Der Verlust von gut zehn Millionen Wählern seit Regierungsantritt 1998 ist beispiellos. Monokausal lässt sich ein derartiger Niedergang nicht erklären. Strukturelle Fehlentwicklungen seit den 1980er Jahren spielen ebenso eine Rolle wie aktuelle Fehlentscheidungen im Kampagnenjahr.

Was für die deutsche Politik insgesamt zu konstatieren ist, nämlich eine besorgniserregende normative Unterdeckung von Politik, trifft die SPD allerdings mit besonderer Wucht. Es ist bezeichnender Ausdruck der sozialdemokratischen Identitäts- und Orientierungskrise, dass die Partei nicht in der Lage war, den für das eigene Selbstverständnis und für die Mobilisierung der eigenen Klientel so zentralen Begriff

der sozialen Gerechtigkeit inhaltlich auszufüllen und als unverbrüchlichen Wert in der Wirtschafts- und Finanzkrise offensiv zu besetzen.

Die Partei verfügt bereits seit Jahren nicht mehr über eine sozialdemokratische Erzählung, sie kann nicht überzeugend, verständlich und begeisternd darlegen, wie eine gerechte und solidarische Erneuerung des Sozialstaates aussehen und erfolgen kann. Sachzwang-Logik und technokratische Verweise auf demografische Trends ersetzen auf Dauer eben keinen gesellschaftlichen Dialog.

Die Politik und die Sprache der SPD scheinen vielen Wählern entrückt. Ihren Lebensalltag, ihre Sorgen, aber auch ihre Hoffnungen sehen sie darin nicht mehr aufgehoben. Sie wenden sich enttäuscht ab, wählen gar nicht mehr oder kunterbunt.

Deswegen ist es auch ein gravierendes Missverständnis zu glauben, der erbitterte Streit um ‚Hartz IV‘ und ‚Rente mit 67‘ sei auf der Sachebene zu gewinnen. Diese Themen sind deswegen so aufgeladen, weil sie speziell für SPD-nahe Wählerschichten mit der Wahrnehmung eigener Würde zu tun haben. In diesen Begriffen kulminiert das Gefühl einer symbolischen Entwertung und Missachtung von Lebensläufen und Lebensleistungen. Oder wie die schwedischen Sozialdemokraten nach ihrer Niederlage selbstkritisch feststellten: „We talked about Sweden, not about Swedes.“

In diesem Zusammenhang scheint mir ein üblicherweise eher am Rande erwähnter Aspekt von erheblicher Relevanz zu sein. Die SPD benötigt einen neuen sozialen Gestus, der stimmig, wahrhaftig und glaubwürdig ist. Wie bedeutsam der soziale Gestus ist, hat Deutsche Bank-Chef Ackermann nach seinem Victory-

Zeichen im Gerichtssaal ebenso schmerzhaft erfahren wie sein Vorgänger Kopper nach der unseligen ‚Peanuts‘-Äußerung.

Gewiss gelten für Sozialdemokraten andere Kriterien, aber das ändert an der Sache nichts und ist in den Konsequenzen vielleicht noch gravierender.

Der soziale Gestus zeigt sich im öffentlichen Auftritt, in der Art der Präsentation und Inszenierung, in der Sprache, ja auch und gerade im Privatleben, wenn es durch ‚Homestories‘ öffentlich gemacht wird. Um es zu illustrieren: natürlich sollen und müssen Bundeskanzler gut gekleidet sein, wird von ihnen nicht erwartet, dass sie bei C&A ‚von der Stange‘ kaufen. Aber die Fotos im Brioni-Mantel haben

Gerhard Schröder während seiner gesamten Kanzlerschaft verfolgt und geschadet. Und natürlich dürfen und sollen Minister Dienstwagen benutzen. Unter bestimmten Voraussetzungen auch im Urlaub. Dazu steht alles in einer Richtlinie. Aber eine unbedacht-trotzige Aussage wie „Das steht mir doch zu“ stößt bei den Menschen bitter auf und schadet der sozialdemokratischen Person und der Partei. Denn Vertrauen und Glaubwürdigkeit begründet eine Partei nun einmal über ihre Repräsentanten und ganz besonders über ihr Führungspersonal.

Dr. Thomas Steg ist Journalist und ehemaliger stellvertretender Sprecher der Bundesregierung.



Olaf Scholz

Politik statt Schach

Wir werden über eine längere Zeit mit einem Parteiensystem konfrontiert sein, in dem fünf Parteien eine Rolle spielen. Damit muss sich jeder auseinandersetzen, der sich der Frage nähert, ob es sinnvoll ist, ein Lager zu bilden oder lagerübergreifend Mehrheiten zu suchen.

Es gibt keine generell richtige Antwort auf die Frage ‚Linkes Lager oder lagerübergreifende Strategie?‘ Und es wäre höchst unpolitisch, wenn in allen Tageszeitungen, in allen wissenschaftlichen Publikationen, in allen Äußerungen die Debatte über Koalitionskonstellationen an die Stelle der Debatte über Inhalte träte. Das ähnelte mehr einem Schachspiel als der Politik.

Es ist auch nicht ratsam, die Fiktion eines sogenannten ‚bürgerlichen Lagers‘ stillschweigend in die eigene Strategie zu übernehmen. Denn damit akzeptierte man auch die grundsätzlich falsche Annahme, dass die einen das Bürgertum sind und die anderen nicht. Und man übersähe, dass die Parteien dieses Lagers zwar gerne zusammenarbeiten, beide aber im Zweifelsfall auch Koalitionen mit der SPD oder den Grünen eingehen würden und werden.

Und es macht keinen Sinn, dass die fünf Parteien Beschlüsse darüber fassen, mit welcher der anderen vier man keine Regierung zu bilden bereit ist. Zumal fast alle Koalitionen, die da gelegentlich ausgeschlossen werden sollen, irgendwo in Deutschland schon heute existieren oder schon mal existiert haben: große Koalitionen, sozial-liberale Koalitionen, rot-rote Koalitionen, schwarz-gelbe Koalition, Jamaika-Koalitionen

Natürlich ist es möglich, dass Parteien der politischen Linken – die SPD, die Grünen, die Partei Die Linke – sich sowohl politisch inhaltlich als auch nach Mandaten zu einer Mehrheit

zusammenfinden. Das passiert allerdings nicht quasi natürlich, sondern bestenfalls auf der Basis übereinstimmender inhaltlicher Positionen. Eine politische Strategie, die die (künstliche) Geschlossenheit des politischen Lagers zur Voraussetzung hat, ist ohnehin zum Scheitern verurteilt. Ein Lager ‚an sich‘ ist noch lange kein Lager ‚für sich‘.

Übereinstimmende Positionen können nur entstehen, wenn man die Koalitions- und Konstellationsfrage in den Hintergrund drängt und die Frage ‚Was wollen wir eigentlich?‘ in den Vordergrund stellt. Darüber beantwortet sich letztlich ganz praktisch die Frage, ob in der Kommune, ob im Land, oder auch im Bund eine Koalition mit der Partei Die Linke möglich ist. Wenn diese Partei Ziele verfolgt, auf die man sich nicht verständigen kann, hilft eine abstrakte Koalitionsdebatte ohnehin nicht weiter. Dann ist eine Zusammenarbeit nicht möglich.

Wählerinnen und Wähler müssen heute einkalkulieren, dass es nach der Wahl zu Regierungsbildungen kommt, mit denen sie nicht gerechnet haben. Das geht in einem System mit fünf Parteien oft gar nicht anders. Deshalb wird es immer wichtiger, dass es auf die Frage ‚Was wollen die Parteien und worauf kann ich mich bei ihnen verlassen?‘ eine klare Antwort gibt. Wenn ein Koalitionsvertrag geschlossen wird, dann müssen die unvermeidbaren Kompromisse, die dabei gemacht werden, vor dem Hintergrund des im Wahlkampf Gesagten nachvollziehbar sein.

Es darf nicht zu Volten kommen, die nur dadurch erklärbar wären, dass es den beteiligten Politikern völlig egal ist, wofür sie politisch antreten. Eine solche Entwicklung könnte zu einer großen Legitimationskrise der deutschen

Demokratie führen. Deshalb müssen sich die Bürger auf das inhaltliche Anliegen der Parteien besser verlassen können als in der Vergangenheit.

In dem Fünf-Parteien-System müssen die Parteien politische Vorstellungen entwickeln, die sie hinterher auch nachhaltig, erkennbar und nachvollziehbar verfolgen. Erst auf dieser Basis kann man verstehen, warum welche Kompromisse geschlossen werden, wenn Koalitionen gebildet werden. Die inhaltlichen, strategischen und politischen Orientierungen der Parteien und ihre Unterschiede müssen eine größere Bedeutung bekommen als die Diskussionen über Koalitionsarithmetik und Koalitionstechnik.

Es geht darum, über Politik zu reden und nicht so sehr darüber, wie man mit taktischen Erwägungen durchkommt. Letzteres sorgt nur für Verdruss. Auslösen lässt sich eine echte gesellschaftliche Debatte nur über politische Ab-

sichten. Gelassenheit im Umgang mit Koalitionsfragen ist die Voraussetzung dafür, dass man politisch inhaltlich in den Fragestellungen vorankommt, die eine Alternative zum schwarz-gelben Regieren ermöglichen.

Eine linke Mehrheit bei der Regierungsbildung setzt in jedem Falle voraus, dass es eine starke SPD gibt. Damit ist eine große Aufgabe für die SPD verbunden. Die Sozialdemokratische Partei wird sich mit ihren elf Regierungsjahren auseinandersetzen müssen. Deutschland ist moderner, sozialer und liberaler geworden. Aber wer so ein Wahlergebnis bekommt, kann nicht behaupten, alles richtig gemacht zu haben. Das wird einer sehr sorgfältigen Analyse bedürfen. Einige grundsätzliche Überlegungen dazu:

Die SPD ist die älteste demokratische Partei des Landes und hat deshalb Anknüpfungspunkte zu allen anderen liberalen Parteien. Das sind neben der SPD sicher die Grünen und die FDP.



Die Plünderung des Staates

- Gefangener im Weißen Haus
- Der Fall Honduras
- Bankenregulierung? Fehlanzeige!
- Gewerkschaftspolitik wider die Krise

Kostenloses Probeheft unter:

Tel. 030/3088-3644

www.blaetter.de | abo@blaetter.de

Die SPD ist mit der Entwicklung der heutigen, kapitalistischen Wirtschaftsverfassung als Partei der Arbeitnehmer entstanden. Sie wird schon deshalb immer eine Partei sein, die für das Funktionieren von Wirtschaft sensibel ist, weil das für die Überlebens- und Existenzbedingungen der von ihr vertretenen Bevölkerungsgruppe eine wesentliche Rolle spielt. Das hat zur Folge, dass die SPD auch immer Anknüpfungspunkte zu den pragmatischen Teilen der politischen Mitte-Rechts-Konstellation in Deutschland hat und mit ihnen regieren kann, wenn gemeinsame Erkenntnisse und Einsichten darüber existieren, wie der Wohlstand in unserem Land für alle verteidigt und gemehrt werden kann.

Die SPD ist eine soziale Partei, von Anfang an eine Partei der Emanzipation und der Bildung. Darüber hat sie Anknüpfungspunkte selbstverständlich zu den Grünen und in bestimmten Fragestellungen auch zur Partei Die Linke. Daneben sind weitere Fragestellungen wichtig: Umwelt, Freiheit oder das Zusammenleben von Menschen. Diese sind keine Alleinstellungsmerkmale der SPD. Aber sie gehören zu den Traditionslinien der Sozialdemokratischen Partei und machen sie verknüpfungsfähig mit anderen.

Die SPD wird bestimmen müssen, was das ihr Eigene ist. Dazu muss sie vor allem eine Antwort auf Fragen geben ‚Wie komme ich zurecht im Leben?‘, ‚Kann ich mein Leben verbessern, wenn ich mir Mühe gebe und mich anstrengende?‘ Diejenigen, die sich an der SPD orientieren, erwarten eine Antwort darauf, wie das in ihrem Leben funktionieren kann. Das beginnt bei der Bildung und geht über das Arbeitsleben bis hin zu einer auskömmlichen Rente.

Bei den fehlenden Antworten auf diese Fragen sind wahrscheinlich die Ursachen für den großen Vertrauensverlust der SPD in den letzten elf Jahren zu suchen: Es ist uns gelungen, auf die systemischen Schocks von Globalisierung und demographischer Entwicklung so zu

reagieren, dass der Sozialstaat in Deutschland wieder funktioniert und in der Krise handlungsfähig gewesen ist. Aber wir konnten nicht immer auch sicherstellen, dass jeder Einzelne für sich und seinesgleichen die Antwort geben kann: ‚Für mich selber geht das, wenn ich mir Mühe gebe, auch gut.‘

Mit dem Mindestlohn hat die SPD ein solches Thema aufgegriffen, entwickelt und mehrheitsfähig gemacht, das auf diese Frage eine Antwort geben kann: Sozialdemokraten setzen sich damit dafür ein, dass jeder, der arbeiten geht und sich anstrengt, davon auch seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Das ist ein zutiefst sozialdemokratisches Thema. Aber das war nicht genug.

Wir müssen die konkreten Alltagsfragen mit den Sozialstaatsreformen zusammenbringen, die wir auf den Weg gebracht haben. Es geht darum, im sozialdemokratischen Sinne den Satz zu sprechen: ‚Leistung muss sich lohnen.‘ Aber nicht übersetzt als Absenkung des Spitzensteuersatzes, sondern als eine reale Beantwortung von Fragestellungen des normalen Lebens. Anstrengung muss sich auszahlen. Das ist die zentrale Herausforderung, der wir uns stellen müssen.

Das unterscheidet die SPD von anderen Parteien. Die Partei Die Linke beispielsweise hat in diesem Themenfeld sicherlich viele Überschneidungen mit der SPD. Im Kern aber ist ihre politische Perspektive eher darauf ausgerichtet, wie man auch ohne die Anstrengung, die mit Arbeit verbunden ist, zurechtkommen kann. Union und FDP wiederum sehen es in Teilen gar nicht als politische Aufgabe an, dafür zu sorgen, dass es immer für jeden auch gut ausgeht, wenn einer sich Mühe gibt.

Die Werte und Gerechtigkeitsstellungen, die sich aus der Arbeit ergeben, sind das Eigene der SPD.

Olaf Scholz ist Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Michael H. Spreng

Der Wahlkampfvermeidungswahlkampf Eine Analyse der CDU-Wahlstrategie 2009

Noch nie habe ich mich so schwer getan, den Wahlkampf der CDU/CSU zu analysieren wie 2009. Schon das Wort Kampf zu verwenden fällt mir schwer. Die Gründe: (1) Die CDU führte keinen Wahlkampf im klassischen Sinne. Es war ein Wahlkampfvermeidungswahlkampf. Weder wurde der politische Gegner (die SPD) angegriffen, noch wurden eigene Ziele offensiv herausgestellt. (2) Das einzige Wahlversprechen, Steuersenkungen (Stichwort: kalte Progression), wurde defensiv vorgetragen (weder wurden Termine noch Steuersätze genannt und alles wurde unter haushaltspolitischem Vorbehalt gestellt). Ursprünglich wollte Angela Merkel das Thema Steuersenkung gar nicht aufgreifen. Es wurde dann der einzige Punkt, bei dem sie gegenüber der CSU und auch dem Partei eigenen Wirtschaftsflügel Konzessionen machen musste.

Merkels Ziele im Wahlkampf waren:

- keine Polarisierung
- keine Konfrontation
- Demobilisierung der SPD-Anhänger

Bundeskanzlerin Merkel ging davon aus, dass die Wähler in der größten Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit keinen Parteienstreit, seriöses Weiterregieren der großen Koalition bis zum Wahltag (Stichwort: Pflicht tun) und Kooperation statt Konfrontation wollten.

1 Hase- und Igel-Wahlkampf

Angela Merkel verweigerte mit bemerkenswerter Konsequenz Kritik am Koalitionspartner und seinen Führungsfiguren, eigene Wahlkampfthemen, die zur Polarisierung hätten führen kön-

nen, und schloss jeden Konfrontationsansatz aus (Stichworte: Kündigungsschutz nicht antasten, schon beschlossene Mindestlöhne umsetzen, betriebliche Mitbestimmung nicht in Frage stellen). Deshalb ‚räumte‘ sie auch das Thema Opel ab. Ebenso rückte sie von keinem einzigen ‚sozialdemokratischen‘ Beschluss der Großen Koalition ab. Selbst einen späten und halbherzigen Vorstoß ihres Herausforderers Frank-Walter Steinmeier in Sachen Afghanistan-Rückzug (lange Zeit ein Angstthema der Union wegen der Erfahrungen mit dem Irak-Wahlkampf Gerhard Schröders 2002) neutralisierte sie sofort, indem auch sie die Entwicklung eines Ausstiegsszenarios forderte. Oder sie beantwortete Steinmeiers Deutschlandplan sofort mit dem Hinweis, auch sie wolle Vollbeschäftigung.

Jeder Versuch der SPD, sie in die Konfrontation zu zwingen oder die Agenda zu bestimmen, perlte an ihrer stoischen Ruhe und Nervenstärke ab. Sie ließ sich auch durch den aggressiven Europa-Wahlkampf der SPD nicht aus der Ruhe bringen. Es war ein Hase- und Igel-Wahlkampf: Igel Merkel war immer schon am Ziel.

Angela Merkel lehnte es ebenfalls ab, einen Lager-Wahlkampf zu führen. Ihre Befürwortung von Schwarz-Gelb war immer verhalten, ohne Begeisterung formuliert – und ohne diese Konstellation als Projekt oder Zeitenwende zu überhöhen. Immer blieb die Hintertür zur großen Koalition offen. Sie nahm der SPD nicht nur die Themen weg, sondern Außenminister Steinmeier zunehmend auch die außenpolitische Bühne (G 8-Gipfel, G 20-Gipfel, Barack Obamas Besuch in Dresden) – aber immer freundlich im Umgang. Stattdessen pflegte sie osten-

tativ ihre Beziehung zu Finanzminister Peer Steinbrück und demonstrierte mit ihm die Handlungsfähigkeit der Großen Koalition. Dies war ungefährlich, denn Steinbrück stand nicht zur Wahl und war in der SPD zunehmend isoliert.

Dies führte zwar zu Murren in der CDU, zu mehr aber auch nicht. Noch im Mai zog Ronald Pofalla durch die CDU-Regionalkonferenzen ohne konkrete Wahlstrategie, ohne konkrete Themen, nur mit einem ohne Inhalt gefüllten Terminplan. Die CDU-Leute zogen zwar ratlos von dannen, hofften aber irgendwie, die Kanzlerin wisse schon, was sie tue. Gelegentliche kritische Wortmeldungen ignorierte sie. Lediglich auf die CSU-Kampagne für zeitlich festgelegte Steuersenkungen reagierte sie halbherzig, aber ohne Termin. Sie wusste, angeschlagene Politiker wie Horst Seehofer können gefährlich werden, also muss man sie ruhigstellen.

2 Auf Samtpfoten an die Macht

Dieser Wahlkampfvermeidungswahlkampf – schon 2002 gab Merkel Edmund Stoiber den Rat „auf Samtpfoten an die Macht“ zu gelangen, außerdem zog sie ihre Lehren aus dem beinahe gescheiterten, eher konfrontativen, neo-liberalen Wahlkampf 2005 – schlug sich konsequent in Claims, Plakaten, im TV-Spot nieder. Alles blieb niedrigschwellig, zurückhaltend, nicht polarisierend:

- ‚Wir haben die Kraft‘ (ein bisschen nationale Farbe als Unterton von ‚Wir‘ gehörte dazu). Als einzige Partei plakatierte die CDU konsequent denselben Claim bei der Europa- und der Bundestagswahl. (Die einzige Panne: Das Plakat mit dem Slogan ‚Für eine soziale Marktwirtschaft, die menschlich ist‘ – ein klassischer weißer Schimmel).
- Es gab keinen Wahlparteitag. Das hätte die Strategie nur gestört, erwarten doch die Delegierten auf einem Wahlparteitag Kampf und Polarisierung.

- TV-Spot: Die Kanzlerin schaut von ihrem Arbeitsplatz aus nachdenklich auf ihr Land, so die einzige Botschaft.
- Im TV-Duell agierte Merkel ganz zurückgenommen, freundlich, die gemeinsame Arbeit in der großen Koalition lobend. Sie hielt diese Strategie konsequent durch – auch nach dem Duell, als Steinmeier von den Medien zum Punksieger ausgerufen wurde.

In den letzten 14 Tagen bestimmte nur noch Angela Merkel das öffentliche Erscheinungsbild. Die Plakate: ‚Für ein neues Miteinander‘ und ‚Klug aus der Krise‘ und völlig inhaltsentleert ‚Kanzlerin‘. Plakate mit anderen Kabinettsmitgliedern zuvor waren eine reine Pflichtübung für die Partei. Die Schlussphase des Wahlkampfes war eine Abwandlung von ‚Auf den Kanzler kommt es an‘. Kurz gesagt: totale Personalisierung, keine CDU-Mitspieler wurden neben Merkel herausgestellt, es gab keinen Mann fürs Grobe (keinen Polarisierer).

Nur Karl Theodor zu Guttenberg spielte beim Plakatieren und bei Kundgebungen noch eine Rolle (bei ihm gab es echte Begeisterung, zum Teil mit bis zu 2500 Besuchern auf Nachmittagsveranstaltungen), aber er hatte keine Bedeutung für das Gesamtergebnis. Die Wähler glaubten nicht, dass er Einfluss auf den Kurs der Kanzlerin hat; etwa durch seine andere Position bei der Lösung der Opel-Krise. Deshalb konnte auch zu Guttenberg nicht die von Merkel billigend in Kauf genommene größte Blutspende-Aktion in der Geschichte der CDU zugunsten der FDP stoppen (wirtschaftsorientierte Wähler, Mittelstand, Gegner der großen Koalition). Wirtschaftsorientierte Wähler mögen zu Guttenberg zwar, hielten ihn aber offenbar nicht für relevant für den Kurs der Kanzlerin.

Angela Merkel wusste: besser mit einem schlechten CDU-Ergebnis in eine schwarz-gelbe als mit einem besseren wieder in die große Koalition. So gab es mehr Beifall am Wahlabend im Konrad-Adenauer-Haus für das FDP-

als für das CDU-Ergebnis. Die Partei erwartete von ihr Schwarz-Gelb, alles andere wäre als Wahlniederlage gewertet worden. Hätte dies nicht geklappt, wäre ihr Parteivorsitz massiv infrage gestellt worden. Die Frage nach einer Ämtertrennung von Kanzlerin und CDU-Vorsitz wäre laut diskutiert worden. Christian Wulff hatte sich für diese Situation schon durch die Ämtertrennung in Niedersachsen positioniert.

Und so siegte Merkel – mit dem schlechtesten CDU-Ergebnis seit 1949 und mit 4,7 Punkten weniger als Stoiber 2002.

3 Kanzlerwahlverein

Unterhalb der wahrnehmbaren Schwelle wird über das schlechte Wahlergebnis der Union in der Partei durchaus heftig diskutiert, aber erst einmal zählte nur der Sieg des sogenannten ‚bürgerlichen Lagers‘. Ob die Kritik offen ausbricht, darüber entscheiden die Ergebnisse künftiger Landtagswahlen, vor allem in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 2010.

Angela Merkel hat wenig mächtige innerparteiliche Gegner: Roland Koch ist kaum noch halb so bedeutend wie früher, Jürgen Rüttgers muss erst einmal seine Wahl in NRW gewinnen, Christian Wulff steht mittelfristig vor der Abwanderung in die Wirtschaft, weil seine à-la-baisse-Spekulation bei der Bundestagswahl gescheitert ist). Die CSU unter Horst Seehofer ist de facto nur noch ein Landesverband der CDU.

Die Folgen der Merkel-Politik der vergangenen vier Jahre und des Wahlkampfes sind für die CDU als Partei allerdings fatal: So ging die CDU in die Koalitionsverhandlungen ohne eigenes Projekt, ohne eigene Idee, nur als Verhinderer von FDP-Forderungen. Die Schubladen der CDU waren inhaltsleer.

Innerparteilich ist die CDU nach vier Jahren Merkel schon erstarrt wie nach 16 Jahren

Kohl: sie hat keine Orientierung, keine Vision, es gibt keinen intellektuellen Diskurs. Kurzum: Die CDU ist wieder ein reiner Kanzlerwahlverein.

An den Personalentscheidungen ist die Erstarrung ablesbar: Volker Kauder wurde wieder Fraktionschef (statt des unabhängigeren Kopfes Norbert Röttgen, der es gerne geworden wäre und für den sich etwa Jürgen Rüttgers eingesetzt hatte). Mit Ronald Pofalla als Kanzleramtschef und einem erneut pflegeleichten Generalsekretär erreicht das System Merkel eine neue Entwicklungsspirale. Sie will keine starken Mitspieler installieren, die ihr einmal gefährlich werden könnten. Angela Merkel ist jetzt allein zu Haus – aber sie hat ja auch allein die Wahl gewonnen.

Bundeskanzlerin Merkel hat viel von Helmut Kohl gelernt, aber leider die Phase des frühen, souveränen Kohl, der sich mit kritischen Geistern und Vordenkern wie Kurt Biedenkopf, Heiner Geißler, Roman Herzog, Bernhard Vogel, Richard von Weizsäcker umgab, übersprungen. Merkel sieht das ganz mechanistisch: erst hat sie die SPD kleinbekriegt (was aber auch nur mit massiver Mithilfe der SPD gelang), jetzt ist die FDP dran. Die Entzauberung der FDP hat schon begonnen. Aber warum sollen die von der FDP enttäuschten Wähler wieder zur CDU zurückspringen? Das könnte auch die Stunde der Grünen werden – oder auch einer erneuerten, offeneren SPD.

Man mag die Merkel-Strategie für genial halten, das ist sie aber nur mit Blick auf den Wahlabend 2009. In der CDU hält sich hartnäckig das Gerücht, sie habe ihre Kanzlerschaft nur auf zwei Legislaturperioden angelegt. Wenn es so wäre: Sie wird wissen, warum.

Michael H. Spreng ist Medien- und Kommunikationsberater und war 2002 Wahlkampfmanager von Edmund Stoiber.

Dietmar Bartsch

DIE LINKE im Fünfparteiensystem

Mit der Bundestagswahl am 27. September 2009 ist eine vierjährige Umbruchphase im bundesdeutschen Parteiensystem zu Ende gegangen. Die Wählerinnen und Wähler bestätigten den Übergang vom Vier- zum Fünfparteiensystem in der Bundespolitik.

DIE LINKE ist im zurückliegenden Wahlzyklus 2007-2009 zu einer festen Größe auch im westdeutschen parlamentarischen System geworden. Bei der Bundestagswahl erreichte sie in den westdeutschen Bundesländern von 6,5 Prozent in Bayern über 8,4 Prozent in Nordrhein-Westfalen bis zu 21,2 Prozent im Saarland. Mit Ausnahme Bayerns schaffte sie bei jeder Landtagswahl seit 2007 den Sprung in den Landtag, zuletzt mit 6,0 Prozent in Schleswig-Holstein. Bei der Bundestagswahl 2005 erhielt die Linkspartei.PDS von 4,1 Millionen Wählerinnen und Wählern einen hohen politischen Kredit auf die Ankündigung, zusammen mit der WASG, zusammen mit Oskar Lafontaine und Gregor Gysi eine neue Partei links von der ‚neuen Sozialdemokratie‘ Gerhard Schröders und Franz Münteferings zu gründen. Vier Jahre später betrachteten nunmehr deutlich über 5,1 Millionen Wählerinnen und Wähler dieses Versprechen als eingelöst und erklärten diese linke Kraft im Deutschen Bundestag für unverzichtbar. Die über eine Million zusätzlichen Stimmen kamen sämtlich aus den westdeutschen Ländern.

In Ostdeutschland eroberte DIE LINKE erstmals außerhalb Berlins Direktmandate und lieferte sich vielerorts ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der CDU. Mit Ausnahme Brandenburgs landete die SPD teilweise überdeutlich hinter der LINKEN. Offensichtlich machten die Wählerinnen und Wähler eine Richtungsentschei-

dung an Union und LINKEN fest. DIE LINKE steht damit im Osten Deutschlands erstmals vor der Aufgabe, einen Politik- und Richtungswechsel herbeiführen zu müssen. Wie unübersichtlich dieses politische Neuland für alle beteiligten Parteien ist, zeigen die Ereignisse um die gescheiterte rot-rot-grüne Mehrheitsbildung im Thüringer Landtag.

Die neue Sozialdemokratie hat in den vergangenen vier Jahren totalen Schiffbruch erlitten. Von Schröder, Steinmeier und Müntefering auf angeblichen Modernisierungskurs gegen große Teile der eigenen Wählerschaft, ihre sozialen Interessen und ihre gesellschaftspolitischen Einstellungen getrimmt, erwies sich der Tanker als weitgehend manövrierunfähig. Erreichte die Partei zwischen dem Hamburger Parteitag 2007 und den Hessen-Wahlen im Januar 2008 ansatzweise und kurzfristig wieder Kampagnen- und Mobilisierungsfähigkeit, so ging diese in den fehlenden Machtoptionen und der Absetzung Becks schnell wieder verloren. Bei der Bundestagswahl fehlte es der SPD an jeglicher machtpolitischen Perspektive für eine Kanzlerschaft Steinmeiers. Der Kampf mit Guido Westerwelle um den Platz an der Seite von Angela Merkel war für Millionen sozialdemokratischer Anhänger kein Grund, wählen zu gehen. Erreichte die SPD 1949 die Stimmen von 22,2 Prozent aller Wahlberechtigten, so waren es 2009 nur noch 16,1 Prozent. Unterm Strich verlor die Partei 2,1 Millionen Stimmen an Nichtwähler, 1,4 Millionen an Union und FDP, 1,1 Millionen an DIE LINKE und knapp 0,9 Millionen an die Grünen – sie hat in alle Richtungen verloren, das stärkste Signal geht dabei von den Verlusten an die Nichtwähler aus.

Die um rund sieben Prozentpunkte deutlich gesunkene Wahlbeteiligung trägt einen erkennbar klassenspezifischen Charakter. Insbesondere Arbeiter, Arbeitslose und Personen mit niedrigem formalen Bildungsgrad machen den Zuwachs bei den Nichtwählern aus. Vor allem in Regionen und Vierteln mit hohen Arbeitslosenquoten und hohen SGBII-Transferquoten, also Armuts- und Prekariats-Zonen, wächst die Nichtwählerschaft überdurchschnittlich. Damit bleiben gerade diejenigen sozialen Gruppen und Schichten, die für eine soziale Reformpolitik unverzichtbar sind, über die Maßen dem demokratischen Beteiligungsprozess fern. Hier liegt die zentrale strategische Herausforderung in den kommenden Jahren.

Die Phase des parteipolitischen Umbruchs endete nicht mit einer neuen Phase der Übersichtlichkeit und Stabilität. Zweifellos, die seit 1998 manifeste ‚linke Mehrheit‘ in der Bundespolitik existiert nicht mehr. Wenn sie zuletzt auch nicht mehr als politisch, sondern nur noch als rechnerische Mehrheit von SPD, LINKEN und Grünen existierte, so ist in den kommenden vier Jahren nicht einmal mehr eine andere Mehrheit denk- und androhbar. Zu deutlich ist die

schwarzgelbe Mehrheit im Bundestag. Doch noch nie gab es in der Bundesrepublik eine Regierung auf so schwachen Füßen in der Gesellschaft. Die Stimmenanteile für die rot-rot-grünen Parteien sanken zwar von 51,4 Prozent in 2005 auf 45,6 Prozent, doch Union und FDP blieben mit 48,4 Prozent unter der 50-Prozent-Linie. Dass Zweifel an der Stärke der schwarzgelben Regierung berechtigt sind, zeigt eine andere Zahl noch einprägsamer: Lediglich ein Drittel der Wahlberechtigten steht mit seiner Stimme hinter dieser Regierung. Sie verdankt ihre Stärke nicht eigener politischer Substanz, sondern der Schwäche ihrer Gegner, namentlich der SPD. Der Koalitionsvertrag wird nicht von einer gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung getragen.

Die schwarzgelben Koalitionsparteien werden in den kommenden vier Jahren um ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit ringen. Ob der Republik eine Dekade stabiler schwarzgelber Mehrheiten bevorsteht, entscheiden vermutlich die neuen Nichtwähler des Jahres 2009: Sind sie in den kommenden vier Jahren wieder für den politisch-repräsentativen Beteiligungsprozess zu gewinnen oder verfestigt sich die Ten-



denz, dass eher höher gebildete und besser integrierte Schichten die politischen Mehrheiten ‚unter sich‘ ausmachen?

Die nun in der Opposition vereinten rot-rot-grünen Parteien bilden nicht per se ein der Regierung gegenüberstehendes Lager, welches um die Mehrheit 2013 ringt. Die Fragen, wie Stimmen zu mehren, Einfluss zu vergrößern, Macht zu erobern und zu behaupten sind, entscheiden sich nicht mehr in den Kategorien politischer Lagerbildung. Die Stärke der Union liegt darin, dass sie sowohl mit der FDP als auch mit der SPD oder den Grünen Mehrheiten bilden kann. Merkels Kanzlerschaft ist mit wechselnden Partnern möglich und allein aus der Union selbst heraus bedroht. Daher unterscheidet sich Merkels Politikstil, der darauf bedacht ist, jegliche Gefahr der Gegenmobilisierung klein zu halten, so sehr von den politischen Zuspitzungen der FDP. Ihr politisches Geschäft ist die Lagerbildung, denn allein die überwölbende prägende Kraft des Bildes von einem ‚bürgerlichen‘ Lager verschafft ihr die besten Aussichten, der bevorzugte Partner der Union zu bleiben. Umgekehrt haben sich die Grünen aus der strategischen Gefangenschaft einer schwächelnden SPD mit den Regierungsbildungen in Hamburg und im Saarland befreit. Ihre Zukunft könnte nicht die Einbindung in ein politisches Lager, sondern das Handeln mit verschiedenen Partnern um den größtmöglichen Ertrag sein.

Will die SPD jemals wieder stärkste Partei, also Kanzlerpartei werden – und ohne diesen Anspruch wird man auch als zweitstärkste Partei keine Mehrheit führen –, muss sie sich in Konkurrenz mit der Union in den Kampf um die politische Mitte begeben, wobei ‚politische Mitte‘ nicht als soziologische Größe verstanden werden darf, sondern als mehrheitsfähiger Blick auf die Gesellschaft, ihren Zustand und ihre Entwicklungsrichtung. Gleichzeitig wird sie mit der LINKEN auch im Westen politische Mehrheiten bilden müssen, um ihre machtpolitische Schwäche des Wahljahres 2009 zu über-

winden. Ob diese Neuaufstellung rechtzeitig vor dem Wahljahr 2013 gelingt, dürfte mehr von glücklichen Umständen als vom Geschick der sozialdemokratischen Führung abhängen. Nach dem Regierungsverlust 1982 dauerte es immerhin mehr als eine Legislaturperiode, bis die SPD wieder ernsthaft gegen den Unionskanzler antreten konnte. Einerseits ist der sozialdemokratische Zustand heute wesentlich desolater, andererseits die schwarzgelbe Regierung schwächer verankert.

DIE LINKE sieht sich durch das Wahlergebnis bundespolitisch vor neue Aufgaben gestellt. Die neuen parlamentarischen Mehrheiten verringern die Aussichten, erfolgreich politischen Druck auszuüben. Gleichzeitig wachsen aber die Aussichten, auf bestimmten politischen Feldern, etwa der Verteilungsgerechtigkeit und der Friedenspolitik, die politische Meinungsführerschaft in der Opposition zu behaupten. Denn die Erwartungen der Mehrheit der Bevölkerung haben sich am Wahltag nicht geändert, Fragen der sozialen Gerechtigkeit, des Sozialstaats, der Verteilungspolitik und der Friedenspolitik stehen weiterhin ganz oben. Gerade auf diesen Feldern wird die SPD noch längere Zeit die Frage beantworten müssen, warum sie das, was sie nun fordert, nicht während ihrer elfjährigen Regierungstätigkeit umgesetzt hat. Allerdings ändern diese Aussichten nichts an der strategischen machtpolitischen Schwäche der LINKEN: Wer auf nur einen (oder zwei) Partner angewiesen ist, um eigene Positionen umzusetzen, der hat schwächere Verhandlungspositionen als derjenige, der zwischen verschiedenen Optionen wählen kann. Vielleicht ist es möglich, dass DIE LINKE noch einmal ein paar Prozente zulegt, doch bleibt es bei der paradoxen Situation, dass sie für eine Mehrheitsbildung auf eine wieder erstarkende Sozialdemokratie angewiesen zu sein scheint. Wenn es ein linkes Regierungsbündnis in Deutschland geben soll, dann wird es nur möglich sein, wenn die SPD ihre neue Wählerschaft von 1998, die

zwischen den ‚Lagern‘ wandert, zurückholt und an sich bindet. Koalitionspolitisch ähnelt die Situation der LINKEN derjenigen der FDP. DIE LINKE muss sich als entschiedene Protagonistin eines fortschrittlichen sozialen Reformanspruchs behaupten. Auf der Politikachse von Markt und Staat ist sie die Gegenspielerin der FDP. Den Regulationsprinzipien Leistung, Markt, Eigenverantwortung stellt sie Gleichheit, Demokratie gesellschaftliche Verantwortung entgegen.

Um die schwarzgelbe Regierung durch eine linke Reformregierung abzulösen – also nicht bloß durch eine andere machtpolitische Konstellation zu ersetzen, was nicht die Sache der LINKEN sein kann – braucht es gesellschaftspolitische Reformprojekte, die nur in dieser Konstellation vorstell- und durchsetzbar sind.

Koalitionspolitisch geht es dabei nicht um die größte Schnittmenge zwischen den zwei bzw. drei Parteien. Die Logik der Schnittmengen führt zu einem parteipolitischen Ähnlichkeitsdenken mit anschließendem Wettbewerb um Unterscheidbarkeit, der in der Regel nicht zu der für Mehrheiten notwendigen Ausweitung der gesellschaftlichen Stimmenbasis beiträgt. Linke Koalitionen werden zukünftig stärker als Win-Win-Situationen für alle Beteiligten geplant und jenseits der ‚Koch-Kellner‘-Frage geführt werden müssen.

Die Politik (nicht nur) in Deutschland steht vor einigen Grundfragen: Energiewende, Klimapolitik, globale Not (Hunger, Wasser, Energie, Bildung, Gesundheit), Kontrolle der Finanzströme – da muss sich etwas ändern, wenn es wieder eine längere wirtschaftliche Prosperitätsphase und allgemeinen sozialen Fortschritt geben soll. Jede Regierung wird sich diesen Aufgaben stellen und zumindest dem bereits vorhandenen Neuen etwa in der Technologie- und Innovationspolitik zum Durchbruch verhelfen müssen, oder sie wird über kurz oder lang scheitern. Die FDP hat das erkannt und mit der Gesundheitspolitik ein anderes Themenfeld auf die

Agenda zurückgeholt, um gesellschaftspolitische Richtungsentscheidungen einfordern zu können.

Chancengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit wieder zusammenzubringen könnte ein Grundanliegen des Kampfes um eine linke Reformmehrheit sein, deren Parteien sich nicht gegenseitig um Wählerstimmen kannibalisieren. Gleichheit, Teilhabe, Reichweite der Demokratie könnten zentrale Bezugspunkte fortschrittlicher Reformen sein: die Anerkennung der gleichen Rechte, der nicht nur sozialen Teilhabe aller, der sozialen Durchlässigkeit der Gesellschaft und die Durchsetzungskraft demokratischer Entscheidungen gegenüber wirtschaftlicher Macht. Im Mittelpunkt wird die ‚Rückgewinnung des Öffentlichen‘ stehen, die Befreiung der zentralen Bereiche der öffentlichen Angelegenheiten, des Allgemeinwohls, der Aufgaben öffentlicher Daseinsvorsorge von der Dominanz des Profitprinzips. Ob Rekommunalisierung, Verstaatlichung oder Vergesellschaftung – im Kern geht es immer um die Neubestimmung der Grenzen von privat und öffentlich, von Demokratie und Wirtschaft als Hort privater Verfügungsgewalt. Es mutet dabei wie eine Ironie der Geschichte an, dass es schon wieder eine schwarzgelbe Regierung ist, die mit ihrer Steuerpolitik auf Pump die Staatsverschuldung weiter hochtreibt und mit ihrem finanzpolitischen Crash-Kurs eine ‚Staatskrise‘ riskiert, die die Spielräume für gesellschaftspolitische Reformen dramatisch einengen würde. Länder und Kommunen werden daher zu den bevorzugten Ebenen von Politik, auf denen sich politische Bündnisse gegen die schwarzgelbe Regierungspolitik herausbilden und Resonanzböden für fortschrittliche gesellschaftliche Reformprojekte wachsen können.

Dr. Dietmar Bartsch ist stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE.

Hubert Kleinert

Bundestagswahl 2009 – Volksparteien im Abstieg?

Der Absturz der Sozialdemokraten am 27. September bei einem gleichzeitig nur bescheidenen Wahlergebnis der Union hat der Debatte um die Zukunft der Volksparteien in Deutschland neue Brisanz und Aktualität verliehen. Ob die SPD angesichts ihres dramatisch abgeschmolzenen Elektorats überhaupt noch als Volkspartei anzusehen sei, scheint inzwischen fraglich. Zugleich hat auch die Union mit gerade einmal 33,8 Prozent ihr schwächstes Stimmenergebnis seit 1949 eingefahren. Zusammen haben beide Großparteien gerade einmal 57 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht. Nur noch vier von zehn Wahlberechtigten haben sich zur Wahl von CDU/CSU oder SPD entschließen können. 1976 waren das in der alten Bundesrepublik noch acht von zehn gewesen. Aus diesem Blickwinkel erscheint die Entwicklung als fast schon dramatischer Abstiegsprozess.

Nachfolgend soll diese Entwicklung zunächst im Kontext der Geschichte des Parteiensystems seit 1945 betrachtet werden. Dann wird es um die Ursachen für die Bindungsschwäche beider Großparteien gehen. Schließlich soll ein Ausblick versucht werden, der die wahrscheinlichen Entwicklungstendenzen in den Kontext kritischer Entwicklungen der Parteiendemokratie insgesamt rückt.

1 Die Volksparteien und die Entwicklung des Parteiensystems seit 1945

In der Formierungsphase des Parteiensystems in den ersten Nachkriegsjahren hatten Union und SPD noch längst nicht jene Stärke erreicht, die den Nachgeborenen später lange selbstverständlich erschien. Trotz relativer Stabilität von katholischem wie Arbeitermilieu erzielten Uni-

on und SPD mit zusammen etwa 60 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen bei der ersten Bundestagswahl vom 14. August 1949 einen eher bescheidenen Wert, der nur knapp über dem vom 27. September lag. Erst im Laufe der 1950er Jahre hat sich dann jener Konzentrationsprozess abgespielt, der die Union zu einer Partei werden ließ, für die bis in die 1990er Jahre Wahlergebnisse von 40, 45 und mehr Prozent selbstverständlich schienen. Dabei hat die Union von einem Staubsaugereffekt profitiert, der durch ihre Regierungsrolle und die mehrfache Verschärfung der Wahlrechts-Sperrklausel erleichtert wurde. So gelang es ihr, mit Ausnahme der FDP alle relevanten ‚bürgerlichen‘ Klein- und Regionalparteien aufzusaugen. Das galt in Sonderheit für die regional zunächst bedeutsame Deutsche Partei (DP) und den ‚Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten‘ (BHE), die zeitweise im Bundestag vertreten waren und CDU/CSU als Koalitionspartner gedient hatten. Die oppositionellen Sozialdemokraten auf der anderen Seite des politischen Spektrums profitierten von der Diskreditierung der kommunistischen Konkurrenz im Kalten Krieg und der seit Ende der fünfziger Jahre betriebenen Öffnungspolitik zur gesellschaftlichen Mitte.

Mit dem Ausscheiden des BHE als eigenständiger politischer Kraft und dem Aufgehen der bundespolitischen Führung in der CDU – eine Sonderentwicklung zur SPD fand in Hessen statt – war dieser Konzentrationsprozess zu Beginn der 1960er Jahre im Wesentlichen abgeschlossen. Mit dem jetzt etablierten Dreiparteiensystem war eine Stimmenkonzentration auf die beiden Großparteien auf zunächst etwa 85 Prozent, schließlich sogar auf über 90 Prozent verbunden. Zwischen 1969 und 1980 erreich-

ten die beiden Großparteien stets knapp unter oder knapp über 90 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen – bei hohen Wahlbeteiligungsraten von z.T. über 90 Prozent. In dieser Zeit haben acht von zehn Wahlberechtigten einer dieser beiden Parteien ihre Stimme gegeben.

Das Ende des Dreiparteiensystems durch Auftauchen der Grünen zu Beginn der achtziger Jahre war zugleich der Beginn des Abbröckelns bei den Großparteien. Dies schien zunächst nur die SPD zu betreffen, während die Union bei der Bundestagswahl 1983 mit 48,8 Prozent noch das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte hatte erreichen können. Hätte Kohl das seinerzeit gewollt und nicht der FDP Hilfe versprochen – die Union hätte sogar eine absolute Mehrheit erreichen können. Schon die Verluste von CDU und CSU 1987 – immerhin 4,5 Prozent – aber zeigten an, dass auch ihre Bindungskraft zu leiden begann. Erst recht zeigte sich das im Wahljahr 1990. Angesichts der Rolle von Kanzler Kohl bei der Deutschen Einheit und den ganz außergewöhnlichen Bedingungen wenige Wochen nach dem Vollzug der staatlichen Einheit fiel das Unionsergebnis mit 43,8 Prozent eher bescheiden aus. Am 2. Dezember blieben Union und SPD zusammen erstmals seit 1953 unter 80 Prozent. 1994 war dann der Stimmenanteil von CDU und CSU auf 41 Prozent abgesunken. Zusammen erreichten die Volksparteien knapp 78 Prozent. Sechs von zehn Wahlberechtigten gaben damals einer der beiden Parteien ihre Stimme.

Der Wahlsieg Schröders brachte die SPD 1998 zwar letztmals über 40 Prozent, aber auch dieser sozialdemokratische Erfolg konnte die rückläufige Bindungskraft der Volksparteien nicht kompensieren. Die hohen Verluste der Union sorgten für ein weiteres Absinken der Stimmen für die Volksparteien auf 75 Prozent. Hierbei muss natürlich der relative Erfolg der PDS berücksichtigt werden, die sich im Osten entgegen vieler Prognosen auch längerfristig

behaupten konnte. Die folgende rot-grüne Koalition brachte 2002 bei rückläufiger Wahlbeteiligung eine gewisse Stabilisierung des Stimmenanteils der Volksparteien bei 76 Prozent. Doch schon die folgende Wahl 2005 zeigt einen regelrechten Absturz auf nur noch 69 Prozent der Stimmen und gerade 55 Prozent der Wahlberechtigten. Die Zahlen von 2009 signalisieren dann eine dramatische Verschärfung dieses Trends. Nimmt man sie als Indiz, dann hätte sich die Verankerung der beiden Großparteien in der Wählerschaft seit 1976 ungefähr halbiert. Selbst wenn man dabei die andersartige Entwicklung in Ostdeutschland herausrechnet, zeigt sich kein wesentlich anderer Befund. Natürlich sind bei den jüngsten Wahlergebnissen die besonderen Bedingungen der Großen Koalition zu berücksichtigen. Der langfristige Trend freilich macht deutlich, dass es sich hier um einen problemverschärfenden Faktor gehandelt haben mag, keineswegs aber um die einzige und entscheidende Ursache für den schon länger wirksamen Abwärtstrend.

Diese Abwärtsbewegung wird derzeit ganz überwiegend als Problem der Sozialdemokratie diskutiert. Tatsächlich ist kaum zu übersehen, dass die Verankerung der Union in den unterschiedlichen Segmenten der Gesellschaft inzwischen höher ist als die Verankerung der traditionellen Mitgliederpartei SPD. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik hat die CDU im Jahre 2008 die SPD in der Mitgliederzahl überholt. Freilich muss hier auch berücksichtigt werden, dass die Union auf Bundesebene bislang nicht mit dem Problem dauerhafter Abspaltungen und/oder einer neuen parteipolitischen Konkurrenz konfrontiert war, wie es der SPD zunächst mit den Grünen und dann mit der Linkspartei gleich zweimal widerfahren ist. Unter Berücksichtigung dieser Unterschiede stellt sich auch die Situation der Union keineswegs rosig dar. Auch ihre Bindungskraft in die Gesellschaft hat deutlich nachgelassen, wie sich an den absoluten Zahlen der Parteimitglie-

der und der ungünstigen Altersstruktur – hohes Durchschnittsalter und wenig Nachwuchs – der verbliebenen Mitgliedschaft deutlich zeigen lässt. Auch die Union wird demnach neue Wege der Mobilisierung von Mitgliedern und Wählern gehen müssen, wenn sie nicht weiter personell ausdünnen und der Gefahr weiterer politischer Schwächung ausgesetzt sein will. In ihrem Ergebnis spiegelt sich mehr als nur die Abwanderung wirtschaftsliberaler Kräfte zur FDP.

2 Die Volksparteien – Opfer des gesellschaftlichen Strukturwandels?

Viele Soziologen und Parteienforscher sehen im Abstieg der Volksparteien vor allem eine Folge des gesellschaftlichen Strukturwandels. Mit der Erosion sozialmoralischer Milieubindungen, die dem Einzelnen früher jeweils spezifische, dabei gemeinschaftsstiftende Formen der kulturellen Verarbeitung ökonomischer, politischer und sozialer Konflikterfahrungen und darüber die Voraussetzungen für stabile Gruppenzugehörigkeiten und Bindungen ermöglicht hätten, sei die zentrale Erfolgsbedingung für Stabilität und politischen Erfolg von Union wie SPD zunehmend in Frage gestellt.¹ Mit der Auflösung des klassischen Arbeitnehmermilieus als ursprünglicher Rekrutierungsbasis der Sozialdemokratie wie mit der Schrumpfung des katholisch-konfessionellen Milieus als sicherem Grund für den Erfolg der Union sei ein allmähliches Abschmelzen von Stammwählerschaften verbunden. Höherer Bildungsstand der Wählerschaft, Individualisierung und die modernen Medien hätten den Typus des fluiden Wählers hervorgebracht, der mal hierhin und mal dahin tendiere, vor allem aber unzufrieden reagiere und immer weniger als fester Unterstützer bestimmter politischer Richtungen einkalkuliert werden könne. Parteienbindung sei irreversibel enttraditionalisiert und entsprechend immer mehr kontext- und konstellationsabhängig, hat Ulrich

Beck schon 1993 geschrieben (vgl. Beck 1993). „Mit dem Zerfall der alten sozialen Großmilieus und dem Verschwinden einer Betreuung von der Wiege bis zur Bahre, im Dunstkreis weltanschaulich homogener oder religiöser Einrichtungen, ist die Sozialisierungsfunktion der Parteien gering. Die Heranführung unpolitischer Wählermassen an die Politik wird eher von den Medien wahrgenommen“ (von Beyme 2002: 335). Diese Entwicklung habe aus den Volksparteien inzwischen „Kartellparteien, Medienparteien, professionelle[n] Rahmenparteien oder Minimalparteien (...)“ (325) werden lassen, die immer stärker von Berufspolitikern dominiert würden und dabei zunehmend selbstreferentiell agierten. Darüber hätten sich die Verbindungen zwischen Wählern und Parteien gelockert, erfüllten gerade die Volksparteien ihre angestammte Funktion der gesellschaftlichen Interessenaggregation und der Repräsentanz immer weniger.

Im Ernst wird nicht bestritten werden können, dass die skizzierten und oft beschriebenen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse für die Analyse der Schwächezeichen der Volksparteien von erheblichem Gewicht sind. Zumal alle Analysen über Entwicklungstrends von gesellschaftlichem Engagement die rückläufige Rolle langfristig angelegten, verbindlichen Engagements zugunsten von situativen und unverbindlicheren, stärker mit Selbstverwirklichungsmotiven angereicherten Formen des Engagements ausweisen, was nahezu sämtliche Großorganisationen seit Jahren vor wachsende Probleme stellt. Die Krise der Volksparteien wäre demnach nur eine, freilich besonders folgenreiche Ausdrucksform solcher Entwicklungstrends der modernen Gesellschaft.

Letztlich sind gegen allzu pauschalierende Deutungen dieser Art auch Einwände zu erheben: Erstens vermögen sie die durchaus unterschiedliche Entwicklung in verschiedenen westeuropäischen Parteiensystemen nicht zureichend zu erklären. Während sich z.B. in Großbritan-

nien und Frankreich – unter Bedingungen unterschiedlichen Wahlrechts – eine Reihe von Parallelentwicklungen finden lassen, sind die politischen Systeme z.B. in Spanien und Griechenland weiterhin von der überragenden Rolle zweier Großparteien und stark ideologisch aufgeladener Lagerbildung gekennzeichnet. Zweitens differenzieren pauschalierende Deutungen, die den Bindungsverlust der Volksparteien als Resultat säkularer Entwicklungstrends von Gesellschaft analysieren, nicht genauer die Problempotentiale der modernen Politik und sehen in Parteien und politischen Akteuren nur Objekte von gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen, gegen deren Wirkungen kaum etwas auszurichten ist. So erscheint der Bindungsverlust der Volksparteien in der Gesellschaft als historisch irreversibler Prozess.

Dabei gerät leicht aus dem Blick, dass der Abstieg der Volksparteien mit Krisenerscheinungen und Transformationsprozessen der Parteiendemokratie insgesamt zusammenfällt. Seit Längerem schon sind die Beziehungen zwischen Parteien, Politikern und Bürgern nachhaltig gestört. Das Ansehen der Politiker hat einen historischen Tiefstand erreicht, die Zahl der Bürger, die aller Politik nichts Wesentliches mehr zutrauen, ist in den letzten Jahren deutlich angewachsen. Wähler beklagen immer häufiger programmatische Orientierungsprobleme, alle Parteien scheinen immer mehr zu bloßen Karriereerwerbsgemeinschaften geworden, fixiert auf Wahlerfolg und Karriereperspektiven, deren gesellschaftlicher Zweck sich dem breiten Wählervolk immer weniger erschließt. Die Parteien reagieren ihrerseits auf den Einflussverlust durch Werbe- und Öffentlichkeitsstrategien, die auf Imagewerbung und Markenproduktion setzen und sich im Kampf um ‚Wählermärkte‘ an den Strategien der privaten Werbewirtschaft orientieren. Im Ergebnis verschärfen sie damit freilich nur die Probleme, weil sie zwar Aufmerksamkeit schaffen, dabei aber die Beachtung, die der Typus des modernen medialen Politikcommuni-

kators findet, mit Glaubwürdigkeit verwechseln. Die Bindungsschwäche der Volksparteien muss deshalb auch als Problem der Parteiendemokratie insgesamt gesehen werden, das sich in den Volksparteien nur am stärksten ausdrückt.

3 Ausblick: Die Zukunft der Volksparteien

Dass Parteipräferenzen und Wahlentscheidungen immer weniger in Milieuzugehörigkeiten, Weltanschauungen und ethischen Grundprinzipien wurzeln, erscheint irreversibel. Insoweit werden alle Parteien mit dem Rückgang stabiler Parteiidentifikationen leben und zurechtkommen müssen. Themen, Kontextbedingungen, mediale Meinungs- und Aufregungskonjunkturen sowie Personen werden gegenüber langfristigen Parteibindungen an Bedeutung weiter zunehmen. Dass dies die Volksparteien, die schwierige programmatische Interessensausgleiche in ihrem eigenen Binnenleben schaffen müssen, aufgrund ihres heterogeneren Charakters schwerer trifft als die anderen, liegt auf der Hand. Eine besondere Bedeutung wird dabei der Ressource ‚Vertrauen‘ zukommen – freilich in unmittelbarer Verknüpfung mit ‚Issueorientierung‘ und der Fähigkeit von Parteien und Politikern, plausible Entwürfe von Zukunft und glaubwürdiges Personal in einen Zusammenhang zu bringen.

Gleichwohl erscheint eine weitere Zersplitterung der Parteienlandschaft deshalb noch keineswegs zwingend. Es ist gut möglich, dass die neue politische Konstellation in Berlin auch zu neuen Konzentrationsprozessen im Parteiensystem führen wird. Für die Sozialdemokraten etwa kann mit der Oppositionsrolle auch die Chance verbunden sein, zu einer neuen Identitäts- und Ortsbestimmung zu finden. Und die Union kann als stabile Kraft in der politischen Mitte auch ein Garant für eine sozial stärker ausgewogene Politik sein, die dem Aufstieg der FDP Grenzen setzt. Es ist es nicht unwahr-

scheinlich, dass das Ergebnis der beiden Großparteien beim nächsten Mal über dem vom 27. September 2009 liegen wird.

Der Abstieg ist kein linearer Prozess. Allerdings werden beide in absehbarer Zeit nicht mehr zu ihrer früheren Stärke zurückfinden. Schon die Ausdünnung der Mitgliedschaft, der Einflussverlust früherer ‚Vorfeldorganisationen‘ und die ausgesprochen ungünstige Verteilung der Altersstruktur müssen beiden Großparteien auf Sicht wachsende Probleme bereiten. Und die Konkurrenz der Linkspartei wird den Sozialdemokraten auf viele Jahre hinaus erhalten bleiben – mit all den Konsequenzen, die damit für sie verbunden sind –, zumal die Linken im Osten den stabileren Unterbau vorweisen können. Eine Strategie der vorsichtigen Öffnung gegenüber der Linkspartei mag für die SPD unausweichlich sein. Der Gefühlshaushalt der Mehrheit an der Parteibasis scheint anderes auch gar nicht zuzulassen. Ob damit freilich eine realistische Chance für die neue Parteiführung werden kann, Kristallisationspunkt und Hoffnungsträger einer neuen Opposition mit breiter gesellschaftlicher Ausstrahlung werden zu können, ist höchst fraglich. Wenn ein solcher Kurs nicht bloß zu weiteren Verlusten der Partei in der gesellschaftlichen Mitte führen soll, setzt er eine sozialdemokratische Stärke und Strahlkraft in die Gesellschaft voraus, von der sich jedenfalls Ende 2009 nicht sagen lässt, woher sie eigentlich kommen sollen.

Über die Zukunft der Union wird vor allem ihre Fähigkeit entscheiden, die derzeit viel beschworene Verbindung von wirtschaftlicher Kompetenz mit der neu entdeckten Sorge um sozialen Ausgleich und der Begrenzung der zerstörerischen Kräfte des ‚Turbokapitalismus‘ dauerhaft zu verkörpern und dabei eine breite gesellschaftliche Verankerung zu erhalten. Ob sie wirklich die „letzte Volkspartei“ (Lau 2009) ist, mag dabei dahinstehen. Auf mittlere Sicht

aber wird man ihr trotz aller modernen ‚Volatilität‘ der Wählerschaft die gegenüber den Sozialdemokraten deutlich besseren Chancen einräumen müssen. Dies ergibt sich nicht nur aus ihrer deutlich größeren numerischen Stärke. Die Wahrscheinlichkeit einer Disziplinierung wirtschaftsliberaler und marktradikaler Kräfte in der FDP mit der Folge eines breiten Ansehensgewinns bis hin in die linke Mitte der Gesellschaft ist jedenfalls aus heutiger Perspektive größer als die Chancen zur Formierung eines neuen Linksbündnisses, dem auf mittlere Sicht die starke Führung durch eine Sozialdemokratie mit neuer gesellschaftlicher Ausstrahlung nach verschiedenen Seiten hin fehlen wird.

Hubert Kleinert ist Professor für Politikwissenschaft an der Fachhochschule für Verwaltung des Landes Hessen in Wiesbaden.

Literatur

Beck, Ulrich 1993: Die Erfindung des Politischen, Frankfurt/M.

Lau, Mariam 2009: Die letzte Volkspartei. Angela Merkel und die Modernisierung der CDU, Berlin.

von Beyme, Klaus 2002: Funktionswandel der Parteien in der Entwicklung von der Massenmitgliederpartei zur Partei der Berufspolitiker. In: Gabriel, Oskar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hg.): Parteiendemokratie in Deutschland. 2. Auflage. Wiesbaden, 315-339.

Walter, Franz 2009: Im Herbst der Volksparteien? Bielefeld.

Anmerkung

¹Vgl. z.B. die vielen Schriften von Franz Walter dazu, zuletzt: Im Herbst der Volksparteien? (Walter 2009).

Warnfried Dettling

Wachstumsperspektiven für eine Volkspartei

„Das Denken überlassen sie dort den Meinungsforschern, die haben das Ohr an den Massen.“

Armin Thurnher,
Der Übergänger (Roman 2009)

Die Parteienlandschaft verändert sich. Die Kleinen werden größer und die Großen werden kleiner. Als Volkspartei verabschiedet hat sich fürs Erste die SPD. Doch die CDU hat ganz ähnliche Probleme, wenn auch auf einem höheren Niveau. Wenn es so weiter geht und sich der Trend fortsetzt, wird auch sie in absehbarer Zeit die Dreißig-Prozent-Grenze von unten betrachten. Doch noch sind CDU und CSU die einzigen Volksparteien, die übrig geblieben sind, vor allem in den großen Flächenländern.

1 Die äußere und die innere Veränderung der politischen Landschaft

Die Parteienlandschaft verändert sich, aber das ist kein Grund zur Dramatisierung. Die Koalitionen werden bunter und unberechenbarer – mit allen Folgen für und Rückwirkungen auf die Mitglieder, Parteien und deren Beziehungen untereinander. Auch dort, wo – wie bei der aktuellen Regierung – die äußeren Koalitionsformen noch vertraut erscheinen wie in der scheinbar guten alten Zeit, ist nichts mehr so wie früher. Die Beteiligten wissen: Das Bündnis von Union und FDP ist eine, nicht die einzige Möglichkeit. Das schwarzgelbe Bündnis verliert erst seine Selbstverständlichkeit und bald auch seine strukturelle Mehrheitsfähigkeit. Die Methode Merkel passt zu ganz unterschiedlichen Koalitionen, solange sie nur um die CDU kreisen.

Diese *äußere* Veränderung der Parteienlandschaft ist inzwischen, auch in diesem Heft des Forschungsjournals, ausführlich beschrieben. Für die mittlere und ältere Generation, die mit dem Zweieinhalb-Parteiensystem aufgewachsen sind, ist dies eine neue Erfahrung, aber es ist aus der Perspektive der Demokratie kein dramatischer Vorgang: Demokratie kennt schließlich viele Formen und Farben.

Dramatischer und folgenschwerer, für die Demokratie wie für die politischen Parteien selbst, ist ein anderer Vorgang: die Veränderung der Parteienlandschaft von *innen* her, das langsame Verschwinden der Politik aus ihrer Mitte, eine Art *Entpolitisierung der Politik*, die von den Parteien selbst voran getrieben wird in der Hoffnung, dadurch für sich im politischen Wettbewerb Vorteile zu erzielen. Es ist kein ganz neuer, aber in der Konsequenz des Wahlkampfes 2009 doch bemerkenswerter Sachverhalt: Die politischen Parteien sehen in der *politischen* Auseinandersetzung, die diesen Namen verdient, eher einen Nachteil als einen Vorteil im Wettbewerb um möglichst viele Stimmen. So waren die CDU und ihre Spitzenkandidatin recht zufrieden damit und auch noch in gewisser Weise stolz darauf, dass sie in einem Wahlkampf ohne Inhalte am Ende deutlich vorne lagen; das magere Ergebnis (33 Prozent, und das nach vier Jahren Kanzlerschaft und bei einer desolaten SPD) schien sie nicht weiter gestört zu haben. Die CDU wollte nicht, und die SPD konnte nicht, und so haben beide auf ihre Weise zu einem inhaltsleeren Wahlkampf beigetragen.

Die Folgen dieser Entwicklung für eine lebendige Demokratie sind das eine, die Folgen für die Vitalität und Attraktivität der politischen Parteien sind das andere, und beides hängt eng

zusammen. Es könnte ja sein, dass diese Art der Entpolitisierung der Politik zum weiteren Niedergang der einstigen Volksparteien beiträgt. Und dass eine Trendwende zu neuem Wachstum der Parteien nur durch etwas mehr Mut zur Politik möglich wird. *Nur politische Parteien, das wäre die These, die einen anspruchsvollen und ehrgeizigen Begriff von Politik und sich selber haben, werden erfolgreich sein.* Es ist wie bei Athleten: Parteien können ihre Fähigkeit, erfolgreich zu sein, trainieren oder verlieren – ‚use it or lose it‘. Sportler und Vereine, die nicht richtig trainieren oder nur darauf hoffen, dass der Gegner noch schlechter ist, bringen bald keine Spitzenleistungen mehr. So könnte eine – anfangs unmerkliche – politische Atrophie, eine Art Muskelschwund durch mangelnden Gebrauch, und das über Jahre und Jahrzehnte hinweg, *eine* der Ursachen sein für den Niedergang der ehemals großen Parteien.

2 Volkspartei als politischer Begriff

Um Missverständnisse auszuschließen: Natürlich haben großflächige gesellschaftliche und internationale Veränderungen massive Folgen für die Parteien. Keine noch so intelligente Strategie wird je die Volkspartei CDU wiederherstellen können, wie sie zu Zeiten Adenauers oder Kohls einmal war. Das Bündnis zwischen Arbeiterbewegung und technischer Intelligenz, das die SPD zu Lebzeiten Willy Brandts für einen kurzen historischen Moment geschaffen hatte, wird so nie mehr wieder kommen. Neue Formen der Organisation und der Kommunikation, der Wahlkämpfe und der Öffentlichkeitsarbeit sind ohne jeden Zweifel notwendig, aber sie sind nicht hinreichend. Die Parteien verwenden viel Zeit, Geld und Personal auf die Darstellung der Politik und wenig Ressourcen auf die Herstellung der Politik für eine veränderte Zeit. Ohne zeitgemäße politische Botschaft kann es jedoch auf Dauer keinen politischen Erfolg geben. Volkspartei ist man nicht, man bleibt es oder

wird es oder schrumpft zu einer Mammutsekte. Volkspartei ist – wie die politische Mitte – kein Zustand, sondern eine Aufgabe, an der man scheitern, aber auch wachsen kann.

Vielleicht lohnt es sich deshalb, für die Analyse wie für die praktische Politik, die Debatte um die Zukunft der (Volks)Parteien einmal anders aufzuziehen: nicht von den Zahlen und der schieren Größe, auch nicht von der repräsentativen Sozialstruktur der Mitglieder einer Partei her, sondern von ihrem Anspruch und Selbstverständnis her, ihrem Ehrgeiz und ihrem politischen Willen. Den Unterschied zwischen Parteien macht dann nicht der bloße Umfang, ob sie noch größer oder kleiner sind. Eine Partei zwischen 15 und 20 Prozent kann dann tendenziell eine ‚Volkspartei‘ sein oder auf dem Weg dorthin, wenn sie sich für das Ganze verantwortlich fühlt und entsprechend denkt und handelt, oder sie kann eine Klientelpartei oder auch eine populistische Partei sein, die vor allem die Interessen oder die Ressentiments einer Minderheit bedient. Auf der anderen Seite kann eine Partei jenseits der 20 oder gar 30 Prozent den Anspruch einer Volkspartei schon verraten haben, wenn sie es sich nicht mehr zutraut, Politik für alle zu denken und zu machen, weil sie bereits bestimmte soziale Gruppen oder politische Dimensionen ausgeblendet hat.

Interessenparteien, Klientelparteien und populistische Parteien wird es zu allen Zeiten geben. Damit kann eine vitale Demokratie leben. Nur schlecht leben kann sie ohne ‚Volksparteien‘ im eben beschriebenen Sinne. Und beide Kategorien von Parteien stehen in einer engen Beziehung. Je mehr die Volksparteien ihren Anspruch preisgeben oder verfehlen, für die *ganze* Gesellschaft zu denken und zu handeln, umso besser sind die Chancen der anderen Sorte von Parteien. Die Volksparteien haben nur dann eine Chance, den Trend zu wenden, wenn sie im eigentlichen Sinn des Wortes wieder zu *politischen* Parteien werden. Parteien kann man daran erkennen und danach unterscheiden, wie weit

entfernt vom oder wie nahe dran sie sind am politischen Begriff einer Volkspartei.

3 Woran man eine Volkspartei erkennt

Politisch überwindet das Konzept der Volkspartei partikulare Beschränkungen und hält emphatisch an alten Ideen wie Gemeinwohl fest. *Gesellschaftlich* grenzt die Idee der Volkspartei keine Gruppe aus noch sieht sie tatenlos zu, wenn ganze Schichten oben oder unten aus der Gesellschaft gleichsam auswandern. *Konzeptionell* bewegt sich eine Volkspartei nicht in einem eindimensionalen, sondern in einem offenen Ideenhorizont, in dem je nach Zeit und Problemlagen konservative, liberale und soziale Ideen in den Vordergrund treten oder auf neue Weise kombiniert werden. Unverzichtbar ist eine *politische Anthropologie*, derzufolge eine Volkspartei den Wähler nicht nur als Bündel egoistischer Interessen und materieller Bedürfnisse, als Steuerzahler etwa oder als Hartz-IV-Empfänger, sondern als Bürger wahrnimmt und entsprechend anredet. *Kulturell* kann man nur dann von einer Volkspartei sprechen, wenn sie den kulturellen und ethnischen Pluralismus unserer Zeit nach innen und außen widerspiegelt.

Lässt man diese Kriterien einer Volkspartei Revue passieren, dann wird rasch deutlich, dass und warum es gegenwärtig schwieriger ist, Volkspartei zu sein oder zu bleiben. Der politische Anspruch, auf das Ganze der Gesellschaft zu zielen, ist heute schwieriger zu realisieren, weil die Gesellschaft komplexer geworden ist, Menschen und Milieus sich nicht mehr so trennscharf zuordnen lassen und die Widersprüche

oft mitten durch die einzelne Person gehen. Die gesellschaftliche Reichweite einer Partei verschwimmt, wenn sich die Gesellschaft in immer mehr Lebensstile und Lebensformen ausdifferenziert: Was soll aus einer Volkspartei werden, wenn es ‚das‘ Volk gar nicht mehr gibt? Und was das Ideenmanagement einer Partei betrifft, so waren die einfachen Alternativen Staat oder Markt, Freiheit oder Gleichheit, privat oder öffentlich politisch leichter zu bedienen als eine differenzierte Theorie und Praxis, die jeweils die Stärken, aber auch die Grenzen des Staates, des Marktes und der Bürgergesellschaft im politischen Auge behalten, um zu optimalen Lösungen zu kommen.

4 Resignation oder Renaissance der Politik?

Mit der Bundestagswahl 2009 hat sich der Niedergang der beiden einstmaligen großen Volksparteien fortgesetzt. Inzwischen kann man für die Vergangenheit bilanzieren und für die Zukunft vorhersagen: Abwärts geht es von alleine. Eine Trendwende erfordert konzeptionelle und politische Anstrengungen. Eine mögliche Richtung, eine Wachstumsperspektive nicht nur für die Unionsparteien, weist ein anspruchsvolles Konzept der Volkspartei. Doch es könnte sein, dass es dafür schon zu spät ist, dass die Parteien ihre Zukunft in einer weiteren Entpolitisierung suchen. Die Folgen freilich hätten dann nicht nur die Parteien zu tragen, sondern die Demokratie insgesamt.

Warnfried Dettling lebt als freier Autor in Berlin.

Herfried Münkler

Ist die SPD politisch überflüssig geworden?

Vermutlich hat die deutsche Sozialdemokratie den Tiefpunkt ihres Macht- und Einflussverlusts noch nicht erreicht. Dafür spricht nicht bloß das schnelle Abebben der gerade erst begonnenen Debatte über die Ursachen der schweren Wahlniederlage vom 27. September, sondern auch die vorherrschende Vorstellung, durch eine begrenzte Linksverschiebung der Parteiprogrammatik sowie einigen personellen Neubesetzungen lasse sich ein Ausweg aus der Krise finden. Was Robert Michels zu Beginn des 20. Jahrhunderts in seiner *Soziologie der Parteiwesens* als notorische Tendenz politischer Großorganisationen zur Oligarchisierung herausgearbeitet hat, zeigt sich nun als institutionell verhärtete Lernunfähigkeit. Oligarchiebildung und Lernverweigerung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille: Was in der Aufstiegsphase die Entstehung einer Funktionärschicht war, deren persönliche Karriere sich schon bald untrennbar mit dem über Wahlerfolge vermittelten Zugriff auf politische Ämter verband, ist in der Niedergangsphase das Interesse ebendieser Gruppe, die Parteiorganisation als Vehikel ihrer Alimentierung mit Stellen und Einkommen zu erhalten. Programmatische Debatten werden nicht im Hinblick auf gesellschaftliche Herausforderungen und deren politische Bewältigung geführt, sondern sind Neuorientierungen zwecks Einbindung von Klientelschaften, die über ihr Stimmverhalten bei Wahlen dafür sorgen sollen, dass das politische Personal seine Alimentierung nicht verliert.

Das ist zunächst nur eine unterkühlte Beschreibung der Rolle von Parteien in der repräsentativen Demokratie im Allgemeinen und des bundesrepublikanischen Parteienstaates im Besonderen. Damit ist freilich die Funktion von

Parteien, insbesondere auf den unteren Ebenen, nicht erschöpfend beschrieben. Hier wirken sie immer noch als Generatoren und Moderatoren politischen Engagements, und in dieser Funktion sind sie trotz des Aufstiegs von NGOs unersetzlich. Aber an der Spitze ist das anders: Hier ist die Partei eine Ressource ihrer Karrieristen und Beschäftigten, und die wollen sie sich nicht aus der Hand nehmen lassen. Das ist verständlich. Über Jahre und Jahrzehnte hat das auch durchaus gut funktioniert. Dass das jetzt nicht mehr funktioniert, hat also Gründe, die mit der üblichen Reaktionsweise der Parteioligarchie nicht aufzuspüren, geschweige denn zu bearbeiten sind.

Das also ist das eigentliche Problem oder die wirkliche Krise der SPD: dass ihre institutionellen Mechanismen nicht ausreichen, die Krisenursachen zu erfassen und aufzuarbeiten. Die SPD muss sich regelrecht neu erfinden, um aus dieser Krise herauszukommen. Aber mit dieser Neuerfindung würden viele Investitionen ihres Personals in eine parteigestützte Karriere entwertet werden, und deswegen gibt es unverkennbare Sperren gegen eine Neuerfindung. Das ist im Übrigen der Unterschied zu den Tagen von Godesberg, als sich die SPD ebenfalls neu erfunden hat. Aber damals ging es um eine Beschleunigung des Wegs nach oben. Jetzt dagegen geht es erst einmal darum, den freien Fall der Partei zu bremsen, um die Stabilisierung auf niedrigem Niveau. Deswegen wollen die Parteioligarchen weder Grundsatzdebatte noch Generalinventur, sondern sie erwecken über aufgesetzte Bußrituale den Eindruck, sie hätten verstanden und könnten das Ruder für den Weg aus der Krise umlegen. Damit das möglich sei, müssten freilich, so die Behauptung, vom Ka-

pitän und Steuermann bis zum Navigator und Rudergänger alle Positionen ganz schnell wieder besetzt werden. Eine solche Abwehr- und Verdrängungsstrategie ist verständlich, aber fatal.

Diese Vorbemerkung ist wichtig, um sich Klarheit darüber zu verschaffen, warum sämtliche wo und wann auch immer geführten Debatten über Zustand und Zukunft der SPD folgenlos bleiben und in deren politische Neuorientierung vorerst keinen Eingang finden werden, sofern sie nicht zu dem Ergebnis kommen, dass eine Linksverschiebung und ein paar neue Köpfe die Lösung des Problems und der Weg aus der Krise seien. Alles andere dürfte für einige Zeit bloß folgenloses Hintergrundauschen bleiben. Ändern wird sich das erst nach den nächsten Niederlagen, durch die klar werden wird, wie tief die Krise der Sozialdemokratie ist. Diejenigen, die sich in diesen Debatten engagieren, tun dies aus Sorge um die Stabilität des deutschen Parteiensystems. Zur Zeit ist nämlich durchaus damit zu rechnen, dass die Sozialdemokratie eine marginale Größe wird, wie das in einigen Nachbarländern Deutschlands bereits der Fall ist. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die SPD politisch überflüssig geworden ist und andere Parteien ihre Funktion übernommen haben. Nur wenn man sich diese Frage stellt, hat man die Dramatik der Krise begriffen. Und nur wer sie nach gründlicher Analyse verneinen kann, ist in der Lage, einen tauglichen Beitrag zur Zukunftsdebatte der SPD zu leisten.

Die alte Sozialdemokratie, von Lassalle gegründet und von Bebel weiterentwickelt, stützte sich auf die historische Mission des Proletariats. Die aufstrebende Klasse der Industriearbeiterschaft, die längst die Zentren der materiellen Reproduktion der Gesellschaft übernommen hatte, sollte auch die politische Macht übernehmen, die Strukturen der Ausbeutung beenden und eine auf rationaler Planung beruhende Gesellschaftsordnung errichten. Über der Frage, wie dieses Ziel zu erreichen sei, kam es zum Streit und schließlich zur Abspaltung der Kom-

munistischen Partei. Deren Politikprojekt ist spätestens 1989/90 gescheitert. Die SPD dagegen hat sich 1959 in Bad Godesberg neu erfunden, als sie sich von einer Klassenpartei in eine Volkspartei verwandelte. Damit hat sie sich endgültig von der Vorstellung einer Geschichtsmächtigkeit des Proletariats verabschiedet.

Godesberg war freilich nur der Schlusspunkt eines Transformationsprozesses, der schon in der Spätzeit des Kaiserreichs begonnen hatte und durch das westdeutsche Wirtschaftswunder stark beschleunigt worden war: der Verbürgerlichung des Industrieproletariats, das zunehmend weniger an kollektiver Emanzipation als vielmehr an individuellem Aufstieg auf der Grundlage eigener Leistung orientiert war. Diesen individuellen Aufstieg durch das Beiseiteräumen politischer Blockaden und die Verfügbarmachung sozialer Unterstützungsmittel zu erleichtern, wurde zum Kern des sozialdemokratischen Projekts. Die SPD erhielt demgemäß eine umso stärkere Unterstützung, je größer dieser Aufstiegswunsch und die Aussicht auf seine Verwirklichung waren. Solange sich die CDU als Hüterin einer konservativen Gesellschaftsordnung positionierte, war die SPD gegen eine Erosion ihrer Anhängerschaft geschützt. Zuletzt war es ihr moderneres Frauenbild und das verstärkte Interesse von Frauen, in gleichwertige Berufskarrieren wie die Männer einzusteigen, die der Sozialdemokratie politischen Zulauf verschaffte.

Der war freilich auch nötig, denn keineswegs gaben alle, die im Gefolge der sozialdemokratischen Reformen einen gewissen Aufstieg geschafft hatten, bei Wahlen weiterhin der SPD ihre Stimme. Zunehmend nämlich musste die Chance des Aufstiegs durch soziale Unterstützungsmaßnahmen für diejenigen beglichen werden, die den Aufstieg nicht geschafft oder sich um ihn nicht bemüht hatten. Das soziale Netz kostete immer mehr Geld, das in Form von Steuern nicht zuletzt von denen abgeschöpft wurde, die sich unter großen Anstrengungen nach oben

gearbeitet hatten. Eine wachsende Zahl von diesen wiederum sah nicht ein, dass der (materielle) Lohn ihrer Mühen nun weggesteuert werden sollte und wandte sich Parteien zu, die eine geringere Staatsquote und damit auch niedrigere Steuern versprachen. Die SPD konnte das so lange verschmerzen, wie ‚von unten‘ immer neue soziale Gruppen nachkamen, die ebenfalls einen sozialen Aufstieg anstrebten und dabei auf die SPD als Aufstiegsunterstützerin setzten.

Der seit einiger Zeit in Umlauf befindliche Begriff des Prekariats steht – neben anderem – auch dafür, dass sich das inzwischen geändert hat. Das Prekariat unterscheidet sich vom klassischen Proletariat dadurch, dass es keine kollektive Selbstbefreiung anstrebt, sondern politisch desinteressiert, wenn nicht apathisch ist, und es unterscheidet sich von den Gruppen der sozialen Aufsteiger dadurch, dass es sich in seiner Lage eingerichtet hat. Es setzt auf Staatsali-

mentierung, engagiert sich aber politisch kaum, um diese auch sicherzustellen. Für die SPD hat es sich als kaum mobilisierbar erwiesen. Auch die Linkspartei wird sich an der politischen Apathie des Prekariats noch die Zähne ausbeißen. Das Prekariat ist ein politisch unzuverlässiger Zeitgenosse, weil es jederzeit nach rechts ausbüchsen kann. Wem Marx' Bemerkungen über das Lumpenproletariat als Unterstützer Napoleons III. nicht genügen, sollte sich die soziale Rekrutierung der SA in der Schlussphase der Weimarer Republik ansehen. Der Staat hat vom Proletariat gelebt; das Prekariat dagegen lebt vom Staat. Das ist für das Selbstbewusstsein der politischen Linken nicht ohne Folgen geblieben: Wo sie früher von der politischen Macht gesprochen hat, redet sie heute nur noch von sozialer Gerechtigkeit.

Innerhalb der SPD begann ein Streit, auf welche Klientel man setzen solle: die zahlenmäßig sehr viel kleiner gewordene Gruppe derer,



die nach wie vor am sozialen Aufstieg orientiert, aber nach dessen Erfolg nur in begrenztem Maße bereit sind, für die zu zahlen, die diesen Aufstieg nicht geschafft hatten, oder aber die immer größer werdende Gruppe derer, die das untere Viertel der Gesellschaft bildet und denen gegenüber man sich als sozialpaternalistische Partei versteht – selbstverständlich in der Erwartung, dass dies durch das politische Stimmverhalten gedankt werde. Erstere Gruppe stand im Zentrum dessen, was in der Schröder-Zeit als ‚neue Mitte‘ bezeichnet wurde, letztere war die Zielgruppe des zeitweilig an den Rand gedrängten linken Flügels mit Oskar Lafontaine als Galionsfigur. Aber eine zu politischen Gestaltungschancen hinreichende Wahlunterstützung hat die SPD nur, wenn sie beide Flügel zu einem Politikprojekt miteinander verbindet. Das ist ihr zuletzt nicht mehr gelungen.

Die Ironie des Wahldesasters vom 27. September liegt darin, dass die Agendapolitik sowie die Hartz-Reformen im Prinzip der Versuch waren, das Prekariat durch entsprechende materielle Anreize, aber auch durch Sanktionen wieder auf die Bahn individueller Aufstiegsbemühungen, zumindest einer verstärkten Selbstsorge zu bringen, auch um so die politische Akzeptanz der Steuerlast bei denen zu erreichen, die den sozialen Aufstieg geschafft hatten und zu einer – freilich limitierten – Solidarität mit den Zurückgebliebenen bereit waren. Ob dieses Projekt eine bessere Chance gehabt hätte, wenn es klüger kommuniziert worden wäre, wenn Müntefering und Schröder nicht nach den NRW-Wahlen 2005 die Nerven verloren und auf Neuwahlen gesetzt und Lafontaine nicht die Spaltung der politischen Linken vorangetrieben

hätte, ist inzwischen eine müßige Frage. Alles andere als müßig ist freilich die Feststellung, dass die SPD ein Projekt braucht, mit dem sie einen plausiblen Anspruch auf die politische Vertretung der ‚unteren Mitte‘ der Gesellschaft geltend macht, will sie ihrer politischen Marginalisierung entgehen. Nach links zu rücken heißt, zur Klientelpartei des Prekariats zu werden. Dieses aber ist politisch unzuverlässig, desinteressiert bis apathisch und wird kaum große politische Unterstützung bieten. Obendrein ist auf diesem Feld schon der westdeutsche Ableger der Linkspartei aktiv. Doch allein auf die geschrumpfte Gruppe der sozial Aufstiegswilligen zu setzen, dürfte ebenso zu einem Stimmenanteil unter 25 Prozent hinführen.

Die historische Aufgabe der SPD besteht darin, diese beiden Gruppen politisch wieder zu verknüpfen. Wenn ihr das gelingt, ist sie nicht überflüssig geworden, sondern hat eine Aufgabe, die von keiner anderen Partei übernommen werden kann. Aber diese Aufgabe ist unendlich schwer in einer Zeit, da die wirtschaftlichen Zuwächse ausbleiben, der demographische Wandel auf den Staatsetats lastet und beachtliche Teile der Migrationsmilieus politisch für die SPD nicht mobilisierbar sind. Man braucht eine griffige politische Programmatik, um eine Perspektive zu eröffnen, die mehr als die Erhöhung von Transfers ist. Und man braucht politisches Personal, das beide Flügel einbinden und auf Loyalität einschwören kann. Beides ist vorerst nicht in Sicht.

Herfried Münkler ist Politikwissenschaftler und Professor für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität Berlin.

Wolfgang Schroeder

Mitte vs. Mitte

Die SPD zwischen Gemeinwohl und Parteiwohl auf der Suche nach sich selbst

1 Die Zäsur am 27. September 2009

Die Bundestagswahlen 2009 endeten für die SPD mit einer historischen Niederlage. Trotz eines vermeintlich sozialdemokratischen Zeitgeistes ist die SPD dramatisch eingebrochen und befindet sich seitdem sowohl in der Opposition als auch in einer tiefen Krise.

Einige Ursachen für die Wahlniederlage erscheinen in der Retrospektive fast als zwangsläufig. Freilich ist jede Regierungspartei nach über einem Jahrzehnt an der Macht aufgezehrt und abgenutzt. Aus historischer Perspektive kein Einzelschicksal: Auch Helmut Kohls CDU wirkte 1998 nach 16 Jahren Regierung inhaltlich und personell ausgelaugt und in ihrer politischen Substanz weitgehend verbraucht. Ebenso fiel es 2009 der SPD schwer, nach elf Jahren Regierungsbeteiligung attraktive und überzeugende Zukunftskonzepte zu vermitteln. Hinzu kam ein vergleichsweise uninspirierter Wahlkampf mit offensichtlichen strategischen Defiziten. Der Mythos überlegener Kampagnenfähigkeit der Sozialdemokratie mit furiosen SPD-Aufholjagden in den ‚heißen Phasen‘ der Wahlkämpfe hat nachhaltig gelitten.

Jedoch: Die SPD hat nicht bloß eine einzelne Bundestagswahl verloren. Sie hat während der letzten Jahre reihenweise Wahlen auf allen Ebenen verloren und nur sehr wenige gewonnen. Und nicht nur hierzulande, auch europaweit sind sozialdemokratische Parteien in die Defensive geraten. Labour in Großbritannien droht bei den kommenden Unterhauswahlen zum nächsten Beispiel zu werden. Die Ursache für diesen Abstieg ist nicht monokausal durch die Wirkung einzelner Beschlüsse oder Akteure zu erklären. Die Dramatik der erschüt-

ternden Wahlschlappe ist Ergebnis kumulierter Ereignisse.

2 Die Bilanz aus 11 Jahren Regierungsbeteiligung

Die Regierungszeit hat die SPD faktisch gespalten: Die hegelianische Staatspartei, verkörpert durch Schröder und Müntefering, hatte sich der Vernunft verschrieben und in ihrer ultrapragmatischen Staatsräson immer weiter von der traditionsreichen, empathischen Programmpartei entfernt. Der Graben zwischen gemachter und gefühlter Politik wurde immer tiefer. Diese Verwerfung geht weit über eine kommunikative Fehlleistung hinaus. Wie fast alle sozialdemokratischen Parteien Europas war die SPD dem Dilemma ausgesetzt, Reformen durchzusetzen, die im Spannungsverhältnis zum Selbstverständnis ihrer Stammklientel und ihrer Programmatik standen. Es galt einerseits die Anpassung gesellschaftlicher Institutionen an neue Bedingungen in einer veränderten Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben. Andererseits zeigte die Sozialdemokratie große Schwierigkeiten darin, Antworten auf die Schutzbedürfnisse der unteren Schichten vor den Härten des Marktes finden.

Die Rente mit 67 ist dafür ein Beispiel: Die Realitäten des demographischen Wandels gehören einerseits längst zum gesellschaftlichen *common sense*. Die technokratische Reform jedoch, die diese Erkenntnis in konkrete Politik umzusetzen suchte, ist nie bei der Parteibasis oder dem Stammklientel der SPD als sozialdemokratische Politik angenommen worden; zu wenig schienen individuelle Lebensleistungen anerkannt zu werden. Das Resultat war eine

schmerzhaft Kollision von Gemeinwohl und Parteiwohl. In diesem Prozess haben sich die Bindungen der SPD an zentrale Vorfeldorganisationen, vor allem an die Gewerkschaften, z.T. dramatisch gelockert. Hatte die organisierte Arbeitnehmerschaft 1998 noch einen offensiven Wahlkampf für die SPD geführt, wurde 2009 eine eindeutige politische Unterstützung fast gänzlich verweigert.

Die Dominanz der hegelianischen Staatspartei und die Dissonanzen im Zusammenspiel mit der Basis ließen Vertrauen und Glaubwürdigkeit in die SPD schwinden. Zu einem Ausgleich gibt es aber keine Alternative, wenn die SPD handlungs- und mehrheitsfähig sein möchte. Sozialdemokratie muss einerseits pragmatisch sein, muss aber auch Leidenschaft und Empathie zulassen. Sie muss zupackend sein und Vernunft ausstrahlen, aber gleichzeitig mitfühlend und inklusiv sein.

Daher ist die Kritik, die der SPD vorwirft, sie sei einem falschen Mythos Mitte aufgesessen, verfehlt. Denn die Mitte aufzugeben heiße, die mehrheitsfähige Volkspartei SPD aufzugeben. Vielmehr ist es die Aufgabe der SPD wie 1969 und 1998 die Mitte sozialdemokratisch zu deuten und zu besetzen. Das heißt auch, wieder empathiefähig und parteilich zu sein; vor allem eine offensivere Politik der Inklusion, der Verteilungspolitik und der sozialen Gerechtigkeit zu betreiben.

Einen wesentlichen Mangel an Empathiefähigkeit hat die SPD in einem zentralen Feld offenbart, das eigentlich ein Heimspiel für sie ist: Sie hat das Vertrauen verloren, die Partei des sozialen Aufstiegs und der sozialen Gerechtigkeit zu sein. Zur Erklärung reichen Chiffren wie Hartz IV nicht aus. Denn die tiefer liegende Ursache für das verlorene Vertrauen ist, dass die SPD erst viel zu spät bemerkte, wie dramatisch und in welchem Tempo die Lebenschancen in Deutschland seit Jahren auseinander driften. Die Dreidrittel-Gesellschaft mit einer Präkarisierung der Unterschicht, einer Verängsti-

gung der Mittelschicht und einer Abkopplung der Oberschicht spitzte sich ausgerechnet während eines sozialdemokratischen Regierungsjahrzehnts zu. Deutschland hat seit den 1990er Jahren die geringsten Nettolohnzuwächse fast aller OECD-Staaten zu verzeichnen, zudem abnehmende Aufstiegschancen und ein Mehr an Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt. Vor allem in den Randbereichen des Arbeitsmarktes ist es unbequemer geworden.

Dieser Trend setzte lange vor der Agenda, sogar schon vor 1998 ein. Die Reformpolitik ist also Folge, nicht Ursache der zunehmenden sozialen Unterschiede. Die Sozialdemokraten haben dies zunächst nicht ausreichend erkannt und teilweise sogar beschleunigt. Die Wahrnehmung des Problems und die Gegenrezepte (Mindestlohn, vorsorgender Sozialstaat, etc.) kamen spät und sehr zögerlich. Die zentrale Herausforderung der SPD der nächsten Jahre wird es sein, Vertrauen zurückzugewinnen, indem sie für Konzepte eintritt, die die Dreidrittel-Gesellschaft wieder zusammenführt, indem sie Lebenschancen fördert. Sie kann gerade in der Opposition neue Freiräume nutzen, um eine offene Debatte zu führen, ihre Rolle zu reflektieren und sich konzentriert zum Neustart zu sammeln.

3 Die anderen

Bekanntermaßen hat die SPD in alle Richtungen verloren: Die Union konnte sich auf die eigenen Mobilisierungskräfte, die Schwäche des Gegners und die Popularität ihrer Kanzlerin verlassen. Der Union gelang es aber auch die Große Koalition zur weitgehenden Beseitigung ihrer Modernisierungsdefizite zu nutzen. Sie hatte einen stimmigeren Gesamtauftritt und ist in zentralen Feldern fortschrittlicher geworden. So schaffte sie eine programmatische und personelle Erneuerung in den Feldern ökologische Vernunft, Frauen und Familie sowie Integration und Zuwanderung. Hinzu kam eine pragma-

tische Annäherung an die Gewerkschaften. Die CDU hat ihr Programm unauffällig und unaufgeregt von ihren Leipziger Beschlüssen zu einem mitfühlenden Konservatismus gewandelt.

Bei genauerer Betrachtung verliert aber auch die Union dauerhaft an Wählersubstanz und ist auch nur noch eine geschwächte Volkspartei mit ungewisser Zukunft. Da sie mit der FDP auf dem rechten Flügel nur eine halbe Konkurrenz hat, ist der Verlust für sie strategisch weniger dramatisch als bei der SPD, die sich mit der Linkspartei mit einer Dreiviertel-Konkurrenz auseinandersetzen muss. Von ihren früher als Mindestziel erwarteten 40 Prozent plus X ist die Union gleichwohl meilenweit entfernt.

Die dramatische Niederlage der SPD ist auch ein Ergebnis der Fragmentierung der politischen Linken. Die Linkspopulisten konnten ehemaligen Stammklientel der Sozialdemokraten im Westen für sich gewinnen und ihr beträchtli-

ches Potenzial im Osten weiter konsolidieren. Auch wenn die ungeklärten programmatischen Fragen innerhalb der Linkspartei, die Friktionen zwischen ostdeutschen Pragmatikern und westdeutschen Hardlinern sowie eine zunehmend offene Führungsfrage die Zukunft der Partei überschatten – das Fünf-Parteien-System in Deutschland hat sich etabliert. Immerhin: Die Deutlichkeit des Wahlergebnisses hat die im Wahlkampf so dominante Diskussion überflüssig gemacht. Für die Zukunft kann das Spiel, Koalitionen auszuschließen, wohl als beendet betrachtet werden.

4 Was tun?

Wie jede Krise bietet auch diese eine Chance: Opposition ist zwar ‚Mist‘, aber auch der Ort, an dem die Reihen geschlossen sowie neue Konzepte und Strukturen aufgebaut werden kön-



nen. Die SPD hat nun wieder die Möglichkeit, ihre Position zwischen Gemeinwohl, Parteiwohl und dem Anliegen der schwachen Interessen neu auszutarieren.

Die SPD-Regierungszeit ist Teil ihrer Geschichte. Diese zu verleugnen wäre unklug. Aber Stil und Inhalte müssen konstruktiv hinterfragt werden. Die Debatte sollte bei den Gründen für die Reformpolitik beginnen. Warum hat man getan, was man getan hat? Warum hat man die selbstgesteckten Ziele nicht erreicht?

Es bedarf aber nicht nur einer Debatte über das, *was* man getan hat, sondern auch, *wie* man regiert hat. Die SPD sollte nicht nur ihre Regierungspolitik diskutieren, sondern auch ihren Politikstil. Sie hatte zunehmend Schwierigkeiten, die eigenen Projekte in der eigenen Mitgliedschaft zu verankern. Die 1998 gewählte Bundesregierung litt trotz langer Opposition unter einem eklatanten Konzeptmangel: Zentrale Regierungsprojekte wurden nach 1998 in Expertenkommissionen und in der Ministerialbürokratie vorbereitet. Das Potenzial einer Mitgliederpartei wurde hingegen nicht genutzt. Die SPD sollte daher wieder stärker das Potenzial ihrer Mitglieder entdecken, um nicht abhängig vom notorischen ‚externen Sachverstand‘ zu sein.

Die Etatismus-Sehnsucht der SPD ist ein Beispiel dafür, dass die Partei den Zeitgeist fehlinterpretiert hat und ihr der Draht in die Bevöl-

kerung abhanden gekommen ist: die Mehrheit sieht in Staatshilfen in der Krise Notlösungen und durchaus nicht einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Die Annahme, dass die Wähler die SPD-Politik für den Erhalt von Opel und milliardenschwere Konjunkturpakete mit Stimmen honorieren würden, hat sich als fundamentales Missverständnis erwiesen. Dennoch muss sich das Staatsverständnis jenseits von Aushöhlung oder Heilserwartung erneuern: Gefragt ist der regulative Staat, der nicht allmächtig handelt, aber klug lenkt. Die Entscheidungen zum Gewährleistungsstaat sind irreversibel und waren in vielen Feldern richtig. Steuern statt rudern muss das Leitbild eines modernen Staatsverständnisses sein.

Entscheidend ist: die SPD muss das Konzept der Mitte wieder sozialdemokratisch deuten und nicht als blutleere Staatsräson von echten und vermeintlichen Sachzwängen ableiten. Entscheidend wird sein, inwieweit es die Partei vermag, aus ihrer neuen Führung auch ein neues Zentrum zu machen, das die konkurrierenden Logiken von Staatspartei einerseits und Programmpartei andererseits konstruktiv auflöst.

Wolfgang Schroeder ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Kassel und Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg.

Albrecht von Lucke

Volkspartei neuen Typs: Die Merkel-Union

Was ist er nicht all die vergangenen Jahre beschrieben worden: der Niedergang, ja das Ende der Volksparteien. Die jüngste Bundestagswahl beweist jedoch das Gegenteil: Das Modell Volkspartei lebt, wenn auch mit Einschränkung, nämlich nur als amputiertes Modell – und zwar nur in der CDU/CSU.

Die Union ist aus der Wahl vom 27. September 2009 zwar nicht prozentual gestärkt hervorgegangen, was bei einer großen Koalition auch kaum möglich ist, aber doch politisch gestärkt. So sehr gestärkt jedenfalls, dass Angela Merkel das möglich geworden ist, was viele Beobachter im neuen Fünf-Parteien-System bereits für ausgeschlossen hielten: die Bildung einer Zweier-Koalition aus einer großen und einer kleinen Partei. Diese Fähigkeit aber zeichnete die Volksparteien der alten Bonner Bundesrepublik in funktioneller Weise gerade aus.

Das Neue der Situation besteht darin, dass der SPD dies auf unabsehbare Zeit nicht mehr möglich sein wird. Wir haben es definitiv nicht länger mit zwei Volksparteien zu tun, nämlich einer von rechter und einer von linker Provenienz. Das aber ändert das ganze Parteiensystem in so fundamentaler Weise, wie es vor zehn Jahren niemand für möglich erachtet hätte.

Erinnern wir uns: Mit der Niederlage der Union bei den Bundestagswahlen 1998 gingen die meisten politischen Beobachter von einem gesicherten Vorsprung der Linken für die kommenden Jahre aus. Schröder, Lafontaine und Fischer sonnten sich im Vollgefühl ihres Erfolges. Und als am 30. November 1999 Helmut Kohl sein sensationelles Spendengeständnis ablegte, welches er am 16. Dezember 1999 in einem heute schon legendären Fernsehinterview

wiederholte, sahen viele auf Dauer schwarz für die Union.

Tatsächlich stürzte der noch kurz zuvor als ‚Kanzler der Einheit‘ gewürdigte Kohl seine Partei in die wohl schwerste Krise ihrer Geschichte. Viele sahen in ihm bereits den Andreotti der CDU und prognostizierten, dass die Partei den Weg der italienischen Christdemokraten gehen, sprich: zerfallen werde.

Doch das Gegenteil war der Fall: Die Spendenaffäre geriet zu einem reinigenden Fegefeuer, aus dem die Union mit einer verjüngten Vorsitzenden und als heute einzige verbliebene Volkspartei hervorging. Die Ironie der Geschichte: Das Erbe Helmut Kohls ist heute gesicherter denn je. Mit elf Prozent Vorsprung vor der SPD ist die Union in relativen Zahlen so stark wie niemals zuvor.

Die Folgen dieser Entwicklung liegen auf der Hand: Dem Land droht eine Einparteiendominanz, wie es sie zuletzt in der Adenauer-Ära gegeben hat. Und Angela Merkel stellt sich als potentielle ‚ewige Kanzlerin‘ ganz in die Tradition ihrer Vorgänger: ohne besonderes Charisma oder gar rhetorisches Talent, aber mit erstaunlicher politischer Klugheit ausgestattet, versucht sie noch stärker als bisher an die ‚Gründerzeit‘ der Bundesrepublik anzuschließen, um über Adenauer (1949) und Kohl (1989) die Traditionslinie als „Kanzlerin aller Deutschen“ (2009) zu ziehen und die ganze bundesrepublikanische Geschichte für die Union als *die* ‚bürgerliche Partei der Mitte‘ zu reklamieren.

Angela Merkel ist damit im Begriff, eine ganz neue Form der Kanzler(innen)demokratie zu entwickeln. Ihre Methode ist die der alles Umarmenden, der alles Einnehmenden. Die Art und Weise, wie die Kanzlerin im Gefolge des 60.

Geburtstages des DGB offensiv die Gewerkschaften umwarb, vermittelt davon bereits einen Vorgeschmack.

Machtvergrößernd kommt eine einmalige Dominanz in den Bundesländern hinzu. Kurzum: Die ganze Bundesrepublik strahlt heute schier als christdemokratisches Gesamtkunstwerk. Um das Erbe Willy Brandts, der neben Konrad Adenauer und Helmut Kohl dritten prägenden Kanzlergestalt der Bundesrepublik, sieht es dagegen verheerend aus: keine Idee, keine Machtposition und keine Urenkelgeneration in der SPD in Sicht, die als taugliche Führungsreserve hinter dem unangefochtenen neuen Vorsitzenden in der Lage wäre, die Kartoffeln aus dem Feuer zu holen.

Bei der Merkel-Union dagegen handelt es sich heute um eine Volkspartei neuen, gesamtdeutschen Typs. Das belegen bereits die unmittelbaren Auftritte der Kanzlerin nach der Wahl:

Unter dem omnipräsenten Signet der bürgerlichen ‚Mitte‘ verspricht sie vor allem Stabilität und Kontinuität und gibt sich gleichzeitig anschlussfähig und -willig in alle Richtungen.

Und tatsächlich dürfte sie in absehbarer Zeit diese Anschlussfähigkeit auch im Bund erfolgreich unter Beweis stellen. Da bisher gar nicht absehbar ist, wie sich die Sozialdemokratie aus ihrem Trilemma befreien kann – nämlich weiterhin im Schraubstock zwischen Union, Grünen und Linkspartei eingespannt zu sein –, werden vor allem die Grünen ihren ‚Kurs der Eigenständigkeit‘ gegenüber der SPD stärken und sich statt dessen immer mehr der Union zuwenden.

Die Entscheidung der Grünen im Saarland zeigt, wie schnell die Verlockung der Macht wirkt, über die heute auch im Bund nur noch die Union verfügt. Selbst klare Wahlverlierer wie Peter Müller oder die CDU in Thüringen kön-



nen sich darauf verlassen, willige Koalitionspartner zu finden. ‚Jamaika‘ ist zugleich der endgültige Bruch mit der alten Lagerlogik: Anstelle der klassischen Konstellation aus einem linken und einem rechten Lager werden in Zukunft zwei angeblich ‚bürgerliche Parteien‘, FDP und Grüne, um die Gunst der Union buhlen. Je nach Belieben kann die Union als letzte und einzige Volkspartei Verbindungen mit den kleineren Partnern eingehen, ob in der Zweier- oder in der Dreierkonstellation. Ihre Herrschaft dürfte bis auf weiteres niemand in Frage stellen können.

Damit steht Merkel keineswegs allein in Europa. Ihre Vorbilder sind in Frankreich und Italien. Sowohl Nicolas Sarkozy als auch Silvio Berlusconi sehen sich infolge ihrer populistischen Politik keiner echten Konkurrenz von links mehr ausgesetzt. Und sie wirken selbst maßgeblich in diese Richtung, indem sie wie etwa Sarkozy ganz gezielt linke Persönlichkeiten wie den jetzigen Außenminister und früheren Chef von Ärzte ohne Grenzen, Bernard Kouchner, in ihr Kabinett aufnehmen.

Gewiss, noch erscheint fraglich, ob die gesamte CDU/CSU zu einer vergleichbaren Umarmungspolitik bereit wäre. Doch offenbar konnte sich die in weiten Teilen längst nicht mehr sonderlich konservative Union bereits spielend an den ersten schwulen Außenminister gewöhnen. Wer wollte da daran zweifeln, dass sich nicht eines Tages auch Jürgen Trittin und Renate Künast mit Angela Merkel an einem Regierungstisch wieder finden könnten?

Unlängst signalisierte bereits der ‚Shootingstar‘ der CSU, Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, sein Interesse an einer Ausweitung der Koalitionsoptionen in Richtung Grüne. Man müsse da „viel beweglicher werden“. Die Kanzlerin wird es mit Freuden vernommen haben. Denn letztlich muss Äquidistanz das Idealbild der Volkspartei neuen Typs sein, sprich: gleicher Abstand zu allen kleinen

Parteien, um sich den jeweiligen Koalitionspartnern je nach Lage auszusuchen.

Auf der anderen Seite wird sie weiter darauf abzielen, ihre Konkurrenten auf der Linken zu marginalisieren, wobei sie sich vor allem auf die Mithilfe der Linkspartei verlassen kann. Solange diese ihren Konfrontationskurs gegenüber der SPD fortsetzt, ohne selbst Regierungsbereitschaft zu signalisieren, bleibt eine Koalition aus SPD und Linken weit von den erforderlichen Prozentzahlen entfernt. Die SPD würde damit auf unabsehbare Zeit regierungsunfähig.

Echte Probleme können der Kanzlerin heute allein aus ihren eigenen Reihen erwachsen. Das Einzige, was der Kanzlerin derzeit gefährlich werden könnte, sind die maßlosen Forderungen des kleineren Koalitionspartners und die daraus resultierende Unzufriedenheit der eigenen Leute, speziell der christdemokratischen Landesfürsten. In den verbliebenen katholischen Teilen der Union ist zudem bereits von zunehmenden Absetzbewegungen die Rede; von einer möglichen neuen konservativen Parteigründung wird immer wieder gemunkelt.

Die Ironie der Angelegenheit: Auch das müsste der Kanzlerin nicht notwendig zum Nachteil gereichen. Faktisch könnte es durchaus von Vorteil sein, wenn auf diese Weise eine kleine wirklich konservative Partei jene Wähler mitnähme, die bei der mittig-liberal sich gerierenden Kanzlerin notwendigerweise auf der Streck bleiben. Denn anders als der SPD mit der nicht regierungsfähigen Linkspartei erwüchse der Union umgehend ein weiterer potentieller Koalitionspartner. Und was könnte mehr in Angela Merkels Sinne sein – als echter Meisterin in der Physik der Macht.

Albrecht von Lucke ist Publizist und Redakteur bei den Blättern für deutsche und internationale Politik.

Gerd Langguth

Erreicht Angela Merkel Kohls Amtszeit von 16 Jahren?

Angela Merkel hat alle Chancen, die Amtszeit Helmut Kohls von 16 Jahren zu erreichen; sie sitzt innerparteilich sicherer im Sattel als ihr Entdecker Kohl in seinen besten Zeiten. Und in einer Zeit dramatischer Veränderungen des deutschen Parteiensystems ist – so paradox dies klingen mag – Merkel der ‚ruhende Pol‘, der eigentliche kontinuierliche Faktor bundesdeutscher Politik. Beide Thesen sollen hier auf ihre Plausibilität hin überprüft werden.

These 1

Merkels Kanzlerzeit wird länger anhalten, was auch vom politischen Zustand der Konkurrenz, hier vor allem der SPD, abhängt.

Herbert Wehner, einstiger und legendärer Fraktionsvorsitzender der SPD, hat beim Bruch der sozial-liberalen Koalition 1982 für die SPD eine lange Oppositionszeit vorhergesagt. Da er bei seiner Aussage nuschelte, ist nicht genau überliefert, ob er 12, gar 16 Jahre oder einen Zeitraum dazwischen gemeint hat. Unstrittig ist aber, dass er von einem langen Oppositionszeitraum ausging. Das war in einer Zeit, als die SPD bei Bundestagswahlen immerhin um die vierzig Prozent erzielen konnte, nämlich 1980 42,9 Prozent und dann 1983 bei den vorgezogenen Wahlen 38,2 Prozent. In jener Zeit des Drei-Fraktionen-Systems war die FDP der jeweilige Mehrheitsbeschaffer. Die SPD, die auch infolge des Godesberger Programmes von 1959 in der Mitte der Gesellschaft angekommen war, befand sich damals alles in allem in guter Verfassung. Dahrendorf hatte andererseits schon bereits 1987 das „Ende des sozialdemokratischen Jahrhundert“ beschworen, aber so schnell schien es nicht einzutreten – vor allem nicht nach dem

grandiosen Wahlsieg Gerhard Schröders im Jahre 1998. Seinerzeit war nicht nur in Deutschland die Sozialdemokratie gestärkt. Von den damals 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wurden elf von den Sozialdemokraten/ Sozialisten regiert. Nur in Belgien, Luxemburg, Irland und Spanien gab es noch christdemokratische bzw. konservative Regierungschefs. Der Wahlsieg Tony Blairs in Großbritannien hatte auch den deutschen Sozialdemokraten enormen Auftrieb gegeben. Doch gegenwärtig ist auch europaweit die Sozialdemokratie in der Defensive, insbesondere in Frankreich oder Italien, wo es verschiedene linke Parteien gibt, die sich bekämpfen. Mit der Abspaltung der „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG)“ von der SPD zeigte sich der Spalt pilz erneut auch in der deutschen Linken, zumal sich die Partei Die Linke nach der Fusion mit der WASG faktisch zu einer gesamtdeutschen Partei entwickelt hat. Die Schwäche der SPD, die bei den letzten Bundestagswahlen gerade noch 23 Prozent erhalten hat, macht es auf lange Dauer ziemlich unwahrscheinlich, dass sie den Bundeskanzler stellt, zumal dies dann nur in einer Koalition mit der Linkspartei und den Grünen möglich wäre.

These 2

Merkel sitzt fester im Sattel als Helmut Kohl in seinen besten Zeiten.

Die beschriebenen politischen Umstände – die fehlende Machtperspektive der SPD, die es zudem im Kampf um das gleiche Wählerpotential mit der Linkspartei schwer hat, sich politisch zu stabilisieren – festigen aber zugleich die Macht Angela Merkels. Damit soll keines-

falls verkannt werden, dass ihre Partei – sieht man von dem Ergebnis der ersten Bundestagswahlen 1949 ab – mit 33,8 Prozent das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren hat; aber immerhin beträgt der derzeitige Abstand zur SPD fast 11 Prozent. Innerparteilich gibt es in den Unionsparteien große Unzufriedenheit mit diesem Wahlergebnis. Doch Merkel hat der Umstand gerettet, dass es zur ‚Wunschkoalition‘ mit der FDP kam, zumal viele Auguren in den Medien bereits vorhergesagt hatten, dass künftig zwei Fraktionen im Bundestag für eine Regierungsbildung nicht mehr ausreichen. Hinzu kommt, dass ein überwältigender Teil der Wahlkreise in Unionshänden ist – gäbe es in Deutschland ein Mehrheitswahlrecht nach britischem Vorbild, hätte die Union eine Drei-Viertel-Mehrheit.

In der CDU wird es so lange um Merckels Machtverhältnisse gut stehen, solange insbesondere auf Bundesebene vernünftige Wahlergebnisse eingefahren werden. Innerparteilich wird heftig diskutiert, warum es Merkel so wenig gelingt, ihr hohes Ansehen als Kanzlerin auf die Unionsparteien zu transportieren. Andererseits wird argumentiert, dass gerade die Tatsache ihrer Kanzlerschaft für die Union einen vergleichbaren Sturz wie den der SPD verhindert hat. Doch spricht im Moment nichts dafür, dass die innerparteiliche Kritik Merkel gefährlich werden könnte. Ein wesentlicher Faktor ist das Fehlen einer organisierbaren Opposition. Eine solche könnte nur aus den Bundesländern heraus gestartet werden. Doch letztlich brauchen die Ministerpräsidenten, die zumeist auch Landesvorsitzende ihrer Partei sind, die Kooperation mit der Bundeskanzlerin, so sehr sie gelegentlich Giftpfeile in Richtung Berlin senden mögen. Hinzu kommt, dass die Ministerpräsidenten sich untereinander selber nicht grün sind – auch der in den Medien vielbeschworene ‚Aden-Pakt‘ aufstrebender und inzwischen arrivierter einstiger Jung-Unionisten hat längst nicht den ihm unterstellten Op-

positionscharakter, da die meisten Mitglieder dieses Reiseclubs untereinander zu Konkurrenten geworden sind. Von den jetzigen Ministerpräsidenten hätte einzig der Niedersachsen Christian Wulff die Fähigkeit, breite Zustimmung in der Partei zu erfahren, aber nach eigenem öffentlichen Bekunden traue er sich selber die Kanzlerschaft nicht zu, da es ihm angeblich an einem entsprechenden Machtwillen mangle. Von dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch erwarten die wenigsten, dass er bundesweit Wahlen gewinnen könne. Oettinger, der mit Merkel in wirtschaftspolitischen Fragen im Clinch lag, wurde nach Brüssel expediert, sein Nachfolger Mappus dürfte es schwer haben, wirklich schnell bundespolitisches Gewicht zu erhalten, trotz der starken wirtschaftlichen Rolle Baden-Württembergs. Der saarländische Ministerpräsident Müller, der noch vor den Bundestagswahlen von Merkel „CDU pur“ gefordert hatte, kann froh sein, in einer ‚Jamaika-Koalition‘ zu überleben. Weder von dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Harry Carstensen, noch von seinen ostdeutschen KollegInnen Christine Lieberknecht (Thüringen) und Wolfgang Böhmer (Sachsen-Anhalt) – beide stehen einer Großen Koalition vor – ist eine Fundamentalopposition zu erwarten, am ehesten noch von Stanislaw Tillich aus Sachsen, der in einer kleinen Koalition mit der FDP sehr viel mehr politische Bewegungsfreiheit hat. In gewissem Sinne am gefährlichsten für Merkel ist der Ministerpräsident des größten Landes, der Nordrhein-Westfale Jürgen Rüttgers – aber zunächst braucht er die Kanzlerin, wenn er die Landtagswahlen im Mai 2010 gewinnen will.

Mit anderen Worten: Wirkliche Opposition ist gegenwärtig nicht in Sicht; auf absehbare Zeit gibt es keine Persönlichkeit, die bereit und in der Lage wäre, einen Putsch anzuführen. So etwas käme in der CDU sowieso nur in Frage, wenn es ein Klima einer allgemeinen Hoffnungslosigkeit gäbe, wie das 1989 der Fall war, als immerhin namhafte Persönlichkeiten wie Hei-

ner Geißler, Kurt Biedenkopf, Lothar Späth und Rita Süßmuth von Kohl als ‚Putschisten‘ auf dem Bremer Parteitag der CDU aus dem Felde geschlagen wurden, obwohl die CDU eine Landtagswahl nach der anderen verloren hatte. Es war die dann später hereinbrechende deutsche Einheit, die Kohl noch einmal das politische Leben rettete.

Hinzu kommt, dass es Merkel gelernt hat, in die wichtigen Schaltstellen von Partei und Fraktion ihr gegenüber unbedingt Loyalität hinzusetzen. Sie hat seit April 2000, als sie in Essen Parteivorsitzende wurde, immerhin ihren fünften Generalsekretär (Ruprecht Polenz, Laurenz Meyer, Volker Kauder, Ronald Pofalla und jetzt Hermann Gröhe). Sie weiß um die satzungsmäßig starken Möglichkeiten eines Generalsekretärs, dessen Stellung allein dadurch hervorgehoben ist, dass er sich im Gegensatz zu Merkel und allen anderen Vorstandsmitgliedern lediglich alle vier Jahre einer Wiederwahl zu stellen hat. Merkel hat sich die Generalsekretäre so ausgesucht, dass sie sich ihrer unbedingten Loyalität und Unterordnung sicher sein konnte. Allerdings sind die parteiinternen Stimmen keinesfalls leiser geworden, die eine Vernachlässigung der Parteiarbeit durch Merkel kritisieren.

Mit Volker Kauder hat Merkel ebenso einen loyalen wie handzahmen Fraktionsvorsitzenden, der sich keineswegs über die öffentliche wie fraktionsinterne Kritik freut, dass die Fraktion als solche eine zu geringe Gegenmacht gegenüber der Kanzlerin darstelle. Nun zeigt die Fraktionsgeschichte, dass es alle Kanzler geschafft haben, ihnen loyale Fraktionsvorsitzende zu installieren – mit Ausnahme Ludwig Erhards, der mit Rainer Barzel zurechtkommen musste, welcher selbst Ambitionen auf den Kanzlerstuhl hatte. Auch deshalb ist Erhard gescheitert.

Gerade eine kleine Koalition mit der FDP gibt Merkel zudem die Möglichkeit, viele Fraktionsangehörige die begehrte Funktion eines Parlamentarischen Staatssekretärs zu übertragen – ein beliebtes Instrument nicht nur zur ‚Kontrolle‘ des jeweiligen Bundesministers. Es sind die ‚Parlamentarischen‘, die es der Kanzlerin ermöglichen, getreue Gefolgsleute in ihr gutbezahltes Amt zu hieven, die schön das ganze Bundesgebiet und damit alle Landesparteien abdecken. Während in der Großen Koalition acht der 15 Minister von der SPD gestellt wurden und zwei von der CSU, so dass nur fünf von der CDU kamen – und nur auf deren Auswahl hatte Merkel wirklichen Einfluss –, stellt die CDU jetzt sieben Bundesminister und die CSU drei, wodurch zweifelsohne Merkel ihren Einfluss im Kabinett wesentlich verbreitern konnte, zumal nun das Finanzministerium die politische Farbe der Kanzlerin hat. Da fast alle politischen Entscheidungen finanzpolitische Auswirkungen haben und das Bundesfinanzministerium so etwas wie ein Vetorecht hat, war die Nominierung Wolfgang Schäubles ein besonders gelungener Schachzug zur Stärkung Merkels im Kabinett, auch wenn beider Verhältnis nicht immer konfliktfrei war.

Merkel hat viel von Kohl und seiner Machtausübung gelernt, doch ist ihre machtpolitische Stellung derzeit auch aufgrund der gesamtpolitischen Wetterlage stärker. Zwar lassen sich heute viel schwerer Wahlprognosen machen, doch legt die neue Buntheit des deutschen Parteiensystems und die vermutlich langanhaltende Schwäche der SPD nahe, dass das machtpolitische Geschick der Kanzlerin voll zum Tragen kommen kann.

Dr. Gerd Langguth ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn.

ANALYSE

Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan im Bundestagswahlkampf 2009: Ein Nachwort

Die Ereignisse des 4. September 2009 stellten den Alptraum für die Wahlkampfstrategen jener Parteien dar, die seit 2001 das Mandat für den Einsatz deutscher Streitkräfte in Afghanistan befristet und immer wieder verlängert hatten. In den Morgenstunden dieses Tages hatte ein deutscher Offizier amerikanischen Piloten den Angriffsbefehl auf zwei von Aufständischen in der nordafghanischen Provinz Kunduz gekaperte Tanklastwagen gegeben. Als Ergebnis des „folgeschwerste[n] von deutschen Soldaten angeordneten Angriff[s] seit dem Zweiten Weltkrieg“ (Dämmer et al. 2009: 23) kamen nicht nur bis zu 142 Menschen um, darunter eine große Anzahl von Zivilisten. Vielmehr hatte sich das Thema Afghanistan damit trotz der entgegengesetzten Intention und des unausgesprochenen zwischen den Regierungsparteien sowie Grünen und FDP bestehenden Konsenses (vgl. Gießmann/Wagner 2009: 7) von selbst als Wahlkampfthema eingebracht. Die Bomben trafen somit nicht nur einen in einem Flussbett stecken gebliebenen Konvoi, sondern entflammten ebenso die seit Jahren auf der Stelle tretende politische Diskussion in Deutschland, die sich einer offenen Auseinandersetzung mit der Frage nach Ziel und Mitteln des deutschen Engagements am Hindukusch beharrlich verweigert.

Allein, auch die Bilder vom Angriffsort und die frühzeitig einsetzende Kritik am Vorgehen des deutschen Kommandeurs haben es nicht vermocht, den Bundeswehreinsatz in Afghanistan zu einem der zentralen Themen des Bundestagswahlkampfes in den verbleibenden Wochen bis zum Urnengang zu machen. Dieser Befund – die ‚erfolgreiche‘ Verweigerung der überfälligen Diskussion in Bezug auf die Gestalt des

betreffenden Konfliktes sowie über Ziele, Mittel und nicht zuletzt auch die Zukunft des deutschen Einsatzes durch die politischen Entscheidungsträger – ist sicherlich eines der bemerkenswertesten Erkenntnisse aus dem jüngsten Bundestagswahlkampf. Wie war es möglich, dass der Afghanistan-Einsatz als „Musterfall strukturellen Politikversagens“ (Naumann 2008: 8) mitsamt der seit Jahren zu beobachtenden mangelnden strategischen Kompetenz der politischen und auch militärischen Führung (vgl. ebd.: 14) und angesichts der zu schulternden finanziellen und materiellen Lasten sowie des Risikos für Leib und Leben deutscher Soldaten *nicht* zu einem der beherrschenden Wahlkampfthemen wurde?

1 Was die Wahlprogramme sagen – und was nicht

Ein geeigneter Ausgangspunkt zur Beantwortung dieser Frage besteht darin, die Wahlprogramme der Parteien in Augenschein zu nehmen. Enthalten diese bereits derart erschöpfende Informationen, dass sich eine Thematisierung im öffentlichen Diskurs angesichts drängender und kontrovers diskutierter Themen wie Bildungs- und Gesundheitsreform, Steuergesetzgebung und globaler Finanzkrise erübrigt? Bereits ein cursorischer Blick zeigt, dass dies mitnichten der Fall ist. Als einer von zahlreichen außen- und sicherheitspolitischen Themenkomplexen werden Afghanistan und der dazu gehörige Bundeswehreinsatz *en passant* abgehandelt. Zugegeben, Wahlprogramme müssen über das gesamte Spektrum der politischen Arbeit von Parteien informieren, Rechenschaft über bereits Geleistetes ebenso ablegen wie einen Ausblick geben, welches Programm, welche Initiativen in der kommenden Legislaturperiode verfolgt werden sollen.

Gerade die daraus resultierende Anforderung, die Wählerinnen und Wähler durch knappe Formulierungen möglichst umfassend zu informieren, wurde jedoch zumindest mit Blick auf den

Afghanistankonflikt nicht erfüllt. Über das gesamte Parteienspektrum hinweg wurden lediglich Schlagworte aneinandergereiht, die keinen Aufschluss über grundsätzliche Fragen wie die Dauer des Bundeswehreinsatzes oder mögliche Kriterien zur Beurteilung von Erfolg oder Misserfolg geben. So heißt es beispielsweise im Papier der CDU/CSU: „Die Schaffung tragfähiger Strukturen ist die Voraussetzung für eine spätere Reduzierung und schließlich zur Beendigung unseres militärischen Engagements“ (CDU/CSU 2009: 87). Derartige Formulierungen werfen mehr Fragen auf als sie beantworten: Wie sollen derart ‚tragfähige Strukturen‘ aussehen? Geht es um quantitative oder qualitative Indikatoren, Kopfstärke des afghanischen Sicherheitsapparates oder dem Ausbildungsstand seiner Angehörigen? Bedeuten ausbleibende Fortschritte in Bezug auf die Schaffung ‚tragfähiger Strukturen‘, die als Vorbedingung für den Abzug der deutschen Kräfte bezeichnet werden, dass die Bundeswehr und die zivilen MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf unabsehbare Zeit in Afghanistan verbleiben müssen?

Die SPD befürwortet einen „zivilgesellschaftlichen und entwicklungspolitischen Ansatz“, wirbt gleichzeitig allerdings für einen „zivil-militärischen Ansatz“ (SPD 2009: 91). Offen bleibt hier, in welchem Maße zivile bzw. militärische Mittel zum Einsatz kommen sollen und wie die in den vergangenen Jahren zur Genüge bekannt gewordenen wechselseitigen Animositäten und Kooperationswiderstände überwunden werden sollen (vgl. Noetzel/Rid 2009: 73). Da trifft es sich gut, dass man direkt auf das von der Bundesregierung überarbeitete Afghanistan-Konzept (vgl. Die Bundesregierung 2008) verweisen kann, als ob dadurch alle ungeklärten Fragen beantwortet würden.

Auch DIE LINKE als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien, die sich für einen sofortigen Abzug aus Afghanistan einsetzt (vgl.

DIE LINKE 2009: 54), bleibt viele Antworten schuldig. Insbesondere die Frage nach dem Schicksal der nach einem Abzug der militärischen Kräfte verbleibenden zivilen Aufbauhelfer wird nicht beantwortet. Besonders interessant für die Halbwertszeit und Verbindlichkeit von Wahlkampfaussagen ist der Umstand, dass die Forderung nach dem ‚sofortigen Abzug‘ zeitnah zur Veröffentlichung des Wahlprogramms durch eine parteiinterne Diskussion überschattet wurde, was denn eigentlich mit sofort gemeint und welcher Zeitplan hier realistisch sei. Auch im Falle von FDP und Grünen ist zwar unverkennbar die Forderung nach einer Veränderung des bisher praktizierten Vorgehens zu erkennen; gleichzeitig sucht der Leser auch hier vergeblich nach ganzheitlichen konzeptionellen Ansätzen, die der Komplexität des Konflikts gerecht werden (vgl. FDP 2009; Bündnis 90/DIE GRÜNEN 2009).

Der Blick auf die Wahlprogramme ist nicht nur hilfreich, weil er zeigt, dass diese keinesfalls aussagekräftige Antworten auf die Frage nach Gestalt, Mittel und Dauer des deutschen Engagements geben. Darüber hinaus wird einer der zentralen Gründe sichtbar, warum auch nach dem Luftangriff von Kunduz keine politische Diskussion um den Afghanistaneinsatz entbrannte. Zwar trifft es unzweifelhaft zu, dass die Art und Weise, in der die nachfolgende Debatte geführt wurde, hierzu selbst einen wesentlichen Beitrag geleistet hat. Indem sich letztere stärker auf den Vorfall selbst denn auf die grundsätzlichen Zusammenhänge und Rahmenbedingungen des Einsatzes konzentrierte (vgl. Gießmann/Wagner 2009: 3), wurde eine sich bietende Möglichkeit leichtfertig vertan. Von entscheidender Bedeutung ist jedoch das Vorhandensein eines Grundkonsenses zwischen allen im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der Partei DIE LINKE. Trotz Differenzen im Detail soll – so ließe sich diese Übereinkunft zusammenfassen – der Afghanistan-Einsatz bis auf Weiteres fortgesetzt werden. Folglich haben

CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne als jene Parteien, die bereits die ursprüngliche Entscheidung zur Entsendung deutscher Soldaten nach Afghanistan im Jahr 2001 mitgetragen und deren Mandat sie in der Folge immer wieder verlängert haben, keinen Anlass, eine Debatte anzustoßen, die ihrer eigenen Zielsetzung diametral entgegengesetzt ist. Dies gilt zumal vor dem Hintergrund der bereits zum damaligen Zeitpunkt bestehenden kritischen Haltung weiter Bevölkerungsteile gegenüber dem deutschen Engagement am Hindukusch. In einem Wahlkampf, in dem es weniger um Inhalte als um die Fertigkeit der Parteien bzw. Kandidaten ging, die WählerInnen von ihrer Regierungsfähigkeit zu überzeugen, barg das Thema Afghanistan für alle Beteiligten unkalkulierbare Risiken bei gleichzeitig geringen Gewinnmöglichkeiten. Gerade auf Seiten der CDU/CSU dürfte die Erinnerung an den Bundestagswahlkampf von 2002 noch frisch gewesen sein, als es Gerhard

Schröder vor allem durch sein entschlossenes Nein zum sich abzeichnenden Irakkrieg gelang, die Wahl zu entscheiden. Folglich war es entsprechend dieser Erfahrung nur konsequent, den durch Außenminister Steinmeier gemachten Versuch, eine Debatte über mögliche Exit-Strategien zu entfesseln, ins Leere laufen zu lassen und sich nicht auf eine Debatte mit ungewissem Ausgang einzulassen. Vorsprung verwalten statt Inhalt entfalten, so ließe sich dieses Verhaltensmuster zusammenfassen.

2 Strategisches Handeln als Legitimationsressource

Die aktuelle Lage in Afghanistan unterscheidet sich fundamental von jener aus der Anfangszeit des internationalen Engagements. Die Gefährdungslage für die ausländischen Truppen ist exponentiell gestiegen, nicht zuletzt, weil die Aufständischen an Erfahrung gewonnen haben, innovative taktische Vorgehensweisen prakti-



zieren und über Rückzugsgebiete in und Nachschubwege aus Pakistan verfügen (vgl. Kilculen 2009). Von all diesen Entwicklungen hat man im Wahlkampf nichts gehört und auch die begleitende mediale Berichterstattung hat wenig dazu beigetragen, die Wählerinnen und Wähler über diese Entwicklungen ins Bild zu setzen. Zwar eignen sich außen- und sicherheitspolitische Themen aufgrund der geringen Berührungspunkte weiter Bevölkerungsteile mit diesen Politikbereichen in der Regel nicht als zentrale Wahlkampfthemen. Allerdings sollte bedacht werden, dass bereits 2005 der 200.000. Bundeswehrsoldat in den Auslandseinsatz entsendet wurde; rechnet man neben den unmittelbar Betroffenen auch Verwandte und Freunde hinzu, darf mit einiger Berechtigung davon gesprochen werden, dass durch Einsätze im internationalen Rahmen ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung betroffen ist. Folglich bedarf es noch nicht einmal des Bemühens altruistischer Erklärungsansätze, um eine endlich zu den grundlegenden Aspekten des Streitkräfteeinsatzes vordringende Diskussion zu fordern. Nicht von ungefähr hat Bundespräsident Köhler hat in seiner Rede zum Volkstrauertag jüngst zum wiederholten Male darauf verwiesen, dass es wichtig sei, sich „Klarheit darüber [zu] verschaffen, was die Ziele des Einsatzes sind, was auf dem Spiel steht und mit welchem Beitrag wir den anderen Nationen und den Menschen in Not zur Seite stehen wollen“ (Köhler 2009). Der vergangene Bundestagswahlkampf hat dieses Gebot nicht beachtet, keine der Parteien hat es vermocht und war willens, den politisch riskanten Weg zu gehen, ein strategisches Konzept für das zukünftige deutsche Engagement in Afghanistan und in internationalen Einsätzen insgesamt vorzulegen. Die weitestgehende Ausklammerung des Konflikts am Hindukusch ist dabei sowohl das Ergebnis wahlkampfaktischer Überlegungen als auch der Ausdruck einer insgesamt astrategischen Haltung in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.

Die hier vorgenommene Differenzierung zwischen Willen und Befähigung ist in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung. Denn die Inhaltsleere der Wahlprogramme lässt sich nicht allein damit erklären, dass ein Grundkonsens vorhanden ist, der eine Bereitschaft zum weiteren Engagement in Afghanistan umfasst. Die fehlenden Konturen überzeugender Konzepte quer durch das Parteienspektrum hinweg unterstreichen vielmehr die vielfach geäußerte Kritik an der mangelhaften Qualität des strategischen Denkens in Deutschland (Naumann 2008 und 2009; Schwarz 2009; Krause 2005; Jäger 2004). Dieses ist jedoch erforderlich, um eines der zentralen Spannungsfelder der gegenwärtigen Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands zu überwinden: Während die deutsche Bevölkerung das Diktum Peter Strucks, dem zu Folge Deutschland am Hindukusch verteidigt werde, nie in seiner ganzen Tragweite nachvollzogen und sich schon gar nicht mit ihm identifiziert hat, erwarten die Verbündeten, allen voran die USA, einen zählbaren Beitrag Deutschlands bei der Bewältigung gegenwärtiger außen- und sicherheitspolitischer Herausforderungen. Diesem Dilemma wird die deutsche Politik nur erfolgreich begegnen können, wenn sie es vermag, nach Innen wie nach Außen plausibel zu begründen, unter welchen Rahmenbedingungen, zu welchem Zweck und mit welchen Mitteln sie bereit ist, sich international zu engagieren (vgl. Perthes 2007). Anders ausgedrückt: Die deutsche Politik muss endlich ein strategisches Fundament für ihr außenpolitisches Agieren entwickeln, das eine klare und nachvollziehbare Positionsbestimmung erlaubt. In diesem Fall käme Wahlen die wichtige Funktion zu, die strategische Ausrichtung zu überprüfen und der Politik den Auftrag zu erteilen, diese gegebenenfalls neu auszutarieren. Übereinstimmung mit und nicht Ausschluss des Souveräns für den Fall der Verweigerung gegenüber dem politisch erzielten Konsens sollte das Ziel sein. Denn bekanntermaßen hängen Durch-

haltefähigkeit und Erfolgsaussichten der NATO-Staaten in den gegenwärtigen Konflikten nicht in erster Linie von ihren überlegenen technologischen Fähigkeiten ab, sondern vielmehr von der Bereitschaft ihrer Bevölkerung, die auftretenden Lasten mitzutragen, bis die Ziele erreicht sind. Um diese Zustimmung zu erreichen, müssen die Ziele allerdings erst einmal definieren.

Christoph Schwarz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Teilbereich Internationale Beziehungen und Politische Ökonomie am Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen. Kontakt: christoph.schwarz@ipw.rwth-aachen.de.

Literatur

Bündnis 90/DIE GRÜNEN (2009): DER GRÜNE NEUE GESELLSCHAFTSVERTRAG. KLIMA ARBEIT GERECHTIGKEIT FREIHEIT. Berlin.

CDU/CSU (2009): WIR HABEN DIE KRAFT. GEMEINSAM FÜR UNSER LAND. Regierungsprogramm 2009-2013. Berlin.

Dämmer, Ulrike et al. (2009) Die Schweigespirale. In: Der Spiegel. Heft 49, 22-27.

Die Bundesregierung (2008): Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung. Berlin.

DIE LINKE (2009): Konsequenz sozial. Für Demokratie und Frieden. Bundestagswahlprogramm 2009. Berlin.

FDP (2009): Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm 2009. Programm der Freien Demokratischen Partei zur Bundestagswahl 2009. Hannover.

Gießmann, Hans J./Wagner, Armin (2009): Auslandseinsätze der Bundeswehr. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft 48, 3-9.

Jäger, Thomas (2004): Das Ende der Phantomdebatten. Die amerikanische Weltordnungspolitik zwingt Deutschland zu einer Grand Strategy. In: Jäger, Thomas/Kümmel, Gerhard/Lerch, Marika/Noetzel, Thomas (Hg.): Sicher-

heit und Freiheit. Außenpolitische, innenpolitische und ideengeschichtliche Perspektiven. Festschrift für Wilfried von Bredow. Baden-Baden: Nomos, 150-171.

Kilcullen, David (2009): The Accidental Guerilla. Fighting Small Wars in the Midst of a Big One. Oxford und New York: Oxford University Press.

Köhler, Horst (2009): „Den Frieden gewinnen“ - Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Gedenkveranstaltung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. aus Anlass des Volkstrauertages am 15. November 2009 in Berlin. Online im Internet: www.bundespraesident.de/Anlage/original_659504/Rede-von-Bundespraesident-Horst-Koehler-aus-Anlass-des-Volkstrauertages.pdf [30.12.09].

Krause, Joachim (2005): Auf der Suche nach einer Grand Strategy. Die deutsche Sicherheitspolitik nach der Wiedervereinigung. In: Internationale Politik, Jg. 60, Heft 8, 16-25.

Naumann, Klaus (2008): Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen. Hamburg: Hamburger Edition.

Naumann, Klaus (2009): Wie strategiefähig ist die deutsche Sicherheitspolitik? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 48, 10-17.

Noetzel, Timo/ Rid, Thomas (2009): Germany's Options in Afghanistan. In: Survival. The IISS Quarterly, Jg. 51, Heft 5, 71-90.

Perthes, Volker (2007): Wie? Wann? Wo? Wie oft? In: Internationale Politik, Jg. 62, Heft 5, 16-21.

Schwarz, Christoph (2009): Die Frage einer Nationalen Sicherheitsstrategie für Deutschland als Gegenstand des außenpolitischen Diskurses. In: Rohwerder, Jan/ Volk, Christian (Hg.): Junge politikwissenschaftliche Perspektiven. Dokumentation der Aachener Herbstgespräche, Hamburg: Dr. Kovac, 171-194.

SPD (2009): Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland. Das Regierungsprogramm der SPD. Berlin.

TAGUNGSBERICHT

Rückkehr der Gesellschaftstheorie

Zur Eröffnung der Werkschau ‚Die Lava des Gedankens im Fluss‘ anlässlich seines 80. Geburtstages hat Jürgen Habermas der Stadt Frankfurt kürzlich eine freundliche Hommage gewidmet. In seiner ‚Reminiszenz an Frankfurt‘ mit Seitenblicken nicht nur auf Universität und Institut für Sozialforschung hob Habermas hervor, dass die Stadt ihr Profil auch „einer unverschlei-erten Intellektualität [verdankt], die sich den Attraktionen und den Dissonanzen einer spannungsreichen Moderne öffnet“.

Nicht der Reminiszenz, sondern gleich der ‚Rückkehr der Gesellschaftstheorie‘ widmete sich vom 3.-5. Dezember 2009 eine in Frankfurt gemeinsam vom Institut für Sozialforschung, dem Hamburger Institut für Sozialforschung und dem Münchner Sonderforschungsbereich ‚Reflexive Modernisierung‘ veranstaltete Konferenz zu ‚Kritischer Sozialforschung im Widerstreit‘.¹ Obschon in den Hörsälen, in denen die Konferenz ausgerichtet wurde, schon Adorno gesprochen hat, sollte es – wie Axel Honneth als einer der Gastgeber betonte – keinesfalls um einen „Streit von Nachlassverwaltern“ gehen.

Zeit in Begriffe gefasst

Auf der Tagesordnung stand vielmehr die kritische Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse und damit die Erneuerung des Anspruchs, die ‚Zeit in Begriffe zu fassen‘. Dass die Einlösung dieses Programms nicht zuletzt an der Zukunft unserer Bildungs- und Forschungsanstalten hängt, daran erinnerte vorweg ein Vertreter der im ‚Bildungsstreik‘ befindlichen Studentenschaft. Während das besetzte Universitätscasino allerdings von der Polizei geräumt worden war, hatten sich Gerüchte, dass auch die Konferenz streikbedingt ausfallen oder umziehen müsste, kurz zuvor bereits verzogen. Der Plan einer

gemeinsamen Konferenz der drei Institute wurde offenbar schon längere Zeit geschmiedet. Insofern war wohl auch ein Stück Zufall dabei, dass das Ziel einer kritischen Gesellschaftsanalyse nicht nur von Seiten streikender Studenten, sondern auch durch eine in einer globalen Wirtschaftskrise befindliche Realität mit zusätzlicher Plausibilität ausgestattet wurde. Während die ‚alte‘ Kritische Theorie nämlich noch buchstäblich aus dem Exil zurückgekehrt war, konnten die Eingangsredner nicht restlos überzeugend erklären, wo die Gesellschaftstheorie denn diesmal abgeblieben war, um die Rede von ihrer ‚Rückkehr‘ zu begründen.

Eine zentrale Herausforderung der Veranstalter bestand dann auch darin, die ohnehin laufenden Forschungsprogramme ihrer Institute soweit zu verschränken, dass das angestrebte „experimentelle Austesten konkurrierender Interpretationen“ eine gemeinsame inhaltliche Ebene gewinnen konnte. Die Institute haben diese Aufgabe dahingehend gelöst, dass von allen Instituten bearbeitete Themenkomplexe und Fragestellungen abgestimmt wurden, die zugleich soweit gefasst waren, dass sowohl empirische Forschungen wie auch gesellschaftstheoretische Ansprüche Raum finden konnten. Die vor allem der theoretischen Diskussion gewidmeten Panelveranstaltungen beschäftigten sich vor diesem Hintergrund mit ‚Schlüsselbegriffen kritischer Gesellschaftstheorie‘, ‚Transnationalisierung: Demokratie und Öffentlichkeit‘, ‚Subjektivierung: Kultur und Privatheit‘ sowie ‚Polarisierung: Ökonomie und Gesellschaft‘.

Bei den auf dem Eröffnungspodium diskutierten ‚Schlüsselbegriffen kritischer Gesellschaftstheorie‘ handelte es sich weniger um Begriffe einer integralen Kritischen Theorie oder Sozialforschung im Singular, als vielmehr um Grundbegriffe sich als kritisch verstehender Theorien im Plural. Obwohl diese Begriffe noch eher nebeneinander standen, als dass sie sich ‚im Widerstreit‘ aneinander gestoßen oder abgearbeitet hätten, kamen, wo Ulrich Beck über

‚Risiko‘, Axel Honneth über ‚Anerkennung‘ und Jan Philipp Reemtsma über ‚Gewalt‘ referierten, Selbstverständnisse der jeweiligen Forschungsprogramme zur Sprache.

München: Ulrich Becks Risiko

Ulrich Beck forderte leitmotivisch eine „Deprovinzialisierung der Gesellschaftstheorie“ und deren kosmopolitische Wendung. Diese Forderung war dabei nicht zuletzt an die von ihm selbst entwickelte und protegierte Theorie der reflexiven Modernisierung gerichtet. Deprovinzialisierung – so sein Argument – sei nicht nur durch eine Ausweitung des theoretischen Horizonts auf außereuropäische und nicht-westliche Gesellschaften zu haben, sondern sie berühre in einer reflexiven Bewegung eben auch die Grundkategorien, mit denen die Soziologie den eigenen, europäischen Gesellschaften zu Leibe rückt.

Individualisierung verlaufe bspw. in China in anderen Bahnen, als sie aus dem Erfahrungsraum der europäischen Wohlfahrtsstaaten als selbstverständlich unterstellt worden sei. Und die Annahme, dass Risikogesellschaften durch die Konfrontation mit selbstproduzierten Risiken gekennzeichnet sind, reiche etwa im Blick auf postkoloniale Gesellschaften des Südens nicht hin. Wenn bspw. schwach entwickelte pazifische Inselstaaten im Zuge des Klimawandels vom Tod durch Ertrinken bedroht seien, dann handele es sich hier nicht um selbstgemachte, sondern um externalisierte Risiken des Westens. Eine kosmopolitisch ausgerichtete Theorie komme ohne einen Begriff von Fremdgefährdungen insofern nicht aus.

Gerade im Rahmen einer derartigen kosmopolitischen Wende werde auch deutlich, wie tief bisher die Akteursperspektive des Nationalstaats in die Beobachtungsperspektive der Sozialwissenschaft eingelassen und damit auch Wertfreiheitspostulate ad absurdum geführt seien. Selbst wenn sich nach Becks Auffassung verschiedene Anzeichen für die Entstehung von „imagined communities“ globaler Risiken und eines sich

durch Differenz Erfahrungen vereinheitlichenden weltöffentlichen Diskurses zeigen, sieht er die Suche von Soziologie und Politikwissenschaft nach einem neuen historischen Projekt mit drei – optimistischen, realistischen und pessimistischen – Zukunftsszenarien konfrontiert. Das weit fortgeschrittene pessimistische Szenario sei von fundamentalistischen Gegenbewegungen, Klimawandel und Migrationsbewegungen gekennzeichnet. Im realistischen Szenario würden die „Agnostiker des Klimawandels“ die Oberhand behalten und die überkommene Modernisierung im Rahmen eines angegründeten Kapitalismus fortgesetzt. Auch wenn Europa in den Worten Becks ein „Weltuntergangsmode“ entwickelt habe, würden sich Elemente für das positive Szenario der Entstehung transnationaler „imagined cosmopolitan communities“ gerade im Rahmen der EU abzeichnen. Die Deprovinzialisierung der Gesellschaftstheorie mündet auf diesen Bahnen insofern in eine „reflexive Reprovinzialisierung“, in einen neuen Anlauf, die EU als politisches Projekt zu konstituieren und in der globalen Arena als Akteur einer transnational-kosmopolitischen Vergesellschaftung zu rehabilitieren.

Frankfurt: Axel Honneths Anerkennung

Wo Ulrich Beck die Diagnose unserer Zeit unter dem Vorzeichen des Risikobegriffs durch eine kosmopolitische Reformulierung der Theorie der reflexiven Moderne erwartet, stellte Axel Honneth die empirische Forschung unter dem Vorzeichen des Anerkennungsbegriffs auf eine gesellschaftstheoretische Grundlage. Eine gleichsam inoffizielle Leseart von Talcott Parsons fungierte als begriffliche Referenzfolie, die zur Diagnose einer „Verwilderung des sozialen Konflikts“ in der gegenwärtigen Gesellschaft führt. Ausgehend von der Frage nach den motivationalen Antrieben zur Übernahme gesellschaftlicher Pflichten durch die Subjekte zeigte Honneth, dass gesellschaftliche Teilbereiche als

durch Normen reziproker Achtung strukturierte „Subsysteme wechselseitiger Anerkennung“ verstanden werden können. Auch angesichts gewisser harmonistischer Züge bei Parsons bilden soziale Konflikte einen Bestandteil jeder normativ strukturierten Handlungssphäre und der von „Gefühlen moralischer Empörung“ getragene Streit gehe jeweils um eine bessere, gerechtere Interpretation der bereichsspezifischen Handlungsnormen.

Honneth hat hier drei Sphären vor Augen: das Recht, die Wirtschaft und die Familie. Auf Parsons Spuren erweise sich das Recht mit dem institutionalisierten Prinzip der Rechtsgleichheit als relativ unumstritten und ohne größere Asymmetrien. In der Wirtschaft bilde demgegenüber das Leistungsprinzip das entscheidende normative Muster und „Anerkennungsmedium“, das dann auch zu sozialer Schichtung und einer differenzierten Statusordnung führe. Eine angemessene Anwendung des Leistungsprinzips müsste mit Parsons aber an die fragliche Voraussetzung gleicher Start- und Bildungschancen gebunden sein und induziere daher systematisch Konflikte. Die Familie verhält sich hier insofern komplementär, als sie die durch das Wirtschaftssystem erzeugten Achtungsverletzungen kompensiert. Das Gebot gleicher Achtung gehe allerdings bei Parsons mit erheblichen innerfamiliären Unterschieden einher. Honneth unterstrich hier insbesondere den von Parsons sehr hoch angesetzten und ihn darin an Lacan erinnernden Stellenwert der Vaterrolle. Sie repräsentiere die integrierenden Normen des Familiensystems und sei darin zugleich an die Anerkennung durch die anderen Familienmitglieder gebunden. Mit der erfolgreichen Institutionalisierung des Vatersymbols gehe – für den Vater – auch eine Entschädigung für aus dem wirtschaftlichen Anerkennungswettbewerb resultierende Verletzungen einher.

Von Parsons, der normativ geordnete Anerkennungskonflikte vor Augen gehabt habe, trenne uns jedoch die Erfahrung einer Auszehrung

dieser Ausgleichs- und Pazifizierungsmuster in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Chancen auf Anerkennung seien zunehmend unklar geworden und in dem Umstand, dass die sozialen Systeme die Anerkennungsansprüche nicht geregelt befriedigen könnten, begründe sich eine endemische Verwilderung des sozialen Konflikts. In Hinsicht auf das Recht erstreckte sich das Gleichheitsprinzip nicht auf Migranten und Einwanderer. Im Wirtschaftssystem habe man es mit Dauerarbeitslosigkeit und einer ideologischen Überformung und Usurpation des Leistungsprinzips durch das Erfolgsprinzip zu tun. Und Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen und im Verständnis von Ehe und Familie hätten auch die kompensatorische Rolle des Vatersymbols weitgehend zerfallen lassen. Insgesamt müsse für Honneth damit eine wachsende Exklusion aus den Anerkennungssystemen bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust ihrer tragenden Prinzipien verzeichnet werden. Die Folge sei aber nicht eine massenhafte Empörung, sondern eher eine anomische Situation und möglicherweise eine Verlagerung des erstarrten Anerkennungskampfes in das Innere der Subjekte. Statt mit normativ eingehegten Konflikten hätten wir es mit verwilderten Formen einer hilflosen Selbstbehauptung von Gesellschaftsmitgliedern zu tun, die sich etwa in dem Streben nach öffentlicher Sichtbarkeit durch eine obszöne Präsenz in den Massenmedien, in abgekoppelten Subkulturen oder in flotternden Gewaltphänomenen manifestiere.

Hamburg:

Jan Philipp Reemtsmas Gewalt

Gewalt gilt nun Jan Philipp Reemtsma nicht nur als zentraler Schlüsselbegriff einer kritischen Gesellschaftstheorie, sondern auch als Stiefkind der allgemeinen soziologischen Theorie. Bis auf wenige Ausnahmen kranke die soziologische Beschäftigung mit Phänomenen der Gewalt nicht zuletzt an dem Kurzschluss, die Analyse von Gewaltursachen schon für die Analyse von

Gewalt selbst zu halten. Reemtsma zielt demgegenüber auf eine Art „transhistorische Phänomenologie der Gewalt“, die wiederum auf die Analyse der besonderen Formen des Gewaltgebrauchs in der Moderne hinführt. Sie verspricht damit auch einen Beitrag zur Frage zu leisten, was Vertrauen in die Moderne heißen kann, wenn diese ungeachtet ihres Programms der Einschränkung und Begrenzung von Gewalt doch von Gewaltextzessen begleitet ist. Neben den begrifflichen Weichenstellungen und thematischen Schwerpunktsetzungen ist damit zugleich ein spezifischer Theoriestil verbunden, der sich Erhellung weniger von der Auffaltung ‚großer Theorie‘ als von einem eher essayistischen und durch zahlreiche Exkurse in Geschichte und Literatur angereicherten Verfahren erwartet.

Entgegen einem alltäglichen Verständnis ist Gewalt Reemtsma folgend eben doch oft „eine Lösung“, insofern sie bestimmte Handlungsketten unterbricht und andere beginnen lässt. Gewalt ist auch ein kommunikatives Phänomen, das „etwas sagt“ und dies nicht nur zu dem unmittelbaren Opfer von Gewalt, sondern in triadischen Konstellation immer auch zu Dritten als Zeugen von Gewalt. Gewalt sei auch insofern mit Vertrauen verbunden, als ihre Ausübung die Bereitschaft zur Kooperation beinhalte – etwa in Banden. Jede Kultur unterscheide dabei zwischen erlaubter, gebotener und verbotener Gewalt. Die Moderne zeichne sich jedoch durch einen veränderten Gebrauch dieses Unterscheidungsschemas aus und eine spezifische Art, sich auf es beziehen. Sie grenze die Zone der erlaubten Gewalt deutlich ein und baue einen besonderen Legitimationsdruck für Gewalt auf. Gewaltgebrauch sei damit letztlich nur noch zur Verhinderung von Gewalt legitim und hierin gründet eine „Rhetorik des Zivilisationsauftriebs“.

Reemtsma unterscheidet nun zugleich zwei Formen der „Gegenrhetorik“ in der modernen Gewaltgeschichte. Auf der einen Seite handele

es sich hier um eine „Rhetorik der eschatologischen Säuberung“, die sich gegen die „Starken“ richte und im Gewalttabu einen Schwindel zur Aufrechterhaltung von deren Macht über die „Schwachen“ erblickt. Auf der anderen Seite ließe sich eine „Rhetorik des Zivilisationsanstiegs“ ausmachen, die umgekehrt Gewaltbegrenzungen als eine Art Fesselung der Entfaltung der „Starken“ durch die „Schwachen“ darstelle.

Soll Gewalt damit im Sinne eines phänomenologischen Zugangs als Teil der Moderne ernst genommen werden, dann lassen sich drei Formen der Gewalt über grundlegende Modi ihres Bezugs auf den menschlichen Körper unterscheiden: die lozierende, die raptive und die autotelische Gewalt. Die lozierende Gewalt richtet sich auf das Weg- oder Hinhaben des Körpers, die raptive Gewalt auf das Haben und Inbesitznehmen des Körpers und die autotelische Gewalt schließlich auf die Zerstörung des Körpers. Reemtsma hätte zu Phänomenen der Gewalt mit Sicherheit weit mehr zu sagen gehabt, als dass im Rahmen seines Vortrags möglich war. Und er würde dieses Weiterreden zugleich als Antidot zu einem enthemmten Gewaltgebrauch verstehen, das – etwa in der Auflösung des Foltertabus – sich auch im Inneren der Moderne immer wieder anmeldet. So mündete denn auch seine Entbergung der modernen Gewaltgeschichte im Festhalten am „Wie einer Lebensweise“, deren Kern er in der Tabuisierung von Gewalt verortet. „Keine Gewalt“ wird so zum kleinsten Nenner des Projekts Moderne.

Und wo bleibt der Widerstreit?

Drei Grundbegriffe also, deren Spannungen zunächst nur ansatzweise ausgelotet wurden. Reicht das Gewalttabu als Richtschnur schon aus, um Herausforderungen einer globalen Risikogesellschaft zu beantworten? Lassen sich vermeintliche Verwilderungen gegenüber der trügerischen Stabilität vergangener Zustände nicht in weiten Teilen auch normativ betrachtet

begrüßen? Inwieweit bildet Vertrauen einen überzeugenden Gegenbegriff zu Gewalt und ist der Bruch mit einem methodologischen Nationalismus tatsächlich der unbeschränkte Königsweg als der er sich präsentiert? Drei Grundbegriffe zugleich, die ihren gemeinsamen Nenner in einem Sinn für die Paradoxien der Moderne und in der Diagnose einer Zeit finden, die von der Auflösung alter Muster und Selbstverständlichkeiten gekennzeichnet sei. In der Auftaktveranstaltung kündigte sich damit an, dass die Theoretiker nicht untätig geblieben sind und das „Schweiß Tuch der Theorie“ (Enzensberger) in Frankfurt und andernorts durchaus mit Gewinn ausfallen können. Die Erwartung aber, dass die Rückkehr der Gesellschaftstheorie die Begriffe nun zu einer Konstellation im Widerstreit zusammenschießen lassen würde, die veränderte Konstellation blitzartig beleuchtet, diese Erwartung erforderte noch Geduld.

Dass die Grundbegriffe der jeweiligen Theorieprogramme weniger Fundament eines monolithischen Selbstverständnisses, sondern Orientierungsmarken eines allerdings auch institutsintern nur mäßig eingehetzten Pluralismus bilden, wurde in den Forumsveranstaltungen deutlich, die der Vorstellung von aktuellen Forschungsprojekten gewidmet waren. Thematisch hatten die Veranstalter für diesen reichhaltigen Fundus des Wissens wiederum einige Oberbegriffe als thematische Klammern vorgesehen: ‚Dynamiken des Ressentiments‘ wurde in Hinblick auf Phänomene des Antisemitismus und der ethnischen Ungleichheit nachgegangen. ‚Metamorphosen der Staatlichkeit‘ konnten insbesondere in Hinblick auf Transnationalisierungs- und Europäisierungsprozesse ausgemacht werden. Als ‚Strukturwandel der Privatheit‘ galten Veränderungen der Muster von Paarbildungen und des Stellenwerts von Freundschaft als Sozialform. Ein ‚Formwandel von Herrschaft und Gewalt‘ wurde zuletzt in Fragen der internationalen Politik und der Kriegsführung ausgemacht. Neue Formen der

Subjektivierung und der Personenbezogenheit von Arbeit sowie die Auflösung vertrauter Sicherheiten markieren „Veränderungen der Arbeitswelt“. Die thematisierten ‚Paradigmen der Politik‘ erstreckten sich von neuen Beteiligungsformen über die Militär- bis hin zu Biopolitik und Medikalisierungsprozessen.

Die Lava des Gedankens im Fluss

Auch dieses breite Spektrum von theoretisch relevanten Gegenständen wurde mittels des Verfahrens verhandelt, das bereits in eröffnenden Plenarveranstaltungen erprobt wurde. Jeweils ein Vertreter oder eine Vertreterin der jeweiligen Institute präsentierte Ergebnisse aus der laufenden Forschungsarbeit. Auch wenn jede Einschätzung aufgrund zeitlicher Parallelitäten der einzelnen Foren zwangsläufig selektiv bleiben muss, schien sich auch hier der Eindruck zu bestätigen, dass zwar mehr oder minder munter geforscht und theoretisiert wird, dass aber die Begegnung der Institute nur eingeschränkt ein zu einem gemeinsamen Fokus zusammenschießendes Diskussions- und Streitbedürfnis sichtbar werden ließ. Dass hier weitreichende Alternativen zu einer vorangeschrittenen Ausdifferenzierung, Spezialisierung und Partikularisierung von Wissen entwickelt würden, erklärte sich jedenfalls nicht durchgehend von selbst. Pluralisierung ist Trumpf und Durchblicke auf ein Ganzes der Gesellschaft wären aus den Mosaikstücken erst noch herzustellen.

Bei allen im Einzelnen spannenden und aufschlussreichen Beiträgen, die die ‚kritische Masse‘ für eine dynamische Theorienentwicklung bilden könnten, zeichnete es sich insofern ab, dass die ‚Rückkehr der Gesellschaftstheorie‘ Formate benötigt, die Raum für expliziten Widerstreit und die Artikulation von Dissonanzen schaffen. Wo Gesellschaftstheorie und kritische Sozialforschung Orientierungen und Analysen zu einer als ambivalent erfahrenen Wirklichkeit anbieten wollen, benötigen sie Formen und „Gefäße“ (Alexander Kluge), die einer Zer-

streuung von Aufmerksamkeiten entgegenwirken. Intelligenter Streit und moderierte Kontroverse könnten angesichts konkurrierender Interpretationen und als paradox erfahrener Konstellationen wertvolle Güter sein, um die bedeutungsvolle Differenz zwischen wissenschaftlicher Leistungsschau und einer Werkstatt des Begriffs zu markieren.

Wie das aussehen kann, zeigte sich auf dem Abschlussplenum zu ‚Polarisierungen: Ökonomie und Gesellschaft‘. Sighard Neckel spann mit den Transformationen des Wirtschaftslebens einen Faden weiter, den bereits Honneth aufgenommen hatte. Mit Sinn auch für die polemische Intervention ließ sich seine Analyse der Paradoxien kapitalistischer Modernisierung in Form der Ersetzung des Leistungs- durch das Erfolgsprinzip auch als Beitrag zur Debatte über eine ‚neue Bürgerlichkeit‘ verstehen. Kapitalismus und Bürgerlichkeit seien im Zeichen einer Refeudalisierung des Wirtschaftslebens faktisch zu Gegensätzen geworden. Eine ständisch privilegierte und sich in Parallelgesellschaften abschottende und letztlich selbstgewährte Renten beziehende Managerklasse kultiviere einen gänzlich unbürgerlichen Habitus und gleiche sich einem aus der Unterhaltungsbranche bekannten Starsystem an, während sich im Zeichen einer Subjektivierung qua Erfolg die bürgerliche Mitte zunehmend auflöse. Heinz Bude packte den Stier der Kapitalismuskritik bei den Hörnern. Er stellte das Versprechen einer „Korrigierbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse“ als Kern eines möglichen marxischen Erbes vor. Und es schien fast, als wolle er im Zeichen der Wirtschaftskrise mit einem als Theoretiker der Freiheit gelesenen Marx die – mit Derrida formuliert – gespenstische Wiederkehr eines jakobinisch-egalitaristischen Marx bannen. Budes virtuos vorgetragenes Angebot lehnte der Frankfurter Gastgeber Axel Honneth jedoch postwendend ab. An einer G-W-G'-Rabulistik bestehe zwar in Frankfurt kein dringender Bedarf. Doch sicherlich gehe es um das Prinzip Freiheit, die

Antwort auf das „wie dahin“ bleibe aber die Gleichheit. Wenn irgendwo, dann lagen hier auf den letzten Metern der Tagung, wo Dissonanzen und Spannungen verwandter Institute hörbar wurden, nicht nur ‚Reminiszenzen‘, sondern tatsächlich die ‚Rückkehr‘ einer die Mühe der Kontroverse lohnenden Gesellschaftstheorie in der Luft. Die Lava des Gedankens befand sich im Fluss.

Albrecht Lüter, Berlin/Frankfurt am Main

Anmerkung

¹Eine detaillierte Programmübersicht einschließlich von Vortragsabstracts findet sich im Netz unter <http://www.rueckkehr-der-gesellschaftstheorie.de/>

STELLUNGNAHME

Folgenreiche Realitätsverleugnung: Das neue Extremismus- bekämpfungsprogramm der Bundesregierung

Seit den 1990er Jahren gab und gibt es bis heute von Seiten des Bundes zahlreiche Programme zur Bekämpfung des bzw. Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Das erste Programm war das ‚Aktionsprogramm gegen Gewalt und Aggression‘ (AgAG) für die östlichen Bundesländer in den Jahren 1992 bis 1996. Dann folgten von 2001 bis 2006 unter dem Dach des Bundesprogramms ‚Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus‘ die drei Teilprogramme ‚Entimon‘, ‚Civitas‘ und ‚Xenos‘; unter der großen Koalition waren es seit 2007 und sind es bis heute die noch laufenden beiden Bundesprogramme ‚Vielfalt tut gut‘ und ‚kompetent. für Demokratie‘. Die Programme sind mit ihren vielfältigen Projekten, Initia-

tiven und Praxiserfahrungen gut dokumentiert und ausgewertet; sie wurden wissenschaftlich begleitet und es liegen zahlreiche Berichte und Ergebnisse vor. Auch wenn sie in ihrer Anlage, Reichweite und ihren Wirkungen kontrovers diskutiert wurden, so war und ist ein zentrales Ergebnis aller Programme: Sie haben eine bunte und gehaltvolle Praxis im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit und Bildung, der Beratung, von Ausstiegshilfen, der Netzwerk- und Infrastrukturentwicklung, der Entwicklung von Aktions- und Handlungsplänen, der Unterstützung und Förderung demokratischer Jugendstrukturen sowie Hilfen für Opfer initiiert. Ermöglicht wurde die Entwicklung und Realisierung einer pädagogischen Praxis, die sich in vielfältiger Weise gegen fremdenfeindliche, rassistische und antidemokratische Tendenzen unter Jugendlichen richtet – dies trotz der erheblichen Schwierigkeiten, die aus der zeitlichen Befristung der Programme und den Förderrichtlinien resultieren.

Bei allen politischen und wissenschaftlichen Kontroversen über die Anlagen, Strukturen und Förderpraxis der verschiedenen Programme war es weitgehend Konsens, dass diese sich zentral gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus wenden sollen. Denn die Herausforderung, die seit Anfang der 1990er Jahre unübersehbar wurde, lag in der wachsenden Resonanz rechtsextremer und rechtspopulistischer Tendenzen unter Jugendlichen, einschließlich der Entstehung neuer Organisationsformen, wachsender Militanz und Gewaltbereitschaft. Es gehörte weitgehend zum politisch-gesellschaftlichen Konsens seit Beginn der neunziger Jahre, solche Entwicklungen zu bekämpfen, die Ausbreitung von Rechtsextremismus zu verhindern und Demokratie zu stärken.

Nach der Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung sollen sich die Programme künftig nicht mehr nur mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus aus-

einandersetzen, sondern in ein ‚Extremismusbekämpfungsprogramm‘ umgewandelt werden; sie sollen sich gleichermaßen gegen linken und rechten Extremismus sowie gegen Islamismus richten. Das soll auch für die Arbeit des ‚Bündnisses für Demokratie und Toleranz‘, die bisherigen Aussteigerprogramme und den Fond für Opfer rechtsextremer Gewalt gelten. In der Koalitionsvereinbarung heißt es u. a.: *„Die Entwicklung und Stärkung von Toleranz und Demokratie ist ein zentrales Ziel der Kinder- und Jugendpolitik. Durch ein umfassendes Unterstützungsprogramm, das stets evaluiert wird, wollen wir Kinder und Jugendliche und alle anderen Akteure vor Ort in ihrem Engagement für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, Menschenwürde und Gewaltfreiheit gegen Rechts- und Linksextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus motivieren und unterstützen“*. Weiter heißt es: *„Gewalttätige und extremistische Formen der politischen Auseinandersetzung nehmen wir nicht hin. Extremismen jeder Art, seien es Links- oder Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Islamismus, treten wir entschlossen entgegen. (...) Die Ursachen von Extremismus wollen wir mit einem langfristigen Engagement und einer nachhaltigen Prävention bekämpfen. Aussteigerprogramme gegen Extremismus werden wir weiterentwickeln, ihre Finanzierung sicherstellen und dabei Schwerpunkte in gefährdeten Regionen setzen. Die Aufgabenfelder des Fonds für Opfer rechtsextremistischer Gewalt sowie des Bündnisses für Demokratie und Toleranz sollen auf jede Form extremistischer Gewalt ausgeweitet werden.“* Und weiter geht es um *„[d]ie Fortführung der vom Bund geförderten Programme gegen Rechtsextremismus als ‚Extremismusbekämpfungsprogramme‘ unter Berücksichtigung der Bekämpfung linksextremistischer und islamistischer Bestrebungen sowie die Erstellung eines Jahresberichts der Bundesregierung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.“*

Dies ist aus vielerlei Gründen problematisch und zu kritisieren.

1.

Eine Reduzierung der Förderung von Projekten und Programmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus in Folge einer Aufteilung der Mittel ist nicht akzeptabel. Die durch wissenschaftliche Forschung, die Arbeit von zahlreichen Projektträgern und journalistische Recherchen dokumentierten Entwicklungen weisen vielmehr darauf hin, dass die diesbezüglichen Anstrengungen fortgesetzt und ausgeweitet werden müssen.

2.

Mit den von der Koalition vereinbarten ‚Extremismusbekämpfungsprogrammen‘ wird eine neue ‚Gefahrendiagnose‘ angeboten und implizit unterstellt, dass alle drei Extremismen aktuell von gleichem Ausmaß, gleicher Bedeutung und Brisanz wären. Die Realität der Republik zeigt jedoch keine empirisch nachweisbaren Strömungen in der jungen Generation, die eine solche Veränderung der bisherigen Programme begründen könnten. So ist in der jungen Generation z. B. nicht erkennbar, dass sich ein gewaltförmiger Linksextremismus ausbreitet und etabliert, der demokratische und menschenrechtliche Grundsätze ablehnt. Vorliegende Studien weisen nach, dass antidemokratische Tendenzen nur unter einer kleinen Minderheit muslimischer Jugendlicher verbreitet sind. Wie immer man Entwicklungen, Gefahren- und Gefährdungslagen einschätzen mag, es gibt keinen Grund an den beiden Programmen gegen Rechtsextremismus zu sparen oder Aktivitäten von Trägern und finanzielle Mittel in andere Extremismusbereiche zu transferieren. Die Gründe für die Programme gegen Rechtsextremismus und für Demokratie waren und sind für die Situation in der Bundesrepublik seit Jahren u. a. mit sechs Entwicklungen verbunden:

- Die extreme Rechte findet wiederholt wahlpolitisch Zuspruch, sie ist in Landes- und kommunalen Parlamenten vertreten und sie wird überdurchschnittlich von (männlichen) Jung- und Erstwählern gewählt. In Ostdeutschland verfügt sie über mehr als 300 Mandate in kommunalen Parlamenten; und die NPD hat in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern eine Stammwählerschaft.
- Mit der Herausbildung von Kameradschaften/Autonomen Nationalisten, der rechten Cliquenszene und Jugendkultur zeigen sich die Verjüngung der Szene, neue Organisations- und Gesellungsformen vor allem unter (männlichen, aber auch weiblichen) Jugendlichen und jungen Erwachsenen – ein neuer ‚rechter Alltag‘ in vielen Kommunen und Regionen der Republik.
- Empirische Studien haben wiederholt das Ausmaß von fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Orientierungen in der jungen (und älteren) Generation nachgewiesen. Dieses Einstellungspotential reicht von geschlossenen rechtsextremen Weltbildern bei einem kleineren Teil der jungen Generation bis hin zu Zustimmung zu einzelnen fremdenfeindlichen, rassistischen oder antisemitischen Items von bis zu 40 Prozent.
- Die neuen Medien (und hier vor allem das Internet) sind für die extreme Rechte zu einem bedeutsamen Informations-, Kommunikations- und Werbeinstrument geworden. Damit kommuniziert sie intern, sie erreicht aber auch viele Jugendliche und macht diese mit ihren Ideologemen und Themen vertraut.
- Mit ihrer nationalen und vor allem regionalen Vernetzung sowie Infrastrukturbildung entwickelt, koordiniert und stabilisiert die extreme Rechte – bei aller internen Konkurrenz – ihre Präsenz, ihre Aktivitäten und ‚Normalisierung‘. Netzwerkstrukturen haben vor allem zur lokalen und regionalen Bedeutung

der extremen Rechten in (ländlichen) Teilen der Republik beigetragen.

- Die Berichte und Daten der Behörden, aus der Wissenschaft, von Trägern der Jugendarbeit und von Medien zeigen wiederholt, mit welchen Ausmaßen von Gewalt und Radikalisierung wir es in der rechtsextremen Szene zu tun haben, und dass rechtsextrem, fremdenfeindlich und antisemitisch motivierte Straf- und Gewalttaten seit Jahren ein hohes Niveau haben. Seit 1993 sind über 140 Menschen durch Gewalt von rechts ums Leben gekommen.

Diese Hinweise zeigen seit den 1990er Jahren eine politisch-kulturelle Entwicklung und Mentalitätsbestände in der Bundesrepublik, die menschen- und gruppenfeindlich sowie Demokratie gefährdend sind. Solche Entwicklungen und Daten waren und sind jenseits von Verharmlosung und Alarmismus die ‚guten‘ und empirisch fundierten Gründe für die bisherigen Programme.

3.

In der bundesdeutschen Geschichte gibt es eine politische Denktradition des ‚Kalten Krieges‘, mit der Rechts- und Linksextremismus gleichgesetzt wird. Demgegenüber haben historische und ideengeschichtliche Analysen und Differenzierungsangebote immer wieder darauf hingewiesen, dass es – bei durchaus ähnlichen Phänomenen (Gewalt von rechts, Militanz von links) und Kritiken (an der parlamentarischen Demokratie) – vielschichtige Trennlinien und Unterschiede gibt, die es jenseits von politischer Kampfrhetorik zu beachten gilt. Die Extremismen dürfen weder ‚in einen Topf geworfen werden‘ noch zur Instrumentalisierung und Verharmlosung beitragen; sie dürfen nicht aufgerechnet, missbraucht und gegeneinander ausgespielt werden. So ist z. B. die Auseinandersetzung mit dem aktuellen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik (u. a. in der jungen Generation) eine Sache, die Aufarbeitung der DDR

und des SED-Regimes eine andere Sache; und die Arbeit mit muslimischen Jugendlichen, die zum Islamismus neigen, wäre wieder eine ganz andere Sache. Die Abkehr der beiden Bundesprogramme von ihrem Zentrum ‚Rechtsextremismus‘ ist ein Zeichen für die politische Ignoranz gegenüber einem handfesten Problem der Republik; sie ist weiter ein Zeichen für die Koordinatenverschiebung in der Wahrnehmung und Deutung von gesellschaftlicher Realität. Es droht eine vordergründig politisch motivierte ‚Rückkehr‘ in die Denkschablonen des Kalten Krieges.

4.

Auch wenn zunächst noch unklar ist, was die neuen ‚Extremismusbekämpfungsprogramme‘ praktisch bedeuten, werden sich die Mittel der bisherigen Bundesprogramme – bisher 24 Millionen Euro für die beiden Bundesprogramme, ca. 1 Million Euro für das Bündnis für Demokratie und Toleranz und ca. 300.000 Euro im Fond ‚Härteleistungen für Opfer rechtsextremistischer Übergriffe‘ – neu verteilen und die Mittel für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus erheblich reduzieren (ggf. halbieren). Auch wenn die neuen Programme noch nicht ausformuliert sind, sollen wohl ähnliche Instrumente (Beratung, Bildung, Projekte etc.) auf Linksextremismus und Islamismus angewandt werden, obwohl zu diesen keine erprobten Präventions- und Interventionskonzepte vorliegen. Die Folge wird sein, dass damit bisherige, über einen langen Zeitraum entwickelte Strukturen und Projekte, Ansätze und Initiativen aufgelöst und reduziert werden, Anlaufstellen ihre Arbeit beenden müssen, Hilfen eingestellt werden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeit verlieren. Dazu gehören vielfältige Aktivitäten wie: Ausstiege aus der rechtsextremen Szene ermöglichen; zivilgesellschaftliche Ansätze der Auseinandersetzung initiieren und stabilisieren; mit Aufklärung, Bildung

und Beratung sensibilisieren und helfen; Öffentlichkeit herstellen und runde Tische begleiten und beraten; Anlaufstellen für professionelle Hilfen, Beratung und Informationen; mit Bildungsarbeit vor allem Träger der Jugendarbeit qualifizieren; die Arbeit dokumentieren und mit Hinweisen, Tipps und best practice-Beispielen Mut machen; beizutragen, dass das Thema in der Diskussion bleibt. Wenn die Förderung wegbricht bzw. reduziert wird, dann sind viele dieser Aktivitäten gefährdet und/oder müssen voraussichtlich aufgelöst werden und es ist fraglich, ob Länder und Kommunen bei anhaltend schwieriger Haushaltslage in der Lage sein werden, in Eigenregie oder teilweise die vorhandenen Projekte zu finanzieren. Dabei ist gleichzeitig zu befürchten, dass es auch Kommunen und Regionen geben wird, denen in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten ein wichtiger Akteur verloren geht. Bei ‚dünnere‘ Demokratie bewusster Basis in Kommunen und bei fehlender engagierter zivilgesellschaftlicher Kultur ist dies ein entmutigendes bundespolitisches Signal für die Akteure; das kann als Hinweis für lokale Politik gelesen werden, dass solche Programme, Projekte und Initiativen wohl nicht so wichtig sind. Mit dem Rückzug von Förderungspolitik des Bundes sind immer auch Signale an die ‚unteren Ebenen‘ verbunden, ob und wie ernst und bedeutsam Probleme und Entwicklungen wahrgenommen und kommuniziert werden.

5.

Ohne politische Vorklärunen und Gespräche, ohne Vergewisserung empirischer Befunde ist ein ‚Bekämpfungsprogramm‘ beschlossen worden, das vor allem parteipolitischen Interessen und spezifischen Weltansichten folgt, aber wenig mit der bzw. den empirischen Jugendrealität(en) zu tun hat. So darf man auf die weitere Ausformulierung und Konkretisierung des neuen Programms gespannt sein; man darf

gespannt sein, wie die Vorgaben/Richtlinien aussehen und welche Träger aus welchem politischen Spektrum hier Anträge stellen; wie Zielgruppen und Probleme definiert werden und welche Zugänge zum ‚Feld‘ angeboten werden. So ist mit Blick auf die junge Generation – um auf ein Beispiel hinzuweisen – fraglich, ob und wo es im Osten der Republik denn Projekte gegen Islamismus geben könnte und wer die Träger sein sollten. Zu befürchten ist, dass nun jene Gruppen, die sich entschieden gegen rechtsextreme Landnahmen wenden und oft mit dem Etikett ‚Antifa‘ belegt werden, selbst zum Objekt von Extremismusprogrammen gemacht werden.

6.

Ein Blick auf die Folgen der verabschiedeten und beabsichtigten Programmveränderungen muss auch der rechtsextremen Szene gelten. Dabei kann die Neuorientierung der Programme auch als ein ungewolltes bzw. fahrlässiges Signal an die extreme Rechte gelesen werden, dass sie wohl doch keine so große Gefahr für die Demokratie und Beeinflussung der jungen Generation sei. Man kann davon ausgehen, dass sie solche Veränderungen geradezu als Mut machende Geste begrüßt. Mit der Ausdünnung und wohl auch Auflösung von lokalen Projekten und Initiativen wird sie ihre ‚Arbeit‘ in Zukunft ‚erleichtert‘ und ‚unbehelligter‘ fortsetzen können. Verharmlosung und Relativierung des Rechtsextremismus haben lange Zeit dominiert und sind immer noch bekannte politisch-gesellschaftliche Muster des Umgangs, die in den letzten Jahren aber von einer breiteren Ernsthaftigkeit und Auseinandersetzungsbereitschaft vor allem in Kommunen und von zivilgesellschaftlichen Gruppen – unterstützt durch öffentliche Programme – abgelöst worden sind. Nun ist ein ‚Rückfall‘ in Zeiten zu befürchten, die vorüber schienen. Es droht das Ende der staatlichen Ermutigung und finanziellen Unterstützung, sich mit der extremen

Rechten öffentlich und offensiv auseinander zu setzen.

Prof. Dr. Benno Hafeneger (Marburg), Prof. Dr. Albert Scherr (Freiburg), Dr. Reiner Becker (Marburg), Dr. Renate Bitzan (Frankfurt/M.), Prof. Dr. Christoph Butterwegge (Köln), Prof. Dr. Franz Hamburger (Mainz), Prof. Dr. Rudolf Leiprecht (Oldenburg), Prof. Dr. Roland Roth (Magdeburg), Prof. Dr. Wilfried Schubarth (Potsdam), Dr. Fabian Virchow (Köln/Marburg)

TAGUNGSANKÜNDIGUNG

Schafft die demokratische Öffentlichkeit!

Unter welchen Bedingungen wird in der Bundesrepublik öffentlich über Politik verhandelt?

Wer und was kommt zur Sprache, was bleibt im Dunkeln? Welche Möglichkeiten zum Eingreifen haben wir? Und wie sollte eine politische Öffentlichkeit aussehen, die demokratische Teilhabe ermöglicht? Um solche Fragen geht es auf dem Kongress „Öffentlichkeit und Demokratie“ im Herbst 2010 in Berlin.

Der Zustand der politischen Öffentlichkeit löst ein Unbehagen aus, das Oskar Negts These der „unterschlagenen Wirklichkeit“ gut beschreibt. Dieser ist in einer Weise fortgeschritten, die man zu Zeiten der „Enteignet Springer!“-Kampagne im Jahr 1968 kaum vorhersehen konnte. Die veröffentlichte Meinung wird nach wie vor von großen Parteien und Verbänden beherrscht. Dass diese Dominanz nicht in Frage gestellt wird, liegt auch an der Krise der Massenmedien als ‚vierte Gewalt‘ und an der Krise des kritischen Journalismus. Der Konzentrationsprozess der Medien ist so weit vorangeschritten, dass in



vielen Regionen Pressemonopole bestehen. Der Druck von Anzeigenkunden auf die Redaktionen steigt. Teilweise schränken Sparmaßnahmen und repressiver gewordene Produktionsbedingungen die innere Pressefreiheit ein. Die etablierte Öffentlichkeit und insbesondere die kommerziell ausgerichteten Massenmedien tragen eher zur Apathie als zur Aktivierung bei. Öffentlich-rechtliche Medien passen sich der privaten Konkurrenz an. Den Beschränkungen der ‚vierten Macht‘ steht das subtile oder auch offene Wirken von Spin doctors und PR-StrategInnen gegenüber, die sich rühmen, beliebige politische Inhalte in den Massenmedien unterbringen zu können.

Die demokratische Öffentlichkeit ist aber auch an anderer Stelle in Gefahr. Trotz informationellen Selbstbestimmungsrechts und Informationsfreiheitsgesetzen werden Geheimbereiche ausgeweitet, während die BürgerInnen der Datensammelwut von Unternehmen und staatlichen Organen ausgeliefert sind. Gerade an der damit verbundenen Praxis ließe sich eine Verlustgeschichte an Publizität bei einer zugleich wachsenden Informationsflut aufzeigen. Auf lokaler Ebene kämpfen kritische Initiativen häufig mit Ignoranz. Sie haben Probleme, öffentliche Diskussionen und die Selbstermächtigung der BürgerInnen anzustoßen. In einigen Kommunen haben gar Rechtsradikale die Meinungsführerschaft übernommen und offen menschenfeindliche Positionen bleiben unwidersprochen.

Auf dem Kongress sollen die vielfältigen Gegenbewegungen zu den geschilderten Entwicklungen analysiert, Möglichkeiten und Grenzen ausgelotet werden. Wie kann man dem Unbehagen, der Gegenrede, eine Stimme geben? – JournalistInnen, MedienaktivistInnen und BloggerInnen können ein wichtiges Korrektiv sein. Bürgerinitiativen bringen Themen auf, die zuvor beschwiegen wurden. Neue Formen von Öffentlichkeit können Meinungsmonopole unterlaufen oder bloßstellen.

Welche Trends werden sich durchsetzen? Die Demokratisierung von Öffentlichkeit und damit die Herstellung von politischer Urteilskraft hängen auch vom Engagement kritischer Einzelpersonen, Initiativen und Bewegungen ab. Der diesem Anliegen gewidmete Kongress soll dafür einen Impuls geben. Aber nur ein längerer, vielgestaltiger, in vielen Foren stattfindender und von vielen Akteuren getragener Prozess wird die Dinge zum Besseren wenden können.

Alle Interessierten – AktivistInnen und Initiativen, politische Organisationen, Gewerkschaften und Fachverbände, Bildungseinrichtungen und Stiftungen, Medienschaffende und MedienwissenschaftlerInnen – sind daher aufgerufen, sich an der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses „Öffentlichkeit und Demokratie“ und der ihn begleitenden Aktivitäten zu beteiligen.

Informationen zur Vorbereitung des Kongresses und ein ausführlicher Aufruf finden sich unter www.oeffentlichkeit-und-demokratie.de.

Die Bundestagswahl, nicht nur aus Gender-Perspektive

Beeinflusst das Geschlecht tatsächlich die Parteipräferenzen? Die von Anika Westermann vom Verlag Dashöfer GmbH zusammengestellten Daten zur Bundestagswahl 2009 zeugen eher von Einigkeit zwischen Wählerinnen und Wählern. Lediglich bei CDU/CSU findet sich insgesamt ein signifikant höherer Anteil von Frauen in der Wählerschaft, wahrscheinlich hervorgerufen – so Westermann – durch die starke Präsenz von Ursula von der Leyen und die mit ihr verknüpfte Thematisierung der Familienpolitik. Hier schlage vermutlich die in Deutschland oft noch unterschiedliche Lebenswelt von Frauen und Männern zu Buche. Mit Rückgriff auf Daten von Infratest dimap und ARD DeutschlandTREND wurde neben der Frage, wer wen wählt, auch ein Blick auf die Geschlechterverteilung bei den KandidatInnen ge-

worfen – der Frauenanteil war hier mit etwa 31 Prozent unterdurchschnittlich.

Eine umfangreiche Sammlung aus Fakten und Hintergründen zur Wahl hat die Bundeszentrale für politische Bildung zusammengestellt. Das Online-Angebot bietet neben grundlegenden Erläuterungen und ausführlichem Zahlenmaterial zum Wahlverhalten auch Analysen des Wahlergebnisses. Weitere Informationen finden sich unter adabas.dashoefer.de > Online-Angebote > News & More sowie auf den Seiten der Bundeszentrale für politische Bildung unter wahlen.bpb.de.

Entwicklung der Grünen in Europa

In ihrer Studie „Entwicklung und Perspektiven grüner Parteien in Europa. Anschlussfähige politische Kraft in sich wandelnden Systemen“ setzt sich Saskia Richter mit den Grünen im europäischen Raum anfangen bei ihrer Ent-



stehung ab Mitte der 1970er Jahre auseinander. Die promovierte Politologin zeichnet die programmatische Veränderung der grünen Parteien und deren erfolgreiche Etablierung als eigenständige politische Kraft nach und analysiert die damit einhergehende Änderung ihrer Rolle in den politischen Systemen. So kommt Richter etwa zu dem Schluss, dass die Soziademokraten die Grünen nicht länger lediglich als potenziellen Bündnispartner aus dem eigenen ‚Lager‘, sondern auch als Konkurrenz ansehen müssen. Die 14-seitige Studie ist online zugänglich unter library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06879.pdf.

Bildungsstreik 2009 / Bildungsstreik 2010?

Zunächst verhalten bis abwehrend reagierten Bundes- und LandespolitikerInnen auf den im Juni 2009 begonnenen Bildungsstreik, in dessen Verlauf zigtausende Protestierende in regionalen und bundesweiten Demos auf die Straßen gingen – allein 270.000 bei bundesweiten Demonstrationen am 17. Juni –, über 60 Hörsäle besetzten und eine Vielzahl von regionalen Projekten und Aktionen initiierten. Inzwischen ist die bildungs- und hochschulpolitische Debatte ins Rollen gekommen; Bundesbildungsministerin Schavan, die die Proteste zunächst als ‚gestrig‘ deklassifiziert hatte, stellt Bafög-Erhöhlungen und freien Zugang zu Master-Studiengängen (statt exzellenz-orientierter Auswahl) in Aussicht, Bundespräsident Köhler kritisiert das Hochschulwesen in Deutschland als ‚chronisch unterfinanziert‘, und die Hochschulrektorenkonferenz fordert eine generelle Überarbeitung der mit dem Bologna-Prozess eingeführten Bachelor- und Masterstudiengängen. Währenddessen ließen die Hochschulleitungen – teils recht rabiat – vielerorts kurz vor Weihnachten noch die besetzten Hörsäle räumen. Eine Fortsetzung der Bildungsproteste zeichnet sich an den meisten Standorten dennoch ab, weitere bundesweite Demos wurden bereits angekün-

digt. Wer die Protestaktivitäten rund um den Bildungsstreik verfolgen möchte, kann sich auf www.bildungsstreik.net umfassend informieren. Die Internetseite bietet aktuelle Informationen (so etwa einen Überblick über die derzeitig besetzten Universitäten), Berichte zu bisherigen oder geplanten Aktivitäten auf regionaler wie bundesweiter Ebene, sowie weiterführende Links zu den lokalen Protestorganisationen.

Nachhaltiger Konsum durch Carrotmobs

Eine neue Idee, Konsumenten und Unternehmen zu Nachhaltigkeit anzustiften, sind die seit 2008 in vielen Teilen der Welt stattfindenden Carrotmobs. Angelehnt an das Bild des (störrischen) Esels, der durch eine Karotte statt durch Schläge motiviert wird, sich zu bewegen, mobilisieren die sogenannten Carrotmobber möglichst große Gruppen dazu, in einem festgelegten Geschäft einkaufen zu gehen. Die ausgewählten Geschäfte, die sich zuvor über Ausschreibung bewerben, verpflichten sich, einen bestimmten Teil der Mehreinnahmen in Energiesparmaßnahmen zu investieren. Inzwischen haben die Carrotmobs auch Deutschland erreicht; die erste Aktion fand in Berlin statt, lockte innerhalb weniger Stunden 400 Menschen in das ausgewählte Geschäft und brachte so 700 Euro für ökologische Sanierungsmaßnahmen ein. Informationen zum Projekt und Termine aktueller Carrotmobs unter www.carrotmob.de.

Konsultation zur Europäischen Bürgerinitiative

Ein neues Instrument der direkten Demokratie in der Europäischen Union ist mit der Europäischen Bürgerinitiative im Lissabon-Vertrag angelegt: Ab einer Million Unterschriften können Bürgerinnen und Bürger die Europäische Kommission künftig dazu auffordern, sich mit einem bestimmten Thema auseinanderzusetzen. Die grundlegenden Bestimmungen und Verfahren dieser Initiative hat die EU-Kommission im

„Grünbuch der Kommission zur Europäischen Bürgerinitiative“ veröffentlicht, zu dem alle interessierten Personen bis zum 31. Januar 2010 Stellung nehmen konnten. Durch die Konsultation sollen die Aspekte insbesondere der praktische Umsetzung der Bürgerinitiative thematisiert werden, die im Vertrag von Lissabon nicht festgelegt wurden. Hierbei geht es etwa um Bestimmungen zu Transparenz und Finanzierungen oder die nötige Mindestanzahl der Länder, aus denen die Unterzeichner stammen. Das Grünbuch (KOM (2009) 622/3) ist als Pdf-Datei zugänglich unter <http://europa.eu/documentation/> > Amtliche Dokumente > Grünbücher.

2011 wird Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit

Der Rat der Europäischen Union hat das Jahr 2011 offiziell zum „Europäischen Jahr der Frei-

willigentätigkeit“ ausgerufen. Millionen von EU-BürgerInnen widmen sich in ihrer Freizeit ehrenamtlichen Tätigkeiten in verschiedensten Organisationen der Zivilgesellschaft und leisten so einen wichtigen Beitrag zu Bereichen wie Jugend, Bildung, Sport, Sozialwesen oder Entwicklungspolitik. Mit dem Europäischen Jahr 2011 soll die Freiwilligentätigkeit in Europa gefördert werden, indem die Mitgliedstaaten, lokale und regionale Behörden und die Zivilgesellschaft unterstützt werden, günstigere Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Tätigkeiten in der EU zu schaffen und Freiwilligenorganisationen zu stärken. Geplant sind u.a. Konferenzen und Seminare zum Erfahrungsaustausch zwischen Engagierten, den entsprechenden Organisationen und staatlichen Akteuren sowie Förderungen von Projekten mit Bezug zur Freiwilligentätigkeit. Insgesamt werden Mittel in Höhe von 11 Millionen Euro



zur Verfügung gestellt. Weitere Informationen sind auf den Internetseiten der EU zugänglich: <http://europa.eu/>.

Robert-Jungk-Preis 2009 für Bürgerengagement

Aus annähernd 300 Projekten wurden im Dezember die Gewinner des Robert-Jungk-Preises 2009 ausgewählt und bekanntgegeben. Sechs Projekte wurden mit Hauptpreisen ausgezeichnet, weitere 23 Bewerber mit einem Zukunftspreis bedacht. Der mit 6.000 Euro dotierte erste Preis ging an den Arbeitskreis Milte, der sich in unterschiedlichen Projekten mit Blick auf demografischen Wandel für die Zukunft ihres Dorfes einsetzen. Der Preis, der unter dem Motto „Wie wollen wir leben?“ NRW-weit verliehen wird, fördert öffentliche Projekte in Stadtteilen und Quartieren und möchte so bürgerschaftliches Engagement als Impulsgeber für soziale Innovation stärken. Weitere Informationen unter www.robertjungkpreis.nrw.de.

Tagung zu Rechtsextremismus in Comics

Vom 29. bis 31. März findet in der Evangelischen Akademie Bad Boll die internationale Fachtagung „Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics“ statt. Die vom Archiv der Jugendkulturen organisierte Veranstaltung konnte 20 einschlägige ExpertInnen gewinnen, die einen Überblick über die Comicszene geben und den Einsatz von Comics zur rechtsextremen Propaganda analysieren werden. Zudem sollen Ideen zur Bearbeitung des Themas in politischer Bildung und Schule entwickelt und hierzu auch Wirkungs- und Einsatzmöglichkeiten von „Comics gegen Rechts“ diskutiert werden. Die Tagung richtet sich u.a. an MultiplikatorInnen aus Schule, Aus- und Weiterbildung sowie an WissenschaftlerInnen und Studierende. Das Programm und Anmeldeöglichkeiten unter www.jugendkulturen.de.

Woche des bürgerschaftlichen Engagements

Erfreulich großen Zulauf hatte die Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2009, die vom 2. bis 11. Oktober mit mehr als 1000 Veranstaltungen und Aktionen in ganz Deutschland stattfand. Die vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) organisierte Aktion unter dem Motto „Engagement macht stark!“ rückt die zahlreichen Aktivitäten freiwillig Engagierter und Ehrenamtlicher in den Blick der Öffentlichkeit. Das BBE möchte damit nicht nur die Arbeit der ehrenamtlich Tätigen würdigen und fördern, sondern auch die Politik auf die Notwendigkeit zur Gestaltung entsprechender Rahmenbedingungen aufmerksam machen. Die nächste Woche der sich nun zum sechsten Mal jährnden größten Freiwilligen-Offensive in Deutschland wird vom 17. bis 26. September stattfinden. Weiteres unter www.engagement-macht-stark.de.

Milieu statt Ethnie: Migranten in Deutschland

Eine Grundlagenstudie zur Situation von MigrantInnen in Deutschland hat der vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. in Kooperation mit dem Heidelberger Politik- und Marktforschungsinstitut Sinus Sociovision herausgegeben. Gerade das Leben und der Alltag in den Städten ist von Zuwanderung und ethnischer Vielfalt geprägt. Eine Integration in die Mehrheitskultur findet zumeist nicht statt; die Lebenswelten der Zuwanderer sind jedoch – so der zentrale Befund der Studie – nicht über die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Herkunftskultur strukturiert, sondern nach Milieus. Über die Kriterien ‚soziale Lage‘ und ‚Grundorientierung‘ (Tradition, Modernisierung, Neuidentifikation) macht die Studie acht unterschiedliche Lebensstilkonzepte bei den MigrantInnen aus. Die Ergebnisse der Studie sollen zu einem verbesserten Verständnis der Lebenssituation von MigrantInnen

nen beitragen und so die Grundlage für einen Perspektivwechseln in der Integrationsdebatte schaffen; weg vom Denken in Defiziten, hin zum Denken in Potenzialen. Die zentralen Aussagen der Studie sind auf der Internetseite der vhw frei zugänglich, die vollständige Studie kann für 25 Euro (15 Euro für Mitglieder) im Referat Öffentlichkeitsarbeit erworben werden (www.vhw.de > Publikationen).

vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung: Migranten-Milieus. Ein Kompass für die Stadtgesellschaft, 2009, 88 S.

Stipendien im Doktorandenkolleg „Bürgerschaftliches Engagement“

Zum dritten Mal schreiben das Centrum für soziale Investition und Innovation (CSI) der Universität Heidelberg und der Generali Zukunftsfond Promotionsstipendien im Doktorandenkolleg „Bürgerschaftliches Engagement“ aus. Das Kolleg verfolgt eine sozialwissenschaftliche Erforschung des Themenfeldes Engagement und Alter. Bewerbungsschluss für die maximal dreijährige Förderung ist der 31. März 2010 (für Stipendienbeginn am 1. Juli 2010) bzw. der 30. September 2010 (Stipendienbeginn 1. Januar 2011). Bewerbungsformalitäten und Informationen zu den bisherigen Forschungsvorhaben bietet die Internetseite des Doktorandenkollegs: www.csi.uni-heidelberg.de/kolleg_be.

Zivilgesellschaft vs. Soziale Bewegungen? Neue Ausgabe von Interface

Mit dem Spannungsverhältnis von Zivilgesellschaft – insbesondere bezogen auf NGOs – und Sozialen Bewegungen („civil society“ versus social movements) beschäftigt sich die Online-Zeitschrift „Interface: a journal for and about social movements“ in ihrer Ausgabe von November 2009. Das im letzten Jahr von BewegungsaktivistInnen und engagierten BewegungsforscherInnen gegründete Peer-Review-Journal ist international organisiert und kann

kostenfrei über das Internet u.a. in englischer, spanischer und türkischer Sprache gelesen werden (www.interfacejournal.net). Die kommende dritte Ausgabe wird sich mit dem Thema „Crises, social movements and revolutionary transformations“ auseinandersetzen.

Verhaltenskodex zur Bürgerbeteiligung

Das Ministerkomitee des Europarates hat im Oktober 2009 den ‚Verhaltenskodex zur Bürgerbeteiligung‘ (*Code of Good Practise for Civil Participation in the Decision-Making Process*) als Referenzdokument des Europarates aufgenommen. Somit sind die politischen Entscheidungsträger der Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert, den Verhaltenskodex bei Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure in Entscheidungsprozessen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene einzubeziehen und zu berücksichtigen. Der Verhaltenskodex ist in englischer Sprache abrufbar unter www.coe.int/t/ngo/Source/Code_good_practise_en.pdf.

Neue Fachzeitschrift für Dritter-Sektor-Forschung

Das Voluntary Sector Studies Network (vssn) gibt seit diesem Jahr in Zusammenarbeit mit The Policy Press eine neue internationale Peer-Review-Zeitschrift zu Forschung, Politik und Praxis im dritten Sektor heraus. Die *Voluntary Sector Review*, die in diesem Jahr in drei Ausgaben erscheinen wird, plant eine umfassende Berücksichtigung der relevanten Themen des Dritten Sektors von theoretischen Auseinandersetzungen bis hin zu gesetzlichen Grundlagen. Neben wissenschaftlichen Forschungsartikeln und Berichten aus der Praxis werden auch Policy-Reviews Berücksichtigung finden, die Veränderungen rechtlicher und politischer Rahmenbedingungen thematisieren. Die erste Ausgabe

wird im März 2010 erscheinen, für Institutionen werden sämtliche Ausgaben des Jahres online frei zugänglich sein. Weitere Informationen, call for papers und Bezugsmöglichkeiten auf der Homepage des vssn: www.vssn.org.uk/journal/index.htm.

Indien im Armutskrieg

Im Kurzbericht „Indien im ‚Armutskrieg‘ – Warum die Regierung die militärische Offensive gegen die Maoisten nicht gewinnen kann“ stellt Anja Minaert, bis November 2009 Projektassistentin im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Neu Delhi, Hintergründe zur maoistischen Guerilla-Bewegung in Indien sowie zur militärischen Offensive der indischen Regierung dar. Die Maoisten konnten ihren bewaffneten Widerstand in den letzten Jahren beträchtlich ausdehnen, und sind nun in fast einem Drittel des Staatsgebietes vertreten. Vor allem im ländlichen Raum konnte sich die Bewegung aufgrund der dort herrschenden großen Armut und des Fehlens jeglicher öffentlicher Dienstleistungen etablieren. Die von der indischen Regierung für die kommenden fünf Jahre geplante, groß angelegte militärische Operation „Green Hunt“ startete bereits im September 2009 mit einer Kampagne ‚psychologischer Kriegsführung‘. Die Offensive wird zahlreiche Opfer fordern, den Konflikt aber, so die Autorin, nicht beilegen können. Erst wenn die Regierung die wirtschaftlichen und sozialen Missstände behebt, wird der Einfluss der Guerilla-Bewegung schwinden. Der Kurzbericht ist auf den Seiten der FES abrufbar: www.fes.de/asien > Publikationen.

Europäisches Wissenschaftsparlament 2010

Am 24. und 25. März 2010 findet unter dem Motto „H₂O – More than just a drop...“ die zweite Tagung des Europäischen Wissenschaftsparlamentes (EWP) statt. Die Internet-Plattform des EWP bietet ein fortlaufendes offenes Forum, in dem SchülerInnen, Studierenden und ExpertInnen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen aus Wissenschaft und Forschung diskutieren. Das Thema „Wasser“ steht seit Sommer 2009 zur Debatte. Aus den engagiertesten TeilnehmerInnen dieser Diskussionen wurden im Januar 15 SchülerInnengruppen aus 13 Ländern zur diesjährigen Konferenz eingeladen. Im Verlauf der Konferenz werden sie zusammen mit ExpertInnen aus Wissenschaft, Wirtschaft, NGOs und Politik in Arbeitsgruppen und Plenarsitzungen unterschiedliche Aspekte des Themas beleuchten. Ziel der Konferenz ist die Erstellung einer gemeinsamen Erklärung, die den Institutionen der Europäischen Union als wissenschaftlich-politisches Statement übergeben werden soll. Weitere Informationen, u.a. zu Teilnahmemöglichkeiten, sowie das Diskussionsforum unter www.wissenschaftsparlament.eu.

Jugendpolitik in Europa

Am 27. November 2009 haben die für Jugendpolitik zuständigen MinisterInnen der EU-Mitgliedsstaaten einen neuen Rahmen für die Zusammenarbeit im Bereich Jugend für die Zeit von 2010 bis 2018 beschlossen. Darin werden u.a. allgemeine Ziele beschrieben, so etwa die Schaffung größerer Chancengleichheit in Bildung und auf dem Arbeitsmarkt und die Förderung sozialer Eingliederung. Dem Beschluss ging eine umfassende Konsultation mit Jugendlichen und Jugendorganisationen voran. Weitere Informationen hierzu sind zugänglich auf dem Europäischen Jugendportal (<http://europa.eu/youth/>) oder unter http://europa.eu/media-centre/index_de.htm.

REZENSIONEN

Und der Zukunft abgewandt ... Neue Literatur über politische Parteien

Wilhelm Hennis schrieb einst, „kraftvolle Parteien [seien] das Ergebnis kraftvoller Anstöße, die sich aus historischen Lagen ergeben“. Wenn dieses Diktum zutrifft, müssten wir es eigentlich im Moment mit Parteien zu tun haben, die vor Kraft nur so strotzen. Denn inmitten der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg und am Ende einer zwei Jahrzehnte währenden Dominanz des Marktradikalismus befinden wir uns an einer politisch-ideologischen Wendemarke. Geöffnet hat sich ein historisches Zeitfenster, das politische Gestaltung nicht nur ermöglicht, sondern nachgefordert verlangt. Nimmt man allerdings die deutschen Parteien in den Blick, ist von einem Bewusstsein dafür wenig zu spüren. Denn auf der politischen Bühne agieren:

Eine linke Volkspartei in der schwersten Orientierungskrise ihrer Geschichte, die seit Jahren öffentliche Selbstfindungskurse absolviert – die SPD.

Eine Flügelpartei, die, kaum an die Macht zurückgekehrt, konzeptlos Klientelpolitik wider die eigenen Grundsätze betreibt – die FDP.

Eine christliche Volkspartei, der unter dem pragmatischen Modernisierungskurs ihrer Vorsitzenden die Grundwerte abhanden gekommen sind – die CDU.

Eine ehemalige Protestpartei, welche die Verbindung von Mittelklasse-Hedonismus und Öko-Strom mit einem umfassenden Politikkonzept verwechselt – Bündnis 90/Die Grünen.

Eine rechte sozial-populistische Partei, die so ziemlich gegen jeden Vorschlag der Regierung ist, aber leider mit regiert – die CSU.

Und eine linke Protestpartei, die sich durch Realitätsverweigerung selbst ghettoisiert und so

jede mehrheitsfähige Lagerbildung auf der Linken unmöglich macht – die Linke.

Diesem Zustand der deutschen Parteienlandschaft nähern sich aktuelle Buchpublikationen aus verschiedenen Perspektiven. Während Beatrice von Weizsäcker den Weg der pauschalen Parteiverdammung wählt, zieht Franz Walter aus historisch-kulturwissenschaftlicher Perspektive den langen Bogen vom Aufstieg bis zum Herbst der Volksparteien. Thomas Leif dringt tief in die (verrottete) Binnen-Anatomie der Parteiorganisationen ein. Und Joachim Raschke und Matthias Machnig leuchten die strategischen Rahmenbedingungen aus, die das Handeln der Parteien zugleich ermöglichen und limitieren.

Am einfachsten macht es sich Beatrice von Weizsäcker. Sie holt in ihrem Buch ‚Warum ich mich nicht für Politik interessiere‘ zu einem Generalangriff auf die politischen Parteien aus, die sich – all diese Argumente sind hinlänglich bekannt – den Staat genauso zur Beute gemacht haben wie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und überhaupt die Deutung über das Politische. „Dass aus der repräsentativen Demokratie eine Parteiendemokratie geworden ist, liegt auch an der Verfassung. Dass sie aber zur Parteiendemokratie verkommen ist, liegt an den Parteien selbst, ihrem überzogenen Machtanspruch und der Art und Weise, wie sie ihn durchzusetzen versuchen.“ (57). Daraus folgt für von Weizsäcker: „Sechzig Jahre Grundgesetz, sechzig Jahre Bundesrepublik Deutschland, sechzig Jahre Demokratie, und die Menschen sind der Parteien und ihrer Volksvertreter müde, ja überdrüssig geworden. Eine solche Politik interessiert die Menschen nicht, sie kann sie nicht interessieren.“ (92). All das ist nicht neu, in der Analyse doch etwas unterkomplex und eigentlich nur erstaunlich, weil hier die Tochter eines CDU-Spitzenpolitikers schreibt. Aber auch der hatte ja als Bundespräsident die Machtvergessen- und -versessenheit der politischen Parteien beklagt. Als Radikalkur gegen die von ihr so empfundene

Erosion der Demokratie empfiehlt von Weizsäcker das unmittelbare Engagement der Bürger: „Je abstoßender die Politik wirkt, desto aktiver erscheint das Volk. Von der miesen Stimmung lässt es sich nicht anstecken und schon gar nicht davon abhalten, selbst etwas zu tun.“ (93) Es folgt dann ein langer Katalog guter Beispiele, von den Montagsdemonstrationen 1989 über die Lichterketten gegen Fremdenfeindlichkeit 1992 bis zur Einführung von Online-Petitionen an den Deutschen Bundestag. Am Ende lässt von Weizsäcker den Leser aber doch ziemlich ratlos zurück, denn eine Alternative zur Parteiendemokratie formuliert sie nicht. Es bleibt bei der Bitte an die Berufspolitiker, die Bürger doch ein bisschen ernster zu nehmen.

Der deutlich positivere Blick von Franz Walter auf die Volksparteien wird dagegen schon im Untertitel seines 115seitigen Essays ‚Im Herbst der Volksparteien‘ deutlich. Denn Walter schreibt über den ‚Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration‘. Das ist präzise formuliert, denn Walter stellt all das in den Mittelpunkt, was von Weizsäcker in ihrer Kampfschrift gegen die Parteien übersieht: dass diese seit über hundert Jahren die wesentliche Vermittlungsinstanz zwischen Staat und Gesellschaft sind und ihre Bündelungs- und Fokussierungsfunktion von Interessen und Anliegen im Großen und Ganzen gut erfüllt haben. Mit umso mehr Bedauern und nicht frei von Nostalgie beschreibt Walter „die Entbindung der politischen Repräsentanzen von den sie ursprünglich konstituierenden, dann lange tragenden sozialmoralischen Milieus“ (7). Doch er zeichnet auch klar die dysfunktionalen Folgen, die diese Entkoppelung hatte: Walter zufolge beschränken sich moderne Parteien „nach dem Auslaufen ihrer gesellschaftlichen Vermittlungsrolle“ auf die Auswahl des politischen Personals – dies nun freilich ohne die Legitimation der breiten gesellschaftlichen Einbettung früherer Zeiten (10).

Die Ursachen für den Niedergang von SPD und CDU als Volksparteien gleichen sich übrigens in Walters Analyse. In beiden Fällen haben sich diese historischen Formationen als so erfolgreich erwiesen, dass sie quasi von sich selbst überholt wurden. Im Falle der SPD ist es die „gelungene Teilemanzipation ihrer Kerngruppe aus der früheren Facharbeiteraristokratie, die den Sozialdemokratien ihre Aura und ihren Antrieb genommen hat“ (97). Und über die Union urteilt Walter, dass die „über Jahrzehnte massiv betriebene Modernisierung des Landes zu guter Letzt ihre eigenen Mütter und Väter vertilgt“ hat (51).

Dabei attestiert Walter den Parteiorganisationen eine nicht unerhebliche Stabilität, die neben Ignoranz vor allem auf privilegierten institutionellen Machtzugängen beruht und auch von Wähler- und Mitgliederverlusten nicht ernsthaft tangiert wird: „Im Grunde kommt es nicht darauf an, ob die Parteien Mitglieder einbüßen, ob Wähler nicht zur Wahl gehen. Der Einfluss der Parteien bleibt stets gleich. Sie regieren; sie schicken ihre Leute weiter in Rundfunk- und Fernsehräte, in Sparkassenvorstände.“ (11) Darüber sei ihnen allerdings ihr Kern, das Politisch-Diskursive, abhanden gekommen und einem reinen Macht-Management gewichen, dem jeder inhaltliche Gestaltungsanspruch fehle. Das mache die Parteien zum Tummelbecken für Karrieristen und Leute, die sonst nichts zu tun haben. Am Ende steht deswegen für Walter die Frage: „Machen nur noch Spinner mit?“ (99)

Antworten darauf finden sich in Thomas Leifs thesenstarkem Buch ‚Angepasst & Ausgebrannt. Die Parteien in der Nachwuchsfalle.‘ Denn den Mangel an qualifiziertem Personal hat Leif als größte Gefahr für die Volksparteien ausgemacht. Durch die Überalterung, innere Schließung und ritualisierte Kommunikation der Parteien würden Nachwuchstalente und Quereinsteiger systematisch abgeschreckt. Die traditionelle Ochsentour als Rekrutierungsweg für

Berufspolitiker führt Leif zufolge dazu, dass vor allem Menschen von Parteien angezogen würden, die darin einen „Karriere-Ausweg“ sähen (59f.), vulgo: nichts anderes können. Die Folge: das politische Personal hat immer mehr B-Qualität, was die Legitimation der Demokratie untergräbt. Denn in dem Maße, in dem es den Parteien nicht mehr gelingt, alle Positionen abzubilden, den Meinungsfindungsprozess zu zentralen Fragen zu organisieren und schließlich durch das Abwägen von für und wider in Richtungsentscheidungen zu übersetzen, sägen sie auch an ihren eigenen verfassungsrechtlichen Privilegien. Doch nicht nur das: die in den Parteispitzen kultivierte Wagenburgmentalität führt, wie Leif aufzeigt, unweigerlich zu Realitätsverlust. Die Lücke zwischen der Weltwahrnehmung der Bürger und jener der politischen Klasse wird so immer größer (32).

Mehr als skeptisch sieht Leif auch die Versuche der Parteien, sich selbst am Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Ihre Jugendorganisationen sind ihm zufolge ähnlich ausgezehrt wie die Mutterorganisationen (97ff.), alle Versuche zu Parteireformen sind in der Bundesrepublik bislang als technokratisch-managerial getriebene „Revolutionen von oben“ gescheitert (209f.). Entsprechend dominiert heute in der professionellen Politik der Typus des angepassten Außenseiters, der sich stur nach der von der jeweiligen Parteiführung vorgegebenen Linie verhält. Zu viel „Politik als Job“ jedoch, so Leif, reduziert den politischen Kommunikations-, Beteiligungs- und Entscheidungsprozess auf reine Akklamations-Erzeugungs-Riten. Ohne Ideale, Ideen und der notwendigen Konflikt- und Einsatzbereitschaft für das als richtig Erachtete fehlen dem Politischen die zentralen Antriebskräfte.

Die Stärke von Leifs Buch besteht darin, dass er seine Thesen aus detaillierten Innenansichten des bundesdeutschen Parteibetriebs ableitet. Sein Buch versammelt eine wahre Fundgrube von internen Strategiepapieren und Ana-

lysen, an nachdenklichen Einschätzungen lang gedienter Parteifunktionäre und an Beispielen des Scheiterns von Aktivisten, die es anders machen wollten. Was nach der Lektüre bleibt, ist vor allem der Eindruck der Hilflosigkeit. Politiker und Parteimanager spüren die eigene Unfähigkeit, ihre Tanker auf einen anderen Kurs zu setzen. Steuern die Tanker jedoch so weiter, auch das wissen sie, schrumpfen sie unweigerlich auf das Format von Hafen-Barkassen.

Auch Matthias Machnig und Joachim Raschke treibt die Frage nach der Zukunft der Volksparteien um. Ihr Fokus ist jedoch ein anderer. In Einleitung und Schlussteil des von ihnen herausgegebenen Sammelbands ‚Wohin steuert Deutschland?‘, der noch vor der Bundestagswahl erschien und eine ganze Reihe höchst lezenswerter Aufsätze vereint, fragen die Herausgeber vor allem nach den zukünftigen Arrangements des Parteiensystems. Ausgehend von der Prämisse, dass Parteien „mit einem Wahlanteil von 35 Prozent oder weniger, bei einem Nichtwähleranteil von 22 Prozent (2005)“ sich „kaum noch als Volksparteien bezeichnen“ lassen (14), konstatieren Machnig und Raschke vor allem einen Verlust der Strategiefähigkeit der politischen Parteien, dem empirisch ein deutlich erhöhter Strategiebedarf gegenübersteht. Resultat dieses Strategiedefizits ist die Unfähigkeit zur intelligenten Lagerbildung, zur Schmiedung von Reformallianzen in die eine oder andere Richtung. An die Stelle klarer Orientierungen treten „Parteien, die nicht nur nicht mehr können, was sie wollen, sondern auch immer weniger wissen, was sie wollen“ (16). Das mache das Parteienspektrum ein Stück weit beliebig und senke damit die Zutrittsbarrieren für neue Formationen wie Die Linke – die dann wiederum die Komplexität erhöhe und die Lagerbildung, in diesem Falle links der Mitte, erheblich erschwere, wenn nicht unmöglich mache. Machnig und Raschke legen kenntnisreich dar, welche Hindernisse in beiden Lagern einer überwölbenden

Strategiebildung entgegenstehen – und machen doch gleichzeitig deutlich, dass diese für das Überleben der jeweiligen politischen Formationen unabdingbar ist. Resümiert man die ersten Monate der schwarz-gelben Kakophonie, begreift man, wie Recht die beiden damit haben.

Am Ende dieser tour d'horizon durch neuere Bücher zur Parteienlandschaft stehen in erster Linie Fragezeichen. Klar ist, dass gesellschaftliche Modernisierung und politische Ausdifferenzierung – auch wenn der Erfolg der Linkspartei ein ‚hausgemachtes‘ Phänomen der SPD ist – tatsächlich einen ‚Herbst der Volksparteien‘ einleiten, wie Franz Walter ihn beobachtet. Die von Thomas Leif konstatierte innere Morschheit der Parteien beschleunigt diesen Prozess nur noch. Klar ist aber auch, dass die Parteien weiter gebraucht werden – denn in ihrer undifferenzierten Ablehnung der Parteien irrt sich Beatrice von Weizsäcker gründlich. Mit Machnig und Raschke kann es nur darum gehen, die Chancen neuer Politikentwürfe und daraus abgeleiteter Bündnisse möglichst umsichtig auszuloten. Denn an der Grundfeststellung, dass die Parteien in der repräsentativen Demokratie eine wichtige Scharnierfunktion einnehmen und nach wie vor die effizientesten Problemlöser sind, wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern. An der weit verbreiteten Parteienverachtung allerdings auch nicht. „Zuletzt, bei allen Teufelsfesten, wirkt der Parteihaß doch zum Besten“, ließ schon Goethe seinen Mephistopheles im Faust sagen.

Thymian Bussemer, Berlin

Besprochene Literatur

Leif, Thomas 2009: *Angepasst & Ausgebrannt? Die Parteien in der Nachwuchsfalle. Warum Deutschland der Stillstand droht*, München: C. Bertelsmann Verlag.

Machnig, Matthias/Raschke, Joachim (Hg.) 2009: *Wohin steuert Deutschland? Bundestags-*

wahl 2009. Ein Blick hinter die Kulissen, Hamburg: Hoffmann und Campe.

von Weizsäcker, Beatrice 2009: *Warum ich mich nicht für Politik interessiere*, Bergisch Gladbach: Gustav Lübbe Verlag.

Walter, Franz 2009: *Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte vom Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration*, Bielefeld: transcript Verlag.



Die Regierung des Sozialen: Kontrolle durch Aktivierung

‚Opposition ist Mist‘ lautete ein unvergessener Sinnspruch, der die Sozialdemokratische Partei auf ihre Regierungsverantwortung einschwören sollte. Der Jenenser Soziologe Stephan Lessenich hat sich nun mit einem Deutungsvorschlag zu Wort gemeldet, der die Diskussion zur Zukunft des Sozialstaats mit Überlegungen anreichern will, die man mit einem Ausspruch Michel Foucaults überschreiben könnte: „auf diese Weise und um diesen Preis regiert zu werden“ (Lessenich 2008: 141) ist Mist.

Neosozial, nicht neoliberal!?

Zu kurz greift für Lessenich allerdings die verbreitete Rede von einem neoliberalen Sozialstaatsabbau. Der Sozialstaat bleibe auch angesichts von partiellen Umbauten und zum Teil einschneidender Kürzungen ein aus den zeitgenössischen Gesellschaften nicht wegzudenkendes institutionelles Arrangement. Was sich allerdings tiefgreifend verändere, sei die Art der Regierung des Sozialen. Neosozial, nicht neoliberal sei die Signatur der neuen Ära. ‚Das Soziale‘ stellt dabei weder ein selbstverständlich vorauszusetzendes, noch ein per se normativ ausgezeichnetes Objekt dar. „Sozialpolitik tut, entgegen einem hartnäckigen Vorurteil, (...) nicht nur ‚Gutes‘. Sie ist keineswegs allein eine öf-fentlich-säkularisierte Variante der christlichen

Caritas, nicht nur ein Ort der Hilfe, Solidarität und Wohltätigkeit, sondern eben (immer) auch ein Instrument sozialer Steuerung, Kontrolle und Disziplinierung.“ (10)

Sozialstaat – kein moderner Robin Hood

Bevor der Autor sich der Neuerfindung des Sozialen zuwendet, führt er überblicksartig in Grundlagen der Sozialpolitik und des Sozialstaats ein. Der Sozialstaat gilt ihm generell nicht nur als Effekt und ‚abhängige Variable‘ gesellschaftlicher Entwicklungen, sondern mit Esping-Andersen als ‚unabhängige Variable‘, als eigenständiger Akteur, Rahmensetzer und Taktgeber der Gesellschaftsentwicklung (24). Die Unterscheidung verschiedener Interventionstypen (Modernisierung, Normalisierung, Umverteilung, Ver-Sicherung, Integration) verdeutlicht zugleich, dass der Sozialstaat eine Synthese heterogener Anforderungen und Leistungen darstellt. Er verwendet Zuckerbrot und Peitsche, ist „ein Instrument sozialer Inklusion und Exklusion gleichermaßen.“ (34) In der Beschreibung des Sozialstaats als „Relationierungsmodus“ (35) findet der Autor dennoch eine integrierende Perspektive. Die durch den Sozialstaat ebenso gestifteten wie aufgelösten Relationen beziehen die Akteure dabei auf die soziale Ordnung insgesamt, auf andere Akteure und nicht zuletzt auch auf sich selbst.

Lessenich diskutiert weitergehend funktionalistische, interessentheoretische, institutionalistische und ideenpolitische Erklärungsvorschläge zur Frage der Entstehung des Sozialstaats, die er mit einer krisentheoretischen Wendung verklammert. „In diesem Interpretationsrahmen kann der Sozialstaat als ein wesentliches – und vielleicht das zentrale – Moment im modernen Prozess gesellschaftlicher Kriseninstitutionalisierung gelten.“ (55) Die keynesianische Variante des Sozialstaats mag zwar mit dem Auslaufen der Prosperitätskonstellation der Nachkriegszeit an ihre Grenze gekommen sein.

Dennoch steht für den Autor außer Frage, dass in den von Esping-Andersen unterschiedenen liberalen, konservativen und sozialdemokratischen ‚Welten des Wohlfahrtsstaats‘ keine ernstzunehmende Alternative zur Politik einer Beförderung des Sozialen vorliegt. „Die ‚eigentliche‘ (...) Frage ist eine andere (...): Wohin, in welche Richtung, treibt die Beförderung des Sozialen?“ (72)

Sozialstaat Marke Eigenbau

Die im Zentrum seiner Aufmerksamkeit stehende Neuausrichtung des Sozialstaats dechiffriert Lessenich nicht zuletzt durch die Brille der Foucaultschen Governmentality-Studies und er spitzt seine Analysen weiterführend zur Zeitdiagnose der „Aktivgesellschaft“ (Lessenich 2009) zu. Wenn sich der Sozialstaat mit Claus Offe also generell als zentraler Mechanismus adaptiver Selbsttransformation beschreiben lässt, dann stellt die Umstellung auf Subjektivierung und Aktivierung in Anlehnung an Foucault die spezifische Blaupause für die Transformation des keynesianischen Wohlfahrtsstaats dar.

Was der Sozialstaat nicht mehr leisten kann oder will, das sollen nun die Subjekte selbst übernehmen. Die neosoziale Aktivierungsprogrammatische verlagere die Widersprüche des Wohlfahrtsstaats in die Subjekte. Sie gelten so weniger als Inhaber von politisch verbürgten Rechten, denn als (sub-),„unternehmerisches Selbst“ (Bröckling) und eigenverantwortliche Produzenten von Wohlfahrt. Das damit verbundene Freiheitsangebot ist als ‚Regierung der Freiheit‘ real und zugleich eine besonders intrikate Form der Disziplinierung. Wo die Subjekte sich dem ‚Mach es selbst und sei aktiv‘-Imperativ allerdings nicht fügen, kann der aktivierende Teilhabestaat zudem, so betont Lessenich in immer neuen Varianten, auch handgreiflich werden. Er entpuppt sich dann als eine perfide Form des strafenden und disziplinierenden Staats, der seinen Bürgern nicht nur Leistungen kürzt, sondern sie darüber hinaus moralisch als

gemeinschaftsschädliche, verworfene und unverantwortliche Subjekte diskreditiert. Die schöne neue Hochglanzwelt der ubiquitären Vorsorge, Aktivität und Flexibilität werde insofern nicht zufällig von Missbrauchs- und Sozialschmarotzdiskursen flankiert, die Armut, Krankheit oder Bildungsschwäche weniger als soziale Tatsachen, denn als individuelles Vergehen darstellen.

Dieser aktivgesellschaftlichen Verschiebung vom individuellen zum sozialen Gesichtspunkt kommt Lessenich auch mit Georg Simmel („Der Arme“) auf die Spur, der vier verschiedene Formen der sozialen Unterstützungsbeziehung unterschieden hat (individuelles Recht, sittliche Pflicht, soziales Recht, soziale Pflicht (Lessenich 2008: 92)): „Wo öffentlicher Schutz des Individuums gegenüber sozialen Risiken war (oder aktivierungssprachlich: wo Menschen ‚zu unmündigen Empfängern von staatlichen Alimentationen‘ (...) wurden), soll nun individuelle Risikovorsorge im gesellschaftlichen Interesse werden.“(95)

‚Der bewegte Mensch‘ in der ‚Gesellschaft der Bewegung‘

Diese aktivgesellschaftliche Transformation weist für Lessenich weit über die Rekommodifizierung der Arbeitskraft durch arbeitsmarktbezogene Reformen und die Semantik des ‚Forderns und Förderns‘ hinaus. Er demonstriert die Beweislastenumkehrung gegenüber den ‚alten‘ sozialstaatlichen Arrangements entsprechend an Programmen und Politiken zur Frauenerwerbstätigkeit und zur (früh-)kindlichen Förderung, zum ‚aktiven Alter‘ und zur Bio- und Gesundheitspolitik. Dabei zeigen sich durchgehende Merkmale und Analogien als auch bemerkenswerte Varianten.

Die Förderung von Kindern und Frauen unter dem Titel der ‚investiven‘ Sozialpolitik stellt für Lessenich „das Premiumsegment aktivierender Sozialpolitik“ (98) dar. Auch hier geht es in der Außendarstellung um die Mobilisie-

rung und Aktivierung unausgeschöpfter Potentiale anstelle der nachträglichen Versorgung von bereits in den Brunnen gefallenem Sorgenkindern. Wie als Beleg für die eingangs behauptete Relevanz ideenpolitischer Ansätze in der Sozialstaatsanalyse hebt Lessenich insbesondere die Rolle des Soziologen Esping-Andersen als intellektuellem Vorkämpfer der investiven Sozialpolitik hervor, der als sozialpolitischer „Magier, (...) aus Anspruchsreduktionsstroh Sozialinvestitionsgold zu machen versprach“ (98). Wie die im Zuge des vielbeschworen demographischen Wandels verkündete Absage an den ‚wohlverdienenden Ruhestand‘ des versorgenden Sozialstaats zugunsten einer gesellschaftsdienlichen Mobilisierung bis ins hohe Alter hinein steht auch die Mobilisierung weiblichen Arbeitsvermögens und die schon im Vorschulalter beginnende aktivgesellschaftliche Indienstnahme der Kindheit für Lessenich jedoch nur sehr bedingt im Zeichen einer Steigerung von Autonomie- und Mitsprachenspielräumen. Die Anzapfung unerschlossener Aktivressourcen folge vielmehr einem fragwürdigen Produktivismus und habe unter tätiger Mitwirkung der Subjekte weniger deren Wohl als das eines vermeintlich von Erschlaffung und Verfettung bedrohten Gemeinwesens im Visier. Was heute für einige als neugewonnener Freiheitsspielraum erscheinen mag, kann insofern schon morgen zur autoritativen Anforderung an alle werden.

Dass Aktivierungs- und Mobilisierungskurse nicht nur metaphorisch zu verstehen sind, sondern sich ganz buchstäblich auch auf die biopolitischen Grundlagen des Sozialen beziehen, skizziert der Autor abschließend am Beispiel eines bundesweiten Programms zur Gesundheitspolitik, dem Nationalen Aktionsplan ‚Fit statt Fett‘. Gerade körper- und gesundheitsbezogene Praktiken von der schlechten Ernährung bis zur mangelnden Bewegung bilden nicht nur ein Zentrum der Verurteilung der Lebensstile so genannter ‚Unterschichten‘. Das Regime der Aktivierung wird vielmehr – so ein basso

continuo der Darstellung – nicht nur von außen an die Subjekte herangetragen, sondern schafft sich den ihm entsprechenden Menschentyp. ‚Wir alle‘ sind mitten drin und voll dabei. „Die neosoziale Regierung arbeitet nicht – oder jedenfalls nicht in erster Linie – mit dem klassischen staatlichen Instrumentarium von Zwang, Gesetz und Kontrolle, sondern eben mit ‚weichen‘ Medien der Freiheit, Überzeugung und Selbststeuerung. (...) Aktivität kommt hier nicht nur ‚von oben‘ zustande, sondern als aktivgesellschaftliche Koproduktion, als – wie gesehen – öffentlich-private Bewegungspartnerschaft. Hier wird niemand wirklich zur Bewegung ‚gezwungen‘ – aber wer möchte schon fett (oder alt, krank, arbeitslos usw.) sein, wenn er oder sie anders (sein) könnte.“ (124) Die Kehrseite der Do-it-yourself-Verantwortungsübergabe an die Subjekte bildet dabei jedoch die Schuldzuweisung an die gleiche Adresse. Auf der Strecke zu bleiben drohe das „Ideal der Autonomie“, das moderne Versprechen, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Die Bilanz des Soziologen fällt dann auch unmissverständlich aus: „Die neue, aktivistische Regierung des Sozialen ist ein gesellschaftliches Verlustgeschäft.“ (138)

Womöglich hat es auch mit der ausgesprochen tief, an der ‚sozialen Subjektivität‘ ansetzenden Perspektive zu tun, dass die vom Autor angebotenen Auswege aus der diagnostizierten Misere eher blass bleiben: Bei aller gebotenen Aktivität sollte man auch mal Innehalten. Fünfe grade sein und Flexibilität nicht zum Fetisch werden lassen. Schon recht, aber ist das schon eine politische „Kollektivkunst“ (141)? Die analytischen Gewinne und reizvollen Perspektiven, die sich aus der Verfolgung sozialpolitischer Arrangements bis hinein in die Mikropolitik der Selbstverhältnisse der Subjekte ergeben, lassen so gelegentlich den Anschein entstehen, dass es mit den leitmotivisch eingeführten Widersprüchen des Sozialstaats soweit dann doch nicht her ist. Nicht nur

Bewegungsforscher dürften hier hinter einige begriffliche Wendungen – etwa die Konnotation einer „Gesellschaft der Bewegung“ (Lessenich 2006: 341) mit einer aktivgesellschaftlichen Dauermobilisierung – ein Fragezeichen setzen und die unausgeschöpften demokratiepolitischen Potentiale stärker betonen.

Womöglich ist aber die Aufmerksamkeit für die nicht so leicht aufzulösenden Paradoxien wohlmeinend auftretender Konzepte einer vor-schnellen Eindeutigkeit fürs Erste vorzuziehen und der Schärfung des analytischen Bestecks durchaus zuträglich. Insgesamt bietet Lessenich jedenfalls eine ebenso kompakte wie differenzierte Darstellung der aktuellen Kontroversen zum Sozialstaat und zur Sozialpolitik, die fachwissenschaftliche Analyse und Zeitdiagnose verbindet und insofern auch für einen breiteren Leserkreis von Interesse sein dürfte.

Albrecht Lüter, Berlin/Frankfurt am Main

Besprochene Literatur

Lessenich, Stephan 2008: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld: transcript.

Zitierte Literatur

Lessenich, Stephan 2009: Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft. In: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (Hg.): Soziologie – Kapitalismus – Kritik, Eine Debatte, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 126-177.

Lessenich, Stephan 2006. Stichwort: Beweglich – Unbeweglich. In Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (Hg.): Deutschland – eine gesplante Gesellschaft, Frankfurt am Main/New York: Campus, 336-352.



Neue Perspektiven auf Jürgen Habermas

Seit jeher fanden verschiedene Konzepte und Ansätze von Jürgen Habermas eine rege Rezeption in der Forschung zu sozialen Bewegungen im Allgemeinen und dieser Zeitschrift im Besonderen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, sind in dieser Hinsicht seine Theorie der Öffentlichkeit, die Ausführungen über die neuen sozialen Bewegungen, das Konzept der Zivilgesellschaft, schließlich die Beiträge zur Debatte um deliberative Demokratie zu nennen.

Hierzulande drohen gleichwohl seine neueren Arbeiten nicht aus dem Schatten dieser mittlerweile klassischen Konzepte treten zu können. Die erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit zu seinem 80. Geburtstag im Jahr 2009 scheint diese Problematik eher noch verstärkt als behoben zu haben. Habermas droht als deutscher Klassiker abgeheftet zu werden, der von den einen genüsslich verrissen – hier ist z.B. Sybille Tönnies Rede von des Kaisers neuen Kleidern zu nennen¹ – und von den anderen durch Lobhymnen geehrt wird, die sich schon fast wie Nachrufe lesen².

Abhilfe in dieser Situation verspricht demgegenüber das von Hauke Brunkhorst, Regina Kreide und Cristina Lafont bei Metzler herausgegebene Habermas-Handbuch. Das Ziel der Herausgeber ist es explizit nicht, ein geschlossenes, gar abgeschlossenes Werk in Andenken zu halten, sondern die ganze Breite der heute weltweit laufenden und äußerst lebendigen Rezeption zu Wort kommen zu lassen. Zwar zeichnet sich das über fünfzig Autoren aus unterschiedlichsten Disziplinen versammelnde Werk nicht gerade durch eine allgemeinverständliche Sprache aus. Dafür wird der hier versammelte Erkenntnisstand ganz sicher für all jene unumgänglich werden, die behaupten wollen, in der Habermas-Rezeption auf der Höhe der Zeit zu argumentieren.

Wie bei Metzler-Handbüchern üblich, gliedert sich der Band in drei Teile. Nach dem Vorwort und einem kurzen biographischen Abschnitt werden im ersten Teil zunächst die ‚Kontexte‘ von Habermas’ Schaffensphasen abgehandelt, d.h. es werden die jeweiligen wissenschaftlichen Disziplinen bzw. theoretischen Schulen vorgestellt, mit denen sich der Autor auseinandergesetzt hat. Die Ausführlichkeit dieses Teils erlaubt hierbei eine Darstellung der vielfältigen akademischen Wurzeln seiner Arbeiten. Hierdurch wird auch die sonst übliche Reduzierung auf die Auseinandersetzung mit der Frankfurter Schule der ersten Generation vermieden. Vielmehr wird deutlich, wie einflussreich die philosophische Anthropologie, der Marxismus, die Weimarer Staatsrechtslehre und später der amerikanische Pragmatismus für seine Arbeiten gewesen sind.

Im darauf folgenden zweiten Teil, der mit ‚Texte‘ überschrieben ist, werden von den Herausgebern als wesentlich erachtete Veröffentlichungen besprochen. Die von den jeweiligen Autoren geschriebenen Abschnitte behandeln dabei nicht, wie der jeweilige Untertitel suggeriert, jeweils ein einzelnes Werk Habermas’. Vielmehr wird jeweils mit einer Kurzzusammenfassung einer Arbeit begonnen, um anschließend weitere daran anknüpfende Veröffentlichungen, aber auch kritische Einwände vorzustellen.

Insgesamt folgt die Darstellung der ‚Texte‘ nicht schematisch den großen Monographien, sondern setzt selbst Akzente, lässt beispielsweise *Theorie und Praxis* aus, stellt dafür aber sowohl die bislang kaum beachtete Dissertation zu Schelling als auch die häufig übersehene Anfangskonzeption der Diskurstheorie in dem mit Luhmann veröffentlichten Band *Gesellschaftstheorie oder Sozialtechnologie* in den Vordergrund.

Nachdem die LeserInnensomit in die Lage versetzt wurden, die Habermasche Textproduktion aus ihren jeweiligen akademischen Kontexten heraus zu verstehen, widmet sich der dritte

Teil des Bandes einzelnen Begriffen. Auch hier ist den Herausgebern eine ausgewogene Auswahl zwischen kritischen Interventionen Habermas' in die öffentlich-politische Debatte, z.B. über die Rolle des Intellektuellen oder die Notwendigkeit eines Verfassungspatriotismus', und eher theoretischen Grundbegriffen (z.B. Diskurs, kommunikatives Handeln, System und Lebenswelt) gelungen. Während die Auswahl von Begriffen wie ‚Deliberation‘ oder ‚kontrafaktische Voraussetzungen‘ weniger überrascht, eröffnet Kenneth Baynes kurzer Beitrag zu einem dem Habermasschen Denken letztlich nur impliziten Begriff der Gleichheit, welcher sich in fundamentale, moralische und politische Gleichheit untergliedern lässt, eine originelle Perspektive auf das Werk.

In Hinsicht auf mögliche neue Impulse für die Forschung über soziale Bewegungen kann das Handbuch insgesamt in drei Themenhorizonten von Nutzen sein. Zum einen lohnt ein Blick auf die Weiterführung und Kritik von Habermas' Spätkapitalismusanalyse und Kolonialisierungsthese. Zwar wird seine damalige Gegenwartsdiagnose, dass Staat und Wirtschaft in angestammte Alltagswelten eindringen und dadurch Legitimationsprobleme erzeugen, in dieser Form heute kaum noch vertreten. Allerdings verliert sie damit keineswegs an Aktualität, sondern fordert zu neuen Forschungen heraus. So konstatiert Frank Nullmeier, dass eine Weiterentwicklung der Spätkapitalismustheorie angesichts neuer Diagnosen eines Finanzmarktkapitalismus wünschenswert wäre. Gerade die jüngste Weltfinanzmarktkrise verdeutliche, wie aktuell die Frage nach den Legitimationsproblemen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist.

Zum anderen lohnt ein Blick auf die philosophischen Argumentationen, mit denen die Ablehnung einer neuen Eugenik bzw. eines human enhancement begründet wird. Den Autoren zufolge sucht Habermas nach einer posttraditionalen Begründung für seine Ablehnung, um

gegenüber den Möglichkeiten der Gentechnik nicht in einen rückwärtsgewandten Naturalismus zurückzufallen. Hier auf der Höhe der aktuellen philosophischen Argumente zu sein, kann sicherlich auch für die empirische Forschung nützlich sein, um die ideologischen Positionen der in diesem Feld aktiven sozialen Bewegungen besser einordnen zu können.

Schließlich sind aber insbesondere all jene Beiträge in diesem Band für die Forschung zu sozialen Bewegungen von Nutzen, die besprechen, wie die Konzepte Öffentlichkeit und Demokratie von ihrem angestammten nationalstaatlichen Kontext auf die Bedingungen der Globalisierung angepasst werden können. Die entsprechenden Entwürfe zu einer an Kant anschließenden Vorstellung kosmopolitischer Demokratie, Weltbürgergesellschaft und Weltinnenpolitik zeigen, welche Herausforderungen hier noch für eine genauere Einordnung transnationaler sozialer Bewegungen als Akteure einer globalen Zivilgesellschaft jenseits des herkömmlichen Nationalstaats bestehen.

Insgesamt wartet der Band damit sicher nicht mit einfachen Rezepten für die Forschung zu sozialen Bewegungen auf. Gleichwohl verstärkt die Lektüre den Eindruck, dass es sich lohnen würde, die vor allem in der Vergangenheit rege vorgenommene Rezeption auch in Zukunft fortzuführen.

Mundo Yang, Berlin

Besprochene Literatur

Brunkhorst, Hauke/Kreide, Regina/Lafont, Cristina (Hg.) 2009: Habermas-Handbuch. Stuttgart/Weimar: Metzler.

Anmerkungen

¹Online im Internet unter www.dradio.de/dlf/sendungen/essayunddiskurs/977693/.

²Online im Internet unter www.zeit.de/2009/25/Habermas.

ANNOTATIONEN

FRIEDBERT W. RÜB, KAREN ALNOR,
FLORIAN SPOHR

Die Kunst des Reformierens

Konzeptionelle Überlegungen zu einer erfolgreichen Regierungsstrategie.
Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2009.

Im neuesten Band der von der Bertelsmann-Stiftung herausgegebenen Reihe *Zukunft Regieren – Beiträge für eine gestaltungsfähige Politik* gehen die Autoren der Frage nach, welche politischen und institutionellen Faktoren für die Reformbereitschaft und -fähigkeit von Ländern ausschlaggebend sind. Zu diesem Zweck untersuchen sie die Gesundheits- und Rentenreformen in Frankreich, Österreich und Großbritannien sowie die Rentenreform in Schweden auf Erfolgs- bzw. Misserfolgskriterien. Dabei konzentrieren sie sich neben der Untersuchung der strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen vor allem auf die strategischen Managementleistungen von Regierungen. Als Schlüssel zum Erfolg von Reformen identifizieren sie eine angemessene Kombination der von ihnen konzeptionell zugrunde gelegten Regierungsstile Verantwortungs-, Kommunikations-, Wissens- und Partizipationsstil in den jeweiligen Phasen des policy-Prozesses (Agenda-Setting, Entscheidungsphase, Implementation, Monitoring). In diesem Zusammenhang kommen die Autoren zu dem Schluss, dass die Bedeutung der Kernexekutiven und Regierungszentralen als (potentielle) strategische Zentren für gute Reformpolitik zunehme und deren Reorganisation daher dringend notwendig sei.

Tobias Quednau, Berlin

SERGE EMBACHER

Demokratie? Nein Danke!

Demokratieverdruss in Deutschland.
Bonn: Dietz 2009.

Mit einem lange bekannten Phänomen – dem Politikverdruss – beschäftigt sich Serge Embacher in einem schmalen Band von knapp 130 Seiten. Im ersten der drei Kapitel stellt er zunächst die Ergebnisse einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung dar, in der deutlich wird, dass zahlreiche Bürger mit der Demokratie in Deutschland nicht zufrieden sind, nicht zuletzt weil diese nicht mehr für soziale Gerechtigkeit Sorge. Im zweiten Kapitel werden Symptome und Facetten des Politikverdrusses analysiert und die politischen Entwicklungen aufgezeigt, die dorthin geführt haben. Dabei widmet sich der Autor den Alltagswahrnehmungen der Bürger, dem Phänomen der Postdemokratie (Crouch), dem Vertrauensverlust sowie der besonderen Situation in Ostdeutschland. Abschließend zeichnet er die bestehenden Herausforderungen nach, die zur Überwindung des Problems gemeistert werden müssen, und erläutert, wie ein deliberatives Modell der Demokratie, in dem die Bürger wieder stärker am politischen Prozess beteiligt werden, dazu beitragen kann. Hier sind – wie der Autor auch an anderen Stellen betont – die politisch Verantwortlichen in die Pflicht zu nehmen. Insoweit ist der Band ein gelungener Appell an die politische Klasse zur Reflektion über das eigene Handeln.

Tobias Quednau, Berlin



Tissy Bruns: Alles nur Wahlkampf! FJ NSB 1/2010, S. 6-10.

In ihrer aktuellen Analyse zeigt Tissy Bruns, bezogen auf das Wahljahr 2009, das Wechselspiel von Medien und Politik und kommt zu dem Ergebnis, dass beide Instanzen ihre je eigene mit dem Wahlkampf verbundene Aufgabe nicht erfüllt haben. Während die Politiker ihre Kampagnen nahezu inhaltsleer gestalteten und somit die Wähler ihrer Möglichkeit einer substanziellen Mitgestaltung von Politik beraubten, beließen es die Medien bei einer Kritik der allein auf Machtgewinn ausgerichteten Politik und setzten erneut auf Darstellung und Diskussion von Umfragewerte. Ihrer Aufgabe zur Information, Aufklärung und damit Teilhabe an öffentlicher Meinungsbildung kamen sie nicht nach. Das fatale Ergebnis ist eine ermattete Demokratie, in der sich der Bürger nicht länger als politisches Subjekt, sondern lediglich als Objekt des Stimmenfangs angesprochen fühlt.

Tissy Bruns: It's only an election campaign! FJ NSB 1/2010, pp. 6-10.

Drawing on the 2009 Bundestag election Tissy Bruns analyzes the interplay between politics and the media. She concludes that neither has fulfilled its respective assignment. While the politicians nearly never referred to actual policies during the whole election campaign and thus robbed voters of their chance to substantially take part in the shaping of politics, the media only criticized the power strategy of politicians and furthermore only displayed and debated election polls. They did not meet their demand of informing and educating the public. This results in an exhausted democracy in which citizens are no longer seen as political subjects but rather as the objects of vote-catching.

Joachim Raschke/Ralf Tils: Die Qual der Wahl: Das Debakel der SPD und strategische Optionen in der Lagerstruktur des deutschen Parteiensystems, FJ NSB 1/2010, S. 11-16.

In ihrer Analyse des Bundeswahlkampfs 2009 stellen Joachim Raschke und Ralf Tils dem erfolgreichen Vorgehen der CDU die defizitäre Kampagne der SPD gegenüber. Merkels Lager-Strategie (Machtgewinn durch Mitteverschiebung) und ihre Gegner-Strategie (Demobilisierung der SPD) konnten gleichermaßen durch die Besetzung sozialdemokratischer Themen umgesetzt werden – ebenso ihre lagerübergreifende Personalisierungs-Strategie als Kanzlerin aller Deutschen. Die SPD blockierte sich hingegen selbst durch die Koalitionsfrage, verpasste es, soziale Gerechtigkeit als Mobilisierungsthema aufzugreifen und konnte mit Frank-Walter Steinmeier nicht den notwendigen Richtungskandidaten aufbauen. Im Anschluss an die Wahl ergeben sich vor dem Hintergrund der Lagerstruktur drei Optionen: eine Links-Strategie, bei der SPD, Bündnis90/Die Grünen und Linke offensiv den Willen zur Regierungsbildung erklären – diese Option wird bislang bestenfalls von der Links-Partei vertreten –, eine lagerübergreifende Strategie, die den Parteien des linken Spektrums allerdings keine glaubhafte Oppositionsarbeit ermöglicht, sowie eine Strategie des Offenlassens, die für SPD und Grüne interessant sein kann, da diese mit verschiedenen Partnern koalieren können. Einen zentralen Stellenwert wird der politische Diskurs zur Mitte haben; zumindest SPD und Grüne werden sich dazu positionieren müssen, wenn sie gewählt werden wollen.

Joachim Raschke/Ralf Tils: L'Embarras de Richesses: The debacle of the SPD and strategic options in the structure of political camps in the German party system, FJ NSB 1/2010, pp. 11-16.

In their analysis of the 2009 Bundestag election Joachim Raschke and Ralf Tils contrast the successful strategies of the CDU with the SPD's deficient campaign. Merkel's strategy concerning the political camps (the gaining of power through a dislocation of the ,center of society') and her strategy concerning political opponents (demobilization of the SPD) could both be accomplished by the occupation of social democratic topics – also, this way her strategy of personalization as Chancellor of all Germans, collecting both political camps, was successful. The SPD, however, blocked itself by focussing on the question of possible coalitions. The party failed to grasp social justice as a topic to mobilize voters and could not make Frank-Walter Steinmeier a realistic contender. Following the election there remain three options facing the structure of political camps: a ,left' strategy, in which SPD, Bündnis90/Die Grünen and DIE LINKE clearly show their will to form a government – which at the moment is considered only by DIE LINKE; a strategy of enclosing all political camps, which will make work as a constructive opposition almost impossible for parties of the left political camp; and a strategy of non-decision, which could be interesting for SPD and Bündnis90/Die Grünen since both can form coalitions with multiple partners. Of foremost importance will be the discourse on the political ,center'; at least SPD and Bündnis90/Die Grünen will have to reposition themselves to this ,middle' if they want to be elected.

Herbert Hönigsberger/Andreas Kolbe/Sven Osterberg: Lager denken. Nicht links, nicht rechts – sondern demokratisch, FJ NSB 1/2010, S. 17-20.

Der Wahlerfolg des liberal-konservativen Parteienbündnisses bei der Bundestagswahl 2009 ist darauf zurückzuführen, dass es, insbesondere über das Steuerthema und der damit verbundenen Ideologie, politische Lagerbildung betrieben hat und darüber Wähler mit primär ökonomischen Interessen an sich binden konnte. Ein vergleichbares politisches Lager existiert in der Opposition nicht, wird sich jedoch zumindest um zentrale Schlüsselthemen formieren müssen, um konkurrenzfähig sein zu können. Die Chance für ein entsprechendes dauerhaftes Bündnis der Oppositionsparteien sehen die Autoren in einem neuen, kapitalismusskeptischen Freiheits- und Marktwirtschaftsdiskurs sowie einer Orientierung an partizipatorischer Demokratie.

Herbert Hönigsberger/Andreas Kolbe/Sven Osterberg: Political camps rethought. Not left, not right – but democratic, FJ NSB 1/2010, pp. 17-20.

The success of the liberal-conservative coalition in the 2009 Bundestag election can be attributed to the fact that with focusing on tax policy CDU/CSU and FDP managed to form and appeal to a political camp. With this, they locked in voters with primarily economic interests. A comparable political camp does not exist between opposition parties. For these parties to be competitive, however, the formation of a camp around core topics is mandatory. The chance for a respective durable alliance, thus the opinion of the authors, lies in the promotion of a discourse on freedom and market economy which is skeptic of capitalism.

Peter Lösche: Sozialmoralische Milieus und politische Lager, FJ NSB 1/2010, S. 21-23.

Bis in die 1980er Jahre hinein waren SPD und CDU durch sozialmoralische Milieus in der Gesellschaft verwurzelt. Der Niedergang der Volksparteien ist nicht zuletzt bedingt durch die Erosion dieser Milieus, hat demnach gesellschaftliche und wirtschaftliche, letztlich strukturelle

Ursachen. Auch die politischen Lager, die sich bislang über Verkopplung der Milieus mit den Parteien gebildet haben, sind entsprechend brüchig geworden. Künftige Bündnisse werden demnach nicht länger durch die Logik des Lagers bestimmt, da diese gesellschaftlich und parteipolitisch nicht mehr relevant sind.

Peter Lösche: Sociomoral milieus and political camps, FJ NSB 1/2010, pp. 21-23.

Until the 1980ies both the SPD and the CDU were deeply rooted in certain sociomoral milieus. The erosion of catch-all parties is amplified by the erosion of said milieus, is thus caused by societal and economical, hence structural developments. The political camps, which until now were constituted by the linking of milieus with certain political parties, have become frail. In the future, coalitions will not be determined by the logic of political camps, since these camps have lost their societal and political relevance.

Richard Meng: Machttechnik reicht nicht. Koalitionsoptionen der Zukunft und der Anspruch der Politik, FJ NSB 1/2010, S. 24-26.

Welche strategischen Konsequenzen können die Parteien aus der Bundestagswahl 2009 ziehen? Machtstrategische Überlegungen, so Meng, werden nicht ausreichen, vielmehr müssen die Parteien ihre programmatische Entwicklung vorantreiben. Nicht nur angesichts der Wirtschaftskrise stellt sich jedoch die Frage, wie groß die politische Handlungsfähigkeit der Parteien noch ist. Vor allem die Oppositionsparteien müssen klären, welchen politischen Anspruch sie vertreten wollen und können. Erst dann werden sich Bündnisfragen entscheiden und künftige Koalitionsoptionen abzeichnen.

Richard Meng: Power strategies are not enough. Future coalition possibilities and the ambition of politics, FJ NSB 1/2010, pp. 24-26.

Which strategic implications can the political parties deduce from the 2009 election? Meng suspects that consequences referring to power strategies only will not suffice; rather, the political parties will have to advance their programmatic development. Not only because of the current economic crisis the question arises, however, of how capable of acting and deciding political parties still are. Especially parties in opposition have to find out what their political ambitions are. Only then questions of alliances will be decided and options for coalitions will show.

Karl-Rudolf Korte: Wie bilden sich zukünftig Koalitionen? Antworten aus der politikwissenschaftlichen Theorie, FJ NSB 1/2010, S. 27-30.

Angesichts des Fünfparteiensystems werden Lagerkoalitionen durch neue, auch für die Bürger nicht vorhersehbare Varianten der Regierungsbildung abgelöst. Karl-Rudolf Korte nähert sich der Frage zukünftiger Koalitionsbildung nach der Bundestagswahl 2009 unter Bezug auf drei Ansätze zur Strategie(bildung): Macht-Strategien, Lern-Strategien, die Deutungen und Ideen in den Vordergrund stellen, sowie Verhandlungs-Strategien, deren zentrale Faktoren neben politischen Werten

wie Vertrauen die politischen Spitzenakteure und die von ihnen erarbeiteten Verhandlungsspielräume sind.

Karl-Rudolf Korte: How will coalitions be formed in the future? Answers from political theory, FJ NSB 1/2010, pp. 27-30.

In the light of a five-party-system coalitions emerging from political camps will make way for new alternatives of forming majorities not always foreseeable for voters. Korte tries to answer the question of future coalition building by referring to three dimensions of strategy: power strategies, learning strategies which refer to ideas and analyses, and negotiation strategies which factor in political values like trust and top level personnel and the negotiating leverages which they can acquire.

Richard Hilmer: Warum die SPD das Wahldebakel nicht abwenden konnte. Sechs Thesen zur Bundestagswahl 2009, FJ NSB 1/2010, S. 31-38.

Unter Bezug auf Datenmaterial von Infratest dimap erläutert Richard Hilmer, wie der dramatische Einbruch der SPD zustande kam. So waren die Stimmenverluste sprunghaft und lassen sich auf teils länger zurückliegende konkrete politische Ereignisse, so etwa die Entscheidung zu Hartz IV oder den Rücktritt Oskar Lafontaines 1999 vom Parteivorsitz, zurückzuführen. Auch lässt sich belegen, dass die häufigen Wechsel an der Parteispitze die SPD schwächten. Frappierend waren aber ebenso die Verluste der ihr zugesprochenen Kompetenz in fast allen Bereichen der Politik, insbesondere in Fragen von Wirtschaft und Arbeit. Direkt den Wahlkampf betreffend machte sich überdies die fehlende Machtperspektive bemerkbar.

Richard Hilmer: Why the SPD could not have avoided the election debacle. Six theses concerning the 2009 Bundestag election, FJ NSB 1/2010, pp. 31-38.

Analyzing data collected by Infratest dimap Richard Hilmer explains the dramatic slump of the SPD. The massive loss of votes can be led back in part to decisions made years ago, for example the Hartz VI legislation or the drawback of Oskar Lafontaine in 1999. It can also be concluded that the numerous changes in leadership weakened the SPD. Also, the lack of confidence voters had in the competence of the SPD regarding almost all policy fields, especially regarding economic and labor issues, is noticeable. Regarding the election campaign itself, one more reason was the lack of a power strategy.

Matthias Machnig: Der endgültige Abschied von der Macht oder Der Wahlkampf der Illusionen, FJ NSB 1/2010, S. 39-46.

Matthias Machnig identifiziert zwei Aspekte des SPD-Wahlkampfes als ausschlaggebend für den unerwartet hohen Stimmverlust der Partei bei der Bundestagswahl 2009: zum einen die Ausrichtung an völlig falschen Prämissen, zum anderen massive Strategiedefizite. So beharrte die SPD entgegen aller machtpolitischer Realität auf einen Kanzlerkandidaten und ebenso auf die Möglichkeit einer Ampel-Koalition, der die FDP bereits eine Absage erteilt hatte. Auch realisierte die SPD nicht, dass der Kampf um die Mitte zugunsten der CDU bereits verloren war. Strategisch defizitär war insbesondere, das Aufrufen eines Kanzlerkandidaten ohne zeitgleich eine Kampagnenstrategie

und die Frage des weiteren Agierens in der Großen Koalition – Konsens oder begrenzter Konflikt – zu klären. Ungeklärt war ebenso die Rollenverteilung zwischen Franz Müntefering und Frank-Walter Steinmeier. Zudem wurde versäumt, die Wirtschaftskrise in einer eigenen strategischen Linie zu thematisieren. Für eine erfolgreiche Wahlkampagne muss festgelegt sein, für welche Themen und Machtperspektiven und gegen welche Parteien oder Themen der Wahlkampf geführt wird; beides vermochte die SPD nicht.

Matthias Machnig: The definite farewell to power or the election campaign of illusions, FJ NSB 1/2010, pp. 39-46.

Matthias Machnig identifies two aspects in the SPD election campaign which are responsible for the massive loss of votes in the 2009 Bundestag election: the dependency on wrong assumptions on one hand, strong strategy deficits on the other. In spite of its being non-realistic, the SPD insisted on both having a candidate for the office of chancellor and on the possibility of a three-way red-yellow-green coalition, which had already been denied by the FDP. Also, the SPD did not realize the fight for the ‚center of society‘ had already been won by the CDU. The greatest strategic deficit was the nomination of a candidate to run for chancellor without designing a campaign strategy and resolving the way of further acting in the ‚grand coalition‘ – consensus or conflict – at the same time. The exact role allocation between Franz Müntefering and Frank-Walter Steinmeier was left open: Also, the SPD failed to tackle the topic of the economical crisis with own strategic ideas. To run a successful political campaign, one needs to determine for which topics and persons or against which parties and policies one fights; the SPD failed to do both.

Thomas Steg: Das Wahljahr als Rutschbahn, FJ NSB 1/2010, S. 47-48.

Die massiven Stimmenverluste der SPD bei der Bundestagswahl 2009 sind nicht monokausal zu erklären, sondern das Ergebnis aktueller Fehlentscheidungen im Wahljahr als auch struktureller Fehlentwicklungen seit den 1980er Jahren. Insbesondere jedoch konnten die Sozialdemokraten nicht überzeugend darlegen, wie der Sozialstaat gerecht und solidarisch gestaltet werden könnte. Sie vermochten nicht, den für die eigene Wählerschaft zentralen Begriff der sozialen Gerechtigkeit inhaltlich auszufüllen. Die SPD benötigt nun einen neuen sozialen Gestus, der stimmig und glaubwürdig ist.

Thomas Steg: Sliding in the election year, FJ NSB 1/2010, pp. 47-48.

The massive loss of votes for the SPD in the 2009 Bundestag election must be accounted for with multiple causes. It is the result of current decisions and also structural aberrations since the 1980ies. One of the main reasons, however, is that the social democrats have failed to explain their idea of a just welfare state. They were not able to give meaning to the concept of social justice which is pivotal for their constituency. Social democracy in Germany needs a new social bearing which is coherent and authentic.

Olaf Scholz: Politik statt Schach, FJ NSB 1/2010, S. 49-51.

Die zukünftige Politik nicht nur der SPD sollte sich nicht über Koalitionsfragen, sondern über politische Inhalte entscheiden und darüber Anknüpfungspunkte zu anderen Parteien suchen. Als

liberale Partei ist die SPD etwa anschlussfähig an Positionen der Grünen und der FDP, wie sie aufgrund ihrer arbeitnehmerorientierten Politik an Wohlstandsmehrung interessiert ist und damit an pragmatische Teile der Mitte-Rechts-Konstellation anknüpfen kann. Schließlich kann sie sich als soziale Partei an einige programmatische Aspekte der Grünen und teils auch der Linken anschließen. Vor allem aber wird die SPD herausstellen müssen, was das ihr Eigene ist.

Olaf Scholz: Politics instead of chess, FJ NSB 1/2010, pp. 49-51.

Future politics not only of the SPD should not be shaped because of coalition options but because of policy matters and resulting links to other parties. As a liberal party, for instance, the SPD carries connections to positions of Bündnis90/Die Grünen and the FDP, as can be found in its labor and economic oriented policies. This enables connections to the pragmatic fractions inside the conservative coalition. As a social party the SPD is able to affiliate with certain programmatic aspects of DIE LINKE and again to Bündnis 90/Die Grünen. Foremost, however, the SPD will need to redefine what its own positions are.

Michael H. Spreng: Der Wahlkampfvermeidungswahlkampf. Eine Analyse der CDU-Wahlstrategie 2009, FJ NSB 1/2010, S. 52-54.

Was die CDU-Wahlstrategie 2009 in erster Linie kennzeichnet, ist die Vermeidung eines Wahlkampfes im klassischen Sinne. Angela Merkel vermied jegliche Kritik am politischen Gegner ebenso wie eine offensive Darstellung eigener Wahlkampfthemen. Jedem Konfrontationsversuch von Seiten der SPD nahm sie durch Zustimmung die Schärfe, besetzte die entsprechenden Themen selbst und demobilisierte so die SPD-Anhängerschaft. Zwar hatte die CDU mit dieser Strategie Erfolg, der Preis allerdings ist eine völlige Erstarrung der CDU, die nun weder mit eigenen politischen Projekten noch mit starken politischen Persönlichkeiten in die Regierungszeit eintritt; so zeigt sich die CDU als reiner ‚Kanzlerwahlverein‘.

Michael H. Spreng: The election campaign to avoid an election campaign. Analyzing the strategy of CDU's election campaign, FJ NSB 1/2010, pp. 52-54.

The main aspect of the CDU's campaigning strategy in 2009 was to avoid a conventional election campaign. Angela Merkel avoided criticizing the political opponent and did not aggressively emphasize on any policy matters. She defused all the SPD's attacks by agreeing and seizing the topics, thus demobilizing SPD followers. It was a successful strategy for the CDU, although with the result of a total solidification of the party. Thus, the CDU remains a simple chancellor electorate.

Dietmar Bartsch: DIE LINKE im Fünfparteiensystem, FJ NSB 1/2010, S. 55-58.

Mit Etablierung der LINKEN im parlamentarischen System stellt sich die Frage nach ihren möglichen Bündnispartnern. Während Union und Bündnis90/Die Grünen mit wechselnden Partnern koalieren können, ist DIE LINKE machtpolitisch letztlich von einem Erstarken der SPD abhängig. Ablösen könnte die schwarz-gelbe Koalition eine linke Reformregierung, die gesellschaftspolitische Projekte mit Schwerpunkt auf Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Durchsetzung der Politik gegenüber ökonomischer Macht in Angriff nimmt. Machtpolitisch wie unter demokrati-

schen Gesichtspunkten bedeutsam ist hierbei die Mobilisierung der überproportional aus sozial schwachen Schichten stammenden Nichtwählerschaft.

Dietmar Bartsch: DIE LINKE in the five-party system, FJ NSB 1/2010, pp. 55-58.

In the context of the establishment of DIE LINKE in the German parliamentary system the question of possible coalition partners arises. Whereas CDU and Bündnis90/Die Grünen are able to form coalitions with different partners, DIE LINKE is strategically bound to a consolidation of the SPD. The liberal-conservative coalition could be superseded by a left wing reform government which tackles sociopolitical problems with an emphasis on questions of social justice and containing economic power. Mobilizing non-voters which mainly are found in underclass milieus is important both in respect to power strategies and democratic aspects.

Hubert Kleinert: Bundestagswahl 2009 – Volksparteien im Abstieg? FJ NSB 1/2010, S. 59-63.

Mit Rückblick auf die Entwicklung des Parteiensystems seit 1945 zeichnet Hubert Kleinert Aufstieg und Fall der Volksparteien von anfänglichen Konzentrationsprozessen bis zu merklich sinkender Parteiidentifikationen seit den 1990er Jahren nach. Die Erosion sozialmoralischer Milieus erschweren es, Parteibindungen zu erzeugen – ein zentraler Grund für diesen Trend. Daneben treten aber ebenso der am Wahlerfolg ausgerichtete Politikstil der Parteien und ihre programmatische Unschärfe. Die gesellschaftlichen Veränderungen sind irreversibel, die Parteien werden entsprechend reagieren müssen. Issueorientierung und plausible Zukunftsentwürfe, die durch glaubwürdige Politiker vertreten werden, werden hierbei entscheidend sein.

Hubert Kleinert: The 2009 Bundestag election – Downfall of catch-all parties? FJ NSB 1/2010, pp. 59-63.

By looking back at the development of the German party system since 1945 Hubert Kleinert traces the rise and fall of the catch-all parties from early merging to the decline of party identification in the 1990ies. The erosion of socio-moral milieus manifests itself in the growing difficulty to create party loyalty which is one of the foremost reasons for this decline. Additionally, the parties' concentration on election success and their programmatic vagueness amplify this development. The political parties will have to adapt to these irreversible societal changes. Orientation towards issues and plausible models for future trends which will have to be represented by credible politicians will be decisive.

Warnfried Dettling: Wachstumsperspektiven für eine Volkspartei, FJ NSB 1/2010, S. 64-66.

Der nicht nur während des Wahlkampfes geübte Verzicht der politischen Parteien auf inhaltliche Auseinandersetzung und die so vorangetriebene Entpolitisierung der Politik ist für die Demokratie problematisch. Dettling schlägt vor, den Begriff der Volkspartei politisch zu fassen und Parteien an ihrem Selbstverständnis und politischen Willen statt lediglich an ihrer Größe zu bemessen: In einem anspruchsvollen parteipolitischen Konzept, das gesamtgesellschaftlich und, soweit möglich, gemeinwohlorientiert ausgerichtet ist, statt Partikularinteressen in den Blick zu nehmen, sieht Dettling eine mögliche Wachstumsperspektive für die Volksparteien.

Warnfried Dettling: Growth prospects for a catch-all party, FJ NSB 1/2010, pp. 64-66.

The missing debate about policies during the election campaign and the resulting de-politicization of politics is problematic for democracy. Dettling proposes to define the term 'catch-all party' politically and to assess parties by judging their self-conception and political will instead of just their size: He believes that a political concept which takes into account all of society and the common good instead of particular interests may be a growth prospect for a catch-all party.

Herfried Münkler: Ist die SPD politisch überflüssig geworden? FJ NSB 1/2010, S. 67-70.

In einem historischen Rückblick identifiziert Münkler die politische Ermöglichung (individueller) sozialen Aufstiegs als zentrales politisches Projekt der Sozialdemokratie. Nicht zwingend sind jedoch die am sozialen Aufstieg Orientierten nach dessen Erfolg bereit, die immer größer werdende Gruppe des Prekariats zu finanzieren, das den Aufstieg nicht geschafft hat. Eine ausreichende Wählerschaft wird die SPD aber nur dann gewinnen, wenn sie vermag, beide Gruppen in ihre politischen Projekte einzubinden. Nur wenn ihr diese politische Neuorientierung gelingt, hat sie eine Funktion, die von keiner anderen Partei übernommen werden kann.

Herfried Münkler: Has the SPD become politically obsolete? FJ NSB 1/2010, pp. 67-70.

In his historical overview Münkler identifies the politically facilitated enabling of (individual) social promotion as the core project of social democracy. Not necessarily, however, are people who have achieved social promotion inclined to support the ever-growing group of underclass population which has not achieved social advancement. The SPD will win an ample constituency only if the party manages to win both groups for their political projects. Only if the SPD succeeds in this adjustment it will play a role which cannot be adopted by any other party.

Wolfgang Schröder: Mitte vs. Mitte. Die SPD zwischen Gemeinwohl und Parteiwohl auf der Suche nach sich selbst, FJ NSB 1/2010, S. 71-74.

Die Wahlniederlage der SPD bei der Bundestagswahl 2009 ist nicht nur auf ihren mit strategischen Mängeln behafteten Wahlkampf zurückzuführen. Ihr ultrapragmatisches Regierungshandeln hat insbesondere eine (rechtzeitige) Berücksichtigung der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse – dem Auseinanderdriften der Lebenschancen und der Prekarisierung der Unterschicht – vermissen lassen. Eine Politik der Inklusion und sozialen Gerechtigkeit, eine sozialdemokratische Deutung der Mitte sowie eine verbesserte Vermittlung ihrer Politik und ein veränderter Politikstil werden nötig sein, um das Vertrauen der Wähler zurückzugewinnen.

Wolfgang Schröder: Center vs. Center. The SPD searching for itself between common good and party good, FJ NSB 1/2010, pp. 71-74.

The loss of voters for the SPD in the 2009 Bundestag election cannot only be ascribed to strategic mishaps during the election campaign. Its ultrapragmatic way of governing has ignored changes in societal conditions – especially the rising gap in opportunities and the worsening situation of the underclass. Politics of inclusion and social justice and a social democratic redefinition of the ,center

of society' as well as a better intermediation of its politics and a different style of politics are needed to regain voters' confidence.

Albrecht von Lucke: Volkspartei neuen Typs: Die Merkel-Union, FJ NSB 1/2010, S. 75-77.

Mit der Bundestagswahl 2009 hat sich die parlamentarische Situation in Deutschland gravierend verändert. Die SPD ist als Volkspartei abgetreten, es droht eine Einparteiendominanz durch die CDU mit Merkel als ‚ewige Kanzlerin‘. Die ‚Merkel-Union‘ kann als Volkspartei neuen Typs gelten. Sie zeigt sich anschlussfähig in alle Richtungen und ist als einzige Partei in der Lage, in einer Zweierkoalition die Kanzlerin zu stellen. Gleichzeitig marginalisiert Merkel ihre Konkurrenz im linken Spektrum. Problematisch werden könnte für Merkel allein eine zu fordernd auftretende FDP.

Albrecht von Lucke: Catch-all party of a new type: the Merkel union, FJ NSB 1/2010, pp. 75-77.

The parliamentary situation in Germany has dramatically changed since the 2009 Bundestag election. The SPD can no longer be seen as a catch-all party; a one-party dominance by the CDU with Merkel as ‚eternal chancellor‘ is impending. The ‚Merkel union‘ can be seen as a catch-all party of a new type. It can be connected to all political sides and is the only party able to put a chancellor into office in a two-party-coalition. At the same time, Merkel marginalizes competition from the left. The only problem Merkel could have is a too demanding FDP.

Gerd Langguth: Erreicht Angela Merkel Kohls Amtszeit von 16 Jahren? FJ NSB 1/2010, S. 78-80.

Dass Angela Merkel auf lange Dauer Bundeskanzlerin bleiben wird, hat im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen droht ihr von Seiten der SPD in nächster Zeit kaum Konkurrenz. Die Sozialdemokratie ist europaweit in die Defensive geraten, die SPD durch Abspaltung der Linken geschwächt. Den Bundeskanzler stellen könnte die SPD zudem nur in einer Koalition mit Linkspartei und Bündnis90/Die Grünen. Zum anderen wird Merkel innerparteiliche Kritik nicht gefährlich werden: Kaum einer der aktuellen Landeschefs ist gefestigt genug, um klare Opposition zu Merkel zu beziehen. Machtpolitisch geschickt hat Merkel überdies zentrale Parteiposten mit ihr gegenüber unbeschränkt Loyalen besetzt.

Gerd Langguth: Will Angela Merkel reach Kohl's tenure of 16 years? FJ NSB 1/2010, pp. 78-80.

There are two reasons why Angela Merkel will stay chancellor for a long time: Firstly, she currently does not have to fear the competition of the SPD. Social democracy is in retreat all over Europe, the SPD weakened by the secession of DIE LINKE. On top of that, the SPD could only put a chancellor into office in a coalition with DIE LINKE and Bündnis 90/Die Grünen. Secondly, inner-party criticism will not become dangerous for Merkel: No leading CDU politician is powerful enough to clearly confront her. Furthermore, strategically adept Merkel has appointed core party positions with persons loyal to her.

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Gegründet 1988, Jg. 23, Heft 1, Februar 2010

Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft m.b.H. • Gerokstraße 51 • 70184 Stuttgart

Fax 0711/242088 • e-mail: lucius@luciusverlag.com • www.luciusverlag.com

Für die Forschungsgruppe NSB herausgegeben von PD Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Prof. Dr. Thomas Leif; Jan Rohwerder

Redaktion: Vera Faust, Aachen; Alexander Flohé, Kiel; PD Dr. Ansgar Klein, Berlin; Dr. Ludger Klein, St. Augustin/Frankfurt M.; Peter Kuleša, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Prof. Dr. Thomas Leif, Wiesbaden; Dr. Albrecht Lüter, Berlin; Tobias Quednau, Bonn; Dr. Markus Rohde, Bonn; Jan Rohwerder, Aachen; Prof. Dr. Jochen Roose, Berlin; Gabriele Schmidt, Berlin; Dr. Lars Schmitt, Marburg; Stephanie Schmoliner, Hamburg; PD Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Urich, Mannheim

Verantwortlich für den Themenschwerpunkt: Vera Faust (v.i.S.d.P.), Peter Kuleša, Thomas Leif; verantwortlich für *Pulsschlag*: Alexander Flohé, Schönberger Str. 2, 24148 Kiel, e-mail: alex.flohe@web.de; für *Treibgut*: Vera Faust, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: vera.faust@gmx.de; für *Literatur*: Tobias Quednau, Sonnenallee 26, 12047 Berlin, e-mail: t.quednau@gmx.de

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Dr. Karin Benz-Overhage, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach; Volkmar Deile, Berlin; Dr. Warnfried Dettling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Robert Jungk (†); Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof. Dr. Dieter Rucht, Berlin; Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Heidemarie Wieczorek-Zeul, Berlin

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe NSB, c/o Jan Rohwerder, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: jan.rohwerder@gmx.de

Homepage: www.fjnsb.de

Förderverein: Soziale Bewegungen e.V., c/o Dr. Ludger Klein, Im Erlengrund 1, 53757 St. Augustin, e-mail: lepus.lk@t-online.de; *Spendenkonto:* Sparkasse KölnBonn, BLZ: 370 501 98, Konto-Nr: 751 460 7

Bezugsbedingungen: Jährlich erscheinen 4 Hefte.

Jahresabonnement 2010: Bibliotheken € 52,-, persönliches Abonnement € 42,-, für Studierende gegen Studienbescheinigung € 30,-, Einzelheft € 15,-, jeweils inkl. MwSt. (Versandkosten Inland € 4,-/Ausland € 8,-)

Alle Bezugspreise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich beim Verlag erfolgen.

Abonnenntenverwaltung (zuständig für Neubestellungen, Adressänderungen und Reklamationen) bitte direkt an die Verlagsauslieferung:

Brockhaus/Commission • Postfach • 70803 Kornwestheim
Tel. 07154/1327-37 • Fax 07154/1327-13

Anzeigenverwaltung beim Verlag (Anschrift wie oben)

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2010.

© 2010 Lucius & Lucius Verlagsges. mbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter diesen Vorbehalt fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronischen Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM und allen anderen elektronischen Datenträgern. Das Forschungsjournal wird durch SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts und BLPES (International Bibliography of Sociology) bibliographisch ausgewertet.

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden

Umschlag: Nina Faber de.sign, Wiesbaden

Satz: com.plot Klemm & Leiby, Mainz

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany

ISSN 0933-9361